

Basler Stadtbuch
Dossier 2020

Basel in der Corona-Krise (II)

Thilo Mangold

Basel in der Corona-Krise (II)

Thilo Mangold

Zum Beispiel Arno und seine Familie. Arno kommt Ende September 2020 bei einer Hausgeburt im Gundeli gesund zur Welt. Kurz darauf wird seine Hebamme positiv auf Covid-19 getestet und Arnos Familie eine Heim-Quarantäne verordnet. «Ein ruhigeres Wochenbett kann man sich nicht wünschen», sagt Arnos Mutter, «auch wenn uns zwischendurch die Decke auf den Kopf gefallen ist.» Ein paar Wochen später wird sie selber positiv getestet. Die vierköpfige Familie muss auf Anordnung des Kantonsarztes erneut zehn Tage zu Hause bleiben. «Das war dann doch eine Stufe weniger lustig.»

Corona beeinträchtigt unser Leben auch Ende 2020. Teils offensichtlich, teils auf diffuse Art und Weise. Der Alltag verändert sich. Allein im zweiten Halbjahr (bis Mitte November) passen die Bundesbehörden die Verhaltensregeln für das öffentliche Leben sechsmal an. Die rechtliche Grundlage für vieles davon schaffen Nationalrat und Ständerat am 25. September 2020 mit der Verabschiedung des Covid-19-Gesetzes. Dazu kommen verschiedene Umsetzungen und Anpassungen der kantonalen Behörden. Lokale werden geöffnet und wieder geschlossen, Veranstaltungen erlaubt und wieder verboten.

Von den rund 200'000 in Basel-Stadt lebenden Menschen sind Ende November 2020 ein halbes Prozent Covid-19-positiv getestet. Kumuliert sind es bis zu diesem Zeitpunkt rund 5'400 Infektionen. Und trotzdem bestimmt das Virus den Alltag, dominiert die Konjunktur, besetzt die Themen in den Medien und an den Küchentischen. Kaum aber an den Stammtischen, denn die Restaurants und Bars werden per 23. November für mindestens drei Wochen erneut geschlossen. Mit dieser Massnahme greift der Kanton härter durch, als es der Bund verlangt. Der Grund dafür sind gemäss Regierungsrat die erreichten Kapazitätsgrenzen in den Basler Spitälern, insbesondere auf den Intensivstationen.

Wellen und Wirren

Nach einem Sommer voller Ungewissheit und Zuversicht, Unsicherheit und Perspektive steigt die Anzahl der registrierten Corona-Erkrankungen auch in Basel nach den Herbstferien rasant an. Politik und Gesundheitsexpertinnen sehen sich zum Handeln gezwungen. Die zwischenmenschlichen Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Leben sollen minimiert werden. Sowohl Frankreich als auch Deutschland fahren einen spürbar härteren Kurs zur Viruseindämmung als Basel-Stadt. Die Diversität der Massnahmen verunsichert die Menschen in der politisch kleinteiligen Region. Vor allem die interkantonalen Unterschiede werden kritisiert. So braucht es beispielsweise im Spätsommer in Basel-Stadt im Gegensatz zur Landschaft eine Gesichtsmaske zum Betreten eines Einkaufsladens, und auch der zweite, der «Lockdown light», wird im Baselbiet liberaler gemanagt, die Restaurants bleiben dort geöffnet. Dies, obwohl beide Parlamente, der Landrat und der Grosse Rat, zur Einhaltung der Abstandsregeln ihre Ratssäle verlassen und vorübergehend ins Messezentrum ausweichen. Auf dem Marktplatz demonstrieren am 7. November ein paar Hundert gegen die staatlichen Corona-Massnahmen, etwa die Maskentragpflicht in öffentlich zugänglichen Anlagen.

In der Region Basel steigt die Fallzahlenkurve der zweiten Welle zunächst verhältnismässig schwach an. Just als die gesamtschweizerische Kurve Mitte November erstmals wieder nach unten zeigt, wird es in der Nordwestschweiz aber so richtig ernst. Basel wird zum nationalen Hotspot und schliesst per 23. November neben der Gastronomie auch die Amateursportstätten für mindestens drei Wochen. Kulturinstitutionen dürfen noch maximal 15 Gäste empfangen, was für viele einer Schliessung gleichkommt. Viele Kulturakteure äussern ihren Ärger darüber, dass der politische Umgang mit der Krise den in der Kulturszene verbreiteten Kleinstrukturen nicht gerecht werden kann. Am 8. November bilden sie in der Innenstadt eine über einen Kilometer lange Menschen- und Lichter-Kette und machen schweigend auf das Schicksal ihrer

Gilde aufmerksam. Andere lamentieren oder stecken den Kopf in den Sand. Viele aber erfinden neue Vermittlungs- und Arbeitsformen.

Neue Wege

Zum Beispiel der Schauspieler und Musiker Andrea Bettini. Die Aufführungen seiner neuesten Kleinkunsttheaterproduktion «Pelati Delicati» im Fauteuil und Tabourettli fallen kurzfristig aus. Die Theater am Spalenberg schliessen von November bis Anfang Januar, für 15 Gäste lohne sich die Öffnung nicht. Bettini installiert daraufhin in einer umgenutzten Etage eines ehemaligen Ciba-Baus im Klybeck einen eigenen Theaterraum für Proben und kleine Darbietungen.

Zum Beispiel Jonas Gass. Der Direktor des Hotel Nomad rafft sich nach einer «dreiwöchigen Schockstarre» auf und sucht neue Wege. Als Anfang März die Fasnacht und die Uhren- und Schmuckmesse Baselworld am gleichen Tag abgesagt werden, fühlt er sich «wie in einem schlechten Film. Wir lagen tagelang wie gelähmt unter einer Lawine von Buchungstornierungen.» Nach dem ersten Schock «dachten wir, es wird bald wieder wie zuvor», erzählt der mit 32 Jahren vergleichsweise junge Hotelier. «Unterdessen wird es Winter und wir denken zwangsläufig alles neu. Eigentlich liegt kein Stein mehr auf dem anderen.»

Im Juni stellt sich auch für die Krafft Gruppe, zu der das Hotel Nomad gehört, die Existenzfrage. Es wird absehbar, dass Corona keine vorübergehende kleine Krise, kein Betriebsunfall ist. Die Gastro-Betriebe mussten Mitarbeitende entlassen, die ihre Sache gut gemacht hatten, und funktionierende Teams auflösen. In vielen Fällen ging Corona an die menschliche Substanz. Gass und seine Mitstreiter in der Führung der Krafft Gruppe wollten kein zweites Mal in diese Lage kommen und suchten neue Wege. Die Hotelzimmer würden sie in der alten Form nicht mehr brauchen. Unter grossem Innovationsdruck entstanden diverse Ideen.

Die erste kam von ausserhalb des Hauses: Spitalpersonal aus dem Elsass und Südbaden, das wegen der Grenzschliessungen nicht mehr pendeln kann, wird in den Hotelzimmern untergebracht. Die Weinbar Consum wurde während des ersten Lockdowns zu einem Laden «zurückumgenutzt». Denn «Einkaufen wie früher» – so der Name der Umnutzung – funktioniert weiterhin, und der Tagesumsatz als Verkaufsladen ist zum Teil grösser als der des Barbetriebs. Allerdings verzichten die Betreiber auf eine Gewinnmarge, der Consum-Laden ist ein Brückenangebot für Lieferantinnen und Bauern. Aus Hotelzimmern des Krafft wird eine Bar, die Hotelzimmer des Nomad werden als temporäre Arbeitsplätze vermietet. Das Homeoffice-Angebot des Hauses wird vom Branchenverband Hotellerie Suisse und von Schweiz Tourismus übernommen. Mit «Bed 'n' Bureau» entsteht eine nationale Kampagne zur Büronutzung von Hotelzimmern.

Zwischen «jetzt erst recht» und Kollaps

Gass spricht von einer «Jetzt-erst-recht-Mentalität», die sich Mitte Jahr breitmacht, es gibt einen Schulterschluss innerhalb der Hotel- und Gastronomie-Branche. Unter der Schirmherrschaft des Basler Hotelier-Vereins (BHV) organisiert sich ein Krisen-Roundtable mit wöchentlichem Austausch. Am Tisch sitzen im Lead Nadine Minder vom Gewerbeverband, Raphael Wyniger, neuer Präsident des BHV, und Franz-Xaver Leonhardt, CEO der Krafft Gruppe. Aus dem Roundtable entstehen eine Taskforce und eine Beratungsstelle, deren Gratisangebote rege genutzt werden. In der Branche ist niemand liquid, die Häuser sind Anfang November zum Teil nur noch zu fünf oder sechs Prozent ausgelastet, im Durchschnitt zu 21 Prozent. Es braucht auch branchenfremde Ideen. «Jetzt machen wir Dinge, die hätten wir vor der Krise nicht für möglich gehalten. Es eröffnen sich neue Dimensionen und Perspektiven. Das sehe ich auch positiv», resümiert Gass.

Doch nicht alle können sich neu erfinden. Der Pächter des Swissôtel Plaza am Messeplatz ist Anfang November der erste grosse Player, der Konkurs anmeldet. «Die haben einfach genau gerechnet», sagt Gass. «Es gibt in Basel aber viele inhabergeführte Betriebe, in deren Berechnungen beispielsweise die Miete kaum Gewicht hat.» Gass selbst rechnet auch – und versteigert

im Frühsommer sein Hotel auf Ebay. Den Zuschlag für eine Nacht exklusiver Hotelnutzung mit Nachtessen und Frühstück erhält eine Basler IT-Firma; 15'000 Franken legt sie dafür auf den Tisch. Mehrere Tagesmedien berichten darüber, aus dem Hilferuf wird eine gelungene PR-Aktion. Mit weiteren Neuerungen ist zu rechnen. «Bis es wieder aufwärtsgeht, bleiben wir laut und innovativ», sagt der Nomad-Hoteldirektor. Es bleibe aber auch gar nichts anderes übrig: «Für unser Business sind Asien und vor allem Amerika wichtige Märkte. Mit Gästen aus diesen Regionen rechnen wir vorsichtig ab Frühling 2022 wieder.»

Vorerst geht es eher ungewöhnlich weiter: Eine Kooperation mit einer Kunstmesse im Haus ist in Planung, im Oktober verläuft ein Takeover des Hotelrestaurants für einen Abend durch das von Gass' Tante geführte Restaurant Rössli in Zeglingen «sehr erfolgreich». Mit dem Hausbesitzer kann bilateral eine temporäre Mietzinsreduktion ausgehandelt werden. Corona ist auch ein Innovationsbeschleuniger – im Zuge der Pandemie werden auch Erfolge vermeldet.

Forschungserfolge

Zum Beispiel in der Forschung: Die Basler Pathologie forscht zu den Langzeitfolgen des Virus. Novartis meldet am 28. Oktober die Kooperation mit dem Impfstoff-Entwickler Molecular Partners. Das Zürcher Startup-Unternehmen verfügt bereits über Abnahmeverträge mit dem Bundesamt für Gesundheit. Novartis kauft sich die Vermarktungsrechte für zwei Medikamente zur möglichen Coronavirus-Prävention und -Behandlung. Es sollen 60 Mio. Franken fliessen, dazu könnten weitere 150 Mio. Franken sowie umsatzabhängige Zahlungen kommen.

Corona wird derweil auch in den Betriebsergebnissen der Pharmakonzerne sichtbar. Roche fängt mit Entwicklungen von Covid-19-Tests den Rückgang im Medikamentengeschäft auf und kann sogar eine knapp positive Halbjahresbilanz ziehen. Der Umsatz steigt im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent, der Gewinn ist rund fünf Prozentpunkte tiefer. Ähnlich wie bei Novartis sorgen Hamsterkäufe von Medikamenten zu Beginn der Pandemie noch für hohe Umsätze, gefolgt von einem Einbruch aufgrund zurückgehender Arztbesuche.

Blockierte Wege

Nach der Fasnacht fallen weitere prominente Einträge aus dem Basler Kalender: Die Herbstmesse, die Swiss Indoors und der Weihnachtsmarkt werden nacheinander abgesagt, wobei für einige Veranstaltungen Ersatzprogramme auf die Agenda kommen. Im Herbst sind vorübergehend Veranstaltungen mit mehr als tausend Personen erlaubt. Der FC Basel investiert gemäss eigenen Angaben rund 500'000 Franken in ein Schutzkonzept – und kann am 4. Oktober gegen Luzern ein einziges Spiel vor über tausend Zuschauenden austragen. Danach werden Grossanlässe wieder verboten. Seine Generalversammlung, zu der rund 8'800 Mitglieder einzuladen wären, führt der FCB im November schriftlich-postalisch durch.

Die Wahlkampfveranstaltungen für den Ende Oktober neu gewählten Grossen Rat und den Regierungsrat finden im kleinen Rahmen statt, sind geprägt von Abstand und Gesichtsmasken. Demonstrationen sind, unter Einhaltung der Hygieneregeln, nach dem ersten Lockdown zwar wieder erlaubt, nur wenige Organisationen machen aber vom politischen Versammlungsrecht Gebrauch: Die grösste ist die «Basel Nazifrei»-Demo am 28. November mit rund 3'000 Teilnehmenden. Als «Trostpflaster» für den Ausfall der Herbstmesse steht bis Anfang 2021 ein Riesenrad auf dem Münsterplatz. Rund 6'000 Schulkinder lädt der Kanton im November zu einer Fahrt darauf ein – auch weil die Messe eigentlich ihr 550-Jahr-Jubiläum feiert.

Kurze Wege

Eher eine Achterbahnfahrt ist das Leben für viele Unternehmerinnen und Selbstständige. Zum Beispiel für Mike Oberholzer und seine Kundschaft. Oberholzer leitet die Ausgleichskasse Basel-Stadt nach unternehmerischen Grundregeln. Die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt ist zuständig für die operativen Abwicklungen rund um die Sozialversicherungen, AHV, IV, Erwerbsersatzordnung (EO). «2020 ist ein sehr spezielles Jahr», sagt Oberholzer. Normalerweise

sind die Ausgleichskassen bei geplanten Gesetzesänderungen Teil des Vernehmlassungsverfahrens. «Dieses Mal haben wir die Pressekonferenzen des Bundesrats live mittels Beamer im grossen Sitzungszimmer geschaut.» So erfuhren Oberholzer und sein Team zeitgleich mit ihren Kundinnen und Kunden, dass zum Beispiel Selbstständige eine Corona-Entschädigung über die EO erhalten sollen. «Wir haben, gemeinsam mit den anderen Ausgleichskassen, innert weniger Tage eine neue Sozialversicherung aus dem Boden gestampft.» Dabei galt es diverse Fragen zu klären: Wie kommt das Geld vom Bund zur Ausgleichskasse? Wie informiert diese die Bevölkerung? Wie beurteilt sie die Anträge? Wie schult sie ihre Mitarbeiter?

Im Frühling war zeitweise die Hälfte der über siebzig Mitarbeiterinnen damit beschäftigt, über die neu geschaffene Hotline darüber zu informieren, dass sie selber noch nichts wissen. Oberholzer musste das Umdenken vorantreiben, predigte seinen Leuten Pragmatismus: «Vergesst das alte Geschäft! Das Geld muss raus, wir haben keine Zeit für Detailabklärungen!» Die Hotline war tagelang eine Art «allgemeines Sorgentelefon». Die Mitarbeitenden der Ausgleichskasse übernahmen Beratungs- und Vermittlungsaufgaben. «Es ging darum zu verhindern, dass Leute zwischen Stuhl und Bank fallen», sagt Oberholzer und verweist auf die Zusammenarbeit mit dem Departement für Wirtschaft und Soziales, insbesondere mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und mit der Sozialhilfe. Das sei vielleicht ein positiver Aspekt des Trubels: die Verkürzung gewisser Dienstwege. Im Austausch mit den Bundesbehörden und unter den Kassen interkantonal ging es «auch um Rechtsgleichheit, das lief zu Beginn etwas informell, war aber wichtig für die Sache».

Rund 7'200 Personen machen in Basel einen Anspruch auf Corona-EO geltend, darunter vereinzelt Firmen, deren Mitarbeitende in Quarantäne geschickt werden müssen. Rund 40 Mio. Franken Bundesgelder verteilt die Ausgleichskasse Basel-Stadt. Darunter seien wenige Missbrauchsfälle, vermutet Oberholzer, weil sich die Anspruchsberechnungen auf die Zahlen des Steueramts berufen. «Es wird erst mit der ab Mitte September geltenden monatlichen Selbstdeklaration zu Missbräuchen kommen.» Zum Beispiel könnten EO und Kurzarbeit von der gleichen Person für den gleichen Job eingefordert werden.

«Armi Sieche»

Der Zahlungseingang bewegt sich auf dem Niveau der Vorjahre, die Unternehmen sind noch flüssig, zahlen ihre Abgaben. Neben der Ausgleichskasse meldet auch das Handelsregister stabile Zahlen für Neugründungen und Liquidierungen, die für 2020 keine Krise vermuten lassen. Viele Arbeitgeber, insbesondere aus dem Finanz- und Pharmasektor, verzichten darauf, Ausgleichsgelder zu beantragen. Das Statistische Amt vermeldet seit Anfang der Covid-19-Pandemie im Vergleich zum Vorjahresmonat kontinuierlich höhere Arbeitslosenzahlen, nachdem diese von April 2017 bis Februar 2020 im Vorjahresvergleich jeweils tiefer lagen. Ende Oktober sind 1'211 Personen mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenzahlen steigen bis zu diesem Zeitpunkt auf total rund 4'000 Betroffene – das sind allerdings nicht mehr als beispielsweise in der Finanzkrise ab 2008.

Nach 2'100 E-Mails und 8'150 Telefonaten zwischen März und September im Zusammenhang mit Massnahmen «zur Bekämpfung der Folgen der Virusbekämpfung» hat sich der Ausgleichskassenleiter einen Überblick verschafft. Oberholzer fasst es knapp zusammen: «Es trifft die Selbstständigen, die Startenden und die Steueroptimierer.» Auch Teilzeitselbstständige bekommen gemäss EO-Ansatz 80 Prozent ihres Erwerbs erstattet – bei kleinen versteuerten Summen entstünden dabei in gewissen Fällen Mini-Tagesansätze. Das könne absurd anmuten und habe in Einzelfällen für Empörung gesorgt, sei aber eine einfache und für alle gleiche Rechnung, erklärt Oberholzer. Und er wagt Pauschalaussagen zu Berufsgruppen: «Ich sage es, wie es ist: Die Kulturakteure und die Gastronomen sind armi Sieche. Genauso schwierig ist die Situation aber für Taxifahrende, Prostituierte oder Leute mit einem Mini-business wie etwa einem Tupperware-Handel.»

Kann die Krise eine reinigende Wirkung haben? Oberholzer hält sich bedeckt. «Eine gewisse Strukturbereinigung wird es geben. Die Existenzberechtigung von Firmen, die auffällig rasch auf Soforthilfe pochten, kann zum Teil infrage gestellt werden.» Er rechnet mit einer zeitverschobenen Delle in der Konjunkturkurve. Für die Verschiebung sorgt die Ausgleichskasse in ihrer Inkassoabteilung auch selber: Sie verhängt einen Betreibungsstopp, erarbeitet Tilgungspläne, verschickt vorübergehend keine Mahnungen mehr.

Mitte November verabschiedet sich sogar das innovative Hotel Nomad «in einen Winterschlaf bis mindestens Ende Januar». Einige andere Hotels am Platz Basel folgen, obwohl sie der Staat nicht explizit zu einer Schliessung zwingt. Kaum ein Hotelbetrieb hat genug Reserven, um gleichmütig dem bevorstehenden Winter entgegenzublicken. Covid-Kredite sind zwar zinslos und rasch zu besorgen – Hotelier Gass: «Das Geld war innerhalb eines halben Tages da!» –, müssen aber innerhalb von acht Jahren zurückbezahlt werden. Hotelchef Gass und Ausgleichskassenchef Oberholzer sind überzeugt: Diese Krise überleben nicht alle Unternehmen. Auch Krafft-CEO Franz-Xaver Leonhardt stimmt nun in den Klagechor ein, was er zuvor monatelang verweigert hat. Es werde «enorm schwierig», die Schliessung seiner Hotels sei «durchaus auch als leichte Trotzreaktion auf die Massnahmen» zu verstehen, lässt er sich am 23. November in der «Basler Zeitung» zitieren.

Der kleine Arno im Gundeli stillt seinen Durst noch an der Mutterbrust. Er wird sicher dereinst in einer Bar ein Bier geniessen können – bis er gross ist, dürfte «die Sache» überstanden sein. Auf eine Krise folgt in der Regel ein Aufschwung.

Über den Autor

Thilo Mangold ist Soziologe und Projektentwickler in Basel.

Im Juli 2020 erschien das Stadtbuch-Dossier «Basel in der Corona-Krise (I)» mit einem Leitartikel von Nathalie Baumann: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-03.html>

Im Eiltempo aus der Notlage

Rückkehr zur besonderen Lage Der Bundesrat hebt die Corona-Verbote schneller und radikaler auf als erwartet. Im Kleingedruckten seiner Beschlüsse steht: Sogar Grossanlässe über 1000 Personen sind wieder möglich.



«Neue Balance»: Simonetta Sommaruga und Alain Berset verkünden vor den Medien die Lockerung der Corona-Regeln. Foto: Peter Schneider (Keystone)

Markus Häfliger und **Fabian Fellmann**

Der Bundesrat setzt sich über die Warnungen der Epidemiologen hinweg. Von einer weiteren Lockerung der Corona-Regeln hat Matthias Egger, Leiter der vom Bundesrat eingesetzten Covid-Taskforce, ausdrücklich abgeraten. Die Fallzahlen stiegen seit zwei Wochen, mahnte Egger in der Fernsehsendung «10 vor 10» an. «Das macht uns Sorgen.»

Von solchen Bedenken lässt sich der Bundesrat aber nicht beirren. Nach rund drei Monaten Ausnahmezustand sieht er den Moment gekommen, der Bevölkerung ziemlich viel Normalität zurückzugeben. Am Freitag hob er die meisten der Corona-Regeln auf. Die ausserordentliche Lage stuft er zur besonderen Lage zurück, das Versammlungsverbot lässt er fallen, Anlässe bis 1000 Personen erlaubt er wieder. Die Landesregierung folgt dabei im grossen Ganzen den Anträgen von Gesundheitsminister Alain Berset (SP), drückt aber noch mehr aufs Tempo. Berset wollte die Lockerungen erst am 26. Juni in Kraft setzen. Doch Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) drängte in einem vertraulichen Mitbericht zur Eile und überzeugte das Gremium. Das Gros der Lockerungen tritt nun bereits am Montag in Kraft.

Dem Vernehmen nach argumentierte Keller-Sutter unter anderem mit den Nöten der Polizei. Viele Korps waren in den letzten Wochen mit Demonstrationen konfrontiert und überfordert, namentlich mit den Kundgeboten gegen Rassismus und Poli-

zeigewalt. Eigentlich waren diese Demos wegen der Pandemie verboten. Verhindern liessen sie sich trotzdem kaum.

Sonderregel für Demos

Dieses Problem löst der Bundesrat nun umgehend: Bereits auf heute hat er für Demonstrationen jede Teilnehmergrenze aufgehoben. Stattdessen gilt an Demos neu eine Maskenpflicht. Alle anderen Grossanlässe mit mehr als 1000 Personen bleiben noch bis Ende August verboten. Diese Ungleichbehandlung sei gerechtfertigt, meinte Berset. Denn bei politischen Kundgeboten gehe es um die Ausübung von Grund-

rechten. Das Verbot von anderen Anlässen mit über 1000 Personen ist die einzige grössere Einschränkung des Gesellschaftslebens, die nun noch in Kraft ist. Was Berset nicht erwähnte: Die Kantone dürfen ab Montag selbst dieses letzte Tabu anrühren. Sie dürfen solche Anlässe bewilligen, wenn «das überwiegende öffentliche Interesse» dies gebietet. So steht es im Kleingedruckten der neuen Covid-19-Verordnung des Bundesrats. Dieser Gummiparagraf gibt den Kantonen praktisch freie Hand. In den Unterlagen, die der Bundesrat zur Vernehmlassung an die Kantone schickte, nannte er ein konkretes Bei-

spiel für Anlässe von «überwiegendem öffentlichen Interesse»: die Bundesfeiern am 1. August.

Trotzdem will der Bund verhindern, dass die Epidemie wieder aufflammt. Die Gefahr durch das Virus sei noch nicht gebannt, warnte Simonetta Sommaruga. «Wir sehen derzeit in anderen Ländern, wie rasch die Zahlen wieder steigen können.» Wie man eine zweite Welle verhindern kann – darüber gab es im Bundesrat divergierende Ansichten. Finanzminister Ueli Maurer (SVP), seit Beginn der Krise der grosse Corona-Skeptiker, wollte ganz auf Eigenverantwortung setzen und alle behördlichen

Vorgaben aufheben. Mit einem entsprechenden Antrag blieb Maurer aber erneut chancenlos.

Die drei letzten Vorschriften

Seine Kollegen setzen stattdessen auf «vereinfachte Grundregeln für alle». Konkret: Neu müssen alle Veranstalter, Firmen und Institutionen noch drei Vorschriften beachten: In erster Linie gilt weiterhin ein Schutzabstand, der aber von 2 auf 1,5 Meter sinkt. Wo dieser Abstand nicht eingehalten werden kann, müssen Masken getragen oder Trennwände aufgestellt werden. Wo auch das nicht möglich ist, müssen die Veranstalter Kontaktlisten führen. Diese sollen das Contact-Tracing sicherstellen. Diese Grundregeln ersetzen sämtliche branchenspezifischen Vorgaben und Schutzkonzepte. Mit diesen neuen Regeln müsse das Land nun «eine neue Balance finden», sagte Sommaruga.

Darüber hinaus haben in der «besonderen Lage» aber auch die Kantone wieder mehr Spielraum für Sonderlösungen. Beispielsweise könnten sie auf ihrem Territorium eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr befehlen. Trotz der Lockerungen: Völlige Normalität kehrt nicht ein. Und dies könnte noch sehr lange so bleiben, wie Berset deutlich machte. Ganz aufgehoben würden die Regeln erst, wenn es gegen Covid-19 entweder eine Impfung oder ein wirksames Medikament gebe oder aber das Virus ganz verschwinde. Solange keine dieser drei Bedingungen erfüllt sei, «geht das weiter», sagte Berset. Wie lange? «Allenfalls einige Jahre. Ich hoffe es nicht.»

Das sind die neuen Corona-Regeln

Der Umgang in der Schweiz mit Corona wird nochmals lockerer. Abstandhalten und Händewaschen bleiben zwar die wichtigsten Schutzmassnahmen vor dem Virus, ansonsten ändern sich aber viele Regeln:

Demonstrationen: Die Obergrenze für die Anzahl Teilnehmer an Demonstrationen wird aufgehoben. Da an Kundgeboten die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, wird eine Maskenpflicht eingeführt.

Die neuen Regeln für Demonstrationen gelten ab heute, alle anderen neuen Regeln ab Montag:

Abstand: Der Mindestabstand zwischen zwei Personen wird von 2 auf 1,5 Meter reduziert. Der Abstand darf unterschritten werden, wenn eine Maske getra-

gen wird oder Trennwände installiert worden sind.

Kontaktlisten: Falls an Veranstaltungen, in Restaurants oder Einrichtungen wie Kinos weder die Abstandsregeln eingehalten noch Schutzmassnahmen installiert werden, dann müssen die Betreiber Kontaktlisten führen.

Gastronomie: Die Polizeistunde für Restaurants, Cafés und Clubs wird aufgehoben. Auch besteht in Restaurants und Bars keine Sitzpflicht mehr.

Öffentlicher Verkehr: Können in Bus, Tram oder Zug die Abstandsregeln nicht eingehalten werden, wird das Maskentragen neu vom Bund «dringend empfohlen». Reisende sollen stets eine Maske dabeihaben. Obligatorisch sind sie aber weiterhin nicht.

Arbeit: Die Homeoffice-Empfehlung wird aufgehoben. Die Entscheidung darüber, ob zu Hause oder im Büro gearbeitet wird, ist dem Arbeitgeber überlassen. Ebenso aufgehoben sind die Vorgaben zum Schutz der besonders gefährdeten Personen. Der Arbeitgeber ist aber verpflichtet, ihre Gesundheit zu schützen.

Veranstaltungen: Anlässe mit bis zu 1000 Personen sind wieder erlaubt. Das Nachverfolgen von Kontakten muss aber stets möglich sein. Der Veranstalter muss sicherstellen, dass die Zahl der zu kontaktierenden Personen nicht grösser als 300 ist, etwa durch die Unterteilung in Sektoren. Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen werden frühestens Anfang September wieder erlaubt. Die Kantone können aber Ausnahmen machen. (red/sda)

Bund verlängert Wirrwarr bei Tests

Ab sofort gilt ein neuer Ansatz im Umgang mit dem Coronavirus: In erster Linie sind anstelle des Bundes nun die Kantone dafür zuständig, dessen Verbreitung zu unterbinden. Ein Hindernis dabei sind Fehlanreize bei den Covid-Tests. Für Personen ohne Symptome, die sich zum Beispiel in einem kantonalen Zentrum testen lassen, zahlt der Kanton. Tests im Spital oder nach einem Arztbesuch hingegen übernimmt die Krankenkasse, doch können wegen der Franchise mehrere Hundert Franken an den Patienten hängen bleiben.

Das birgt die Gefahr, dass Infizierte einem Test ausweichen. Dieses Problem wollte Gesundheitsminister Alain Berset mit dem Vorschlag lösen, die Bundeskasse solle für die Tests aufkommen, wie mehrere Quellen bestätigen. Damit drang er jedoch bei seinen Kollegen zumindest vorderhand nicht durch, wie es im Umfeld des Bundesrats heisst. Berset selbst erklärte an der Medienkonferenz, der Bundesrat habe das Thema diskutiert, aber noch keinen Beschluss gefällt. Nächste Woche wird sich Berset mit den Kantonen darüber unterhalten, die auf eine rasche Lösung drängen. Wann der Bundesrat entscheiden wird, ist offen.

Geeinigt hat sich der Bund auf die Strategie zur Vorbeugung einer zweiten Welle. Darin spielt er den Ball den Kantonen zu. Sie sollen mit lokalen und begrenzten Eingriffen das Virus in Schach halten, damit nicht erneut harte Verbote über das ganze Land verhängt werden müssen. Denn dabei «müsste mit noch höheren volkswirtschaftlichen Kosten gerechnet werden als bisher», warnt der Bund in seinem Papier.

Masken dringend empfohlen

Auf konkrete Schwellenwerte für Eingriffe verzichtet der Bundesrat. Man müsse flexibel reagieren können, so Berset. Kantone sollen zum Beispiel einzelne Heime oder Schulen unter Quarantäne stellen und erst im Fall einer anhaltenden Steigerung der Infektionszahlen wieder Unternehmen oder Schulen schliessen. Derartige Massnahmen wären auf einzelne Kantone oder Regionen beschränkt, könnten dort aber für die ganze Bevölkerung gelten.

Mehrfach erwähnt das Papier eine mögliche Maskenpflicht im ÖV. Derzeit würde die Bevölkerung eine solche nicht verstehen, sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga am Freitag. Vorerst hat der Bundesrat darum einen Mittelweg gewählt: Das Tragen von Masken wird dringend empfohlen, neu werden Passagiere auch aufgefordert, eine Maske zumindest mit sich zu führen. So soll sich die Bevölkerung langsam an Masken gewöhnen: Vielleicht würden diese im Herbst zur Selbstverständlichkeit, sagte Sommaruga – in der Hoffnung, dass eine zweite Welle im Herbst ausbleibt.

Fabian Fellmann und **Markus Häfliger**

Dienstag, 23. Juni 2020

Leben & Wissen

Soll ich die Corona-App aufs Handy laden?

Das Smartphone beobachtet das Virus – überwacht es gleichzeitig die Menschen? Die neue App wirft Fragen auf. Wir geben 13 Antworten.

Niklaus Salzmann

Am Donnerstag geht es los. Nach einem Monat Pilotphase wird die offizielle Tracing App der Schweiz für die breite Öffentlichkeit freigegeben. Sie soll feststellen, wer mit an Covid-19 erkrankten Menschen in Kontakt gekommen ist. Was taugt die App und wie funktioniert sie? Wir haben sie unter die Lupe genommen.

1) Was macht die App genau?

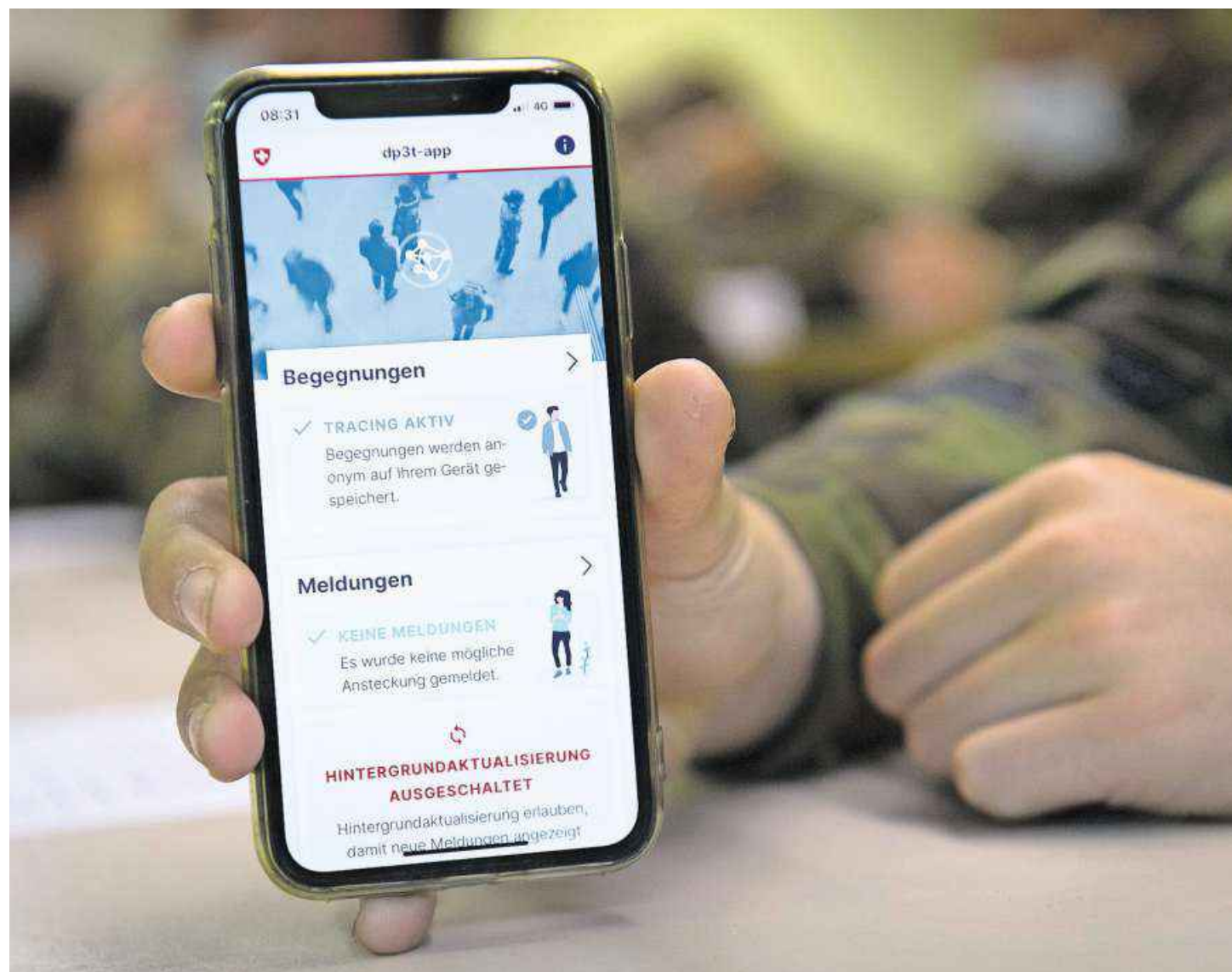
Sie registriert, wenn sich zwei Smartphones mit installierter App innert eines Tages während mehr als 15 Minuten näher als 1,5 Meter kommen. Wird eine Person positiv auf Covid-19 getestet, kann sie dies in die App eingeben. Andere Nutzerinnen und Nutzer, die ihr in der ansteckenden Phase nahegekommen sind, werden automatisch und anonym über die mögliche Ansteckung informiert.

2) Was bringt mir dies?

Die App schützt niemanden direkt von einer Ansteckung. Sie dient dazu, mögliche Ansteckungen möglichst schnell zu identifizieren. Somit können Betroffene rasch isoliert werden, damit sich das Virus nicht weiterverbreitet.

3) Was muss ich tun, wenn mich die App über eine mögliche Ansteckung informiert?

Die Warnung verpflichtet zu nichts. Die App empfiehlt einen Anruf bei der Infoline des Bundesamts für Gesundheit. Wer keine Symptome hat, kann grundsätzlich weiterhin arbeiten gehen. Nur wenn jemand mit Arztzeugnis oder aufgrund einer behördlichen Anordnung in Quarantäne geht, ist der Arbeitgeber verpflichtet, weiter Lohn zu zahlen. Der Labortest aufgrund von App-Verdachtsmeldungen soll für die Betroffenen kostenlos sein – so hat es das Parlament beschlossen, die Umsetzung ist aber noch unklar.



Nur wenn die Bluetooth-Verbindung eingeschaltet ist, funktioniert die «Swisscovid»-App.

Bild: Laurent Gillieron/Keystone

4) Wer muss die App installieren?

Die Nutzung der Tracing App ist freiwillig. Je mehr Menschen sie nutzen, desto schneller können Ansteckungsketten gestoppt werden. Damit sinkt auch das Risiko, dass wieder strengere obligatorische Massnahmen in Kraft gesetzt werden.

5) Gibt es die App bereits?

In den App Stores von Android und Apple ist «Swisscovid» bereits zu finden, noch ist die Nutzung aber nur bestimmten Personengruppen gestattet, zum Beispiel Mitarbeitenden von

Spitälern. Wer die Pilotversion installiert hat, kann am Donnerstag ein Update herunterladen.

6) Mit welchen Smartphones funktioniert die App?

Die App ist kostenlos sowohl für Android als auch für iPhone erhältlich. Es muss eine aktuelle Version des Betriebssystems installiert sein, mindestens iOS 13 oder Android 6.

7) Brauche ich für die Nutzung eine Internetverbindung?

Das Erfassen der Kontakte funktioniert ohne Internet. Jedoch

können die Warnmeldungen erst empfangen werden, wenn das Telefon mit dem Internet verbunden ist. Dazu reicht es aber, sich zum Beispiel einmal täglich in ein WLAN-Netz einzuwählen. Immer eingeschaltet sein muss dagegen die Bluetooth-Funktion. Im Flugmodus kann die App nicht arbeiten.

8) Welche Daten werden gesammelt?

Das Smartphone registriert, in der Nähe welcher Geräte es sich befindet. Die Daten werden lokal auf dem Smartphone gespeichert, aber nirgends an einer

zentralen Stelle. Nach drei Wochen werden sie gelöscht. Bei Android-Smartphones muss die Standortermittlung eingeschaltet sein, damit Bluetooth funktioniert – der via GPS ermittelte Standort wird aber nicht erfasst. Laut dem eidgenössischen Datenschutzbeauftragten ist die App datenschutzkonform.

9) Woher kommt die App?

Entwickelt wurde sie vom Bund zusammen mit den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich (ETH) und Lausanne (EPFL) und der Schweizer Softwarefirma Ubique. Lanciert

wird sie nun vom Bundesamt für Gesundheit.

10) Was spricht gegen die Nutzung?

Nutzerinnen und Nutzer berichten aus der Pilotphase, dass die ständig im Hintergrund laufende Bluetooth-Funktion den Akku leer saugt. Ein weiterer Nachteil ist, dass es zu Fehlalarmen kommen kann. Zum Beispiel kann die App nicht erkennen, wenn Personen durch Masken geschützt oder durch Plexiglasscheiben getrennt sind. So kann sie nach Situationen Alarm schlagen, die nicht risikant waren. Nicht komplett ausgeschlossen werden kann auch, dass Hacker eine Sicherheitslücke finden und ausnützen.

11) Wie misst die App den Abstand zweier Personen?

Die Distanzmessung ist ein Schwachpunkt der App. Ermittelt werden die Abstände über die Stärke des Bluetooth-Signals. Dieses wird jedoch von Hindernissen wie dem menschlichen Körper abgeschwächt. Das kann die Schätzung des Abstandes verfälschen.

12) Funktioniert die App auch ausserhalb der Schweiz?

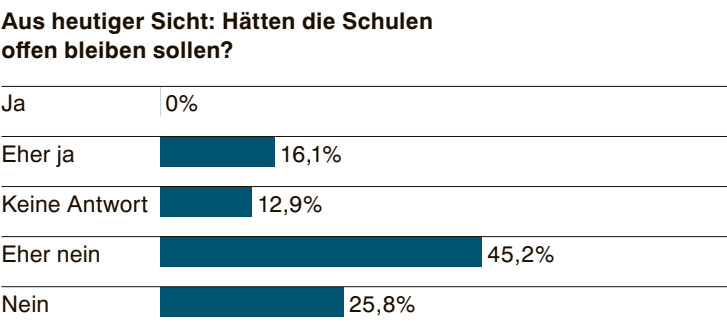
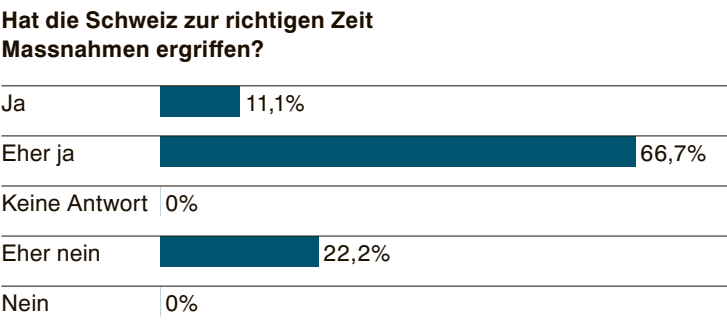
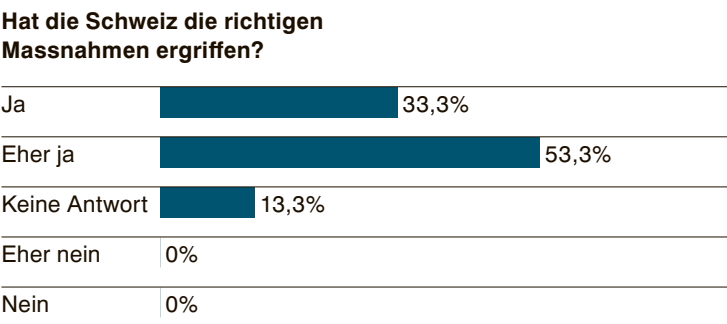
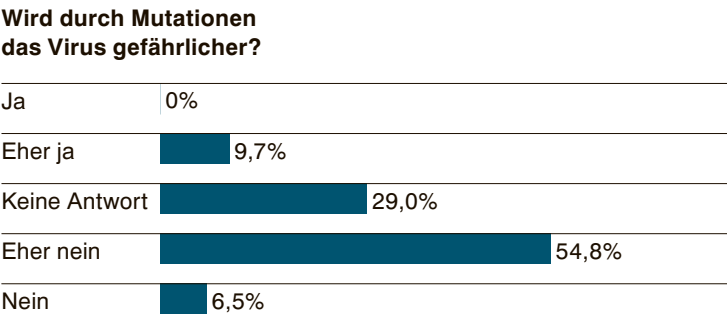
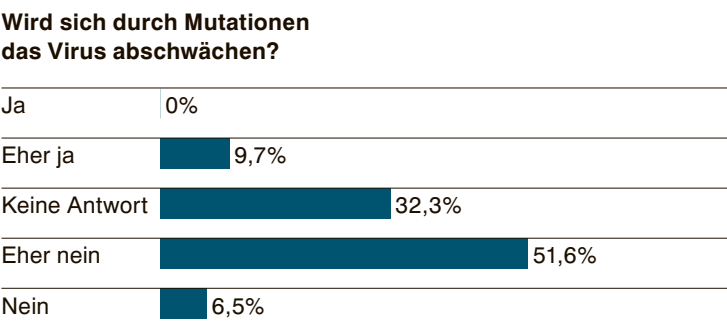
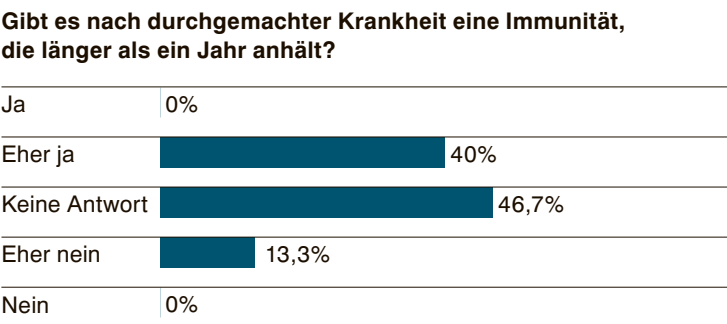
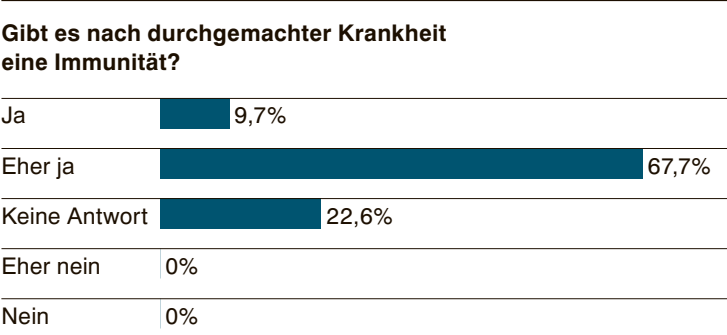
Andere Länder haben andere Apps lanciert. Sie benutzen aber fast alle dieselbe Schnittstelle. Auf deren Basis soll der Datenaustausch in Zukunft auch über die Grenzen hinweg möglich werden, zumindest in der EU. Frankreich allerdings hat als einziges Nachbarland der Schweiz auf ein anderes System gesetzt, das nicht mit der Schweiz und den anderen EU-Ländern kompatibel ist.

13) Wie lange bleibt die App aktiv?

Der Bund verspricht, die App nur so lange zu verwenden, wie die Eindämmung des Coronavirus dauert. Sollte sie sich als untauglich erweisen, werde sie schon vorher abgeschaltet.

Das denkt die Fachwelt über Corona

Umfrage zum Virus Haben wir den Höhepunkt der Epidemie in der Schweiz hinter uns? Hat der Bundesrat richtig gehandelt? Droht uns in den nächsten Jahren eine neue Pandemie? 30 Expertinnen und Experten schätzen die Lage ein.



Marc Brupbacher, Patrick Vögeli und Mathias Lutz

Diese Zeitung hat 100 Epidemiologinnen, Virologen, Infektiologinnen, Biophysiker und einige andere Experten nach ihrer Einschätzung gefragt, wie es mit der Pandemie weitergehen könnte. Es sind Personen, die an den grössten Spitälern und Universitäten der Schweiz tätig sind und über langjährige Erfahrung auf ihrem Fachgebiet verfügen. Von den Angeschriebenen haben sich 30 für die Umfrage Zeit genommen. Hier ein paar Erkenntnisse aus der Umfrage:

— Die Schweiz hat die schlimmste Phase der Epidemie überstanden.

— Es wird zwar zu einer zweiten Welle kommen, die wird aber kleiner ausfallen als die erste.

— Das Virus wird sich durch Mutationen nicht gross verändern,

also weder gefährlicher noch milder werden.

— Mit wirksamen Medikamenten ist schon dieses Jahr zu rechnen, mit einem Impfstoff erst 2021.

— Covid-19 ist gekommen, um zu bleiben, Sars-CoV-2 wird wie die Grippe endemisch werden.

— Wer einmal an Covid-19 erkrankt ist, darf mit einer Immunität rechnen, zumindest für eine gewisse Zeit.

— Der Bundesrat hat die richtigen Massnahmen zur richtigen Zeit ergriffen; es war damals auch richtig, die Schulen zu schliessen.

— Das neue Coronavirus ist vom Tier auf den Menschen übergesprungen.

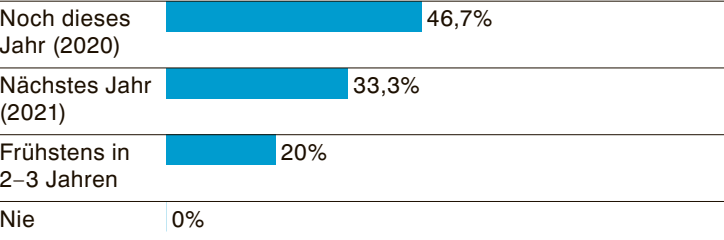
— In den nächsten 10 Jahren wird sich eine Pandemie ähnlichen Ausmasses ereignen, auf die wir besser vorbereitet sein werden.

Wer an der Umfrage teilgenommen hat

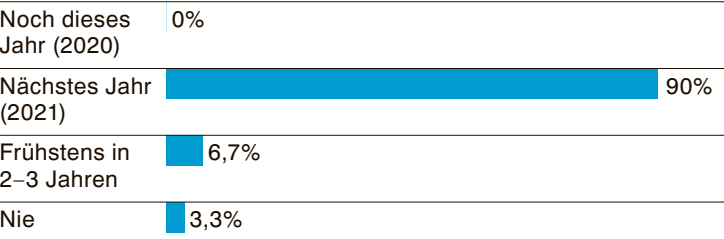
Die 30 Expertinnen und Experten, die unsere Fragen beantwortet haben, sind natürlich keine Propheten, auch wenn sie von Berufs wegen jeden Tag mit der Welt von Erregern zu tun haben. Sie alle

haben eine solch aussergewöhnliche Situation ebenfalls noch nie erlebt. Sie schätzen die Lage anhand ihrer Erfahrung und des heute verfügbaren Wissensstands ein. Die Umfrage erfolgte anonym.

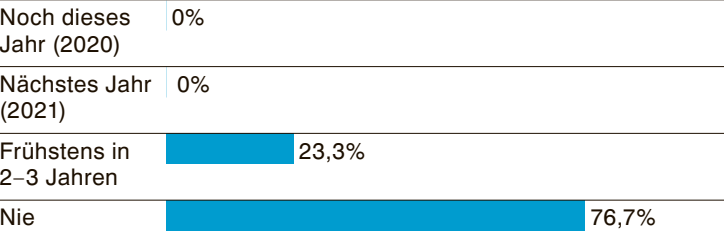
Wann gibt es wirksame Medikamente gegen das Coronavirus?



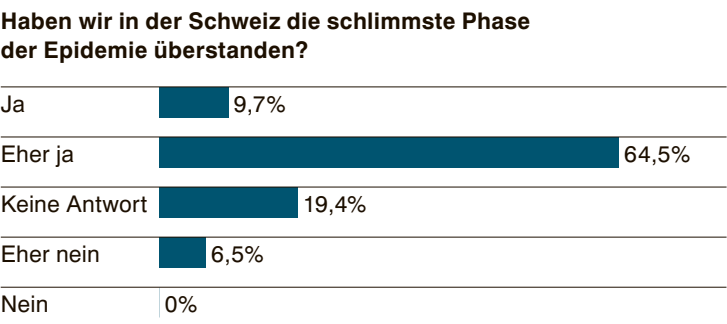
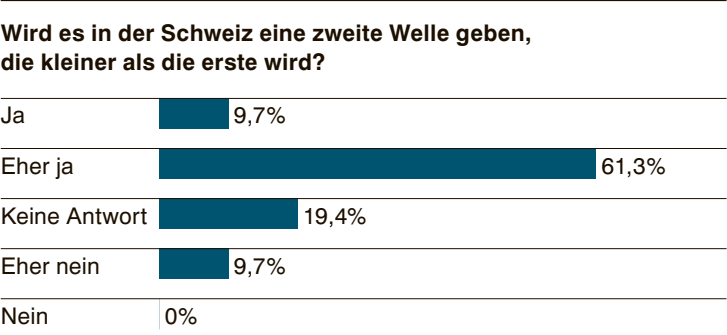
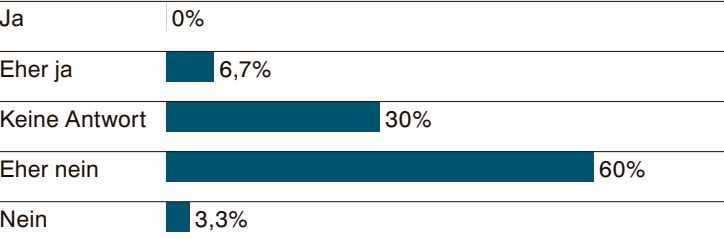
Wann wird ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung stehen?



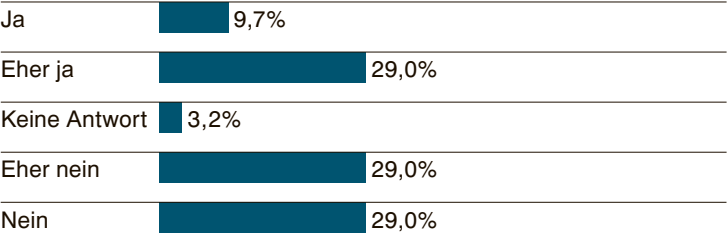
Wann werden wir Covid-19 ausrotten?



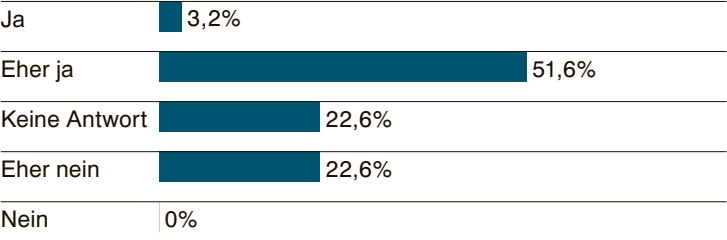
Wird es in der Schweiz eine zweite Welle geben, die grösser als die erste wird?



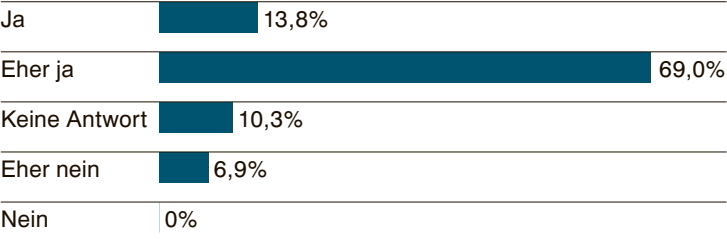
Waren Sie überrascht, wie stark die Fallzahlen in der Schweiz mit den Massnahmen sanken?



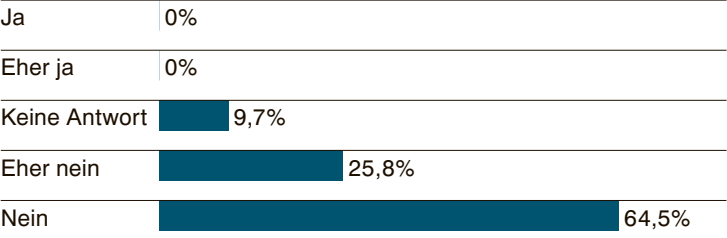
Wird sich in den nächsten 10 Jahren eine Pandemie ähnlichen Ausmasses ereignen?



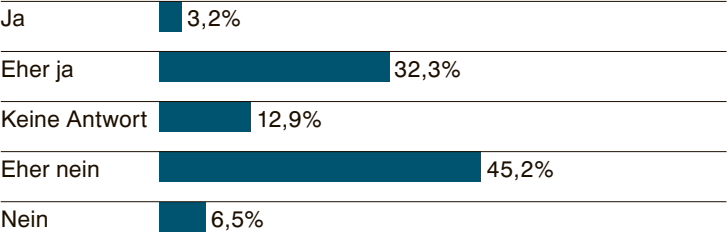
Werden wir auf die nächste Pandemie besser vorbereitet sein?



Ist das Virus einem Labor entwichen?



Fürchten Sie sich vor einer Infektion mit Sars-CoV-2?



SO SCHÜTZEN WIR UNS.



Gemeinsam eine zweite Coronavirus-Welle verhindern: mit Contact-Tracing und der SwissCovid App.

Gemeinsam haben wir die Ausbreitung des neuen Coronavirus in der Schweiz erfolgreich eingedämmt. Nun gilt es, eine zweite Welle zu verhindern.

So stoppen wir Coronavirus-Infektionsketten.

Damit wir von den Normalisierungen auch in Zukunft profitieren können, braucht es unterstützende Massnahmen wie systematisches Testen und Contact-Tracing. Infektionsketten müssen gestoppt werden, damit die Coronavirus-Ansteckungen weiter zurückgehen. Diese Massnahmen werden von der SwissCovid App unterstützt: So werden wir via Smartphone umgehend benachrichtigt, wenn wir engen Kontakt mit einer infizierten Person hatten, die wir nicht persönlich kennen. Und wenn möglichst viele Personen die SwissCovid App freiwillig herunterladen, können wir die Infektionsketten frühzeitig unterbrechen.

Die SwissCovid App verschafft uns einen entscheidenden Vorteil.

Wir können das Coronavirus in uns tragen und unser Umfeld anstecken, bevor wir uns krank fühlen. So verbreiten wir das Virus und sind immer einen Schritt zu spät. SwissCovid – die offizielle App des Bundes – hilft uns, diesen Schritt aufzuholen: Sie kann uns informieren, sobald wir Kontakt mit einer infizierten Person hatten, aber selbst noch keine Symptome spüren. Durch die frühzeitige Information und das Befolgen der behördlichen Empfehlungen verhindern wir so eine Weiterverbreitung des Coronavirus.

So funktioniert die SwissCovid App.

Die App registriert über Bluetooth, wenn wir mit anderen Nutzerinnen und Nutzern der SwissCovid App in Kontakt sind. Dafür werden keine Standort- bzw. GPS-Daten erfasst. Wenn eine Person, mit der wir engen Kontakt hatten, positiv getestet wird, benachrichtigt uns die App – sofern diese Person zum Zeitpunkt des Kontakts ansteckend war. Um diese Benachrichtigung auszulösen, muss die infizierte Person einen Covidcode, den sie von den Behörden erhält, in ihre App eingeben. Die Privatsphäre der Nutzerinnen und Nutzer hat dabei oberste Priorität. Der Vorgang ist freiwillig und es werden keine Daten zentral gespeichert.

So schützen wir uns: Hier ist die SwissCovid App verfügbar.

Laden Sie SwissCovid gratis im App Store oder im Google Play Store herunter.



So nutzen wir SwissCovid.

Nach der Installation der App, werden wir beim Öffnen um die Erlaubnis für die Bluetooth-Aktivierung, sowie die Benachrichtigung per Push-Mitteilung gefragt. Beide Funktionen sind entscheidend, wenn die App uns dabei helfen soll, eine Weiterverbreitung des Virus zu stoppen. Aktivieren Sie beide Funktionen, um die App richtig verwenden zu können. Danach arbeitet sie, ohne dass Sie etwas tun müssen.

www.bag-coronavirus.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Confederation

Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Uffizi federal da sanadad publica UFSP



Scan for translation

Inland

Freitag, 26. Juni 2020

Ruhe vor der zweiten Welle?

Die Fallzahlen steigen. Die Ferien könnten die Lage noch verschärfen. Psychisch aber sind wir keinen Schritt weiter als vor dem Lockdown.

Doris Kleck und Sabine Kuster

52 neue Covid-Fälle meldete gestern das Bundesamt für Gesundheit. Es ist die höchste gemeldete Fallzahl seit dem 12. Mai. Am Tag zuvor waren es 44 und Stefan Kuster, Leiter der Sektion übertragbare Krankheiten beim BAG, sagt: «Wir sehen eine Tendenz zu leicht ansteigenden Fallzahlen. Das ist angesichts der Öffnungsschritte nicht ganz unerwartet.»

Der Nachfolger von Daniel Koch wählte vor den Medien eine vorsichtige Formulierung. Und er betonte, es sei nun wichtig, dass mit Contact Tracing die Infektionsketten unterbrochen werden können. Dafür verantwortlich sind die Kantone. Früher gab es eine magische Grenze: Bei der ersten Wellen waren die Kantone ab 100 Neuinfektionen pro Tag nicht mehr in der Lage, den einzelnen Fällen nachzuspüren, Kontaktpersonen von Infizierten ausfindig zu machen und sie in Quarantäne zu setzen. Nun sagt Kuster: «100 Fälle über die ganze Schweiz verteilt sind definitiv kein Problem mehr.» Die Kantone könnten ihre Ressourcen bei Bedarf hochfahren. Er schränkt aber auch ein. «Bewegungsabklärungen von mehreren hundert Personen wären eine grosse Herausforderung.»

Den Kantonen hilft derzeit: Die Neuinfektionen sind über die ganze Schweiz verteilt. Gemäss Kuster sind 15 bis 20 Prozent der Fälle importiert, sprich, die Personen steckten sich im Ausland an und reisten später in die Schweiz ein. Besonders oft in Serbien, wie Kuster sagt. Die epidemiologische Lage dort sei nicht überschaubar.

Nach den Ferien freiwillig in die Quarantäne

Das BAG beobachtet die Situation und prüft Massnahmen, um importierte Fälle zu verhindern. Die Möglichkeiten sind gross: von Empfehlungen zur Selbstquarantäne nach der Rückkehr aus bestimmten Ländern über das Ausfüllen von Gesundheitsfragebogen an der Grenze, über die Messung der Körpertemperatur bis hin zu Tests noch im Reiseland. Kuster appelliert im Hinblick auf die Sommerferien daran, sich der epidemiologischen Lage im Reiseland bewusst zu sein und sich auch dort an die Hygiene- und Distanzregeln zu halten. «Eine freiwillige Selbstquarantäne während 10 Tagen nach der Rückkehr wäre optimal», so Kuster.

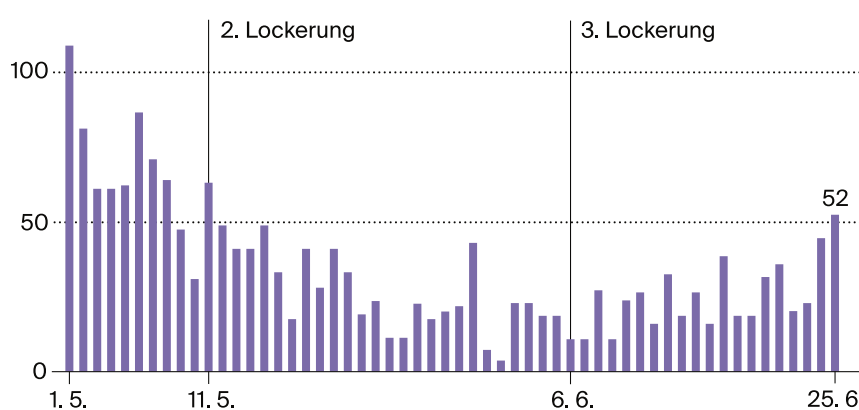


Prüft Massnahmen, um importierte Corona-Fälle zu verhindern: Stefan Kuster.

Bild: Peter Klaunzer/Keystone

Die täglichen Fallzahlen steigen langsam

Anzahl Neuinfektionen seit der Normalisierung der Lage (der Peak war am 23. März mit 1462 Fällen)



Quelle: BAG, 25. 6., Fallzahlen pro Tag, nicht rückwirkend auf den Testtag verteilt; Grafik: Isi

Die anstehende Ferienzeit beunruhigt die Verantwortlichen offenbar – und auch die Nachlässigkeit der Bevölkerung. Der Bund begleitet die Lockerungsschritte mit einem Monitoring.

Der dritte Bericht zeigt, dass gerade im Pendlerverkehr die Distanzregeln im ÖV nicht mehr eingehalten werden können. Dennoch tragen in Bussen nur 0 bis 5 Prozent der Passagiere eine Hy-

gienemaske. In den Zügen liegt der Wert zwischen 6 und 20 Prozent.

Zwang ist für die Psyche nicht gut – aber ganz ohne gehts nicht

Die Situation erinnert an den Februar: Die Warnungen aus anderen Ländern waren da, aber dass es hier zu einer Epidemie-Welle kommen werde, konnte man trotzdem schwer glauben. Nun, da wir eines Besseren belehrt wurden, sollte es eigentlich leichter sein, eine zweite Welle zu verhindern. Aber so ist es nicht: Denn gleichzeitig zur Warnung treten immer mehr Lockerungen in Kraft. Wir hören, dass sich Tausend Leute wieder versammeln dürfen – dass wir gerade deswegen mehr aufpassen sollten, passt nicht zur Stimmung, die sich ebenfalls lockert.

Ausserdem ist das nun geforderte Maskentragen nichts, woran wir uns in der Pandemie schon gewöhnt hätten. Der menschliche Verstand sei gegenüber etwas Neuem immer kritisch, sagt Charles Benoy, leitender Psychologe an den Universitären Psychiatrischen

Kliniken Basel. Er hat gestern ein Buch zum Einfluss des Virus auf unsere Psyche veröffentlicht. Wenn Masken tragen, dann sollten wir es freiwillig tun. Denn Zwang sei nicht gut für unsere Psyche, sagt Benoy. «Wenn wir uns freiwillig für eine Einschränkung entscheiden, dann ist das für unsere Psyche immer besser.» So sei auch der moderate Schweizer Lockdown besser gewesen für die psychische Gesundheit als die krassen Massnahmen in Frankreich oder China.

Auf Verbote musste aber auch die Schweiz zurückgreifen, denn auf der gesellschaftlichen Ebene sorgen diese sehr wohl für mehr Sicherheit. Benoy erklärt das Dilemma: «Ich fühle mich sicherer, wenn die anderen dazu gezwungen werden – aber persönlich geht es mir nicht besser, wenn ich selber auch gezwungen werde.» Wohl deswegen sind laut einer Umfrage des «Tages-Anzeigers» 78 Prozent für eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr – doch tatsächlich tragen tun wie gesagt die wenigsten eine.

Hilfreicher, als nun weiter zu warnen, ist es, aufzuzeigen, was bereits geschafft ist. Das sagt Vica Tomberge, die an der Uni Bern aktuell über unser Befinden während der Pandemie forscht. «Dass die Infektionszahlen runtergegangen sind, ist unser Verdienst. Wir sollten nicht nachlassen, damit das so bleibt.» Aber sie sieht auch: «Viele sind echt müde und wollen ihr altes Leben zurück.» Deshalb müsse es den Leuten erleichtert werden, die Regeln einzuhalten. Zum Beispiel mit einem Zeitfenster zum Einkaufen für Senioren. «Auch den Jungen müssen Alternativen für Partys geboten werden, man kann das nicht einfach ignorieren.»

Die App könnte einen in falscher Sicherheit wiegen

Die neue Covid-App findet die Forscherin theoretisch eine gute Möglichkeit, sich selbst zu überwachen, genau wie Sportapps, die zu mehr Bewegung motivieren. «Doch es kann auch sein, dass man sich in einer falschen Sicherheit wähnt und denkt, man könne mit der installierten App alles machen, was man will.»

Was wir brauchen, sei ein neues kollektives Gesundheitsdenken, sagt Tomberge. Direkte und indirekte Betroffenheit fördern dies genauso wie sozialer Druck. Doch bis sich unser Verhalten automatisiert, braucht es viel mehr Zeit.

Nun muss sich die Corona-App bewähren

Die Tracing-App des Bundes ist für die Öffentlichkeit freigegeben. Die Behörden kämpfen um das Vertrauen der Bevölkerung.

Gestern Donnerstag um 0:00 Uhr wurde die offizielle Schweizer Covid-Tracing-App freigeschaltet. Eine Stunde später war «Swisscovid» bereits mehrere tausend Mal heruntergeladen worden. Und um 11 Uhr vormittags konnte die an der Entwicklung beteiligte Softwarefirma Ubique 150 000 Neuinstallationen vermelden.

An der Pressekonferenz riefen die Verantwortlichen des Bundes dazu auf, Swisscovid aus den App Stores von Apple oder Google herunterzuladen. «Wenn bei 20 Prozent aller Smartphones die App aktiviert ist, wäre dies ein grosser Erfolg», sagt Sang-Il Kim, Leiter der App-Entwicklung. Man sei aber über jeden Einzelnen froh.

Die App registriert, wenn sich zwei Smartphones während mehr als einer Viertelstunde nahekommen. Wer positiv auf Covid-19 getestet wird, kann einen Code eingeben. Daraufhin werden alle, die ihr oder ihm während der ansteckenden Phase nahegekommen sind, automatisch und anonym gewarnt.

Laut dem Epidemiologen Marcel Salathé von der ETH Lausanne haben Infizierte derzeit im Schnitt ungefähr zehn derartige Kontakte. Von diesen steckt sich rund jeder Zehnte an. Wer durch die App gewarnt wird, muss also noch lange nicht infiziert sein. Empfohlen wird in einem solchen Fall, die Infoline des Bundes anzurufen.

In den sozialen Medien wird zum Teil mit heftigen Worten über die App diskutiert. Die einen sind hocherfreut, dass die App nun da ist. Andere sind wütend, weil sie eine Überwachung befürchten. Angeheizt werden die Ängste, weil eine von Google und Apple bereitgestellte Schnittstelle verwendet wird – und gerade Google einen schlechten Ruf in Sachen Datenschutz hat.

Hacker könnten Fehllarme auslösen

Wie erfolgreich Swisscovid wird, dürfte also stark davon abhängen, ob es dem Bund gelingt, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die Entwickler haben denn auch grosses Ge-

wicht auf Sicherheit und Datenschutz gelegt. Die App greift weder auf den Standort noch auf persönliche Daten zu. Zwischen den Geräten werden nur anonyme ID-Codes ausgetauscht. Ubique-CEO Mathias Wellig musste aber zugestehen, dass er Hackerangriffe nicht ausschliessen kann. Zum Beispiel wäre es theoretisch möglich, einen ID-Code abzugreifen und woanders wieder auszusenden. Auf diese Weise könnten Fehllarme ausgelöst werden.

Sorgen machen sich Smartphone-User auch über die Akkulaufzeit, die durch die ständig laufende Bluetooth-Funktion verkürzt wird. Der Akkuverbrauch der App liege den Erfahrungen zufolge fast immer im ein-

stelligen Prozentbereich des Telefons, sagt dazu Wellig. Zum Problem kann dies vor allem bei alten Geräten werden, deren Akku nicht mehr frisch ist. Allzu alt darf das Telefon ohnehin nicht sein – auf dem iPhone 6 lässt sich die notwendige Version des Betriebssystems nicht mehr installieren.

Diese Einschränkung gilt auch für die Tracing-Apps anderer Länder, welche dieselbe Schnittstelle verwenden. Trotzdem wurde Deutschlands Warn-App bis gestern – dem zehnten Tag nach der Lancierung – 13 Millionen Mal heruntergeladen. Das entspricht einem Sechstel der deutschen Bevölkerung.

Niklaus Salzmann

«Roche forscht an einem neuen Covid-Medikament»

Herausforderungen der Pandemie Der Basler Pharmariese will nicht nur bei den Corona-Tests ganz vorn dabei sein. Sondern auch bei einer ersten, neuen Therapie, erklärt Präsident Christoph Franz.

Holger Alich und
Isabel Strassheim

Herr Franz, vor Corona standen Roche und die Pharmabranche wegen hoher Preise in der Kritik. Jetzt gelten Sie dank der Tests schon fast als Retter der Menschheit.

Ich glaube, entscheidend ist, dass in der öffentlichen Diskussion nicht mehr nur die Kosten, sondern auch der Nutzen im Mittelpunkt steht. Auf einmal wird unser Beitrag in ganz anderer Art und Weise wahrgenommen. Es wird wieder bewusster, dass dank der Pharmaindustrie die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen ist.

Wird der Ruf dauerhaft besser?

Auch wir Firmen selbst haben uns verändert. Wir haben in der Pharmabranche zu einer Zusammenarbeit auch zwischen Konkurrenten zusammengefunden, wie wir sie noch nie erlebt haben. Die Krise hat hier zu einem Umdenken geführt.

Gibt es Lieferengpässe bei den Tests?

Bei den Antikörpertests fahren wir die Produktion hoch und können die Nachfrage abdecken. Die Zulassungsverfahren in vielen Ländern laufen aber noch. Entscheidend ist die Frage der Erstattung: In den Staaten, die den Test erstatten, ist die Nachfrage deutlich grösser als in Ländern, in denen das nicht der Fall ist. In der Schweiz hat der Bundesrat nun erfreulicherweise entschieden, dass der Bund die Kosten für Antikörper- und PCR-Tests übernimmt. Bei den PCR-Tests, die eine akute Covid-Infektion nachweisen, übersteigt die Nachfrage unsere Produktion.

Wie entscheidet Roche, wer die Tests bekommt?

Wir orientieren uns primär am medizinischen Bedarf, nämlich wo die höchsten Infektionsraten sind. Entscheidend ist aber auch, wo die für die Analyse nötigen Instrumente vorhanden sind. Bei Ländern, wo diese fehlen, versuchen wir, Diagnostikgeräte so schnell wie möglich zu liefern. Zum Teil haben wir dafür sogar unsere Vorführgeräte verwendet.

Die Credit Suisse bietet Mitarbeitern an, sich gratis testen zu lassen. Gibt es auch andere Firmen, die den Test bei Ihnen anfragen?

Ja, zum Beispiel die Zurich-Versicherung oder Adecco. Und auch wir bieten den Test unseren Mitarbeitenden an.

Ist die Pandemie am Ende für Roche ein gutes Geschäft?

Nein, denn auch wir sind von der Pandemie betroffen. Weil Patientinnen und Patienten aus Angst vor einer Ansteckung nicht mehr in die Arztpraxen und Spitäler gegangen sind, hat Roche eine rückläufige Nachfrage in wichtigen Bereichen der Standardversorgung.



Seit sechs Jahren präsidiert er den Roche-Verwaltungsrat: Christoph Franz. Foto: Dominik Plüss

«Wir legen die Preise für Medikamente immer mit hohem Augenmass fest.»

Roche hat mit Actemra einen Entzündungshemmer, der womöglich auch bei Covid-Patienten wirkt. Falls Studien das belegen – wie setzen Sie dann den Preis für Actemra fest?

Wir weiten schon jetzt unsere Produktionskapazität aus, um dann schnell lieferfähig zu sein. Das ist ein erhebliches Geschäftsrisiko. Bei der Preisfindung steht immer der Nutzen eines Medikaments im Vordergrund.

Heisst das, Sie berechnen den Preis für Corona-Medikamente genau so wie für andere Mittel, also inklusive einer Marge?

Ich kann Ihnen versichern, dass Roche immer mit hohem Augenmass Medikamentenpreise festlegt. In den meisten Ländern ist es ja ohnehin das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Bei den letzten acht neuen Medikamenten, die wir in den USA auf den

Markt gebracht haben, haben wir bei sieben einen deutlich niedrigeren Preis festgelegt, als was das jeweilige Vorgängermedikament kostet.

Forscht Roche auch an einem neuen Wirkstoff gegen Covid-19?

Ja. Wir haben Arbeitsgruppen gebildet, die sich anschauen, welche Ideen wir dazu haben. Wir können nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass allein ein Impfstoff die Krise beenden wird. Denn wir wissen nicht, ob ein Impfstoff überhaupt gefunden wird, wann er kommt und wie lange die Immunität eines Impfstoffs gegen das Coronavirus anhalten wird.

Und wie weit sind Sie hier?

Ich will da keine falschen Hoffnungen wecken, die Entwicklung eines komplett neuen Wirkstoffs dauert Jahre, und wir stehen ziemlich am Anfang.

Die Debatte über die Konsequenzen der Krise läuft bereits. Deutschland etwa drängt darauf, die Produktion von Standardmedikamenten nach Europa zurückzuholen. Ist das eine gute Idee?

Wir haben bei Roche die gegenteilige Erfahrung gemacht. Denn

die Tatsache, dass wir eine globale Wertschöpfungskette haben, hat dazu geführt, dass wir den Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern leicht klarmachen konnten, dass Grenzschiessungen im Warenverkehr falsch sind. Denn anstatt dass Pharmaprodukte dann wenigen Ländern exklusiv zur Verfügung stehen, führen Grenzschiessungen nur dazu, dass es überhaupt keine Produkte mehr gibt. Ich warne daher vor einer Nationalisierung der Pharmaproduktion. Kein Land der Welt kann alle wichtigen Medikamente oder Tests zu hundert Prozent im eigenen Land herstellen.

Bei einfachen medizinischen Gütern wie Masken sind die Lieferketten gerissen. Sollten diese nicht lokal produziert werden?

Diese Güter müssen in der Tat schnell verfügbar sein. Dazu brauchen wir aber primär intelligentere Pflichtlager.

Was schlagen Sie vor?

Es wäre besser, grosse Verteiler zu verpflichten, einen Extravorrat zu halten, auf den man im Notfall zurückgreifen kann. Die ältesten Masken werden dann stets als Erstes verkauft, sodass sich die Lager permanent erneuern.

Mann aus der Luftfahrt

Christoph Franz präsidiert den Verwaltungsrat von Roche seit 2014. Er flog dort aus der Luftfahrtbranche ein: Er war es, der die Übernahme der Swiss durch die deutsche Lufthansa 2005 einfädelt. Der deutsch-schweizerische Doppelbürger hatte von 2004 bis 2009 die Swiss geleitet. Danach stieg er an die Spitze der Lufthansa auf, wo er gegen die Billigkonkurrenz in der Branche ankämpfte. Mittlerweile hat sich Franz, der diesen Mai 60 Jahre alt geworden ist, auf Verwaltungsratsmandate zurückgezogen. Ausser bei Roche sitzt er auch bei der Zurich-Versicherung und bei Stadler Rail in den Führungsgremien. (ish)

Wir werden uns über die Fragen, welche anderen Produkte wir auf Vorrat halten wollen, in welchem Volumen und wie wir das intelligent organisieren, Gedanken machen müssen.

Und Roche selbst? Überdenken Sie Ihre Lieferketten?

Eine Pandemie dieser Grössenordnung ist für jedes Unternehmen eine Gelegenheit, die Lieferketten kritisch zu hinterfragen. Das tun wir auch. Roche hat aber bereits nach dem Erdbeben in Fukushima seine Lieferketten geprüft, weil damals ein japanischer Zulieferer im Erdbebengebiet lag und dann nicht mehr produzieren konnte. Seitdem haben wir in der Regel mindestens zwei Produktionsstandorte auf verschiedenen Kontinenten für kritische Komponenten. Dank dessen hatten wir jetzt im Lockdown keine Probleme mit der Lieferkette.

Wie ist es mit anderen Lehren aus der Krise? Roche baut in Basel gerade einen zweiten Turm, doch mit den Liftan ist es bei einer Pandemie unpraktisch. Ist das Hochhausprojekt nicht überholt?

Wir werden uns über zukünftige Arbeitsformen Gedanken machen, und sicher wird es mehr Homeoffice geben. Aber den zweiten Turm brauchen wir dennoch. Auch wenn sich gezeigt hat, dass gerade Hochhäuser bei Pandemien besonders betroffen sind. Wir gehen aber davon aus, dass wir Aufzüge wieder normal werden nutzen können und nicht nur höchstens von vier Personen.

Mit 6,2 Millionen Franken sind Sie der bestbezahlte Verwaltungsratspräsident der Schweiz. Wollen Sie nicht auf einen Teil Ihres Einkommens aus Solidarität verzichten, wie dies auch andere tun?

Ich habe mehrmals in meinem Berufsleben mein Gehalt freiwillig reduziert. Etwa bei der Swiss, um Veränderungsprozesse zu befördern, weil die Situation in den Unternehmen schwierig war. Roche ist zwar auch von der Krise betroffen, aber in einem Umfang, dass zu derartigen Massnahmen kein Anlass besteht.

Dienstag, 30. Juni 2020

Basel-Stadt

Herr Benoy, was macht das Virus mit uns?

Der Basler Psychologe Charles Benoy hat ein Buch geschrieben über den Einfluss des Coronavirus auf die Psyche der Menschen.

Silvana Schreier

Ihr Buch trägt den Titel «Covid-19. Ein Virus nimmt Einfluss auf unsere Psyche». Wo und wie spüren wir diesen Einfluss?

Charles Benoy: Eigentlich beeinflusst uns ja nicht das Virus selbst. Denn ob es Auswirkungen auf unser Gehirn hat, weiss man noch nicht. Aber die Massnahmen, die es zur Eindämmung braucht, und die Ängste rund um das Virus nehmen Einfluss. Wir haben unterschiedliche Grundbedürfnisse. Die Sicherheit gehört zu einem der wichtigsten. Daneben wollen wir aber auch Freiheit. Und da stecken wir jetzt im Dilemma: Alle sollen eine Maske tragen, weil das sicher ist, nur ich würde am liebsten keine tragen.

Sie haben das Buch innert weniger als einem halben Jahr geschrieben. Was war der Grund für das Projekt?

Ich leite hier an der Universitären Psychiatrischen Klinik in Basel (UPK) die stationäre Abteilung für Angst- und Zwangsstörung und ich hatte zunehmend Anfragen von ehemaligen Patienten. Sie meldeten sich, weil ihre psychische Belastung wieder stärker wurde. Mir war es wichtig, dass die psychologischen Auswirkungen von Eindämmungsmassnahmen auch Platz in der Debatte haben.

Wie haben Sie persönlich die Coronakrise erlebt?

Für mich war es eine eher positive Zeit, weil ich im Vergleich wenig eingeschränkt war. Für mich und meine Familie – wir haben einen kleinen Sohn – war es gar bereichernd. Daran zeigt sich: Für Menschen, die sich in einer sicheren und unbelasteten Situation befinden, kann die Krise auch positiv sein. Gleichzeitig sehen wir aber, dass die Probleme derjenigen, die schon mit Schwierigkeiten in die Krise gingen, tendenziell verstärkt wur-

«Erste Zahlen zeigen, dass 70 Prozent der Menschen mit Zwangsstörungen aktuell mehr unter ihrer Krankheit leiden.»



Charles Benoy
Psychologe, UPK Basel

den. Aus der Sozialpsychologie kennt man das: Krisen verstärken immer die Situation, in der man sich befindet.

Wie hat sich das im klinischen Umfeld gezeigt?

Patienten mit hypochondrischen Erkrankungen, also die Angst haben vor Krankheiten, waren durch die Situation viel belasteter als vor der Krise. Bei anderen sind Waschzwänge entstanden oder wurden verstärkt. Auch hatte ich Kontakt zu Patienten mit chronischen Depressionen, die seit einigen Jahren stabil waren, denen nun die Tagesstruktur weggebrochen ist. Ich sehe im psychiatrischen Bereich, dass sehr viele Vorerkrankte unter den Umständen leiden. Das ist eine der Risikogruppe, die wir ausmachen konnten.

Welche gibt es denn?

Da sind diejenigen, die ein Trauma aufgrund eines schwer zu verarbeitenden Lebensereignis-



Auch Schutzmasken können psychische Belastungen verstärken.

Bild: Roland Schmid (Basel, 2.3.20)

ses haben, etwa den Verlust einer Person durch das Coronavirus. Dann gibt es solche, die sich überarbeiten, etwa im medizinischen Umfeld. Weiter sind Menschen, die sozial isoliert sind und alleine leben, betroffen. Das Problem aber ist, dass Menschen oft nicht nur zu einer Risikogruppe gehören. Denn es gibt ja etwa Pflegepersonal, das

zusätzlich unter einer psychischen Vorerkrankung leidet oder sozial isoliert lebt.

Wie lautet Ihre Prognose: Wird es mehr Menschen geben, die psychologisch betreut werden müssen?

Einerseits werden einige Menschen, die schon belastet waren, jetzt die Schwelle zur ausgepräg-

ten psychologischen Beeinträchtigung übertreten. Andererseits könnten die Erkrankungen ausgeprägter sein. Erste Zahlen zeigen zum Beispiel, dass 70 Prozent der Menschen mit Zwangsstörungen aktuell mehr unter ihrer Krankheit leiden als vor der Coronakrise. Wenn man sich die Statistiken aus China anschaut – auch wenn man da etwas vorsich-

tig sein muss –, sieht man, dass etwa 50 Prozent der Bevölkerung durch die Krise verstärkte Ängste entwickelt hat. Das dürfte bei uns nicht so stark ausfallen, da die Massnahmen weniger hart und die Aufklärung über das Virus besser waren. Aber aufgrund von Erkenntnissen aus anderen Epidemien kann es gut sein, dass sich ein zwischenzeitlicher Anstieg auf 20 bis 30 Prozent abzeichnen wird. Noch tappen wir im Dunkeln, aber wir sollten uns darauf einstellen.

Wie können Ihre Erkenntnisse im Buch im Falle einer zweiten Welle helfen?

Im klinischen Bereich muss man sich fragen, wie man Mitarbeitende im Gesundheitssektor vor einer zweiten Welle schützen könnte und ob man ihnen psychologische Unterstützung zur Seite stellen sollte. Bei Kindern und Jugendlichen haben wir gesehen, dass ihre Probleme deutlich verstärkt werden. Wenn etwa sozial benachteiligte Kinder nicht in die Schule gehen können und so den Anschluss verlieren. Gerade diese Gruppe braucht unsere Aufmerksamkeit.

Sie haben sich auch mit Menschen beschäftigt, die im Homeoffice arbeiten mussten.

Ja, es hat sich gezeigt, dass dieses Konzept längst nicht für jeden gut ist. Etwa die Hälfte der Leute kommt nicht damit zurecht. Entweder können sie ihren Alltag nicht genügend strukturieren oder sie spüren einen enormen Leistungsdruck und arbeiten noch mehr als zuvor. Dadurch gehören sie wiederum zur Risikogruppe derjenigen, die sich überarbeiten und so stärker gefährdet sind, an einem Burn-out zu erkranken. Darum gilt es zu klären, wie man das Homeoffice organisieren kann. Oder eben wie man Kinder, die benachteiligt sind, auch in Krisenzeiten abholen kann. Es braucht Denkanstösse in verschiedene Richtungen.

Basel Stadt Land Region

«Das ist der Todesstoss für die Branche»

Absage der Basler Herbstmesse Ohne «d Mäss» droht vielen Marktfahrern und Schaustellern der Konkurs. Wenn die Branche das Corona-Jahr nicht überlebt, gibt es aber möglicherweise auch im nächsten Jahr keine Herbstmesse.

Alexander Müller

Die Absage der Basler Herbstmesse trifft die Branche der Schausteller und Marktfahrer mit voller Wucht. «D Mäss» in Basel war für die gebeutelten Unternehmer bislang der letzte Hoffnungsschimmer in einem für sie längst katastrophalen Jahr. Es ist ohnehin der wichtigste Anlass der Branche in der Schweiz. Während zwei Wochen, am Petersplatz sogar noch einige Tage länger, strömen Jahr für Jahr rund eine Million Menschen auf die sieben Messeareale.

Der ehemalige Basler Grossrat Oskar Herzig wurde vom Entscheid auf dem falschen Fuss erwischt. «Bis gestern ging ich davon aus, dass die Herbstmesse stattfindet», sagt er am Mittwoch. Herzig vertritt sieben Branchenverbände, in denen rund 60 Prozent aller Schweizer Marktfahrer organisiert sind. 3000 Unternehmer sind dies, mit insgesamt 12'000 Angestellten. Die meisten von ihnen konnten in diesem Jahr so gut wie keine Einnahmen erwirtschaften. Herzig selbst hat in diesem Jahr erst an vier Tagen arbeiten können, normalerweise seien es 200 bis 220 Tage im Jahr.

Wochenlange Diskussionen

An der Herbstmesse erzielen viele Schausteller einen bedeutenden Teil ihres Jahresumsatzes. Entsprechend niedergeschlagen beurteilt Herzig nun die Absage des Branchen-Highlights: «Für uns ist das eine Katastrophe. Es ist der Todesstoss für die Branche.» Wochenlang habe man mit der Fachstelle Messen und Märkte darüber diskutiert, wie man eine Corona-konforme Grossveranstaltung durchführen könnte. Man sprach über Besucherführungen, Anpassungen der Standkonzepte, Abzonungen und andere Möglichkeiten, um das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Herzig hat viel Lob für die Basler Verwaltung. Es sei der einzige Kanton, der mit den Teilnehmern



Täglich bis zu 100'000 Besucher: Wegen der hohen Ansteckungsgefahr hat die Regierung die diesjährige Herbstmesse abgesagt. Foto: Pino Covino

nach Lösungen gesucht habe. Herzig: «Andernorts wurden nur Gründe zum Absagen gesucht, nicht solche, um einen Anlass durchzuführen. Das ist halt vom Schreibtisch aus einfacher».

Sabine Horvath, Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing und damit zuständig für die Herbstmesse, bestätigt, dass man sich bewusst lange Zeit für den Entscheid genommen habe und dieser nicht leichtfertig getroffen worden sei. «Solange eine Veranstaltung nicht abgesagt ist, tun wir alles, um sie zu ermögli-

chen.» Am Ende waren die Sachzwänge aber stärker. «Das Ansteckungsrisiko konnte man nicht negieren», sagt Horvath.

Es geht ums Überleben

Für den Kanton bedeutet dies den Wegfall von rund zwei Millionen Franken Einnahmen an Standgebühren. Aber auch den Wegfall von Kosten für Organisation, Kommunikation, Infrastruktur und Sicherheit. Für Horvath sind die finanziellen Überlegungen aber eher zweitrangig: «Höher zu gewichten ist der Verlust dieser traditions-

reichen Veranstaltung für die Bevölkerung.»

Für Herzig hingegen stehen die finanziellen Sorgen im Mittelpunkt. Er schätzt, dass die von ihm vertretenen Marktfahrer und Schausteller 300 Millionen Franken pro Jahr umsetzen. Nun geht es für die meisten Unternehmen ums nackte Überleben. Nur noch der Bundesrat könne jetzt die Pleitewelle unter den Marktfahrern und Schaustellern verhindern. Er fordert, dass die Unternehmer wegen des staatlich verordneten Berufsverbots entschädigt werden. Will heissen:

Rund 60 Prozent der entgangenen Umsätze bräuchten die Betriebe, um überleben zu können. Und zwar à fonds perdu. Herzig schätzt, dass der Bundesrat dafür rund 150 Millionen Franken bereitstellen müsste. «Das ist wenig im Vergleich zu den 1,3 Milliarden Franken, die für die Rettung der Swiss gesprochen wurden», sagt er.

Sollten diese Forderungen in Bern nicht gehört werden, droht Herzig mit Kampfmassnahmen. Wie diese aussehen könnten, lässt er offen. Ohne Unterstützung werde es auch im nächsten

«Nur noch der Bundesrat kann jetzt die Pleitewelle unter den Marktfahrern verhindern.»

Oskar Herzig
Vertreter Branchenverbände der Marktfahrer

Jahr keine Basler Herbstmesse geben, warnt er. Grund: «Es werden dann keine Marktfahrer mehr da sein.»

Sorgen macht man sich auch beim Basler Wirtverband: Die Absage sei vor allem für die Restaurants rund um die Messeareale verheerend, sagt Präsident Maurus Ebnetter. Er spricht von einem «weiteren herben Schlag» in diesem Jahr. Die Herbstmesse habe jedoch für die hiesige Gastronomie gesamthaft nicht die gleiche Bedeutung wie die Messen Art Basel, Baselworld oder die Fasnacht.

BaZ-Umfrage zur Absage der Herbstmesse



Dominic (26)



Vic (29)



Renata (76) und Verena (78)



Noah (17)



Liz (27)



Anton (71) Fotos: Jennifer Bähler

«Ich verstehe, dass man das finanzielle Risiko nicht eingehen wollte, die Herbstmesse nach langer Planung kurzfristig absagen zu müssen.»

«Wenn die Messe jetzt einmal nicht stattfindet, ist das verkraftbar.»

«Wir bedauern es sehr. Die Herbstmesse gehört einfach zu Basel und hat Tradition.»

«Sehr schade. Nach der ganzen Covid-19-Geschichte habe ich mich auf die Messe gefreut.»

«Ich denke, dass diese Entscheidung vernünftig war. Ich finde es aber trotzdem schade.»

«Ich finde es in Ordnung, dass unter diesen Umständen grössere Events abgesagt werden.»

Basel Stadt Land Region

Basler zeigen sich brav und tolerant

Maskenpflicht im ÖV Die meisten Fahrgäste halten sich vorbildlich an die neue Verordnung. Die wenigen, die dies nicht tun, werden höchstens böse angestarrt.

Andrea Schuhmacher

Montagsmorgen. Die Basler und Baslerinnen machen sich auf den Weg zur Arbeit – an diesem Tag zum ersten Mal mit Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr in der Schweiz. So viele Menschen mit einer «Larve» sieht man hier sonst nur an der Fasnacht.

An den Haltestellen warten die Menschen «oben ohne»: Die Maske ist im Hosensack, in der Handtasche. Kaum rollt das Drämmli, der Bus oder der Zug an, wird die Schutzmaske montiert. Noch sind viele Menschen zu beobachten, die Mühe damit haben. Man zupft den Stoff mal hier, mal da zurecht. So richtig angefreundet hat man sich mit dem neuen Accessoire nicht.

Auch herrscht Einfalt statt kunterbunte Vielfalt: Die meisten Menschen tragen die typischen blau-weissen Einweg-Gesichtsmasken. Einige hochgezogene Schals und ein einzelner improvisierter Verband über Mund und Nase brechen die Monotonie auf; sie dürften, was die Ansteckungsgefahr angeht, aber nicht der allerbeste Schutz sein.

Beim Aussteigen ist die Maske meist sofort weg. Die wenigen Passagiere, die noch keine Maske tragen, werden zwar teils böse angestarrt, doch zu Konflikten kommt es zwischen den Fahrgästen nicht.

Keine gezielten Kontrollen

Auf Anfrage bestätigt Benjamin Schmid, Mediensprecher der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB): «Eine überwiegende Mehrheit der Passagiere trägt eine Schutzmaske.» Von Vorfällen zwischen maskentragenden Passagieren und Maskenverweigerern wissen die BVB, Stand Montagmittag, nichts. Gezielt kontrollieren, ob sich die Fahrgäste an die neue Verordnung halten, würden die BVB nicht.

«Wir sind aber im Rahmen der Billettkontrolle in unseren Fahrzeugen unterwegs», sagt Schmid. Sehe ein Kontrolleur, dass eine Person in Tram oder Bus keine

Maske anhave, würde diese gebeten, einen Mundschutz anzuziehen oder auszusteigen.

Grundsätzlich werden keine Masken vom Personal verteilt. Am Bahnhof SBB verteilen die BVB am Montagmorgen in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement aber 900 Gratismasken.

Solidarität unter Reisenden

Von einer ähnlichen Lage in den Zügen berichtet SBB-Medien-sprecher Daniele Pallesi: «Die Maskenpflicht wurde praktisch von allen Passagieren eingehalten.» Und auch die Schweizerischen Bundesbahnen setzen kein zusätzliches Personal ein, um zu prüfen, ob alle Fahrgäste eine Schutzmaske tragen.

Bei den Billettkontrollen habe das SBB-Personal zwar einige Menschen auf die neue Verordnung hinweisen müssen, doch zu Konflikten sei es nicht gekommen, sagt Pallesi.

«Die Solidarität unter den Fahrgästen ist gross», sagt Pallesi weiter. Des Öfteren sei am Montag zu beobachten gewesen, wie Passagiere ihren vergesslichen Mitreisenden eine Maske schenkten. «Das ist ein schönes Zeichen in dieser Zeit.»

Mehr Autofahrer?

Je länger der Tag, desto gewohnter scheint der Anblick der Maskierten zu sein. Und desto mehr Menschen sieht man auch schon im Bahnhof mit der Schutzmaske auf dem Gesicht; im Gegensatz zu Frankreich und Deutschland gilt die Maskenpflicht in der Schweiz nur innerhalb der Züge. So richtig voll sind jedoch weder Zug noch Tram oder Bus.

Dies mag daran liegen, dass in den beiden Basler Kantonen bereits seit letzter Woche Sommerferien sind. Und dass wohl noch einige Menschen im Homeoffice arbeiten.

Doch könnte die Maskenpflicht auch einige Pendler zurück zum Gefährt geschreckt haben, in dem nur sie das Sagen über Maske an oder ab haben: das Auto.



In den Trams wird nicht gezielt kontrolliert, ob der Mundschutz getragen wird. Fotos: Nicole Pont



Maske auf und los: Am Bahnhof SBB werden Mundschutze verteilt.



Die Maskendisziplin ist am ersten Tag der Pflicht hoch.

SP fordert Gratis-Schutzmasken

Corona-Abwehr Weil Leute mit kleinerem Budget finanziell in Schwierigkeiten geraten könnten, soll der Staat einspringen und für ihren Mundschutz aufkommen.

Alle zwei Stunden sollen Träger ihre Schutzmaske ersetzen. So will es die Empfehlung des Bundesamts für Gesundheit. Zudem sollen die Leute Schutzmasken kein zweites Mal tragen, sondern sie nach dem Ablegen unverzüglich in den Müll entsorgen und die Hände waschen. Da Schutzmasken mit den geltenden Sicherheitsnormen bei Grossverteilern rund 80 Rappen kosten, kann das bei korrekter Anwendung ins Geld gehen. Vor allem, wenn sie armutsbetroffen sind.

SP-Grossrat Beda Baumgartner fordert in einem Vorstoss nun von der Basler Regierung, dass sie Abhilfe schafft. «Das Gesundheitsdepartement könnte in einem ersten Schritt prüfen, ob der Kanton der gesamten Bevöl-

kerung Gratis-Schutzmasken abgeben könnte», sagt Baumgartner. Falls das nicht möglich sei, dann zumindest jenen Leuten, die wegen der Anschaffungskosten finanziell in noch grössere Nöte geraten, als sie es schon sind.

Regierung ist bereits aktiv

Die SP des Kantons Aargau macht in einer Medienmitteilung vom Montag einen Vorschlag, wie das in der Umsetzung funktionieren könnte. Die Sozialdemokraten verlangen von der Aargauer Regierung, dass jene Leute Gratis-Schutzmasken für die Benützung des ÖV bekommen, die Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen erhalten. Für Baumgartner ein praktikabler Ansatz: «An irgendeinem Parameter muss

man das festmachen.» Baumgartner will zudem von der Basler Regierung wissen, ob sie sich für eine kostenlose Maskenabgabe auf nationaler Ebene einsetzt oder ob sie wenigstens in einer Gratisabgabe bei den BVB eine Möglichkeit sieht.

Die Basler Regierung ist ihrerseits bereits aktiv geworden. So hat das Gesundheitsdepartement (GD) 900 Masken gratis an die BVB abgegeben, die das Personal am Montag verteilt hat. Weitere Schritte schliesst GD-Sprecherin Anne Tschudin nicht aus: «Mit zunehmender Anwendung der Hygienemasken als Element der Pandemiebekämpfung muss man sich die Frage von Gratisabgaben effektiv stellen. Erste, allerdings ergebnisoffene Vor-

arbeiten wurden dazu heute im Auftrag gegeben.»

Caritas spendet 10'000 Stück

Auch die Caritas will Schutzmasken gratis an Bedürftige abgeben. Wie Domenico Sposato, Geschäftsleiter der Caritas beider Basel, auf Anfrage sagt, will die Hilfsorganisation schweizweit insgesamt 10'000 Stück zur Verfügung stellen. «Wir geben sie an Kunden ab, die in den Caritas-Läden einkaufen», sagt Sposato. Voraussetzung dafür sei die Identifikation mit einer Caritas-Karte, einer Kulturlegi oder dem Familienpass-Plus. Die Caritas wolle Menschen mit kleinem Budget «schnell und unbürokratisch» helfen. «Oft gehen solche Kleinigkeiten, die Armutsbetroffene

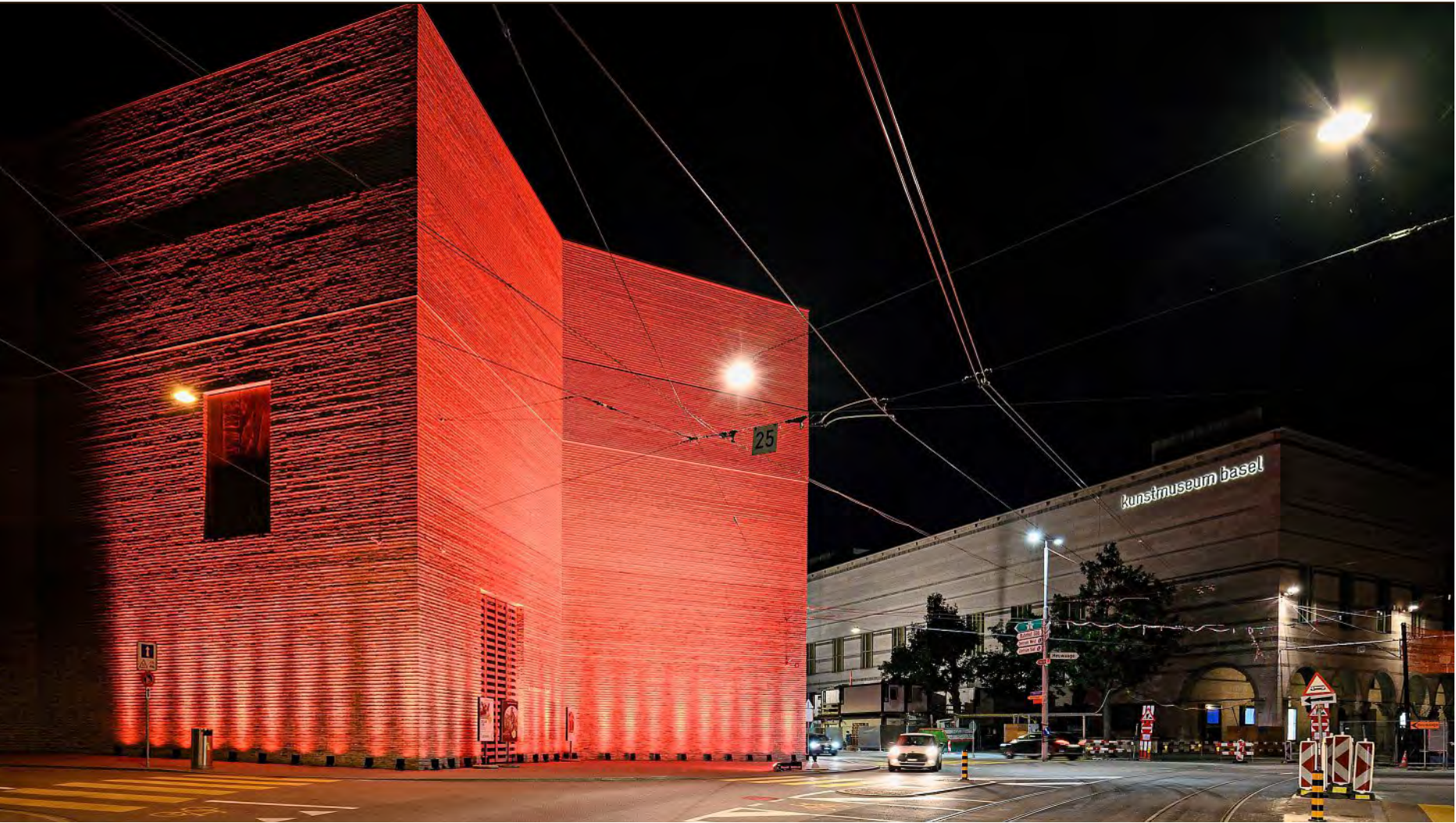
finanziell belasten, im Alltag unter. Da es aber im ÖV das Obligatorium nun mal gibt und die Fahrgäste Masken kaufen müssen, wollen wir die finanziellen Folgen mit der Verteilaktion abfedern helfen», sagt Sposato.

Druck in Bezug auf die Gratisabgabe von Schutzmasken setzt auch der Verband für Menschen mit und ohne Arbeit auf. In einem offenen Brief schreibt Avenir 50 plus an die Sozialdirektorenkonferenz, dass die Maskenpflicht für Sozialhilfeempfänger oder Ergänzungsleistungsbezügler eine zusätzliche finanzielle Belastung bedeute. Besonders ältere Betroffene müssten bereits einen Anteil ihres Grundbedarfs für die Deckung der Differenz der Miete zu den Mietzinsobergren-

zen aufbringen. Eine zusätzliche Belastung wegen des Kaufs von Schutzmasken für den ÖV würde sich «zwangsläufig» auf die Essenspauschale auswirken.

Avenir 50 plus fordert daher einen Ausgleich, um die Gesundheit Betroffener zu schützen. «Wünschenswert wäre eine Regelung, die den Betroffenen die zusätzlichen Kosten mittels einer monatlichen Pauschale abgilt.» Zwar sieht Avenir 50 plus im Gratisbezug von Schutzmasken wie von der Caritas angeboten eine Lösung für Leute in der Agglomeration oder in der Stadt. In ländlichen Gebieten, wo ein Caritas-Laden nicht um die Ecke ist, sei das aber keine Lösung.

Martin Regenass



Montag, 22. Juni. In der «Night of Light» machen die Kulturveranstalter auf ihre Notlage aufmerksam. Im Bild ist der Neubau des Basler Kunstmuseums zu sehen. Foto: Dominik Plüss

Erst Systemsprenger, jetzt systemrelevant

Essay zum Wert der Kunst Ob Grosskonzern oder Kleinkünstler: Alle pochen auf ihre Systemrelevanz. Wo bleiben Eigenwert von Kunst und Qualitätsdebatten?

Christine Richard

Schlagartig wollen alle systemrelevant sein. Vor zehn Jahren waren es nur die Banken. Laut Institut für Deutsche Sprache (IDS) boomte der Begriff «Systemrelevanz» zuerst während der Finanzkrise 2008/2009. Als systemrelevant galt damals, wer unverzichtbar war für ein stabiles Wirtschafts- und Finanzsystem – und diejenigen wurden deshalb staatlich unterstützt. Too big to fail. In der Schweiz wurde «systemrelevant» zum Unwort des Jahres 2013. Begründung: Das Wort sei ein Hohn. Ein Geldinstitut müsse dem Staat nur lange genug auf der Nase herumtanzen, schon werde es für systemrelevant erklärt.

Im Zeichen von Corona hat sich die Zahl der Tänzer auf wundersame Weise vermehrt. Vom Kleinkünstler bis zum Kredithai, alle pochen auf ihre Relevanz. Dass ausgefuchste Neuliberale urplötzlich ihre Ader für staatliche Unterstützung entdecken, ist keine Überraschung. Der Kapitalismus ist ein Schönwettermodell, Krisen sind systemimmanent, also auch der Ruf nach dem Staat. Anders ist es bei den sogenannten Kulturschaffenden. Sie beziehen seit dem 18. Jahrhundert ihre Legitimation aus dem Versuch, das «herrschende System» zu unterlaufen. Sie wollen «Machtverhältnisse hinterfragen» und «Sehgewohnheiten aufbrechen»; sie wollen unbequem, experimentell und emanzipativ sein. Das Systemsprenger-Ideal galt bis gestern. Heute will man möglichst systemrelevant sein. Denn das Gegenteil wäre, sich mit seiner eigenen Irrelevanz auseinanderzusetzen. Als systemrelevant eingeschätzt werden laut IDS-Umfragen

neuerdings viele gesellschaftliche Bereiche, Banken ebenso wie Spitäler, Grosskonzerne wie Kleinkünstler. Der Begriff Systemrelevanz wird so inflationär verwendet wie der Begriff Kultur. Die Folge ist: Wenn alles systemrelevant ist, ist nichts mehr wirklich wichtig. Wenn alles Kultur ist, ist der Eigenwert von Kunst völlig egal.

Tatsächlich wird in der Corona-Krise bei der Vergabe staatlicher Hilfsgelder gar nicht mehr diskutiert, was Kunst oder Sozialpädagogik oder nur eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme ist. Allerdings wäre es politisch falsch, diese Debatte von staatlichen Stellen zu verlangen. Diese sind sowieso überfordert. Wir kennen die Wischi-Waschi-Papiere namens Kulturleitbild. Vielmehr sollte der Kulturbetrieb selber permanent eine Debatte über die Qualitätsunterschiede künstlerischer Hervorbringungen führen. Auf Fundamentalkritik jedoch kann man lange warten. Ich kenne keine Kulturinstitution, keine Jury, kein Symposium, keine Kunstkritik, die deutlich ausspricht, was viele Kunsterzeugnisse sind: irrelevante Luftnummern, flügelahme Eintagsfliegen, überflüssiger Schrott.

Immer, wenn es um die Verteilung staatlicher Gelder geht, sucht der Kulturbetrieb plötzlich Zuflucht in ökonomischen Argumenten. Das war schon in den 1990er-Jahren so während der ersten grossen Subventions- und Spardebatten. Damals hiess das Zauberwort «Umwegrentabilität». Die Argumentation geht wie folgt: Theater, Museen und Konzerte locken Einheimische und Touristen in die Stadt, sie kurbeln Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel an und damit das

Steueraufkommen – und auf diesem Umweg ist Kultur profitabel für eine Stadt.

Das mag nun für die Hamburger Elbphilharmonie stimmen oder für die Salzburger Festspiele, die heuer 100 Jahre alt werden – aber auch für Basel oder Bern? Zudem: Wenn Kunst und Kultur nur Mittel zum Zweck der Wirtschaftsförderung sind – was gelten sie noch? Sind sie dann nicht mühelos ersetzbar, etwa durch Direktinvestitionen in Tourismusförderung? Luzern hat es vorbildlich vorgemacht, wie man durch Werbung den asiatischen Markt, speziell den japanischen, erschliesst – und das lange bevor das KKL gebaut wurde.

Wer rein wirtschaftlich argumentiert, muss zugeben: Jedes geschlossene Theater, jedes aufgelöste Orchester, jede eingesparte freie Gruppe ist (trotz Umwegrentabilität) ein wirtschaftlicher Gewinn für eine Stadt, eine Gemeinde. Gleichwohl geht das Kulturangebot seit den späten 1980er-Jahren in einer steilen Kurve nach oben. Warum? Jedes System, auch das der Kunst, will wachsen und sich ausdifferenzieren. Aber: Je mehr Kultur produziert wird, desto mehr nimmt der Grenznutzen ab.

Das erklärt sich mathematisch wie folgt: Die Zufriedenheit von Menschen steigt bei steigendem Kulturangebot, allerdings sinkt der Grenzzuwachs, das heisst, die Zufriedenheit steigt relativ zum steigenden Angebot mit einer abnehmenden Rate. Die Grundlage für diese Grenznutzen-Theorie schuf der Basler Mathematiker Daniel Bernoulli. Ist der Grenznutzen null, ist der Markt gesättigt. Ein weiteres Gut ist überflüssig.

Wer von Wirtschaftstheorien redet, darf über Marktsättigung nicht schweigen. Und muss letztlich Qualitätsmerkmale diskutieren. Das ist schwierig und tut weh. Deshalb weicht man gerne aus. Und versucht es mit Systemrelevanz und allerhand ökonomischem Kokolores. Nach der berühmten Umwegrentabilität kam als nächstes Zauberwort der «Standortfaktor». Die These: Je besser das Kulturangebot, desto besser das Image einer Stadt, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass sich lukrative Betriebe ansiedeln. Die Wirklichkeit: Es begann ein Wettlauf europäischer Städte; überall tolle Museumsneubauten, Festivals, Events. Der Wettbewerbsvorteil war futsch.

Nach der Umwegrentabilität kam als nächstes Zauberwort der Standortfaktor.

Prinzipiell ist sowieso zu bezweifeln, dass ein neues Konzerthaus oder eine reiche Museumslandschaft entscheidend ist für die Standortwahl von Firmen. Zudem: Die Entscheidungsträger kommen heute aus aller Welt, sie sind in keiner lokalen Kulturszene verhaftet. Gemessen am Anteil in der Bevölkerung sind Ausländer in Vorständen grosser Konzerne überrepräsentiert.

Gleichwohl sind wirtschaftliche Aspekte wichtig für den Kulturbetrieb. Er muss seine Konsumenten berücksichtigen, die Ticketeinnahmen, den Absatzmarkt und die Konkurrenzangebote. Vor vielen Jahren

liess das Theater Basel eine Firma wie McKinsey kommen und sich eine höchst effiziente Betriebsführung bescheinigen.

Wirtschaftszahlen zählen durchaus. Im Zuge der Kulturalisierung aller Lebensbereiche ist Kultur in unseren Breiten zu einer der am stärksten expandierenden Branchen geworden. Das Bundesamt für Kultur veröffentlichte 2018 folgende Statistik: «Die Kultur- und Kreativwirtschaft der Schweiz beschäftigte im Jahr 2013 über 275'000 Personen in rund 71'000 Betrieben und erwirtschaftete eine Wertschöpfung von rund 22 Milliarden Franken und einen Gesamtumsatz von knapp 69 Milliarden Franken. Nicht eingerechnet sind Zulieferer aus anderen Branchen. Die öffentliche Hand gab 2015 2,88 Milliarden Franken für Kultur aus.» Nicht eingerechnet sind Freischaffende, die nicht subventioniert werden.

Ohne Frage, Kultur ist ein wichtiger Faktor in der Volkswirtschaft. Aber wenn Kulturlaute wie Fluggesellschaften nur noch mit ihrer Systemrelevanz argumentieren, geben sie sich selber auf. In der Corona-Krise sind Firmen aller Art in die Knie gegangen, die Arbeitslosigkeit steigt, die Staatsverschuldung wächst. Es wird zu heissen Spardebatten und Verteilungskämpfen kommen. Das erste Bauernopfer ist erfahrungsgemäss die Kultur. Da heisst es sich wappnen mit guten Argumenten. Systemrelevant sind wir alle. Und ein Haus für Gartenbaukunst wird im Klimawandel vermutlich relevanter sein als ein Haus der elektronischen Künste. Was macht die Einzigartigkeit, Werthaltigkeit und Unverzichtbarkeit der Künste aus? Eben. Fangen wir an.

Corona: Erneut massive Einschränkungen

Die Nordwestschweizer Kantone pfeifen nach ersten Lockerungen die Veranstalter zurück. Das trifft nicht nur Clubs und Beizen.

Andreas Schwald

Jetzt ziehen die Nordwestschweizer Kantone die Schraube an. In Basel-Stadt, Baselland, Solothurn und dem Aargau gilt ab heute Donnerstag: Wer Corona-Schutzmassnahmen nicht gewährleisten kann, darf nur Veranstaltungen mit maximal 100 Leuten durchführen. Die Erfassung der Gästekontakte allein reicht nicht mehr.

Die Massnahme ist in ihrer Absolutheit radikal. Auch ihr Zeithorizont ist festgelegt: Sie gilt vollumfänglich ab jetzt und bis Ende 2020. Erlassen wurde sie von den vier Kantonen in gemeinsamer Absprache. Den Impuls dazu gab allerdings der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP). «In seiner Funktion als Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren ist es ein Ziel von Lukas Engelberger, die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen zu intensivieren», wie seine Sprecherin Anne Tschudin mitteilt. Entsprechend habe er sich mit den Kolleginnen und Kollegen abstimmen wollen.

Wer Abstand oder Masken garantiert, ist im Vorteil

Was also gilt nun? Tatsächlich sind nicht nur Restaurants und Clubs betroffen, sondern sämtliche Veranstaltungen in der Nordwestschweiz. Als Grundlage dient die Verordnung des Bundes, die nach wie vor Versammlungen von bis zu 300 Menschen und Veranstaltungen bis zu 1000 Teilnehmern unter Einhaltung der definierten Schutzmassnahmen beziehungsweise des Kontaktfassens zulässt. Die Kantone können allerdings weiter gehen, was sie hiermit tun.

Es ist jetzt so: Wer den erforderlichen Abstand von 1,5 Metern pro Person gewährleisten



Abschrankungen, Plexiglas, bestenfalls Masken: Insbesondere die Basler Steinvorstadt musste bereits ihre Lehren aus Corona ziehen.

Bild: Kenneth Nars (Basel, 28. Mai 2020)

kann, hat keine grösseren Einschränkungen zu befürchten. Das kann vom Entfernen von Sitzreihen bis zum Leerlassen von Plätzen reichen. Wer das nicht gewährleisten kann, muss garantieren, dass die Gäste Gesichtsmasken tragen oder mit Installationen wie Plexiglaswänden voneinander getrennt sind. In beiden Fällen kann aufs Kontaktfassen verzichtet werden.

Wer das aber nicht einhalten kann, muss jetzt Sektoren mit maximal 100 Personen bilden können. Dies entspricht der nun

maximal zulässigen Massierung von Menschen in einem Raum bei gleichzeitiger Erfassung der Kontaktdaten. Werden entsprechende Sektoren gebildet, können Säle gefüllt werden. Drei klar abgegrenzte Sektoren à 100 Personen ergeben zum Beispiel 300 Menschen, und so weiter.

Folgen für Gastro, Events – und damit auch für Politiker

Nur wenn gar nichts davon gewährleistet werden kann – ausser einer Kontaktfassung – tritt die Deckelungsregel von 100

Personen in Kraft. Dies betrifft in der Tat vor allem Restaurants und Clubs, die oft nicht über die räumlichen Voraussetzungen verfügen oder zuverlässig das Tragen von Masken garantieren können.

Mit der Massnahme reagieren die Regierungen auf die langsam wieder ansteigenden Corona-Fallzahlen. Insbesondere nachdem bekannt wurde, dass sich in mehreren Schweizer Clubs Ansteckungsherde gebildet hatten, wuchs der Druck auf die Politik.

Die Veranstalter sowie Vertreter der Gastronomie reagierten am Mittwoch teils schockiert auf die erneute Verschärfung der Corona-Schutzmassnahmen (siehe unten). Derweil einige Kantone und Gemeinden bereits selbst schon Veranstaltungen wie Märkte oder die Herbstmesse abgesagt hatten.

So wird auch der Basler Wahlsonntag wegen Corona in ganz anderer Form ablaufen als früher. Wie die Staatskanzlei auf Anfrage sagt, seien Schutzkonzepte in Arbeit. «Überlegungen

gehen dahin, im Kongresszentrum mindestens sektoriell eine Maskenpflicht aufzuerlegen. Daneben werden auch weitere Schutzvorkehrungen wie bei der Besucherführung getroffen.» Insbesondere in Bezug auf die Personenbegrenzungen müssten Massnahmen eingehalten werden, wie Regierungssprecher Marco Greiner sagt. Klar ist damit auch, dass die teils üppigen Wahlpartys der Parteien angesichts der neu geltenden kantonalen Regelung deutlich schlanker ausfallen dürften.

Reaktionen auf die Verschärfung der Coronamassnahmen

Ganz schlechte Nachrichten für die Wirte – Unsicherheit bei den Vereinen



Maurus Ebneter
Wirtverband Basel-Stadt

«Schlechte Nachrichten sind das. Das Basler Nachtleben ist in akuter Gefahr. Viele Clubs hatten bereits mit der 300er-Regel Mühe. Die neue Massnahme bedeutet für sie faktisch ein Öffnungsverbot. Der Entscheid der Kantone ist begründet, ich will nicht Fundamentalkritik üben. Schade, hat man nicht abgewartet, wie sich die ID-Pflicht auswirkt. Ohne weitere Hilfe werden selbst jene Clubs, die vor Corona gut gewirtschaftet haben, die Segel streichen müssen.» (haj)



Tino Krattiger
Organisator von «Im Fluss»

Auf die Frage, ob die Konzertreihe «Im Fluss» unter diesen Umständen stattfinden kann, antwortet deren Organisator Tino Krattiger: «Ich will, dass sie stattfindet! Und ich gehe davon aus, dass wir sie durchführen können. Mit oder ohne Maske.» Er sei jedoch schon verärgert, weil es wieder vor allem die Kultur treffe. «EasyJet fliegt für 20 Franken nach Belgrad, alle Badis sind offen. Nur bei der Kultur gibt es Reglemente wie in den Sechzigerjahren.» (bal)



Sandro Bernasconi
Kaserne Basel

Die Kaserne Basel hat das Polyfon Festival (ehemals Open Air Basel) für dieses Jahr bereits abgesagt. Sandro Bernasconi, Leiter Musik, ist derzeit vorsichtig mit Prognosen. «Im November, wenn wir die grossen Konzerte eingeplant haben, ist vielleicht wieder alles anders.» Er betont jedoch, es sei wichtig zu wissen, dass Konzerte über 100 und bis zu 999 Personen auch für stehendes Publikum möglich sind – wenn auch mit Schutzmaske. (bal)



Simon Walter
Sprecher FC Basel

1000 Zuschauer dürfen derzeit an die Heimspiele des FC Basel. Die neue Regel, wonach Sektoren gebildet werden müssen, wenn mehr als 100 Personen anwesend sind, gelte auch für den FCB, sagt die Gesundheitsdepartements-Sprecherin. «Wenn sie aber die Abstände von 1,5 Meter einhalten, dann sind keine Sektoren zu bilden.» FCB-Sprecher Simon Walter meint: «Wir müssen mit den Behörden abklären, inwiefern uns diese Regel betrifft.» (Isi)



Erik Julliard
Produzent Basel Tattoo

Die sommerliche Grossveranstaltung Basel Tattoo wurde bereits auf November und in die Halle verlegt, nun kommen weitere Auflagen auf Produzent Erik Julliard zu. Er nimmt die Nachricht sportlich: «Grundsätzlich ist es super, dass Massnahmen gegen die Ausbreitung des Virus getroffen werden.» Er bleibe zuversichtlich, dass das Tattoo in der St. Jakobshalle stattfindet – «selbstverständlich unter Einhaltung sämtlicher geforderter Massnahmen». (ans)



Christoph Gloor
Casino-Kommission Basel

Das Stadtcasino Basel feiert im Herbst die Eröffnung nach dem Umbau. Nun wird der Versand der Einladungen, die schon bereit liegen, aufgeschoben. «Wir müssen zuerst klären, was die neue Regelung für uns bedeutet», sagt Christoph Gloor, Präsident der Casino-Kommission. Das Einrichten von Sektoren würde wenig Sorgen bereiten, angesichts der bis zu 900 erwarteten Personen seien aber Fragen zu Besucherfluktuation und Maskenpflicht zu klären. (ans)

Montag, 13. Juli 2020

Basel-Stadt/Baselland

Jugend akzeptiert die 100-Regel und denkt um

Stattdessen säumte man das Rheinufer und das Hafenbecken – Basler Bars und Clubs kämpfen mit den neuen Massnahmen.

Olivia Fierz

Das erste Wochenende, nachdem der Basler Regierungsrat die Coronaregeln wieder verschärft hat; Bars und Clubs dürfen noch maximal 100 Gäste empfangen statt wie bis anhin 300. Das gilt jedoch nicht für das soziale Leben unter freiem Himmel. Am Rhein etwa können sich immer noch Tausende Menschen treffen – und dass sie dies auch tun, zeigte unser Augenschein am Wochenende. Von der mittleren Brücke bis zum hinteren Hafen geniessen Menschen jeden Alters die sommerliche Abendkühle. Man trifft sich auf den Treppen am Rheinufer, in den Buvetten, oder am Hafen, es liegt ein Stimmengewirr in der Luft, während verschiedene Musikstile aus unterschiedlichen Boxen miteinander konkurrieren.

Während die ausgelassene Stimmung bei der Mittleren Brücke im Verlauf der Nacht auf Samstag immer mehr zunimmt, ändert sich die Atmosphäre in Richtung Hafen: Vor der Sommerresidenz unterhalten junge Menschen Umstehende mit Handständen und Partnerakrobatik, nebenbei spielt eine Gruppe Trinkspiele und ein Mann begleitet das Geschehen auf seiner Gitarre.

Jugendliche zeigen Verständnis für die Regeln

In den Gesprächen mit den jungen Menschen zeigt sich, dass die Coronamassnahmen akzeptiert werden. Man ist nicht trotz oder ärgert sich über verordnete Einschränkungen, sondern



Das Nachtleben kann – gerade im Sommer – auch von einer Pandemie nicht erstickt werden. Bild: Yves Krähenbühl-KIF Graphics (Hafen10.7.2020)



Friedliche Stimmung in der Patschifig Bar beim Hafenareal. Bild: Yves Krähenbühl-KIF Graphics (10.7.2020)

diskutiert darüber, welcher Bereich der Gesellschaft am meisten betroffen ist und wie effizient die Massnahmen gegen die Pandemie helfen. So versteht eine Frau, die anonym bleiben möchte, nicht, wieso man von Clubs eine Maskenpflicht verlange, während man am Rhein mit viel mehr Menschen in Kontakt komme. «Ich würde es auch verstehen, wenn es auf Grund der Coronakrise auch am Hafen eine Personenbeschränkung oder eine Maskenpflicht gäbe», so die junge Frau. Dies wäre zwar sehr schade, aber wenigstens würde man konsequent gegen die Pandemie vorgehen und Clubs und Bars helfen, die Krise schneller zu bewältigen.

Die Schlange vor dem Eingang der Sommerresidenz wird immer länger. Und der Einfluss der neuen Coronaregeln wird

«Wie soll man in einer Bar ein Bier trinken, wenn man eine Maske tragen muss?»

nun deutlich: «Wir sind voll», sagt der Türsteher und bittet die Menschen, sich hinten anzustellen – das coronabedingte Limit ist erreicht.

Unrealistisches Konzept für Bars und Clubs

Der Türsteher sagt, es sei schwierig, einen Weg zu finden, um die verlangten Schutzkonzepte umzusetzen, denn: «Wie soll man in einer Bar ein Bier trinken, wenn man eine Maske tragen muss?», meint er. Man gebe sich aber Mühe, einen Weg zu finden, denn hundert Gäste seien zu wenig.

300 Personen hätten für einen Umsatz gereicht, damit hätte man sich gerade noch über Wasser halten können. Aber mit nur hundert Gästen mache man nur Verluste, sagt Jonas Becher, Chef des beliebten Ausgangsorts. Und wenn er sich vorstelle, dass diese Regelungen bis Ende Jahr gelten werden, dann sehe die Zukunft ohne staatliche Unterstützung ziemlich schwarz aus.

Der Kanton habe der Bar am Anfang der Krise einen Teil der Finanzierungslast abgenommen, doch man erhalte keine Ausfallentschädigung – und diese Kompensation der Verluste wäre die nötige Hilfe, so Becher. «Direkte Zahlungen sind notwendig», sagt er. Während sich die Jugend flexibel anpasst, versuchen Bars und Clubs, parallel zu den Massnahmen ihre Existenz aufrechtzuerhalten.

Dienstag, 14. Juli 2020

Schwerpunkt

Siebzig Covid-Meldungen in sieben Tagen

Die Schweizer Corona-App trägt nur wenig zur Eindämmung der Pandemie bei. Nur jede neunte Person hat sie aktiviert – Tendenz sinkend.

Niklaus Salzmann

In den vergangenen sieben Tagen wurden in der Schweiz rund 600 Menschen positiv auf Corona getestet. Siebzig der Erkrankten haben dies in der Corona-App «Swisscovid» erfasst. Das sind gut elf Prozent, was ziemlich genau dem Anteil der Bevölkerung entspricht, der die App aktiviert hat.

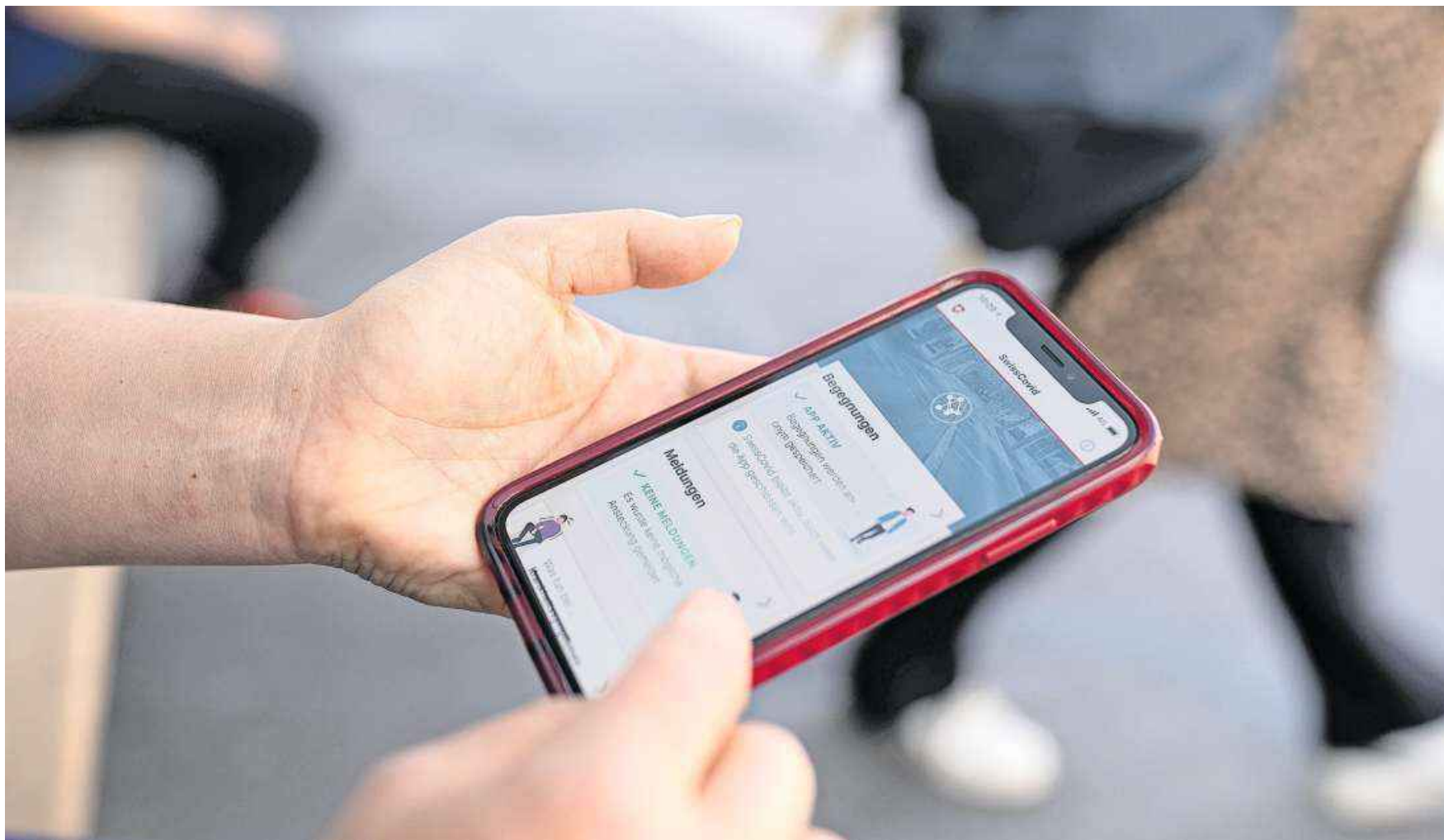
Bei der Lancierung von «Swisscovid» waren die Erwartungen gross gewesen: Sang-Il Kim, Leiter der App-Entwicklung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), hoffte darauf, dass sie bei jedem fünften Smartphone aktiv sein werde. Von diesem Ziel sind wir nach zweieinhalb Wochen weit weg – und wir entfernen uns immer weiter davon. Vor einer Woche hatten noch mehr als eine Million Schweizerinnen und Schweizer die App aktiviert, doch seit Donnerstag gehen die Zahlen zurück. Für den Sonntag meldete das Bundesamt für Statistik noch 950 288 aktive Apps; das ist ein Rückgang von fast sieben Prozent in sechs Tagen. Das digitale Corona-Tracing des Bundes erreicht damit noch knapp jede neunte Person in der Schweiz. Dies, obwohl bereits ein Fünftel der Bevölkerung die App heruntergeladen hat – offenbar haben sie viele davon inzwischen deinstalliert oder zumindest deaktiviert.

Das Bundesamt für Gesundheit beschwichtigt: «Es handelt sich um nachvollziehbare Schwankungen», heisst es gegenüber dieser Zeitung. Die Zahlen würden von Wochenenden und dem Ferienbeginn beeinflusst, wenn Personen die App im Ausland deaktivieren oder über die freien Tage den Flugmodus einschalten. Beim Blick auf die Kurve kommen jedoch Zweifel auf, ob dies allein die Trendwende erklären kann. Ein starker Rückgang zeigte sich zum Beispiel auch von Donnerstag auf Freitag. Und im benachbarten Ausland tauchen ebenfalls Probleme auf, die von freien Tagen unabhängig sind.

Der Pionier Österreich hinkt jetzt hintennach

Vorreiter in Europa war Österreich, wo das Rote Kreuz bereits im März eine Tracing-App lancierte. Ende Juni kam ein grosses Update. Trotzdem hatten bis am 6. Juli nur 775 579 Personen die App installiert. Selbst wenn jede heruntergeladene App aktiviert wäre, ergäbe dies noch eine sehr viel schlechtere Quote als in der Schweiz.

In Deutschland gab es bis gestern 15,6 Millionen Downloads, was ungefähr der Quote der Schweiz entspricht. Nicht bekannt ist, wie viele der Apps dort tatsächlich aktiv sind.



Die App «Swisscovid» ist derzeit auf weniger Smartphones aktiv als noch vor einer Woche.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Ein wahrhafter Flop ist die französische App. Das hatte sich in der Zwischenbilanz drei Wochen nach der Lancierung gezeigt: Von den 65 Millionen Französinen und Franzosen hatten nicht mal zwei Millionen die App installiert – und von diesen wiederum 460 000 sie bereits wieder deinstalliert. Bei einer so geringen Reichweite kann die App nicht mehr viel zur Eindämmung des Virus beitragen. 68 an Covid Erkrankte hatten ihr positives Testresultat in der App erfasst. Daraus resultierten gerade mal 14 Warnungen an andere Personen, die laut Smartphone einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt waren.

Was läuft falsch? In Frankreich dürften Bedenken wegen des Datenschutzes einen Teil der Bevölkerung abgeschreckt haben. Die erfassten Daten werden dort zentral gespeichert, im Unterschied zur Schweiz. Doch auch hierzulande machen sich die Leute Sorgen, ob sie zu viel über sich verraten. Zwar hatten die Behörden versprochen, dass keine persönlichen Daten und keine Standorte erfasst würden. Doch Android-User wurden beim Installieren dazu aufgefordert, die Standortfunktion einzuschalten. Daran kann der

11%
der Schweizerinnen und Schweizer haben die Corona-App aktiviert.

Bund nichts ändern: Bei Android-Geräten muss sie aktiviert sein, damit die benötigte Bluetooth-Funktion laufen kann. Das irritiert – die Android-App wird von den Nutzerinnen und Nutzern mit 3,7 von 5 Sternen bewertet, diejenige von Apple dagegen mit 4,6 Sternen.

Ein weiterer Grund für den Rückgang könnte sein, dass die Infektionszahlen inzwischen sehr viel tiefer liegen als im Frühling und damit die Bevölkerung weniger Angst hat. Im April waren laut der Forschungsstelle Sotomo 65 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer bereit, die App zu installieren. Im Mai waren es noch 60 Prozent, im Juni 54 Prozent. Ende Juni fand der Online-Vergleichsdienst Comparis sogar nur noch 44 Prozent, die sich für die App aussprachen.

Hinzu kommt, dass mit der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr das

Risiko für Fehlalarme gestiegen ist. Wenn jemand neben einem infizierten Menschen mit Maske im Zug sitzt, gilt dies nicht als Infektionsrisiko. Die App weiss jedoch nichts von der Maske und schätzt die Situation als riskant ein. Wenn jemand die App aus diesem Grund im Zug deaktiviert, kann es auch passieren, dass sie oder er nachher das erneute Einschalten vergisst.

Wer ein altes iPhone benutzt, wird ausgeschlossen

Manche Schweizerinnen und Schweizer waren aus technischen Gründen sogar von vornherein ausgeschlossen. Zwar besitzen hier weit über 90 Prozent ein Smartphone. Doch wer noch das iPhone 6 aus dem Jahr 2014 benutzt, stellt fest: Die App funktioniert nicht. Sie erfordert eine neuere Version des Betriebssystems, das erst ab dem iPhone 6s läuft. Daran wird sich so rasch nichts ändern – die Schweizer App ist hierbei von Apple abhängig, und der Konzern unterstützt das ältere Modell nicht mehr. Umgekehrt sind es bei Huawei die neuesten Geräte, die ein Problem haben. Wegen der Sanktionen durch die USA darf der chinesische Hersteller

nicht mehr auf den «Play Store» zurückgreifen. Damit hat er auch keinen Zugriff auf die Schweizer Tracing-App.

Was bringt die App überhaupt noch, wenn sie nur von so wenigen genutzt wird? Im Vorfeld hiess es oft, 60 Prozent müssten erreicht werden, damit eine Tracing-App wirksam eindämmt. Die Zahl stammte aus einer Studie der Oxford University. Doch das Forschungsteam hinter der Studie beklagte sich nachher, dass ihre Zahlen verkürzt wiedergegeben wurden. Auch bei tiefen Nutzungszahlen trage eine App zur Verlangsamung der Pandemie bei. In einem Interview mit der «Süddeutschen Zeitung» sagte Co-Autorin Lucie Abeler-Dörner, die App beginne zu wirken, sobald 15 Prozent der Bevölkerung mitmachen.

Auch das ist noch weit mehr als die aktuellen 11 Prozent der Schweiz. «Jede Unterbrechung der Infektionskette ist wichtig», sagt dazu das BAG. Um den Anteil zu erhöhen, spannt der Bund nun mit den Mobilnetzbetreibern zusammen, wie er gestern bekannt gab. Salt, Sunrise und Swisscom werden ihren Kundinnen und Kunden per SMS empfehlen, die App zu installieren.



In der ganzen Schweiz gab es Covid-19-Patienten, die auf der Intensivstation behandelt werden mussten, wie hier im KSBL Bruderholz. Foto: Alex Kühni (PD)

In der Bevölkerungsstatistik hinterlässt Covid-19 keine Spuren

Corona-Fälle in Basel Noch vor wenigen Wochen waren Todes- und Krankheitsfälle heiss diskutiert und galten als Richtschnur für viele Restriktionsmassnahmen. In den Daten lässt sich die Epidemie jedoch nicht erkennen.

Mischa Hauswirth

In einigen Szenarien verglichen Protagonisten die Corona-Epidemie mit der Pest oder der Spanischen Grippe, die Tausende von Toten forderten. In der jüngsten Basler Bevölkerungsstatistik jedoch hat der Sars-Erreger mit der Krankheit Covid-19 bislang keine Spur hinterlassen. «Das Statistische Amt und das Expertengremium sehen keinen Grund, zum jetzigen Zeitpunkt mögliche Effekte von Covid-19 in die Hypothesen einzubauen», schreibt das Statistische Amt in einer Mitteilung. «Aus heutiger Sicht sind die Folgen der Pandemie zu ungewiss, um mögliche Auswirkungen auf die Hypothesen der Szenarien abzuleiten», heisst es weiter. «Bei vielen möglicherweise beeinflussten Parametern der Szenarien, beispiels-

weise Geburten, Wohnflächenverbrauch oder Bautätigkeit sind die Folgen der Pandemie derzeit nicht absehbar oder nicht messbar.» Allerdings: Im kommenden Jahr sollen die Daten diesbezüglich neu analysiert werden.

«Eine relative Zahl»

Auch bei dem oft von den Pandemie-Restriktionsanhängern ins Feld geführten Argument der «Übersterblichkeit» kann die Statistik zurzeit keinen Ausschlag nach oben feststellen. «Im Moment bietet die kumulierte Sterblichkeit im Jahr 2020 im Kanton keinen Anlass, von der bisherigen Methode zur Bestimmung der Hypothesen zur Lebenserwartung abzuweichen.» Das Statistische Amt hat wie alle Jahre die Daten angeschaut, um die Bevölkerungsentwicklung einzuschätzen.

Im Departement von Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP), der die Behördenmassnahmen immer an vorderster Front vertreten hat, ist man bezüglich der Sterblichkeitsrate und damit der messbaren Gefahr mittlerweile ebenfalls zurückhaltender. «Die Letalität gibt in der Epidemiologie den Anteil der verstorbenen Personen an der Gesamtzahl der an einer spezifischen Krankheit erkrankten Personen an», sagt Anne Tschudin, Sprecherin des Gesundheitsdepartementes Basel-Stadt, auf Anfrage. «Die Letalität ist also eine Rate beziehungsweise eine relative Zahl.»

Um diese Zahl zu errechnen, nehmen die Mitarbeiter von Lukas Engelberger die Zahl der erkrankten Personen, also jene, die mittels eines Abstriches positiv getestet wurden, und setzen

Im Departement für Gesundheit ist man bezüglich der Sterblichkeitsrate zurückhaltender.

die Positiv-Getesteten mit jenen Menschen in ein Verhältnis, die positiv waren und verstarben. In der Fachsprache reden deshalb Experten auch von einer Todesrate unter bestätigten Fällen im Gegensatz zur Todesrate unter allen Infizierten. So kam vergangene Woche Basel-Stadt auf eine Todesfallquote von fünf Prozent.

Doch diese Zahl ist mit Vorsicht zu geniessen und entspricht kaum der Wirklichkeit: Denn wie viele tatsächlich infiziert sind, weiss niemand, und Basel-Stadt rechnet die Dunkelziffer nicht mit ein.

Der Kanton Basel-Landschaft hat am Dienstag Resultate einer Studie veröffentlicht, die zum Schluss kommt, dass in der Schweiz bis 80 Prozent der erkrankten Personen nur an schwachen Symptomen leiden. Selbst bei den Todesfällen ist ungewiss, wie viele tatsächlich am Virus oder den Folgen sterben: «Es wird hier nicht weiter differenziert, inwiefern die Infektion letztlich ausschlaggebend war für den tödlichen Verlauf», sagt Tschudin. «Dies dürfte in vielen Fällen auch kaum mit genügender Sicherheit zu definieren sein.»

Ein Anwalt zieht die Basler Regierung vor Gericht

Wegen Corona-Massnahmen Ein bekannter Basler Jurist legt sich mit der Basler Regierung an. Nicolas Roulet will die verschärften Einschränkungen im Stadtkanton rückgängig machen.

Sebastian Briellmann
und Alexander Müller

Irgendwann war bei den Clubbetreibern in der Stadt nicht mal mehr Schockzustand, sondern nur noch Resignation und verzweifelter Positiv-in-die-Zukunft-Denken. Eine Szene schüttelt nur noch ungläubig den Kopf ob den neuesten Corona-Massnahmen. Grund: Am Wochenende herrschte gähnende Leere. Die Bar Rouge hat schon geschlossen, das «Viertel» plant dies ebenfalls. Es ist aber nicht so, dass sich die Clubbetreiber melodramatisch in ihrem Unglück gesuht hätten. In einem Brief an die Basler Regierung beklagten Vertreter der Nachtszene ihre dramatische Situation.

Eine Klage mit Zündstoff

Nun wird es richtig brisant. Nicolas Roulet, ein bekannter und aus seiner Sicht «polarisierender Basler Anwalt», war nicht gerade begeistert ob den Verschärfungen. Also griff er zu einer durchaus unkonventionellen Methode – und reichte am Montag eine Verfassungsbeschwerde gegen die Basler Regierung beim Appellationsgericht ein. «Der Regierungsrat ging zu weit», sagt Roulet. Die steigenden Zahlen seien auf die Grenzöffnungen zurückzuführen: «Nur darauf zu verweisen, dass die Infektionszahlen wieder steigen, ist falsch.» Seit dem 30. April habe es keinen einzigen Todesfall mehr gegeben. «Weder sind die Spitäler überlastet, noch gibt es übermässige Belastungen im Gesundheitswesen.»

Roulet argumentiert mit der fehlenden Verhältnismässigkeit der Basler Massnahmen. ID-Kontrollen bei Clubs, Bars und Restaurants seien zumutbar – nicht aber die Reduktion auf 100 Personen und eine Maskenpflicht. «Es ist die wesentlich kleinere Einschränkung, als wenn die Zahl der Gäste so stark reduziert wird, dass ein wirtschaftlicher Betrieb eines Lokals nicht mehr möglich ist.» Laut Epidemiengesetz müsse für eine solche Massnahme eine besonders schwere Lage bestehen oder drohen. Roulet sagt klar: «Das ist nicht der Fall.»

Widerstand regt sich

Auch Felix Uhlmann, Staatsrechtsprofessor an der Uni Zürich, äusserte bereits letzte Woche in der NZZ grosse Zweifel, ob die gesetzlichen Vorgaben für die Einschränkungen in allen Nordwestschweizer Kantonen erfüllt seien. Die Covid-19-Verordnung des Bundes regelt in Artikel 8, wann die Kantone weitergehende Massnahmen treffen dürfen. Wenn die Fallzahlen stark steigen, wenn Kontrollmechanismen wie das Contact-Tracing an Grenzen stossen oder eine solche Gefahr unmittelbar droht. Uhlmann sagte in der NZZ: «Aufgrund der aktuellen Infektionszahlen halte ich es für fraglich, dass diese Kriterien derzeit für alle vier Kantone gelten.» Zudem hätten die Kantone bisher weder



So kann in Basel derzeit nicht gefeiert werden. Foto: Getty Images

kommuniziert, dass sie mit dem Contact-Tracing am Anschlag seien, noch habe man überall Infektions-Hotspots ausmachen können, so Uhlmann. «Ob die Einschränkung aus Präventionsgründen richtig ist, bleibt dahingestellt – rechtlich bewegen sich die Kantone jedenfalls auf dünnem Eis.»

Roulet ist verärgert über das Vorgehen der Basler Regierung: «Zu sagen, wir müssten verhindern, dass wir in die Nähe einer schweren Lage kommen, und dass Leute sterben, wenn wir uns jetzt nicht alle einschränken, ist ein Totschlagargument. Es ist schwierig, die Rechte von Menschen präventiv einzuschränken. Dagegen kann man nicht debattieren.» Zudem versteht Roulet nicht, dass der Regierungsrat die Massnahmen gleich bis Ende Jahr erlassen hat. Und warum man sich aufs Epidemiengesetz beruft, ist ihm schleierhaft: «Im

Gegensatz zur aktuellen Situation bei Covid-19 gibt es bei Grippeperioden permanent Tote. Dennoch hat man sich nie auf das Epidemiengesetz berufen.»

Unklar sei zudem, ob der Regierungsrat überhaupt entscheiden darf. «Gesetzgeber ist grundsätzlich der Grosse Rat», sagt Roulet. Er bezweifelt, dass die Massnahmen so dringend gewesen sind, dass der Regierungsrat in diesem Fall eine Gesetzgebungskompetenz hatte.

Das Gesundheitsdepartement von Lukas Engelberger ist anderer Meinung. Auf Anfrage sagt Kantonsarzt Thomas Steffen, dass die Logik einer wirksamen Pandemiebekämpfung gebiete, vorausschauend zu handeln und nicht zuzuwarten, bis das Virus sich wieder unkontrolliert ausbreite, «sodass möglicherweise wieder strengere Massnahmen verabschiedet werden müssten». Wie schnell die Lage örtlich wie-

der ausser Kontrolle geraten könne, zeige ein Blick auf andere Länder, wie Israel, Südkorea, Spanien oder Südafrika. «Der Kanton Basel-Stadt ist ein urbaner, dicht besiedelter Grenzkanton und ein regionales Ballungszentrum. Entsprechend kann die Ausbreitungsdynamik selbst mit einem effizienten Contact-Tracing viel schneller wieder ausser Kontrolle geraten, als dies beispielsweise in einer eher ländlichen Gegend der Fall ist.»

Schnell ausser Kontrolle

Roulet und Uhlmann hingegen sagen: Die Massnahmen sind übertrieben. Thomas Steffen seinerseits warnt, dass man sich wegen der verhältnismässig kleinen Anzahl Neuinfektionen nicht täuschen lassen dürfe: «Aus Modellüberlegungen weiss man, dass bei einer allfälligen zweiten Welle die Fallzahl zuerst, verglichen mit der ersten Welle, lang-

samer ansteigen kann, aber trotzdem insgesamt im weiteren Verlauf mehr Todesfälle auftreten können.» Gerade die Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung und insbesondere die jungen Erwachsenen seien in dieser Situation mögliche zentrale Treiber für eine solche zweite Welle.

Das Gesundheitsdepartement sagt aber auch, dass das Contact-Tracing gut funktioniere. Ebenfalls sind genügend Kapazitäten bei den Corona-Tests vorhanden, nach Bedarf könnten diese sogar noch ausgebaut werden.

Ist die Verschärfung vielleicht nicht doch übervorsichtig, so, wie das die Kritiker monieren? Steffen jedenfalls sagt, das Contact-Tracing sei «zweifelloso ein sehr nützliches Mittel», aber es brauche mehr, um eine zweite Welle zu verhindern. Klar ist derzeit nur, dass vieles unklar ist. Das Gesundheitsdepartement bestätigt, die verschärften Mass-



Der Anwalt Nicolas Roulet.
Foto: Screenshot Telebasel

nahmen sollten bis 31. Dezember gelten, da es der Rechtssicherheit diene. Aber ebenso heisst es: «Sollte es die epidemiologische Lage zulassen, wird der Regierungsrat die Massnahmen selbstverständlich schon vor Ende Jahr aufheben oder lockern.» Wer blickt da noch durch? Vielleicht Markus Schefer, ebenfalls ein renommierter Staatsrechtler, der an der Universität Basel lehrt. Er sagt: «Ich widerspreche Herrn Uhlmann nicht, kann ihm aber auch nicht recht geben – dafür weiss ich zu wenig.» Grundsätzlich habe man bei diesem Fall das gleiche Problem wie auf Bundesebene: Die Entscheide werden jeweils als Polizeinotverordnung erlassen. Das kommt dann zur Anwendung, wenn unmittelbar Leib und Leben bedroht sind.

Eine Prognose? Unmöglich

Schefer bringt das Beispiel eines drohenden Erdrucks, hier werde sofort evakuiert. «Und das wars dann. Jetzt ist die Lage länger andauernd und ständig wechselnd – das macht es so schwierig.» Was momentan gemacht werde, sei «Proberecht», erklärt Schefer. «Es würde sehr helfen, wenn wir für die Zukunft einen besseren rechtlichen Rahmen schaffen. Die Schwierigkeit wird sein, dass man dafür auch nicht zu präzise sein darf. Denn künftige Pandemien werden andere Probleme verursachen als Corona.» Er sei sich zudem nicht sicher, ob für solche Massnahmen der politische Wille da sei. Für Schefer ist aber klar: «Das Parlament muss künftig besser einbezogen werden.»

Die Frage, wie das Appellationsgericht in der Funktion als Verwaltungsgericht entscheidet, ist spannend. Schefer sagt: «Für mich ist völlig offen, ob Herr Roulet mit seiner Verfassungsbeschwerde eine Chance hat. Eine Prognose? Unmöglich. Sollte er Erfolg haben, wird das grosse Auswirkungen haben.» Dann könnte es zu einem Flächenbrand kommen, weitere kantonale Entscheide dürften angefochten werden.

Roulet rechnet mit einem Entscheid in den nächsten Tagen. Denn er hat Antrag auf aufschiebende Wirkung des Regierungsratsbeschlusses gestellt. Sollte diesem stattgegeben werden, würden die Basler Massnahmen per sofort aufgehoben. Ob Roulet einen negativen Bescheid an das Bundesgericht weiterziehen würde, lässt er derzeit offen.

In der Verfassungsbeschwerde rügt der Basler Anwalt:

– dass die Covid-19-Verordnung des Basler Regierungsrates «Bundesrecht sowie kantonales **Verwaltungsrecht verletzt**, in Verletzung des Gewaltenteilungsprinzips zustande gekommen ist und überdies gegen den Verhältnismässigkeitsgrundsatz verstösst».

– dass «der Regierungsrat seine **allgemein gefassten Erläuterungen** in keiner Art und Weise mit den aktuellen Fallzahlen des Kantons konkretisiert hat». Er habe nur festgehalten, dass «die Anzahl positiv getesteter Corona-Fälle schweizweit wieder zunimmt und das Risiko von Neuansteckungen wieder erheblich ansteige. «Seit dem 30. 4. ist im Zusammenhang

mit Covid-19 im Kanton kein Todesfall mehr bekannt.»

– dass gemäss der Delegationsnorm des Bundes zwar die Kantone ermächtigt sind, weitreichendere Massnahmen zu erlassen. Hier sei aber grundsätzlich der Grosse Rat zuständig. Nur in Fällen besonderer Dringlichkeit sei der Regierungsrat befugt. «Eine entsprechende Dringlichkeit ist für den Kanton Basel-Stadt nicht gegeben, weshalb die hier angefochtenen Bestimmungen das **Gewaltenteilungsprinzip verletzen**.»

– dass die angefochtenen Bestimmungen im Sinne einer Eventu-

alerwägung auf **keiner gesetzlichen Grundlage** beruhen. Der Kanton darf gemäss der Covid-Verordnung des Bundesrates «einzig bei einer Erhöhung der Fallzahlen, welche ein Contact-Tracing als nicht mehr praktikabel erscheinen lässt, über die Verordnung des Bundesrates hinausgehende Massnahmen festlegen. Es wird seitens des Kantons weder vorgebracht, dass sich in den betroffenen Bereichen Infektions-Hotspots ausmachen liessen, noch wird darüber berichtet, dass man mit dem Contact-Tracing am Anschlag sei. Auch eine unmittelbar drohende schwere Störung kann nicht behauptet werden. Zudem droht in

keiner Weise eine Überlastung des Gesundheitssystems, da eine solche nicht einmal zur Hochzeit der Pandemie gedroht hatte.»

– dass die angefochtenen Bestimmungen den **Verhältnismässigkeitsgrundsatz verletzen**.

– dass «die **zeitliche Befristung** der Verordnung bis Ende 2020 sicherlich **zu weit** geht». Gemäss Bundesratsverordnung können entsprechende Massnahmen «nur für eine begrenzte Zeit erlassen werden». Das Konzept des Contact-Tracing sei «offensichtlich weniger einschneidend» als die Begrenzung der Veranstaltungen auf 100 Personen.

Schweiz



Verschwörungstheorien und obskurer Freiheitsbegriff: Kundgebungen auf dem Zürcher Sechseläutenplatz (links) und auf dem Bundesplatz in Bern. Fotos: Urs Jaudas, Manuel Zingg, Sigggi Bucher (Blick), Thomas Meier (Blick)

Das unheimliche Netzwerk

Masken-Feinde Der Widerstand gegen eine Maskenpflicht wird aufwendig orchestriert: unter anderem von einer prominenten Kesb-Gegnerin und einem Zürcher Ex-Polizisten, der Vergleiche mit dem Holocaust zieht.

Jacqueline Büchi

Und plötzlich sind sie da, in der ganz realen Welt. Als «digitale Krieger» machen sie im Netz Stimmung gegen die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und verbreiten teils krude Theorien zur Entstehung des Virus. Nun ist ihnen der virtuelle Raum offenbar nicht mehr genug.

Als am letzten Wochenende plötzlich in vielen Schweizer Städten in grosser Zahl Flyer auftauchten, die vor einer Maskenpflicht im öffentlichen Raum warnten, zeigten sich Experten alarmiert. «Fake News!», warnte der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit. «Äusserst verantwortungslos» seien die Botschaften, sagte Epidemiologe Marcel Tanner von der wissenschaftlichen Corona-Taskforce.

Die Flugblätter warnen, das Tragen von Masken führe zu Bewusstlosigkeit, zu Hautpilzen und zur Vermehrung von Bakterien in der Lunge. Wer den QR-Code auf dem Flugblatt scannt, landet auf Informationskanälen verschwörungstheoretischer Kreise.

Recherchen zeigen nun, wie organisiert die Maskengegner vorgehen – und wer sie sind.

Da wäre einmal eine Gegnerin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb), die regelmässig in den Medien auftritt. Sie ist eines von 14 Mitgliedern einer Gruppe, die unter dem Namen «Motivations-Flyer für Masken-Verweigerer» die Flug-

blätter konzipiert hat. Der Austausch fand über die Chat-App Telegram statt, die beliebt ist bei politischen und religiösen Randgruppen. Tagelang diskutierten die Mitglieder, wie die Flyer gestaltet werden sollen. Eine Zürcher Designerin wirkte mit.

Um möglichst viele Flugblätter unter die Leute zu bringen, plante die Gruppe die Verteilung minutiös: Freiwillige konnten die Flugblätter nach Vorbestellung an vielen «Bezugspunkten» in Zürich, Winterthur, St. Gallen, Baden, Aarau, Olten, Solothurn, Bern, Basel, Luzern, Zug und Altdorf abholen, wie ein Screenshot belegt. Kostenpunkt pro tausend Stück: 15 Franken.

Trump, der Erlöser

Der Administrator der Gruppe nennt sich «Q the Plan», in Anlehnung an die unter Corona-Skeptikern populäre Verschwörungsbewegung QAnon. Diese vertritt die Theorie, dass eine satanistische Elite die Welt beherrsche. In unterirdischen Tunnelsystemen sollen deren Mitglieder – darunter bekannte Politiker, Wirtschaftsgrößen und Schauspieler – angeblich Kinder missbrauchen und ihr Blut trinken.

Erlösung erhoffen sich die Anhänger der Theorie von US-Präsident Donald Trump, welcher mithilfe des Militärs den «Deep State» zerschlagen soll. Was abstrus klingt, stellt eine reale Gefahr dar: In den USA stuft das FBI QAnon als potenzielle terroristische Bedrohung ein. Auch der Schweizer Nachrichtendienst

(NDB) hat Kenntnis von der Gruppierung, wie Sprecherin Isabelle Graber auf Anfrage bestätigt. Bisher sei die Gruppe in der Schweiz noch nicht mit gewalttätig-extremistischen Aktivitäten aufgefallen, so die NDB-Sprecherin.

Allgemein hätten gewalttätige rechts- und linksextreme Gruppierungen in der Vergangenheit aber wiederholt versucht, «friedliche Protestbewegungen zu unterwandern, zu radikalisieren und als Plattformen für Gewaltanwendung zu missbrauchen». Teilweise mit Erfolg. Auch im Zusammenhang mit der Corona-virus-Krise hält der NDB Radikalisierungsszenarien für möglich. Graber bestätigt: «Der NDB steht diesbezüglich in Kontakt mit den kantonalen Sicherheitsbehörden.»

Eines der 14 Mitglieder der Anti-Masken-Gruppe nimmt auf Facebook regelmässig Bezug auf die QAnon-Verschwörung. «Pizzagate» und «Adrenochrom» ist auf einem Plakat zu lesen, welches die junge Frau während einer Demonstration am Zürcher Sechseläutenplatz in die Kamera hielt. Unter dem Schlagwort «Pizzagate» wurde im US-Präsidentenwahlkampf 2016 eine Fake-News-Kampagne geführt, wonach die demokratische Kandidatin Hillary Clinton in einen Kinderpornoring verwickelt ist, welcher von einer Pizzeria aus agiere.

«Adrenochrom» ist der Name einer weiteren Verschwörungstheorie: Diese besagt, dass aus

dem Blut entführter Kleinkinder das Stoffwechselprodukt Adrenochrom gewonnen werde, welches Prominente als Jugendelixier einsetzten.

Die Frau mit dem Plakat schreibt in den sozialen Medien, die Bewegung habe nichts mit Rechtsextremismus oder Gewalt zu tun. Die Mitglieder seien im Gegenteil «voller Liebe».

In manchen Chats fantasieren die Maskengegner allerdings zuweilen auch von einer gewaltvollen Rebellion gegen die Corona-Massnahmen. In der Gruppe «Widerstand 2020», die auch Mitglieder aus der Maskengruppe enthält, ist etwa ein Zürcher Ex-Polizist an vorderster Front aktiv, der seinen Job nach einer Verurteilung wegen Körperverletzung verloren hatte.

Immer wieder ziehen Teilnehmer in den Chats Parallelen zum Holocaust – so auch er. Die Juden hätten sich nicht gewehrt, deshalb seien sie «vernichtet»

Das Gespräch suchen

Ist es sinnvoll, breit über sogenannte alternative Theorien zu berichten? Ja, sagt Experte Marko Kovic. Es sei wichtig, dass die Gesellschaft solche Entwicklungen thematisiert. «Die wissenschaftliche Evidenz ist klar: Es ist keine zielführende Strategie, solche Parallelwelten totzuschweigen und zu hoffen, dass sie in ihrem virtuellen Raum bleiben.» Es gelte, mit den Betroffenen das Gespräch zu suchen. (jbu)

worden, schrieb der Mann kurz vor Einführung der Maskenpflicht im ÖV. «Unsere Freiheit wird jetzt vernichtet.» Er ruft die Maskengegner auf, sich zu widersetzen. «Wenn viele nicht mitmachen, sind Kontrollen nicht durchsetzbar. Deshalb organisierter Widerstand. Lokal. Mit Nachbarn. Im Tram. Im Zug. Zusammen sind wir stark. Allein können sie uns einfach brechen.»

«Verhältnisblödsinn»

Er ist sich sicher: «Der Widerstand lebt. Jugendliche werden bis spätestens Herbst rebellieren. In Europa werden soziale Unruhen eskalieren. Nur Geduld.»

Im Gespräch mit dieser Zeitung distanziert sich der Ex-Polizist von der QAnon-Bewegung. Diese sei nur ein Ablenkungsmanöver – «eine Operation des Pentagons, um Leute zu diffamieren, die kritisch denken». Er selber agiere faktenbasiert. So erkrankten jährlich mehr Leute am Norovirus als an Corona. «Die Maskenpflicht ist ein Verhältnisblödsinn», so der Mann, «der Staat tut dem Volk Gewalt an, indem er ihm die Freiheit nimmt.» Das Virus werde genutzt, um eine Impfpflicht einzuführen, mit dem Datenschutz aufzuräumen und das Bargeld abzuschaffen.

Die Kesb-Kritikerin, die in der Vergangenheit bereits in Videos des «alternativen» Newsportals «WakeNews» auftrat, will sich auf Anfrage nicht näher zum Sachverhalten äussern. In die Maskengruppe sei sie eher zufällig geraten, weil sie in der

Szene sonst für ihre «guten Inputs» bekannt sei. Mit dem Flyer habe sie aber «nicht wirklich viel zu tun».

Wer hinter dem Anti-Masken-Flugblatt steht, wäre ohne die Arbeit von zwei Recherchekollektiven, die sich «Adrenochrom» und «Alu TV» nennen, nicht bekannt geworden. Die Mitglieder, die nach eigenen Angaben antifaschistisch motiviert sind, haben sich unter Fake-Namen in die Chatgruppen geschlichen und über Monate Informationen gesammelt.

Marko Kovic, der an der Universität Zürich zu Verschwörungstheorien geforscht hat, beobachtet die QAnon-Bewegung schon länger. Er sagt: «So abwegig die Theorien für Ausgesteute klingen mögen, so sehr identifizieren sich die Menschen, die daran glauben, mit ihnen.» Mitglieder berichteten von einem starken Zusammenhalt in der Community.

Antisemitische Motive sind laut Kovic weitverbreitet in der Szene. Und auch die Verbindung zu Kesb-kritischen Kreisen passt ins Gesamtbild: «Das Narrativ, dass sich eine Elite über die Bedürfnisse der Menschen hinwegsetze und Kindern vorsätzlich schade, ist ja geradezu zentral in der Bewegung.»

QAnon gebe vor, eine grosse Erklärung «für all das Böse zu liefern, das auf der Welt passiert». Gerade in Krisenzeiten wie diesen sehnten sich viele Menschen nach solch einfachen Erklärungen.

Schwerpunkt

«Ich will nicht zum Sozial

Tausende haben wegen des Coronavirus ihren Job verloren oder müssen sich neu orientieren. Wie ist es ihnen ergangen? Wir haben sechs Personen getroffen, die ihre Stelle und ihr Einkommen über Nacht verloren haben. Das sind ihre Geschichten.

Text: Anna Miller; Bilder: Severin Bigler und Britta Gut

Lea Dudzik, Musikerin, 35

«Auswärts essen geht nicht»

Ich wäre gerade in New York, hätte Corona nicht eingeschlagen. Nun wurde mein Atelierstipendium der Stadt Zürich verschoben und ich arbeite in der Schweiz weiter. Ich konzentriere mich nun voll und ganz auf die Produktion meines neuen Albums. Bis um ein, zwei Uhr in der Nacht arbeite ich daran. Es ist schön, mal wirklich Zeit dafür zu haben, für meinen Gesang und meine Gitarre.

Corona hatte auch sein Gutes, es hat mich fokussieren lassen. Die Notwendigkeit, zu reduzieren, hat mehr Klarheit gebracht. Das ist für mich als Künstlerin wertvoll. Wenig Ablenkung war da von dem, was mir wichtig ist. Das war gut für

mich. Die finanzielle Situation aber ist schwierig. Ich kann nirgends auftreten, und das wird wohl noch lange so bleiben. Die Branche kämpft sonst schon ums Überleben, und Corona hat das alles verstärkt. Ich lebe im Moment von der Hälfte meines normalen Einkommens. Ich kann die Miete bezahlen, die Krankenkasse und die Handyrechnung, sonst fast nichts. Auswärts essen geht nicht, alles, was nicht lebensnotwendig ist, kann ich mir nicht mehr leisten. Und ich persönlich bin noch eine von den Glücklichen. Den meisten meiner Bekannten im Musikbusiness geht es finanziell miserabel. Man sagt, dass bloss ein Dutzend

Musikerinnen und Musiker in der Schweiz überhaupt von ihrer Arbeit leben können. Ich finde, das darf nicht sein. Und ich finde, der Bundesrat hat Versprechungen zu schneller und unkomplizierter Hilfe gemacht, die er so für die Branche nicht einhalten konnte.

Die Branche ist sehr divers, jedes Musikerleben anders. Das hat zu Unmengen bürokratischem Hin und Her geführt. Einige erhalten nun ein Taggeld von zwei oder drei Franken. Ich hätte mir für die Freiberuflichen ein überbrückendes Grundeinkommen gewünscht. Meine Hilfszahlungen enden im September. Was dann ist? Ich weiss es nicht.

Junuz Sinanovic, Servicetechniker, 24

«Ich hoffte bis zum Schluss, dass ich bleiben kann»

Dass sich etwas ändern wird, wurde mir im März schon klar. Zuerst hiess es in der Firma, man müsse sich in zwei Gruppen aufteilen, um sich nicht anzustecken. Dann wurde die Arbeit weniger, und im Mai sagte der Abteilungschef dann zu uns: Es könnte sein, dass es zu Änderungen kommt. Ich war 2½ Jahre bei der Firma Ruggli, als Servicetechniker, eine Vollzeitstelle. Der Job hat mir sehr gefallen, er war abwechslungsreich, ein gutes Team, ich durfte auch internationale Einsätze absolvieren.

Doch Corona hat einen Einbruch gebracht, es wurden kaum mehr Maschinen bestellt. Wir haben nicht mehr die Auftragslage, die wir haben sollten, die Leute behalten das Geld, das sie noch haben, zurück, für die Rettung der eigenen Firma. Investieren will im Moment keiner mehr, die Lage ist unsicher, überall. Wir hatten zu Spitzenzeiten sicher so um die 80 bis 90 Prozent weniger Verkauf. Es gab zehn Entlassungen, und ich war eine davon. Ich habe Ende Mai erfahren, dass ich gehen muss. Per Ende Juli ist alles vorbei. Um ehrlich zu sein, hatte ich be-

reits damit gerechnet. Weil ich einer der wenig erfahrenen Monteure bin. Aber natürlich hoffte ich bis zum Schluss, dass ich bleiben kann. Doch so ist es jetzt. Und ich habe mich ziemlich schnell damit abgefunden.

Ich nehme die Kündigung mittlerweile ziemlich locker. Ich bin 24 Jahre alt, ich finde sicher etwas Neues. Irgendwo wird man immer gebraucht. Und sonst gibt es ja auch noch das RAV. Wenn ich ein paar Monate arbeitslos bleibe, dann ist das eben so. Ich nehme es pragmatisch. Emotional war die Kündigung für mich nicht. Wohl auch, weil ich mich innerlich bereits gut darauf vorbereitet hatte. Aber natürlich tut es weh, dass man die Leute nicht mehr sieht, die man davor jeden Tag sah. Und all die Spässe, die man zusammen machte.

Jetzt bin ich auf Jobsuche und geniesse nebenbei mein Leben, ich will auch in die Ferien reisen, es gibt ja noch genügend Länder, die nicht auf der Liste stehen, vielleicht gehe ich in die Türkei, oder zurück in die Heimat. Einen Sommer in Bosnien, das hatte ich schon lange nicht mehr.

Anne-Sophie Keller, Journalistin, 30

«Ich habe auf Facebook den Frust gepostet»

Vor Corona war mein Leben perfekt. Ich hatte viel Freiheit, ging auf Reisen, lief den Jakobsweg – und dachte, ich mache ihn zu Ende. Doch dann erreichte die Krise auch Galicien und ich musste die letzten 70 Kilometer meines Wegs abbrechen. Am 1. April hätte ich mit einem Dokumentarfilm anfangen sollen, einem grossen Projekt, bei dem ich die Redaktion und Recherche gemacht hätte.

Der Auftrag hätte sicher ein halbes Jahr gedauert, für mich war die 50-Prozent-Stelle eine finanzielle Basis. Daneben wollte ich als Freelancerin weiterarbeiten. Doch sechs Tage vor Start des Projekts kam die Absage vom Sender. Jetzt einen Dokfilm zu machen mit internationalen Reisen ging

schlicht nicht. Also fiel alles ins Wasser. Das hat mich zuerst sehr beschäftigt. Es kamen Ängste hoch. So viel Zeit, plötzlich, und kein Anker mehr. Doch ich habe ein grosses Netzwerk, viele Kontakte. Ich habe auf Facebook meinen Frust darüber gepostet, dass der Dokfilm ins Wasser fiel. 16 Minuten nach Absenden des Posts erhielt ich per Messenger ein neues Jobangebot. Ich bin nun bis Ende Jahr bei einem Magazin festangestellt und habe dort mein Pensum aufgestockt. Das gibt mir Halt und eine Struktur. Und ich habe wieder ein Team, was so viel wert ist!

Ich denke aber auch gerne an die Zeit im März zurück. Klar, es herrschte eine grosse

Unsicherheit. Aber es eröffneten sich neue Möglichkeiten: Ich hatte plötzlich so viel Zeit. Also ging ich Einkaufen für Nachbarn, habe Leute für Jobs vermittelt oder auch Kinder gehütet – teils unentgeltlich, teils gegen einen Zustupf.

Ich habe mich kurzfristig komplett umorientiert, war nicht mehr länger die Journalistin, sondern einfach ein Teil der Gesellschaft. Das war schön. Ich war eingebunden in die Nachbarschaft, wir haben uns Briefe geschrieben, ein Kollege hat mir den Laptop geflickt. Ich konnte älteren Menschen helfen und vor allem auch Frauen unterstützen, die von der Coronakrise stark betroffen waren. Das hat mir viel gegeben.



amt, ich will arbeiten»



Daniel Bühlmann, Chauffeur, 63

«In meinem Alter stellt dich ja auch niemand mehr an»

Mitten in der Coronazeit wurde mir nach 4½ Jahren gekündigt. Ich fuhr im Auftrag einer Transportfirma für eine Grossbäckerei aus Kloten. Mein Auftrag wurde mir per sofort entzogen. Die Firma hatte aber noch genügend Zeit, sich für Kurzarbeit anzumelden, den Coronakredit des Bundes zu kassieren und einen neuen Bus anzuschaffen. Und ich, 63 Jahre alt, stehe jetzt ohne Job da.

Ich habe in der «Aargauer Zeitung» eine Annonce geschaltet, weil ich hoffte, dass es anderen auch so geht und wir zusammen vielleicht etwas auf die Beine stellen können. Alleine kommst du gegen solche Systemprobleme ja gar nicht an. Und mit 63, in diesem Alter, stellt dich ja auch niemand mehr an.

Ich bin ursprünglich gelernter Schriftsetzer, aber den Beruf gibt es nicht mehr, da bliebe mir theoretisch jetzt nur noch die Selbstständigkeit oder das Sozialamt. Aber wissen Sie, nach 45 Jahren im Arbeitsleben will ich nicht

zum Sozialamt, ich will arbeiten. Ich bin ja nicht der Einzige, der das so erlebt.

Es ist egal, mit wem du sprichst, sie sagen alle: Gehen Sie zum Sozialamt. Aber ich will mein Geld nicht geschenkt. Ich habe seit bald zwei Monaten nichts zu tun, und mir ist stinklangweilig. Die Situation ist trostlos. Ich habe ja auch nicht das Geld, ständig etwas zu unternehmen. Mir wäre bereits mit wenig geholfen, ich muss ja nicht 6000 Franken im Monat verdienen wie ein Familienvater, es müsste einfach zum Leben reichen.

Haben Sie gehört, dass ein Politiker während der Coronazeit auf etwas verzichtet hätte? Da oben in seinem Sessel, mit vollem Gehalt, merkt der doch gar nicht, wie es den Menschen hier unten wirklich geht. Der hat eine ganz andere Lebensrealität. Der sagt dann Dinge wie, dass die reiche Schweiz sich die Coronakrise leisten kann. Natürlich, die Statistiken sagen das. Aber meine Realität sieht anders aus, das kann ich Ihnen sagen.



Stéphane Lhuissier, Chef de Rang, 49

«Du musst nicht wiederkommen», hiess es»

Ich habe ein Jahr als Chef de Rang gearbeitet, in einem Fünfsternehotel in Zürich, mitten in der Stadt. Ich habe mich um die VIP-Kunden einer Grossbank gekümmert. Ich liebe meine Arbeit, ich weiss, was die Gastronomie braucht und habe viel Erfahrung. Ich bin seit 28 Jahren in meinem Beruf, habe ein Diplom der Hotellerie Française, spreche vier Sprachen. Ich sage das alles, weil ich zeigen will, dass diese Arbeit mir wichtig ist. Das ist nicht einfach ein Sommerjob für mich, das ist ein Teil meines Lebens.

Ich wurde im März plötzlich krank, ich war sehr müde. Ich wäre am Anfang nie auf die Idee gekommen, dass es Corona sein könnte, ich blieb ein-

fach zu Hause und wollte mich auskurieren. Ich war täglich mit meinem Chef in Kontakt. Sie sagten mir, ich solle das abklären lassen, den Arzt anrufen. Das habe ich dann getan, während des Shutdowns. Der Arzt stufte alles als unproblematisch ein. Und mein Chef erkundigte sich regelmässig und fragte nach mir und meiner Gesundheit, ich schickte die Arztzeugnisse als Bestätigung. Es schien alles ganz normal. Ich hätte am 1. April wieder anfangen sollen, doch plötzlich sagte mein Chef am Telefon: Du musst nicht wiederkommen. Per Einschreiben wurde mir die Kündigung nach Hause geschickt. Sie zahlten mir noch zwei Monate mein Gehalt. Letzte Woche hatte ich nun mein erstes Treffen beim

RAV, fast zwei Monate seit meiner Arbeitslosigkeit. Sie sagten, sie hätten so viel zu tun, dass es für einen Termin nicht eher reichte.

Ich habe Karriere gemacht in Paris, aber ich bin fast 50 Jahre alt, und die Wahrheit ist doch: Sie suchen alle nur noch Frauen oder junge Männer, zwischen 20 und 35 Jahre alt. Schauen Sie sich die Annoncen an, ich falle da komplett durch. Doch ich versuche, positiv zu bleiben, ich mache Recherchen, ich suche einfach weiter und mache mir keinen Druck. Ich halte jetzt auch in anderen Bereichen nach einer Stelle Ausschau, in der Reinigung, als Chauffeur. Mittlerweile habe ich sogar erste Aussichten auf etwas Neues.

Claudia Stebler, Goldschmiedin, 50

«Manchmal konnte ich nicht mehr schlafen»

Ich bin Goldschmiedin, da ist es wichtig, nebenbei noch ein Grundeinkommen zu generieren, und ich mag es, Lehrerin zu sein. Ich war deshalb seit acht Jahren für die Klubschule Migros tätig, habe dort Goldschmiedekurse geleitet, zuerst in einem Pensum von 20 Prozent, danach reduziert. Meine Kurse waren immer gut besucht, nie gab es Probleme. Doch dann kam Corona, und die Anmeldungen blieben aus. Ist doch klar, die Leute hatten Angst, man bucht ja nicht einfach Kurse in der Krise. Und so hatte mein Kurs nicht die benötigte Anzahl Teilnehmende. Der Kurs fiel aus, und die Schu-

le hielt es nicht für nötig, mir das Honorar zu zahlen. Das hat mich sehr getroffen und menschlich enttäuscht. Juristisch ist alles korrekt gelaufen, ich hatte einen entsprechenden Vertrag, im Stundenlohn bezahlt und nur dann, wenn sich genügend Leute für die Kurse interessieren. Aber ich finde: Corona war anders, das war eine Notsituation, das hat ein ganzes Land getroffen. Ich hätte erwartet, dass die Migros mir den Kurs bezahlt, auch wenn keiner kommt. Weil sie ja auch wussten, dass jeder meiner Kurse sonst immer stattgefunden hat. Meine Rechtsschutzversicherung klärt nun für mich

ab, ob sich da noch was machen lässt. Sie haben mir zwar angeboten, mich finanziell zu unterstützen, wenn meine Existenz bedroht ist – doch so krass ist meine Situation ja nicht. Das heisst aber nicht, dass ich nicht verletzt bin. Und mich nun neu orientieren musste.

Manchmal hat mich das so belastet, dass ich nicht mehr schlafen konnte. Ich habe die an sich für mich belastende Situation nun dazu genutzt, mich vollumfänglich in die Selbstständigkeit zu stürzen. Jetzt hoffe ich, dass alles gut kommt und ich genügend Aufträge habe. Und vielleicht werde ich selbst Kurse anbieten.

Sieben unbequeme Fragen zu Corona

Aktueller Forschungsstand Wie hoch ist die Sterberate bei Covid-19? Wie lange hält der Immunschutz nach einer Infektion mit Sars-CoV-2? Was hat der Lockdown gekostet? Was wir im Moment wissen – und was nicht.

Nik Walter und Janine Hosp

1. Ist das Risiko, an einer Infektion mit dem Coronavirus zu sterben, viel höher als bei einer Grippe?

Bei der Berechnung der sogenannten Infektions-Todesrate (IFR, Verhältnis der Todesfälle zu der Gesamtzahl der Infizierten) stützen sich Forscher auf sogenannte Antikörpertests. Diese können aufzeigen, wie hoch der Anteil an Infizierten in einer Bevölkerungsgruppe ist. Eine viel beachtete Studie aus Genf kam zu dem Schluss, dass rund 10 Prozent der Bevölkerung schon in Kontakt mit dem Virus war und dass die IFR im Kanton Genf bei rund 0,6 Prozent liegt. Eine andere sogenannte Seroprävalenzstudie aus dem Kanton Zürich berechnete die IFR bei 0,5 Prozent.

In der SonntagsZeitung spricht der Infektiologe Pietro Vernazza vom Kantonsspital St. Gallen dagegen von gerade mal 500 bis 1000 Todesfällen auf eine Million Infizierte, das entspräche einer IFR von 0,5 bis 1 Promille oder bis zu zehnmal weniger, als dies die Schweizer Studien nahelegen. Seine Aussage sei global gemeint, sagt Vernazza auf Nachfrage, die Zahl 500 bis 1000 habe er so gelesen und sie erscheine ihm plausibel. Trotzdem zitiert er auf seiner Website Infekt.ch als Beispiel auch das Tessin. Dort haben bei einer Gesamtbevölkerung von 350'000 etwa 10 Prozent (rund 35'000 Menschen) Kontakt mit dem Virus gehabt, 350 sind bislang gestorben. Das entspricht einer IFR von einem Prozent, und nicht einem Promille.

Vernazza sagt weiter, dass es «der Natur entspricht, dass viele Menschen im hohen Alter an einem Virus sterben». Das ist definitiv richtig. So fordert auch die saisonale Grippe vorwiegend betagte Opfer. Eine Analyse des britischen Statistikers David Spiegelhalter von der Universität Cambridge zeigte zudem, dass Covid-19 nur bei der Gruppe der 60- bis 80-Jährigen das «normale» Sterberisiko erhöht, konkret: in etwa verdoppelt.

2. Ist alles gut, sobald es eine Impfung gegen Sars-CoV-2 gibt?

Wie lange ein allfälliger Impfstoff schützen wird, ist noch völlig offen. Ideal wäre eine Vakzine, die man einmal spritzen muss und die dann ein Leben lang schützt – wie etwa der Masernimpfstoff. Dass dies bei Sars-CoV-2 auch gelingen könnte, daran zweifeln aber die Experten. Wahrscheinlicher sei, sagte die Virologin Alexandra Trkola von der Universität Zürich in der «NZZ am Sonntag», dass man bei Sars-CoV-2 – ähnlich wie bei der Grippe – vorerst regelmässig impfen müsse.

Kommt dazu, dass ein potenzieller Impfstoff gerade bei der am stärksten betroffenen Gruppe, den älteren Menschen, möglicherweise kaum nützt, wie Pietro Vernazza im Interview anmerkt. Vor allem die Jungen müssten sich impfen lassen, aus Solidarität.



Weniger Einschränkungen, dafür mehr Todesfälle – Schweden verzichtete auf ein striktes Social Distancing: Passagiere am Flughafen Stockholm. Foto: Reuters

Wie lange ein allfälliger Impfstoff schützen wird, ist noch völlig offen.

3. Werden wir je eine Herdenimmunität erreichen?

Das sei fraglich, sagt der Infektiologe Jan Fehr von der Universität Zürich. Vieles deutet derzeit darauf hin, dass man nach einer durchgemachten Infektion mit Sars-CoV-2 – anders als beispielsweise bei Masern – nicht ein Leben lang völlig immun ist gegen den Erreger. Allerdings sagen Experten wie Fehr davon aus, dass eine erneute Infektion milder ausfallen könnte, weil ein gewisser Restschutz, etwa durch B-Gedächtniszellen, welche die Sars-CoV-2-spezifischen Antikörper herstellen können, oder auch durch T-Zellen, bleiben wird. Möglicherweise hilft auch eine gewisse «Kreuzimmunität» – das heisst, dass frühere Infektionen mit anderen Coronaviren einen Teilschutz gegen Sars-CoV-2 liefern. Für Pietro Vernazza ist dies ein Hauptargument dafür, dass die Sterberate deutlich tiefer sein werde, als dies aktuelle Studien berechnen.

Die meisten Experten gehen davon aus, dass das Virus bleiben – und langfristig harmloser wird: wegen des zumindest teilweise vorhandenen Schutzes nach einer bereits durchgemachten Infektion, wegen einer Kreuzimmunität oder dank einer Impfung. Das könne man aber auch gerade umgekehrt sehen, sagt der Virologe Volker Thiel von der Universität Bern: «Das Virus schwächt sich nicht ab, sondern wir haben uns gestärkt.»

4. Machen Mutationen das Virus mit der Zeit harmloser?

Ein solches Szenario wird immer wieder angeführt, unter anderem auch vom bekannten deutschen Virologen Christian Drosten. In einem Podcast des Senders NDR sagte Drosten, dass eine Mutation im Erbgut des Virus möglicherweise dazu führen könnte, dass sich Sars-CoV-2 noch besser in der Nase repliziert und so besser übertragen werde. «Aber in der Nase werden wir nicht allzu krank davon. Das heisst, das Ganze wird auf lange Sicht zu einem Schnupfen, der sich für die Lunge gar nicht mehr interessiert. So etwas könnte passieren.»

Dass sich Viren tendenziell eher abschwächen, habe sich als gängige Meinung festgesetzt, sagt der Virologe Volker Thiel von der Universität Bern. Es sei aber «ganz schwierig, zu dokumentieren», ob eine Mutation ein Virus schwächer oder umgekehrt pathogener mache. Dazu brau-

che es Tierversuche mit einem «guten Tiermodell». In der Fachliteratur seien nur ganz wenige Fälle beschrieben, etwa von einem Schweinevirus, das bei Ferkeln massiven Durchfall auslöst, sodass diese daran sterben können. Durch eine Mutation sei das Virus dann weniger im Darm, dafür mehr im Mund- und Rachenraum aktiv gewesen. «Da war es dann nicht mehr so gefährlich», sagt Thiel.

5. Ist die Grippe gefährlicher, als wir meinen? Und das Coronavirus harmloser?

«Das Coronavirus scheint weniger gefährlich als gemeinhin vermutet», sagte Pietro Vernazza in dem Interview. Die Sterblichkeit bewege sich in der Grössenordnung der saisonalen Grippe (was andere Experten für stark untertrieben halten, siehe Punkt 1). Und: «Jedes Jahr sterben in der Schweiz junge Menschen an der Grippe. Bei Covid ist das nicht anders.» Aber bei der Grippe publiziere niemand die tragischen Todesfälle bei jungen Menschen oder die Zahl der Todesfälle.

«Ein Vergleich der beiden Krankheiten ist nicht sinnvoll», sagt dagegen der Infektiologe Jan Fehr von der Universität Zürich. «Beide Krankheiten sind sehr ernst zu nehmen.» Noch könne man nicht sagen, ob sich die Symptome und Langzeitfolgen der beiden Krankheiten vergleichen liessen, die Wissenschaft sei immer noch am: «lernen, lernen, lernen». Klar sei, so Fehr weiter, dass es sich bei Covid-19

um eine Pandemie handle, die innert weniger Monate Hunderttausende von Menschen das Leben gekostet habe und die noch lange nicht am Abflauen sei.

6. Es kann Jahre dauern, bis eine Corona-Impfung verfügbar ist. Können wir es uns leisten, die Wirtschaft so lange einzuschränken, damit Personen aus Risikogruppen ein paar Monate oder Jahre länger leben?

«Die Wirtschaft wird sich erst dann wieder völlig erholen, wenn das Virus eingedämmt ist», sagt Monika Bütler, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen. Voraussetzung dafür sei nicht zwingend eine dauerhafte Impfung, es könnten auch Medikamente oder bessere Behandlungsmöglichkeiten sein. «Es ist illusorisch, zu glauben, dass wir ohne Einschränkungen eine brummende Wirtschaft hätten.» Aus Angst vor einer Ansteckung gingen die Menschen weniger ins Restaurant oder an Veranstaltungen; die Nachfrage gehe auch ohne Schliessungen zurück.

Tiefe Fallzahlen und gezieltes Testen in industrialisierten Ländern seien deshalb nicht nur gut für die Gesundheit, sondern richteten auch den geringsten wirtschaftlichen Schaden an. Der Staat könne aber durchaus etwas tun, um die Wirtschaft wieder anzustossen und den Strukturwandel unterstützend zu begleiten. Gefragt sei eine Wirtschafts-

politik, die unternehmerischen Initiativen Freiräume einräume, Investitionen fördere und dafür Sorge, dass die Bildung nicht an Bedeutung verliere. «Dann profitieren wir bei einer erfolgreichen Bekämpfung des Virus sogar doppelt.»

7. Müssen wir einen anderen Umgang mit dem Tod finden und akzeptieren, dass wir nicht alle medizinischen Möglichkeiten einsetzen können, um noch etwas länger zu leben?

Mathias Wirth, Ethiker und Professor an der Universität Bern, würde die Frage in einem Fall mit Ja beantworten, wie er sagt: «Wenn mit Fatalismus der Punkt bei einem schweren Krankheitsverlauf gemeint ist, der mit einer Diagnose der Erschöpfung assoziiert wird. Wenn also die persönlichen und medizinischen Kapazitäten, die sich gegen den Tod stellen, an ein Ende gekommen sind.»

Der Tod mache zu verschiedenen Zeiten im Leben jeweils andere Normen relevant: Einmal sei es geboten, alle medizinischen Möglichkeiten auszus schöpfen, um der Würde der Person oder dem, was sie ertragen könne, zu entsprechen. Ein anderes Mal sei es geboten, medizinische Massnahmen zu beenden, um der Würde der Person und dem, was sie ertragen könne, zu entsprechen. Auch im Kontext schwerer Covid-19-Verläufe gehe es um den Versuch, in dieser Spannung zu denken.



Steffi Klär ist beim Kulturbüro Riehen zuständig für die «Kulturtreppe». Nicht nur dort ist sie von den Auswirkungen von Corona betroffen.

Bild: Roland Schmid

«Das Bedürfnis nach Konzerten ist gross»

Morgen startet die diesjährige «Kulturtreppe» in Riehen. Die Verantwortliche Steffi Klär über das Programm und die Coronamassnahmen.

Interview: Marko Lehtinen

Die diesjährige Ausgabe der «Kulturtreppe» ist aussergewöhnlich. Zum einen findet der Event nur an drei Abenden statt, und zwar nicht wie üblich im Spielzeugmuseum Riehen, sondern im Freizeitzentrum Landauer. Zum anderen gelten wegen der Coronapandemie diverse Schutzbestimmungen. Für die Kulturtreppe ist beim Kulturbüro Riehen Steffi Klär verantwortlich, die als Veranstalterin selber langjährige Erfahrung mitbringt.

Wie wird sich Corona auf das Konzerterlebnis auswirken?

Steffi Klär: Das Publikum muss Schutzmasken tragen, und wir werden beim Eingang die Kontaktdaten aufnehmen. Das ist der Preis, den wir bezahlen müssen. Die Atmosphäre wird aber trotzdem gemütlich sein, davon bin ich überzeugt. Der Aussenbereich des Landauer wird mit Sofas und urchigen Möbeln aus einer Brocki bestuhlt. Dazu gibt es Picknickdecken und Festbänke. Ein Bar- und Verpflegungsangebot ist vorhanden. Und es hat trotz des familiären Rahmens genug Platz für alle.

Seit wann wissen Sie, dass die Kulturtreppe überhaupt stattfinden kann?

Eigentlich stand eine Absage nie wirklich zur Debatte. Der Wechsel vom Spielzeugmuseum ins

Landauer und der kompakte Rahmen mit nur drei Abenden waren ja bereits vor der Coronakrise beschlossene Sache und hatten nichts mit der Pandemie zu tun, sondern mit Umbauarbeiten im Museum. Und als nach dem Lockdown bekannt wurde, dass kulturelle Veranstaltungen mit 300 Gästen unter gewissen Auflagen wieder möglich sind, war für uns klar, dass wir an den drei Abenden festhalten wollen.

Dann wurden die Auflagen jedoch wieder verschärft.

Als die Verschärfungen im Kanton Basel-Stadt kommuniziert wurden, wussten wir, dass wir einen neuen Weg finden müssen. Die Schutzmasken erlauben es uns nun, mit der geplanten Kapazität von 300 Gästen pro Abend zu fahren, die Kontaktdaten nehmen wir zur Sicherheit zusätzlich mit auf.

Werden die Massnahmen auch Besucher abhalten?

Das mag sein. Wir denken aber, dass das Bedürfnis nach Konzerten im Moment sehr gross ist – jetzt, da sämtliche grössere Festivals wegen Corona abgesagt sind. So nehmen wir die Schutzmasken in Kauf. Auch das generelle Bedürfnis nach Austausch, Zusammenkommen und Nähe ist derzeit gross. Die soziale Komponente der Kulturtreppe als eine von der Gemeinde Riehen finanzierte Veranstal-

tung für alle ist daher nicht zu unterschätzen. Wir wollten nicht einfach resignieren, sondern möchten ausprobieren, wie sich so ein Abend trotz der Massnahmen für Publikum und die Künstlerinnen und Künstler anfühlt. Ausserdem ist die Durchführung mit unserem Schutzkonzept absolut vertretbar.

Sie erleben die Krise in der Musikszene derzeit auch in sonstigen Funktionen mit.

Das stimmt. Ich bin selbst Sängerin und von der Konzertflaute direkt betroffen. Als Managerin von Nicole Bernegger bekomme ich zudem hautnah mit, was es heisst, mit einem neuen Album nicht touren zu können. Und als Co-Präsidentin des Vereins Kultur und Gastronomie bin ich in engem Kontakt mit allen

«Die Atmosphäre wird trotzdem gemütlich sein, davon bin ich überzeugt.»

Steffi Klär
Kulturbüro Riehen

Clubs und nahe am Geschehen. Es ist eine wirklich schwierige Zeit für alle – aber die Kultur- und Veranstaltungsbranche hat es besonders heftig getroffen.

Die Kulturtreppe findet aber statt – mit drei sehr unterschiedlichen Abenden. Nach welchen Kriterien haben Sie das Programm zusammengestellt?

Die Kulturtreppe ist kein eigentliches Musikfestival wie zum Beispiel das Hillchill, das ebenfalls in Riehen über die Bühne geht. Natürlich steht die Musik dieses Jahr, da wir keine Kinovorführungen haben, bei uns im Zentrum, aber die drei Abende sollen primär ein gemütliches Sommerevent für ein breites Publikum sein. Entsprechend steht auch das Programm im Zeichen von Vielseitigkeit und Regio-Bezug.

Für den ersten Abend unter dem Motto «Soirée d'été» haben Sie Sängerinnen und Sänger aus Basel eingeladen, ihre liebsten Jazznummern zu singen – begleitet von Ihnen und Ihrer Band. Wie kamen Sie auf diese Idee?

Ich veranstalte im Säali der «Fassbar» seit einigen Jahren die «Soirée Lundi». An diesen Montagen treten Künstlerinnen und Künstler aus den unterschiedlichsten Genres auf und wagen sich an den Jazz. Meine Band und ich begleiten sie da-

bei. Im Sommer, wenn das Säali Pause macht, spielen wir an wechselnden Orten im Freien. Nachdem wir bei der letztjährigen Ausgabe der Kulturtreppe vom Sommergewitter weggespült wurden, versuchen wir es dieses Jahr noch einmal. Jeder Gast wird zwei Jazzstandards nach eigener Wahl singen. Dazu gibt es ein paar Nummern, die wir gemeinsam als grössere Formation präsentieren.

Als Kontrast dazu spielt am zweiten Abend die Basler Synthpop-Formation Yaya.

Ich finde die Band grossartig. Yaya sind sehr kreativ und ambitioniert. Frontmann Richy ist ein wunderbarer Sänger, und sie kommen direkt aus dem Studio, sind also richtig «warmgespielt».

Nach dem vermutlich älteren Jazzpublikum am ersten Abend werden Yaya jüngere Leute nach Riehen ziehen.

Die Band ist eher ein Szene-Act, das stimmt. Aber auch an der Soirée werden jüngere Künstlerinnen und Künstler auftreten – zum Beispiel aus der Elektro- oder Hip-Hop-Szene. Gut möglich, dass ihre Fans in Riehen vielleicht sogar den Jazz für sich entdecken.

Der dritte Abend mit Prekmurski Kavbojci steht schliesslich im Zeichen von World Music.

Ich finde World Music sehr passend für sommerliche Konzerte im Freien. Man kann mitjauchen und die beschwingte Atmosphäre geniessen. Die Musik von Prekmurski Kavbojci steht für Lebensfreude, und diese können wir im Moment gut gebrauchen. Zugleich sind die vier Herren hochvirtuose Musiker, nicht einfach eine Partyband.

Die Kulturtreppe 2020 wird als spezieller Jahrgang in die Geschichte eingehen. Rechnen Sie für die nächste Ausgabe mit einer Rückkehr zur Normalität?

Ich bin ein sehr optimistischer Mensch, aber ich glaube, dass Corona uns noch eine ganze Weile begleiten und beschäftigen wird. Wir haben jetzt die Möglichkeit, zu testen, wie unsere Abende im Zeichen von Corona und Schutzmasken funktionieren und können für nächstes Jahr daraus lernen.

Kulturtreppe 2020 Musikalische Sommernächte in Riehen. Konzerte auf Kollekte im Aussenbereich des Freizeitzentrums Landauer.

Donnerstag, 23.7: Soirée d'été mit Annie Goodchild, Andrea Thoma, Jasmin Albash, Pink Pedrazzi, Pyro und Nick Nobody. – Freitag, 24.7: Yaya. – Samstag, 25.7: Prekmurski Kavbojci.

www.kulturbuero-riehen.ch

Konzerte und Fussballspiele ab September?

Verbot von Grossanlässen Der Druck auf den Bundesrat, Anlässe mit über 1000 Personen wieder zu erlauben, ist gross. In der wissenschaftlichen Covid-19-Taskforce gehen die Meinungen aber auseinander.

Stefan Häne, Claudia Blumer und Markus Brotschi

Bald beginnt die neue Fussball- und Eishockeysaison – so wäre es zumindest geplant. Sportveranstalter sind nervös, denn bis Ende August sind Anlässe mit über 1000 Personen noch verboten. Manche Clubs haben schon Eintrittskarten für Spiele verkauft, von denen ungewiss ist, ob sie stattfinden.

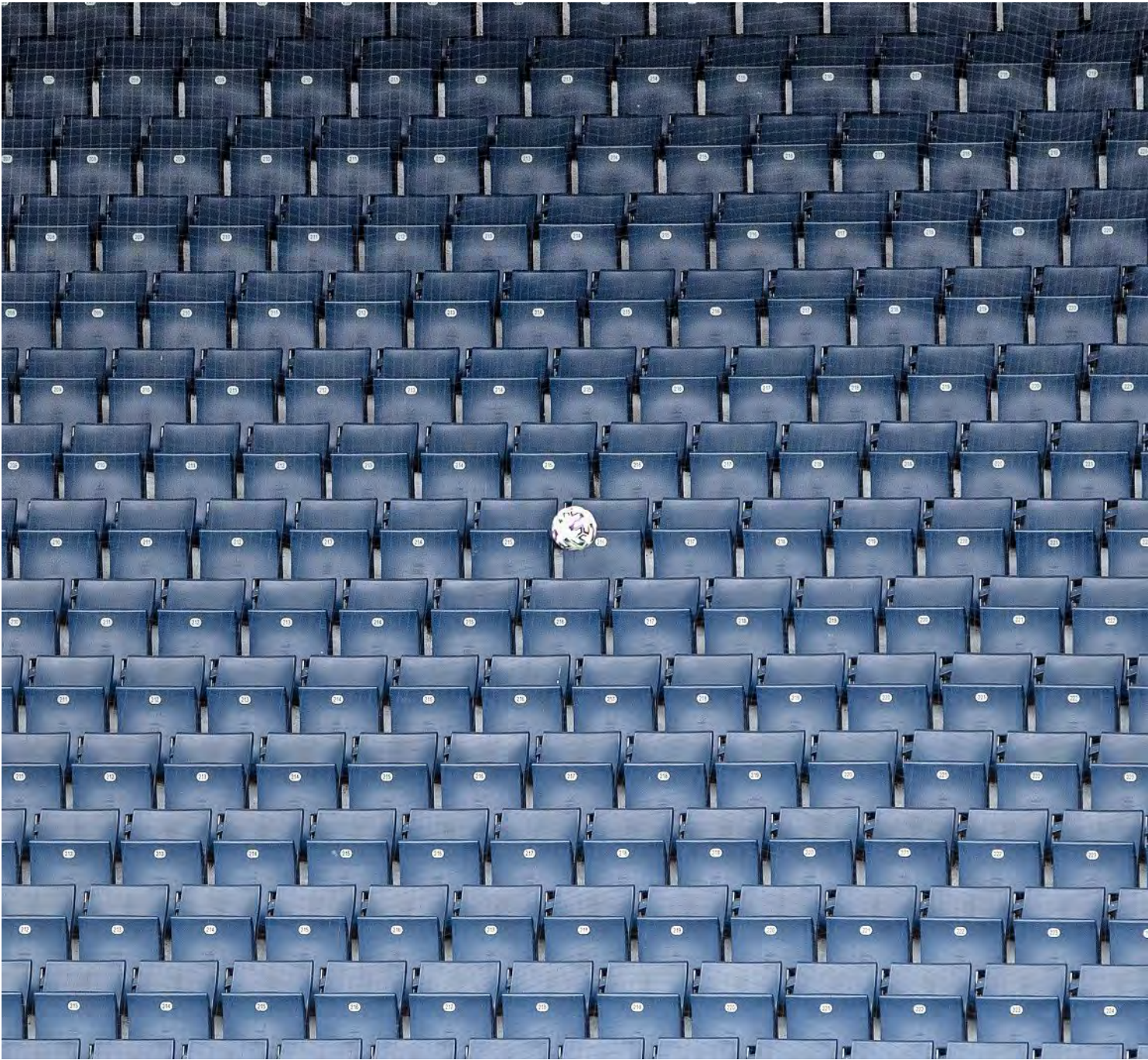
Auch viele Konzertveranstalter sitzen noch immer im Lockdown – ihr Business liegt seit über vier Monaten brach. Werden ab September Grosskonzerte wieder möglich sein? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Ein Madonna-Konzert im Hallenstadion? Mit Maske und 1,5 Meter Abstand?

Der Druck auf den Bundesrat, die Bestimmungen zu lockern, ist gross. Seine nächste reguläre Sitzung findet am 12. August statt – die Veranstalter hoffen, dass die Regierung dann Klarheit schafft. Denn sie brauchen dringend Planungssicherheit.

Kritisch äussert sich Martin Ackermann, der am 1. August das Präsidium der wissenschaftlichen Covid-19-Taskforce des Bundes übernimmt. Er sagt, in der gegenwärtigen epidemiologischen Lage wären weitere Lockerungen sehr riskant. «Da wir bei den Fallzahlen wieder im Bereich des exponentiellen Wachstums sind, haben wir kaum Handlungsspielraum.»

Unabdingbar wäre zudem für jeden weiteren Lockerungsschritt, dass die Daten aus dem Contact-Tracing einheitlich erfasst und auf nationaler Ebene zusammengeführt würden, so Ackermann. Die Taskforce sei sich jedoch bewusst, dass die Frage dränge. Er lässt durchblicken, dass es einen gewissen Druck gibt seitens der Veranstalter auf die Politik. Man diskutiere das Thema daher intensiv.

Intelligente Konzepte gefragt
Genau dieser Druck sei jedoch kontraproduktiv, sagt Epidemiologe Marcel Tanner, der früher das Tropeninstitut in Basel geleitet hat und heute Mitglied der Covid-Taskforce ist. «Die Akteure sollten jetzt nicht einfach fordern und drücken, sondern vor allem



Fussball vor leeren Rängen: Die Swissporarena in Luzern bietet eigentlich Platz für 17'000 Personen. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

zusammensitzen und Schutzkonzepte entwickeln.» Statt gebannt auf eine zweite Welle zu warten, sagt er, müssten sich Gesundheitsbehörden und Veranstalter gemeinsam überlegen, wie die Ansteckung bei solchen Grossanlässen minimiert werden könne. «Nehmen wir eine realistische Infektionsrate von 0,3 Prozent, das sind pro 1000 Personen im Schnitt 3 bis 4 Leute, die das Virus weitergeben können.»

Den Anlass deswegen einfach zu verbieten, sei unverhältnis-

mässig. Es brauche intelligente Konzepte.

Wichtigste Vorsorgeinstrumente sind gemäss Tanner nach wie vor Hygiene und Abstand. «Und deshalb würde ich den Veranstaltern raten, zu Beginn kein Konzert mit 40'000 Zuschauern zu planen, sondern vielleicht nur mit 1000 bis 5000, und Effekte zu beobachten. Die Leute sollten nicht zu eng zusammengepfercht sein.» Weitere wirksame Schutzmittel seien Masken und Desinfektionsmittel. Ein Finger-

food-Stehapéro in der Pause sei epidemiologisch eher suboptimal, auch sollten die Schutzmassnahmen nicht mit dem unnötigen Aufeinandertreffen zu vieler Personen beim Eingang oder in der Garderobe zunichte gemacht werden.

Auch unter Parlamentariern ist der Wille spürbar, den Veranstaltern entgegenzukommen. «Die Situation im gesamten Veranstaltungsbereich spitzt sich enorm zu», sagt Damian Müller. «Wir müssen lernen, mit dem

Virus umzugehen.» Für den Luzerner Ständerat bedeutet das: Es braucht ab September spezifische Schutzkonzepte, die sich an der Grösse des jeweiligen Veranstaltungsorts und der Art der Veranstaltung orientieren. Er verdeutlicht das anhand der Swissporarena des FC Luzern. Das Stadion bietet Platz für 17'000 Personen. «Schätzungsweise 5000 könnte man problemlos reinlassen», sagt Müller. Die nötigen Abstände liessen sich damit einhalten. Zudem: Wer sei-

154 Neuansteckungen an einem Tag

In der Schweiz und in Liechtenstein sind am Freitag innerhalb eines Tages 154 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus gemeldet worden. Es handelt sich um einen der höchsten Tageswerte seit Ende April. Insgesamt gab es bisher 34'154 laborbestätigte Covid-19-Fälle, wie das Bundesamt für Gesundheit gestern mitteilte. 1700 Menschen, die positiv auf Corona getestet worden waren, sind seit Beginn der Pandemie gestorben – sieben davon in dieser Woche. (sda)

nen Platz verlässt und sich etwa ins Gewühl bei den Verpflegungsständen begibt, muss eine Maske tragen, wie Müller vorschlägt. Müller sieht seinen Vorschlag als einzig gangbaren Weg, um weitere Finanzspritzen an die entsprechenden Branchen zu verhindern.

Das sei eine «pragmatische Annäherung» an die Realität vor Covid-19, sagt der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP). Er mahnt jedoch zu grösster Vorsicht bei der Umsetzung, mit Blick auf eine mögliche zweite Welle. Nationalrätin Barbara Gysi (SP) hielte es für sinnvoll, zwischen Indoor- und Outdoor-Veranstaltungen zu differenzieren und auf eine Maskenpflicht zu setzen. Sie ist skeptisch, ob es sinnvoll ist, ab September wieder grössere Events zuzulassen.

Psychische Belastung

Bedenken hegt auch Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne). Einer «differenzierten Lösung», wie sie es nennt, will sie sich aber nicht von vornherein verschliessen – auch, weil Kulturhäuser und Sportvereine sonst «eher früher als später in ihrer Existenz bedroht wären». Sie warnt aber auch vor falschen Vorstellungen: «Der Aufwand, solche Massnahmen umzusetzen, wäre enorm.» Dazu komme die psychische Belastung für die Veranstalter: «Die Angst, zum Corona-Hotspot zu werden, ist jetzt schon gross», sagt Prelicz-Huber, die im Vorstand der Roten Fabrik in Zürich sitzt.

Basel Stadt Land Region

«Spass macht das Krisenmanagement nicht»

Lukas Engelberger über die Corona-Krise Der Basler Regierungsrat hat kaum Zeit für Wahlkampf: Wie er Heimkehrer aus Corona-Risikoländern aufspüren will – und wer die Finanzlöcher der Spitäler stopfen soll.

Thomas Dähler und
Jan Amsler

Herr Engelberger, die Corona-Krise hat den Vorteil, dass sie von Ihrer relativ erfolglosen Legislaturperiode und der verlorenen Abstimmung über das gemeinsame Spital beider Basel ablenkt.

Ich sehe die Legislaturperiode positiv. Wir konnten das Gesundheitswesen in Basel-Stadt wesentlich modernisieren und das Leistungsangebot verbessern. Auch in der Regionalisierung ist viel geschehen: Erstmals haben die beiden Basel die Spitalplanung gemeinsam aufgestellt und eine Bedarfsanalyse für beide Kantone durchgeführt. Insofern finde ich, dass sich die Bilanz sehen lässt, mit Ausnahme des Misserfolgs bei der Fusionsabstimmung.

Beim Kantonsspital Baselland ist relativ klar, wie es nach dem Volksnein weitergeht. Beim Basler Unispital hingegen ist vieles ungewiss. Ist Basel überrascht worden von der raschen Entwicklung auf dem Land?

Nein, so sehe ich das nicht. Wir haben als Alternativplan für die Fusion nicht etwas fundamental anderes in Aussicht gestellt. Das Unispital hat keinen Selbstfindungsprozess nötig. Was es jetzt braucht, ist eine Justierung auf der Basis einer eigenständigen Strategie. Diese soll dieses Jahr noch klarer werden, unter anderem mit Blick auf die Investitionen.

Der Abstimmungskampf zur Spitalfusion war einer zwischen links und rechts.

Man sollte es nicht darauf verkürzen. Wir liessen das Abstimmungsergebnis analysieren und haben gesehen, dass die Links-rechts-Dimension zwar ein Aspekt war, aber wichtiger war das Verhältnis zwischen Basel-Stadt und Baselland.

Blicken Sie ohne Neid auf die Projekte beim Standort Bruderholz? Schliesslich hätte sich Basel-Stadt ursprünglich daran beteiligen sollen.

Wenn ich einen Vergleich machen müsste zwischen diesen beiden Häusern, dann müsste ich mich fürs Unispital auf keinen Fall verstecken.

Corona hat dem Parlament nur noch eine Statistenrolle zubilligt. Ist die autokratische Führung der letzten Monate demokratiepolitisch in Ordnung?

Ja. Wir haben verschiedentlich die Gelegenheit gehabt, uns gegenüber dem Parlament zu erklären und zu diskutieren. Das Parlament hat von seinen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Unter anderem gab es einen unkomplizierten Austausch mit der Gesundheits- und Sozialkommission über Videokonferenzen. Wenn kurzfristige Entscheide gefragt sind, die schnell umgesetzt werden müssen, ist das aber halt ein Job der Regierung und weniger einer des Parlaments.



Nach dem Nein zur Spitalfusion sieht Lukas Engelberger keinen Grund für einen Selbstfindungsprozess des Universitätsspitals. Foto: Dominik Plüss

An den autokratischen Stil kann man sich aber auch gewöhnen.

(lacht) Nein, diese Zeit ist relativ schwer, da die Entscheide auch mit viel Verantwortung verbunden sind. Spass macht das Krisenmanagement in diesem Sinne nicht.

Aber es scheint, dass Ihr Selbstbewusstsein in dieser Zeit gewachsen ist.

Profil ist eine Frage der Beleuchtung, und aktuell stehe ich relativ hell im Scheinwerferlicht. Ich habe mich in meiner Rolle aber auch schon vorher sicher gefühlt. Wenn Sie diesen Eindruck gewonnen haben, will ich Ihnen nicht widersprechen, und ich höre es auch nicht ungern.

Zu Ihrer Partei: Die CVP hat eigentlich keinen Anspruch mehr auf einen Regierungssitz. Niemand hat einen Anspruch auf einen Sitz, sondern es werden jene Personen gewählt, die eine Mehrheit gewinnen können. Die CVP war immer stärker bei Majorz- als bei Proporzwahlen.

Der Alleingang der SVP schmälert die bürgerlichen Wahlchancen und gefährdet Ihren Sitz. Ein Ärgernis für Sie? Nein, ich sehe das relativ entspannt. Ich finde richtig, dass sich CVP, FDP und LDP auf eine Allianz zu dritt mit vier Kandidaturen geeinigt haben. Insbesondere mit der Begrenzungsinitiative gibt es ein Thema, das unser Verhältnis zu unseren Nachbarn schwer belasten würde. Wir wären in eine schwierige Situation

«Meinetwegen muss man den Parteinamen nicht ändern, ich fühle mich auch wohl mit dem C.»

geraten mit einer Partei, die sich in dieser Frage derart exponiert.

Ihre Partei gibt es wohl bald nicht mehr unter diesem Namen. Wie stehen Sie zum Vorschlag des Parteipräsidenten Gerhard Pfister, die CVP in «Die Mitte» umzubenennen? Meinetwegen muss man den Namen nicht ändern, ich fühle mich auch wohl mit dem C. Aber ich finde es richtig, sich im Fall einer Fusion neu zu benennen.

Spielt das C für Sie persönlich noch eine Rolle?

Ja. Das C steht nicht nur für religiöse Werte, sondern auch für politische, namentlich die Verbindung von Freiheit und Solidarität sowie die Wertschätzung des einzelnen Lebens. Aber diese Haltung wird auch bleiben, wenn die Partei einmal anders heisst.

Wie zeigt sich die Religion in Ihrem privaten Leben? Sind Sie sonntags in der Kirche anzutreffen?

Ich war vor kurzem wieder einmal in einer Messe in der Heiliggeistkirche. Es hat mich sehr beeindruckt, wie professionell und würdevoll mit den Distanzregeln umgegangen wird und gleichzeitig ein Gottesdienst möglich ist.

Sie waren also dort, um zu beobachten, wie der Gottesdienst unter diesen Umständen funktioniert.

Nein, es ging mir schon um den Gottesdienst an sich. Ich bin nicht ein häufiger Kirchgänger, aber doch ein gelegentlicher, und ich gehe gern.

Wie gehen Sie damit um, dass Sie in Ihrer neuen Funktion als Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) oft auch angeschossen werden?

Ich empfinde die Reaktionen nicht als überwiegend negativ. Es kommt bei den kritischen Kommentaren aber eine gewisse Skepsis gegenüber dem Föderalismus zum Ausdruck. Als sich der Bundesrat relativ schnell und relativ weit zurückgenommen hat, kam es zu einer Art Führungsvakuum.

Dann wäre es Ihre Aufgabe, dieses zu füllen.

Wir können das nur zum Teil. Wir sind ja nicht mit so zentralen Befugnissen wie der Bundesrat ausgestattet, sondern haben eine koordinierende Rolle. Es ist uns gelungen, relativ früh Akzente zu setzen und auch den Bundesrat zu verpflichten. Dies zum einen bei der Maskenpflicht im ÖV und zum anderen bei der Einreisequarantäne.

Das kann man auch anders sehen: Weil die Kantone das Maskenobligatorium nie umgesetzt haben, musste der Bundesrat wieder eingreifen.

Ein grosser Teil des ÖV geht über die Kantons Grenzen hinaus und findet landesweit statt, daher war es gut, dass sich der Bundesrat dazu bewegen liess. Aber die Kantone waren dran.

Leidet Basel-Stadt unter Ihrer Funktion als GDK-Präsident, weil Sie Ihren Kanton quasi zum Muster erheben müssen?

Wichtig ist, dass wir jetzt die richtigen Entscheide fällen und nicht unvorsichtig in eine zweite Welle laufen. Bei Veranstaltungen und in den Restaurationsbetrieben müssen wir ergänzend für Schutz sorgen, was wir mit den Obergrenzen für das Publikum auch gemacht haben. Die Situation ist im Griff, aber labil.

Aber es fällt auf, dass die Kantone sehr unterschiedliche Regeln treffen.

Das ist richtig und auch im Sinn des Föderalismus. Wir als Stadt sind besonders exponiert, weil die Menschen hier dicht beieinander leben, arbeiten und ausgehen. Ich bin froh, dass wir die Massnahmen in der Nordwestschweiz koordinieren konnten.

Wirklich geeinigt hat man sich nicht, es gelten in jedem Kanton unterschiedliche Fristen.

Das stimmt, aber das sollte man nicht überbewerten. Vorerst sind keine Differenzen entstanden, und die anderen Kantone kön-

nen ihre Regeln noch verlängern oder wir unsere verkürzen.

Für Sie wäre es kein Problem, wenn die Nachbarn wie geplant die Regeln früher aufheben?

Dann müssten wir für Basel-Stadt neu beurteilen, ob wir weiterhin an der Verordnung festhalten. Solche Differenzen sind in unserem System nicht nur unvermeidlich, sondern auch folgerichtig. Es muss nicht jeder Kanton die Fragen gleich beantworten.

Basel-Stadt gilt als Vorbild in Sachen Contact-Tracing. Sind Sie überzeugt, die Leute aufzuspüren, die nach der Einreise aus einem Risikogebiet die Quarantäne umgehen wollen?

Ich habe keine Garantie, dass die Quarantäne in jedem Fall eingehalten wird. Ich erwarte aber, dass der Bund bald die Mittel und Daten zur Verfügung stellt, damit wir mindestens glaubwürdige Stichprobenkontrollen machen können. Wir stellen jedoch fest, dass sich viele Leute aus eigenen Stücken bei uns melden, wenn Sie aus einem Risikogebiet zurückgereist sind.

Wie stehen Sie zu umstrittenen Methoden wie dem Spionieren in den sozialen Medien?

Ich bin da vorsichtig. Ein medizinischer Dienst sollte von der Bevölkerung nicht als Stasi wahrgenommen werden. Wir sind letztlich darauf angewiesen, dass die Leute mitwirken und uns ihre Kontaktpersonen nennen. Wenn man das im polizeilichen Stil umsetzen würde, gäbe es ein Risiko, dass die Massnahmen als Strafen wahrgenommen würden.

Die Spitäler stehen vor Finanzlöchern. Wie kommen sie da wieder raus?

Für die Ausgaben zur Pandemiebekämpfung, etwa wenn Isolationsabteilungen geschaffen wurden, sehe ich klar den Kanton in der Verantwortung, dies zu bezahlen, weil der Kanton das ja auch bestellt hat. Die Ertragsausfälle, weil planbare und nicht dringliche Leistungen aufgeschoben werden mussten, sind finanziell wohl gewichtiger, allerdings im Ausmass noch unklar. Wie viele Ausfälle wurden später noch kompensiert, weil die Eingriffe nachgeholt wurden? Ich meine, hier ist der Bund zuständig, weil er es schliesslich war, der die Leistungen einschränkte. Wir möchten mit dem Bund, den Krankenkassen und den Spitälern eine faire Paketlösung aushandeln.

Gewisse Eingriffe werden wohl gar nie nachgeholt. Werden Sie die spezielle Situation auch nutzen, um zu ermitteln, welche Eingriffe ohnehin nicht nötig gewesen wären?

Aus einem Ausnahmeregime muss man sicher lernen. Doch weil Langzeitresultate noch fehlen, darf man keine voreiligen Schlüsse ziehen.

Beide Basel kommen glimpflich davon

Konjunkturreinbruch hat Folgen Die Corona-Krise trifft die Kantone laut einer UBS-Studie sehr unterschiedlich.

Daniel Aenishänslin

Den Umständen entsprechend gut: So geht es Baselland und Basel-Stadt gemäss einer Studie der UBS über die Auswirkungen der Krise auf die Kantone. Die Ökonomin Katharina Hofer und der Ökonom Matthias Holzhey aus dem Chief Investment Office Global Wealth Management bewerten beide Halbkantone mit «top». Das erreicht kein anderer Kanton. Nicht einmal Zürich. Solothurn landet auf Platz 10, der Aargau auf Platz 12. Baselland und Basel-Stadt sollen über den vorteilhaftesten Mix aus Branchen- und Unternehmensstruktur und dem Monitoring verfügen.

Das Monitoring zielt auf die Faktoren Arbeitslosigkeit, Baugesuche, Neueinträge ins Handelsregister sowie auf die Kreditkartenumsätze. Verglichen wird mit dem ersten Halbjahr 2019. In allen Kantonen tiefer lagen die Konsumausgaben via Kreditkarte. Während in Obwalden und Basel-Stadt noch mehr Firmen gegründet wurden, ging der schweizerische Durchschnitt um 8 Prozent zurück.

Die stärksten Einbussen insgesamt verzeichneten das Tessin und der Kanton Schaffhausen. Hofer und Holzhey führen dies darauf zurück, dass die beiden Kantone während des Lockdown «besonders einschneidende Massnahmen» ergriffen haben. Das Fazit: Je mehr einschränkende Massnahmen, desto grösser der Konjunkturreinbruch. Grundsätzlich gelte, die Rezession sei eine Krise der Kleinunternehmer. Jedes fünfte Unternehmen, das neun oder weniger Personen beschäftigte, habe seinen Betrieb einstellen müssen. Dagegen habe dies nur auf 3 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten zugefallen.

Städtetourismus im Keller

Besonders resistent gegen die Corona-Krise erwies sich die Wertschöpfung in Basel-Stadt. Den Grund dafür sehen die Ökonomen in der Anwesenheit von Wirtschaftsplayern, die wenig betroffen seien: die Pharmabranche sowie Grossunternehmen.



Vom Konjunkturreinbruch weniger betroffen: Die Pharmabranche. Foto: Actelion

Dasselbe treffe auf den Kanton Zürich mit seiner starken Finanzbranche zu. Katharina Hofer und Matthias Holzhey attestieren beiden Kantonen langfristig gute Wachstumsaussichten.

Der Schweizer Jurabogen mit den Kantonen Jura, Solothurn und Neuenburg kommt hingegen schlecht weg. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten sind in besonders betroffenen Branchen tätig. Schmerzliche Exportausfälle muss die ansässige Uhrenindustrie hinnehmen. Solche Rückschläge treffen Kantone mit grossem Industriesektor (Ausnahmen sind Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie) besonders hart.

Hotellerie sowie Gastronomie zählen mit Sicherheit zu den

Hotellerie und Gastronomie zählen mit Sicherheit zu den Corona-Verlierern.

Corona-Verlierern. Und in dieser Kategorie zählt auch der Kanton Basel-Stadt zu denen, welche die Zeche zahlen. Während etwa der Bergtourismus die Leute wieder vermehrt anzieht, bleibt der Städtetourismus im Keller.

Unsicherheit dominiert

Die Ökonomen Hofer und Holzhey wagen keine Prognose bezüglich der kantonalen Bruttoinlandprodukte für das Jahr 2020. Noch immer dominiere die Unsicherheit. Sie erwarten einen Rückgang des Schweizer Bruttoinlandproduktes um 5,5 Prozent, für einzelne Kantone um bis zu 10 Prozent.

Auf die beiden Basel müsste allerdings die Annahme zutreffen, dass ein Minus von maxi-

mal 2,5 Prozent Tatsache wird. Diese Zahl schreiben Hofer und Holzhey wenig betroffenen Kantonen zu.

Der Bericht schliesst nicht mit aufmunternden Worten. «Die langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz lassen sich noch kaum abschätzen – ebenso die langfristigen Wachstumsaussichten für einzelne Kantone.»

Mehrere Faktoren dürften eine Rolle spielen, denn die Rezession könnte sich direkt auswirken auf kantonale Finanzen, Steuerfüsse und letztlich auch auf die Branchenstrukturen.

Das würde die Karten neu mischen. Einfach mit weniger Trümpfen.

Schwerpunkt



Bild: Getty

COVID-19

Fünf Buchstaben, ein Strich, zwei Zahlen. Vor genau einem halben Jahr fand die Weltgesundheitsorganisation einen Namen für den Wahnsinn, mit dem für uns alle ein neues Leben begonnen hat. Haben wir schon erfasst, was seit jenem 11. Februar geschehen ist? Eine persönliche Erinnerung.

Anna Miller

31. Dezember 2019, wir feiern Silvester, die Korken knallen in den Himmel hinein, am gleichen Tag meldet China der WHO die ersten Fälle aus Wuhan. Drei Wochen später wird die Stadt abgeriegelt. Elf Millionen Menschen, plötzlich eingesperrt. Ich laufe in Bern über die Brücke, unter mir die Aare, die fließt, wie sie immer fließt, und denke mir nichts weiter. Wuhan? So unglaublich weit weg. Ein anderes Leben.

Februar 2020, die Post liefert keine Briefe und Pakete aus China mehr, die ersten Flüge werden gestrichen, der erste Corona-Tote in Europa. Die Schweiz ist noch ein letztes Mal eine Insel der stabilen Glückseligkeit, das Bundesamt für Gesundheit richtet zwar eine Hotline für besorgte Bürger ein, aber sonst: Nichts Neues. Die Skigebiete melden Rekordzahlen, einige feiern den Valentinstag mit kitschigen Dinern in Restaurants, andere planen ihre Reisen für den Sommer, Kreta, Malediven, Spanien.

Am 11. Februar gibt die WHO dem «neuartigen Virus», wie es in den Nachrichten stets heisst, seinen Namen: COVID-19. Die Fallzahlen steigen, zuerst in Norditalien, bald auch im Tessin, die Schweiz meldet am 25. Februar ihren ersten Covid-19-Fall. Verwirrung an allen Fronten. Ein unsichtbares Virus, das es über Landesgrenzen geschafft hat. Von dem niemand weiss, was es mit uns anstellt. Das Menschen ersticken lässt. Kleine Städte in Norditalien werden abgeriegelt, «es ist wie in Wuhan», zitiert unser Italien-Korrespondent eine Bewohnerin.

Ausgerechnet Italien. Unser Ziel aus Kindertagen, mit Gelato am Meer. Jetzt versinkt Bergamo im Chaos. Wir empfangen Videobotschaften von übermüdeten Ärzten, sehen Bilder von

Menschen, die trotz Atmungsgerät ersticken, obwohl sie teilweise davor nicht einmal eine Vorerkrankung hatten. Und Militärlastwagen, die Leichen abtransportieren.

Innerhalb weniger Tage wird alles anders. Fussball, Festivals, der Genfer Autosalon, alles fällt plötzlich aus. Grossveranstaltungen werden verboten. Ich reise mit Freunden im Nachtzug nach Wien, wir beissen morgens jenseits der Grenze müde in unsere Brötchen und essen abends Schnitzel im Restaurant, einige sagen: Wartet nur, bald sind die Grenzen zu, ich lege den Kopf schief und sage: Ach was, du liest zu viele Nachrichten.

Wir tun, was wir sowieso gerne tun: Einander nicht ansprechen

Die ersten Anweisungen von allen Seiten kommen, abwechselnde Präsenz bei der Arbeit, Home Office, Hände desinfizieren, Abstand halten. Das, was wir Deutschschweizer sowieso schon so gerne tun, einander nicht ansprechen, den Nebensitz im Zug besetzen, als wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte, Nähe, wird zur offiziellen, staatlich verordneten Anweisung.

5. März. Das erste Todesopfer in der Schweiz.

Dann geht alles viel zu schnell.

Wie eine Welle bricht das Virus sich Bahn, kaskadenartig die Meldungen, die bundesrätlichen Entscheide, die Angst setzt sich in unseren Knochen fest. Schulen schliessen, Skigebiete ebenso, das Parlament bricht seine Frühlingssession ab. Paare drängen sich an Grenzzäunen, Clubs machen dicht, Restaurants und Bars räumen die Tische weg. Tausende Menschen plündern die Regale in den Supermärkten, Dosen und Toilettenpapier, in ganzen

Regionen ausverkauft, dabei hätte es genug Lebensmittel für alle, doch wir: drehen durch. Überleben wie im Krieg, ausgerechnet wie im Krieg, den die Schweiz doch gar nicht wirklich kennt.

Plötzlich ist da etwas, so unsichtbar und klein, das uns alle ins Wanken bringt. In einem Land, das offiziell kein Leid kennt, das bei internationalen Zufriedenheitsumfragen immer die vordersten Plätze belegt, dem es an nichts fehlt, wo man das Wasser aus jedem Fluss trinken kann und die Luft einatmen, bis man gesundet.

Ein Land aber auch, in dem fast jeder zehnte Mensch schon vor Corona am Existenzminimum lebte, Suizid die häufigste Todesursache der 15- bis 19-Jährigen ist und alle zwei Wochen ein Mann seine Partnerin ermordet.

10. März. Eine fundamentale Angst legt sich über mein Leben. Ich laufe zum Bundeshaus, leere Strassen, die

verbleibenden Menschen, wir, schauen uns unsicher an, wenn wir aneinander vorbeilaufen. Bist du mein Infektionsherd? Bin ich deiner? Bist du meine Hilfe, wenn ich zusammenbreche? Werden wir zusammenhalten? Ich fühle mich den Fremden so nah und doch so fremd. Unter mir die Aare, die fließt, wie sie immer fließt, als sei nichts gewesen, und doch ist die Luft anders, schwerer als sonst. Ich bilde mir das erste Mal ein, dass meine Lunge nicht mehr richtig ein- und ausatmet, mir tut mein Rücken weh, habe ich Corona?

Vielleicht lastet auch die Informationsflut auf mir. Die Verantwortung, eine Öffentlichkeit herzustellen, eine Krise zu benennen, während Menschen immer noch in Clubs rennen und sich überschwänglich umarmen, sich an den Händen halten und sich trotzig küssen. Schaut her, mir doch egal, Corona, was soll das schon sein.

Derweil schnellen die Infektionszahlen in die Höhe, im Tessin herrscht Chaos, die ersten Militärtruppen werden entsandt, um die Spitäler zu unterstützen. Es sollen Kontrollen der Bürgerinnen und Bürger stattfinden, Menschen weggewiesen werden, Massen eingedämmt. Ein Journalist fragt an der Pressekonferenz: Kommt jetzt der Polizeistaat?

Die Schweiz kennt so viel Wohlstand und kaum Schmerz

16. März 2020, Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga wendet sich mit geschwollener Haut unter den Augen an die Öffentlichkeit und sagt: Jetzt muss ein Ruck durch dieses Land. Ausserordentliche Lage. Shutdown. Truppen werden mobilisiert. Vom «grössten Armeeinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg» spricht unsere Verteidi-

gungsministerin. Geschäfte müssen schliessen, die Grenzen gehen zu. Es sind Hunderttausende, die diese Pressekonferenz live über die Kanäle verfolgen, als wäre gerade Fussball-Weltmeisterschaft und die Schweiz im Finale, doch diesmal freuen wir uns nicht, wir jubeln nicht.

84 Jahre, so lange leben wir hier im Schnitt, in diesem Land, das so viel Wohlstand kennt und kaum einen wirklichen Schmerz. Die Tage ziehen an uns vorbei, gleichmässig und stumm. Die Tage, die alles verändern, sind wenige, es ist der Tag, an dem wir ein Kind gebären, der Tag, an dem der Krebs kommt, der Tag, an dem wir für immer Ja sagen. Und dann gibt es noch diese Tage, die sich einer Gesellschaft, einer ganzen Welt ins Gedächtnis brennen. Tage, an denen sich im Innersten etwas verschiebt. Und vielleicht nichts mehr ist wie zuvor.

Am 11. September 2001 zum Beispiel. Ich stand damals, 14 Jahre alt, im Türrahmen des Fernsehzimmers meiner Schule und sah, wie die beiden Flugzeuge in die Türme rasten, Rauchwolken über New York, und kein Mensch auf der Welt, der nicht heute noch weiss, was er damals gerade machte.

Am 20. März 2020 verbietet der Bundesrat Versammlungen ab fünf Personen und schnürt ein Rettungspaket für die Wirtschaft von 32 Milliarden Franken. Das Aussendepartement startet die grösste Rückholaktion für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland in der gesamten Geschichte der Schweiz.

Zuhause steht nur ein Liter frische Milch im Kühlschrank, ich hätte gerne zwölf. Ich hätte gerne tiefgefrorene Brotlaibe und einen Garten auf dem Dach.

«Unsere Generation, die immer dachte, alles sei möglich, lebt plötzlich in einem Radius von 500 Metern.»

Anna Miller
Autorin, Jahrgang 1987

Hintergrund

Corona? Ich doch nicht

Porträt eines Erkrankten Roberto Rocca ist 29, kerngesund, raucht nicht. Dann kommt das Virus. Jetzt ist er der mit dem Rollator. Über den Irrglauben, unangreifbar zu sein.

Julia Huber

Ein Rollator ist kein cooles Gefährt. Die weissen Gummireifen. Die Sitzfläche. Das Körbchen vorne. Ein Grossvater-Wagen. Roberto Rocca hat die Arme tätowiert, die Füsse in Sneakern, und auf den ersten Blick wirkt es, als hätte er den Rollator aus dem Altenheim geklaut. Aber wenn er damit läuft, langsam und wacklig, dann merkt man, dass es seiner ist. Roberto Rocca ist 29 Jahre alt und Corona-Survivor.

Heute ist er nicht gut drauf. Bis Mitte März war er Geschäftsführer eines italienischen Restaurants, «die Nummer eins in Ingolstadt», sagt er. Ingolstadt liegt in Bayern. Jetzt ist er der mit dem Rollator.

Virus kann Organen schaden

Clemens Wendtner arbeitet als Chefarzt der Infektiologie an der München Klinik. Er sagt: «Roberto Rocca hat wirklich die ganze Palette der Intensivmedizin bekommen. Ohne Intensivstation wäre das nicht so gut ausgefallen.» Clemens Cohen, ein Spezialist für innere Medizin, erklärt zum Fall Rocca: «Wir kennen viele verschiedene Krankheiten, die vogelwilde Sachen machen. Bei all diesen Krankheiten konnten Sie bisher an den Computer gehen oder in einem Buch nachschlagen und sich einlesen. Aber hier, bei Covid-19, gab es einfach nichts.»

Trotz aller Forschung hat bislang niemand richtig verstanden, was Covid-19 alles anrichten kann. Fast jeden Tag gibt es neue Erkenntnisse. Anfangs dachten Forscher, Sars-CoV-2 sei eine Lungenkrankheit. Inzwischen gehen sie davon aus, dass das Virus allen Organen schaden kann. Das bedeutet: Das Virus hat viel Spielraum.

Wie kann es aber sein, dass ein Virus einen jungen Mann so aus der Bahn wirft? Einen Mann, der keine Vorerkrankungen hatte, sportlich war und nicht raucht?

Roberto Rocca sitzt in einem Restaurant in München. Bei unserem Treffen hat er keine Lust zu reden. Er hat keine Lust auf seine eigene Geschichte. Er spricht nur das Nötigste. Seine Ehefrau übernimmt dann für ihn. Wie so oft in letzter Zeit. Ramona Pompei-Rocca, dunkles Haar, dunkle Stimme, ist überzeugt davon, dass alles gut wird, wenn man sich nur genug anstrengt.

Roberto Rocca ist in Italien aufgewachsen, in Kalabrien. Vor sechs Jahren kam er nach Deutschland. Sein Plan war, hier im Restaurant zu arbeiten. Den Plan zog er durch. Fragt man, wie sein Leben vor Corona aussah, sagt seine Frau: «Arbeit, Arbeit, Arbeit.» Er fuhr morgens um neun hin und kam oft erst nachts um zwei zurück. Roberto Rocca sagt: «Ja, ich liebe meinen Job.»

Bei seiner geliebten Arbeit steckte er sich mit dem Virus an, da ist er sicher. Viele seiner Gäste waren im März in den Skiferien in Österreich. Er hörte, wie manche noch Witze machten: Das war in der Woche, bevor in Bayern alle Lokale schliessen mussten. Ramona Pompei-Rocca sagt: «Wäre die Kontaktsperre eine Woche früher passiert, dann hätte es ihn nicht erwischt.» In den Spitälern



Schwere Verläufe treten auch bei unter 30-Jährigen auf: Corona-Patienten auf der Intensivstation. Foto: Keystone

«Mein Mann ist glücklich, dass er es überlebt hat. Das schon ...»

Ramona Pompei-Rocca

lagen später viele Menschen, die in Restaurants gearbeitet hatten. Kellner, die kränkelnde Gäste bedient hatten. Köche, die arbeitsunfähig wurden, weil ihr Geruchs- und Geschmackssinn nicht mehr funktioniert. 40 Prozent der Covid-19-Patienten haben Riech- oder Geschmacksstörungen. Die meisten nur vorübergehend, manche länger.

Auch Komapatienten weinen

Ähnlich war Covid-19 auch für Ramona Pompei-Rocca. Sie lag auf dem Sofa mit Rückenschmerzen. Die beiden Töchter kochten, und die Mutter konnte nicht sagen, ob es gut oder schlecht schmeckt. Nichts. Das war der Zeitpunkt, an dem die Familie bemerkte, wie sonderbar dieses Virus ist. Alle hatten einen positiven Covid-19-Test. Aber die ältere Tochter, 19, hatte Geruchsstörungen und leichten Husten. Die jüngere Tochter, 12, hatte gar nichts. Ihren Stiefvater Roberto Rocca haute das Virus um.

Erst hatte er hohes Fieber, dann bekam er keine Luft mehr. Seine Frau rief die Ambulanz, und er wurde in ein Münchner Spital gebracht. Dass er keine Luft bekam, ist das Letzte, woran er sich erinnert. Das war am 26. März.

Das Nächste, woran er sich erinnert, ist, dass er aufwachte, den ganzen Körper voller Schläuche, Kabel und Kanülen, und vor ihm stand eine Ärztin, die sagte: Herr Rocca, heute ist der 4. Mai.

Was in den 38 Tagen dazwischen passiert ist, kann Alexandra Vossenkaul erzählen. Sie ist die stellvertretende Leiterin der Intensivstation, wo der 29-Jährige lag. Die Zeit, zu der Roberto Rocca bei ihr auf der Station ankam, war die stressigste, die sie in ihrem Job je erlebt hat. Nie zuvor hatte sie so viele Patienten, die alle gleichzeitig Sauerstoff brauchten. Nie war es vorgekommen, dass die Ärzte eine Liste machen mussten, welcher Patient als Erster an ein Beatmungsgerät musste. Wer als Zweiter, wer als Dritter.

Alexandra Vossenkaul ist eine Pflegerin, die sich ihre Patienten ganz genau ansieht. Sie sagt, gestresste Patienten weinten auch im künstlichen Koma. Bei Roberto Rocca hat sie das oft gesehen. Sie versuchte, ihn zu beruhigen. Alles in Ordnung, habe sie gesagt, obwohl nichts in Ordnung war. Superinfektion, Lungenembolie, Multiorganversagen. Er nahm fast jede Komplikation mit.

Als er ins Spital kam, war Roberto Rocca ein muskulöser Mann. Dann quoll sein Körper extrem auf. Als das Wasser wieder aus seinem Körper draussen war, verlor er weitere 13 Kilo, bis er am Ende nur noch ganz schmal war. Zu dieser Zeit wusste keiner, ob er wieder gesund würde.

Die Ärzte können nicht erklären, warum es Rocca so schlimm erwischt hat. War es, weil er so einen hektischen Alltag hatte,

mit wenig Erholung? Oder weil er im Januar einen Leistenbruch hatte, vom Weinkisten-Schleppen? Ende Januar wurde er operiert. Roberto Rocca sagt: «Vieleicht war das Immunsystem noch nicht fit, und das Virus hat deshalb so viel Spass gehabt.»

Wird ein Patient lange künstlich beatmet, rettet man ihm vielleicht das Leben, aber Lunge und andere Organe können Schaden nehmen. Je kürzer die Zeit am Beatmungsgerät, desto besser. Covid-19 aber ist hartnäckig. Rocca war 36 Tage am Gerät. In dieser Zeit geht in seinem Körper viel kaputt. Kollateralschäden.

Schwere Verläufe auch bei Jüngeren

Corona bedroht nicht nur Alte und Kranke. Schwere Krankheitsverläufe können auch bei jüngeren Menschen oder Menschen ohne Vorerkrankungen auftreten. Entsprechende Fälle sind auch in der Schweiz immer wieder beobachtet worden. Für Aufsehen sorgte kürzlich der Erfahrungsbericht des Schweizer Schriftstellers Jonas Lüscher. In einem Interview mit der «SonntagsZeitung» sagte der 43-jährige Autor, dass er aufgrund eines schweren Verlaufs einer Corona-Infektion sieben Wochen im künstlichen Koma gelegen habe. Lüscher war zuvor gesund und gehörte keiner Risikogruppe an. Er finde es «schon sehr seltsam», dass sogar Immunologen öffentlich erklärten, Corona sei für gesunde Menschen unter 45 Jahren nicht gefährlich, sagte Lüscher. (red)

Die wichtigsten Organe sind Gehirn, Herz und Lunge. Im Ausnahmezustand leidet der Körper das Blut vor allem in diese Organe. Die Muskeln bauen ab. Die Niere leidet. Auch wegen der starken Medikamente, die ein Patient im künstlichen Koma bekommt. Bei fast allen Covid-19-Patienten mit schwerem Verlauf ist die Niere geschädigt. Bei einem Drittel so schwer, dass sie eine Dialyse brauchen. Roberto Rocca musste an die Dialyse. Zum Glück nicht für immer, sondern nur für ein paar Wochen.

Es fehlt ihm die Kraft

Roberto Rocca ist es nicht gewohnt, dass etwas nicht geht. Er hat ein grosses Tattoo auf seinem Arm, das übersetzt bedeutet: «Keiner hat das Recht, einem Mann Regeln aufzuerlegen.» Jetzt gibt es ganz viele Regeln in seinem Leben. Du musst dich schonen. Du bist noch zu schwach für das meiste, was du machen willst. Zwiebeln schneiden zum Beispiel. Seine Frau sagt: «Da hat er die Kraft nicht.» Er sagt: «Genau.»

Er kommt jetzt doch ein bisschen ins Erzählen. Ausgerechnet jetzt, wo es darum geht, was alles schwierig ist. «Normal zu essen, schaffe ich nicht, mit Messer und Gabel», sagt er. Er muss die Gabel mit der Faust nehmen. Etwas mit dem Messer klein zu schneiden dauert noch länger. Ob seine Frau dann alles schneidet? «Nein, das mache ich», sagt Roberto Rocca.

Spaghetti essen dauert lang. Duschen dauert lang. Vor Kurzem haben seine Frau und er versucht, im Park spazieren zu gehen. Aber er hatte zu starke Krämpfe in

den Beinen: Critical-Illness-Polyneuropathie. Bei vielen Menschen, die lange im künstlichen Koma waren, sind die Nerven geschädigt. Roberto Rocca und seine Frau drehten noch vor dem Park wieder um. Wie lange sie unterwegs waren? «Vielleicht zehn Minuten.»

Vor zwei Wochen war der Patient bei Clemens Wendtner, Chefarzt der Infektiologie an der München Klinik. Er ist einer der vielen, die mithalfen, Roberto Rocca das Leben zu retten. Er hatte noch gehofft, ihm eines der Medikamente geben zu können, aber die Studien starteten zu spät. Er ist einer der vielen, an die Roberto Rocca sich kaum erinnert.

Wendtner sagte zu Rocca: «Es ist ja schon ein toller Erfolg, dass Sie vom Rollstuhl auf diesen Gehwagen umsteigen konnten.» Roberto Rocca lächelte und nickte. Er war gut drauf und sagte: «Die letzten zwei Tage in der Reha bin ich auch ohne den gelaufen.» – «Sie haben schon so viel geschafft. Auch den Rest werden Sie schaffen. Das wird in den nächsten Wochen, Monaten besser werden», sagte Wendtner. Er ist überzeugt, dass Roberto Rocca wieder fit werden wird. Dass er wieder seinen Job machen und durch sein Restaurant gehen kann.

Heute sagt die Frau von Roberto Rocca: «Mein Mann ist glücklich, dass er es überlebt hat. Das schon ...» Roberto Rocca sagt nichts. Diese Woche hat er Geburtstag, er wird 30 Jahre alt. Ob Robert Rocca Lust hat zu feiern, weiss er noch nicht.

Freitag, 14. August 2020

Die Schweiz nähert sich Schweden an

Die Universität Oxford berechnet täglich, wie streng die Corona-Massnahmen der Regierungen sind. Die Schweiz liegt im Mittelfeld.

Bruno Knellwolf

Ab dem 1. Oktober sind Grossveranstaltungen in der Schweiz mit mehr als 1000 Personen, wenn auch nur mit massiven Schutz- und Begleitmassnahmen, wieder erlaubt. Im globalen Schutzmassnahmen-Index der Universität Oxford wird die Schweiz dann einen weiteren Schritt nach unten machen und sich Schweden weiter annähern. Der Unterschied ist schon heute nach den diversen Lockerungsschritten der Schweiz nicht mehr gross, zumindest was diesen Index der britischen Forscher betrifft.

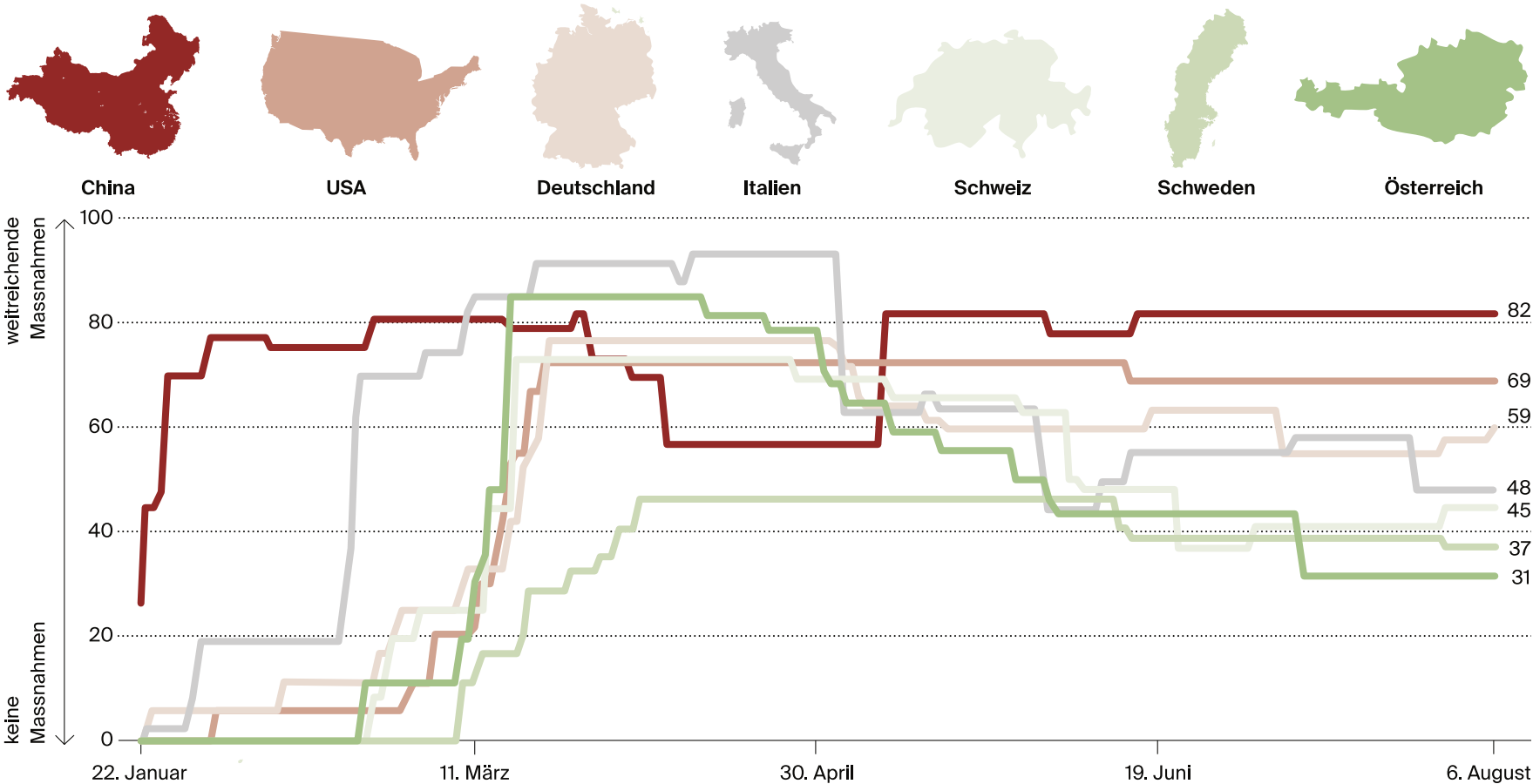
Doch was wird mit dem Index überhaupt gemessen? Die Datencracks in Oxford sammeln für diese Tabelle alle öffentlich zugänglichen Informationen, welche Reaktionen und Massnahmen von den jeweiligen Regierungen zum Schutz vor Covid-19 angeordnet wurden. Diese Indikatoren berücksichtigen neun Kriterien wie zum Beispiel Schulschliessungen, Anweisungen zum Homeoffice, Reiseverbote und -kontrollen oder Versammlungsverbote. Auch steuerliche und finanzielle Massnahmen fliessen in die Berechnung ein. Daraus wird täglich der Index für die Strenge der Regierungsmassnahmen berechnet, die auf einer Skala von 0 bis 100 abgebildet werden. Die Schweiz liegt momentan mit 45 Index-Punkten im Mittelfeld, sowohl in Europa wie auch weltweit. Deutlich tiefer liegt der Nachbar Österreich, wo schon ab September bei Veranstaltungen im Freien bis zu 10 000 Zuschauer erlaubt sind. In Deutschland mit 59 Punkten sind die Massnahmen immer noch streng, allerdings soll am 4. September ein Konzert von Sarah Connor mit 13 000 Zuschauern stattfinden. Gesichert ist das nicht. Und interessant: Ausgerechnet das gemäss Oxford-Index wenig strenge Schweden erlaubt noch keine Grossveranstaltungen.

Index zeigt nur einen Vergleich der Strenge der Massnahmen

Die Index-Punkte dienen allerdings nur zum Vergleich. «Der Index ist hilfreich, um zu sehen, wie streng die Restriktionen in einem Land sind. Aber sie sagen

So streng gehen die Staaten gegen Corona vor – Index der Regierungsmassnahmen auf Covid-19

Die Kriterien für den Index: Schulschliessungen, Arbeitsplatzschliessungen, Reisebeschränkungen, Homework, Verbot öffentlicher Anlässe, Zu Hause bleiben, Einschränkung internationaler Verkehr und Reisekontrollen, Test-Politik, Contact Tracing



Quelle: Universität Oxford; Redaktion: kn; Grafik: Lea Siegwart

nichts aus darüber, wie die Massnahmen in einem Land umgesetzt werden», sagt der Basler Epidemiologe Marcel Tanner von der Covid-19-Taskforce des Bundes. Das zeigt sich schon am Beispiel der USA. Auf dem Strenge-Index sind die USA mit 69 Punkten weit oben, das Virus breitet sich aber immer noch rasend schnell aus, und die Umsetzung der Schutzmassnahmen scheint an vielen Orten nicht zu gelingen. Vieldeutig ist auch die Spitzenposition Chinas auf der Strenge-Skala, weil sich in einer Diktatur rigorose Massnahmen leicht durchsetzen lassen, unabhängig davon, ob sie etwas nützen.

Marcel Tanner rät deshalb zu einer differenzierten Betrachtung solcher In-

dices und zur Vorsicht mit Vergleichen, auch zwischen der Schweiz und Schweden. «In der Schweiz machen wir in der jetzigen Situation gezielte Massnahmen in einem föderalistischen System», sagt Tanner. So wird nicht mehr flächendeckend eingegriffen, sondern dort, wo Brandherde sind, regional. «Das wird in einem solchen Länder-Index nicht klar ersichtlich.»

Andere Bedingungen in Skandinavien

Der Vergleich zwischen der Schweiz und Schweden sei auch deshalb schwierig, weil im skandinavischen Land das Coronavirus vor allem in den Ballungszentren wie Stockholm und Göteborg

eine Gefahr sei, während in den Weiten des Landes das Risiko viel kleiner sei. Auch die Mentalität und der Umgang mit den eher locker angeordneten Massnahmen ist spezifisch schwedisch. Dort sind die Infektionszahlen inzwischen auch stark gesunken. Die lockeren Massnahmen haben allerdings nicht dazu geführt, dass es zu einer Durchseuchung gekommen wäre, wie die aktuellen Antikörper-Tests zeigen. Was damit zu tun haben könnte, dass die Immunantwort gegen das Coronavirus meist nur kurzlebig ist und sich das Virus dementsprechend nicht lange nachweisen lässt. Die Situation in Schweden ist somit wohl nicht viel anders als in der Schweiz. Dass sich die

Schweiz mit ihren Lockerungen Schweden annähert, sagt also nichts aus über die Güte der Schweizer Massnahmen. Solche Indices geben einen Hinweis auf einen spezifischen Punkt in der Coronasituation. Diese läuft in einem multikausalen System ab und ist abhängig von sehr vielen Faktoren, wie zum Beispiel der Testaktivität eines Landes und dem Verhalten der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Ein Index zeigt einen Durchschnittswert eines Landes. «Mit regionalen Massnahmen bekommt man das Virus aber besser in den Griff. Das gilt auch für Grossveranstaltungen, für die Schutzkonzepte in Abhängigkeit der Risikosituation erstellt werden müssen», sagt Tanner.

Wie viele sind es heute wieder? Warum die BAG-Zahl wenig aussagt

Alle schauen gebannt auf die täglichen Neuinfektionen. Nun lagen sie zweimal nacheinander über 200. Eine Einordnung.

«Das BAG meldet 234 Fälle», so hiess es gestern wieder. Die Zahl der Infizierten wird täglich verkündet, wie der Spielstand an einem Match, oder der Franken-Euro-Kurs. Auch wenn viele behaupten, sie könnten es nicht mehr hören – man will es einfach wissen. Endlich eine konkrete Zahl, bei all diesen Unsicherheiten und Ängsten. Wir können uns etwas darunter vorstellen. 234 Menschen haben das Virus erwischt. Am Vortag 274. Doch es gibt ein paar Faktoren, die man dazurechnen sollte. Und Zahlen, die in der Zwischenzeit mindestens so wichtig sind.

Die Zahl braucht Relativierungen:

— **1. Aktualität:** Die Zahl gibt an, wie viele positive Tests gemeldet worden sind. Diese Menschen müssen nicht alle krank geworden sein. Weil die Meldungen verzögert eingehen können,

beziehen sich die Zahlen nicht immer auf die letzten 24 Stunden. Die Kantone haben manchmal andere Zahlen.

— **2. Aussagekraft:** Kritiker bemängeln, dass hier Leute darunter sind, die überhaupt keine oder nur sehr leichte Symptome aufweisen. Es handelt sich also nicht im eigentlichen Sinn um Erkrankte. Da aber auch Menschen ohne Symptome das Virus weitergeben können, ist die Zahl nicht sinnlos.

— **3. Entwicklung:** Will man beobachten, wie sich das Virus ausbreitet, wäre der Anteil positiv Getesteter an der Gesamtzahl der Tests aufschlussreicher. Diese Zahl dümpelte lange um 1 Prozent herum, ist aber wieder auf 3 bis 4 Prozent gestiegen. Die Anzahl der Tests war in den letzten Tagen einigermaßen konstant (unter der Woche zwischen knapp 6000 und etwas über 7000 Tests). (BAG-Website)

— **4. Repräsentativität:** Wir wissen nicht, wie die Menge der Getesteten zusammengesetzt ist. Sind viele Heimkehrer aus den Ferien darunter? Viele Junge? Viele ältere Personen? Eher Vorsichtige? Ja nach Zusammensetzung kann die Positivitätsrate schwanken.

Bessere Indikatoren: Wo stehen wir eigentlich?

Um zu erfassen, wie ernsthaft die Situation ist, wäre die Entwicklung der Zahlen der an Covid-19 gestorbenen Personen und der Patienten, die ins Spital mussten, aussagekräftiger. Diese Zahlen blieben in den letzten Tagen klein, obwohl die Zahl der positiv Getesteten leicht anstieg.

— **1. Verzögerung:** Wenn die Zahlen der Toten und der schwer Erkrankten ansteigen, ist es eigentlich schon zu spät. Ziel der Pandemiemassnahmen wäre ja eben, diese Fälle zu vermeiden.

— **2. Dunkelziffer:** Wie gefährlich ist das Virus? Dafür gibt es zwei Zahlen: Die IFR (Infection Fatality Ratio): Wie viele von den Infizierten sind gestorben (hier ist eine Dunkelziffer eingerechnet von Fällen, die nicht erkannt wurden; man geht aus von den Personen in der Bevölkerung, die Antikörper aufweisen)? Oder die CFR (Case Fatality Ratio): Wie viele von den erkannten Fällen sind gestorben? Studien kommen auf eine IFR für Covid-19 im Bereich von 0,6%. Bei der Grippe spricht man von einer IFR zwischen 0,1 und 0,2 Prozent.

— **3. Sterblichkeit:** Als sicher annehmen darf man, dass Sars-CoV-2 die Sterblichkeit im Alter erhöht. Das ist nicht überraschend. Aber es gibt auch Todesfälle und schwere Verläufe unter jüngeren Menschen. Und: Welche Todesfälle kommen in die Statistik? Gestorben wird nicht an Sars-CoV-2, sondern an Organversagen, welches das

Virus verursacht. Für eine korrekte Zuordnung würde es in jedem Fall eine Autopsie brauchen. Grossbritannien und die USA korrigieren jetzt ihre Zahlen, weil alle Fälle, welche einen positiven Covid-19-Test in den letzten 30 Tagen vor dem Tod aufgewiesen hatten, als Covid-19-Todesfälle erfasst wurden, auch wenn sie zum Beispiel an den Folgen eines Unfalls gestorben sind.

Vorsicht bei Zahlen – aber wir haben nichts Besseres

Bei Statistiken ist es oft so, dass sie desto mehr aussagen, je grösser die Zahlen sind und je weniger schlecht kontrollierbare Einflussfaktoren einwirken. Aber das ist gerade das, was wir nicht wollen. Wir möchten kleine Zahlen und möchten gerade, dass sich die Leute «richtig» verhalten – und so das Virus in seiner Verbreitung «stören».

Christoph Bopp

«Die ersten Impfstoffe sind nicht ideal»

Interviewserie Ohne ein Risiko einzugehen, werde es niemals möglich sein, einen Impfstoff gegen Corona einzusetzen, sagt Marcel Tanner. Der Streit um den Impfwang ist für den erfahrenen Epidemiologen ein Nebenschauplatz.

Felix Straumann
und Mario Stäuble

Wir erleben gerade einen unerhörten Wettlauf um ein Corona-Gegenmittel. Weltweit sind zwei Dutzend Impfstoffe in der klinischen Erprobung, 140 weitere in Entwicklung. Haben Sie schon einmal ein solches Rennen miterlebt, Herr Tanner?
Nein, noch nie in so kurzer Zeit. Ich finde es gut, dass sich jetzt so viele Wissenschaftler rund um den Globus engagieren und ernsthaft dabei sein wollen. Wir werden jetzt dann aber eine Ausdünnung der Efforts sehen, irgendwann werden nur noch die besten Kandidaten übrig bleiben.

Laut jüngster Forschung sind manche Corona-Patienten nach ihrer Erkrankung offenbar gar nicht anhaltend immun – was für die Entwicklung eines Impfstoffs kein gutes Zeichen ist. Müssen wir uns davon verabschieden, dass uns eine Impfung die Normalität zurückbringt?
Es wird einen Impfstoff geben. Die neuen Forschungsergebnisse bedeuten nicht, dass eine wirkungsvolle Impfung unmöglich ist. Aber es wird schwierig werden, weil die Immunantwort auf das Virus ziemlich heterogen ist.

Was meinen Sie damit?
Wir drei hier am Tisch würden wohl sehr unterschiedliche Abwehrreaktionen zeigen, wenn wir infiziert würden.

Warum sind Sie doch überzeugt, dass ein Impfstoff möglich ist?
Das Virus löst vor allem bei Patienten, die schwer erkrankt sind, einen offenbar lang anhaltenden Schutz aus. Wenn das nach einer natürlichen Infektion möglich ist, dann funktioniert das auch mit einem Impfstoff.

Ist das nicht zu optimistisch?
Nein, ist es nicht. Wir hatten das gleiche Problem beim Malaria-Impfstoff, bei dem ich seit Jahrzehnten involviert bin. Wenn jemand Malaria mehrmals übersteht, hat er Antikörper im Körper, die ihn schützen. Es dauerte, aber nun haben wir nach 15 Jahren einen ersten Impfstoff.

Mal abgesehen von der Entwicklungsdauer: Der Malaria-Impfstoff schützt nur bis 50 Prozent. Wäre das für Sie auch bei Corona ein Erfolg?
Das ist natürlich nicht mein Wunsch. Doch es ist nun mal so: Impfstoffe der ersten Generation sind meistens noch nicht ideal und schützen deshalb nur teilweise. Ein 95- bis 100-prozentiger Schutz wäre ein Lottosechser. Klar, ein solcher Teilschutz ist nicht befriedigend. Bei Malaria hatten wir auch keine Freude. Aber wenn Sie die Gesamtlast der Bevölkerung um 50 Prozent reduzieren können, ist das immer noch ein grosser Schritt.

Beim Coronavirus würde das aber bedeuten: Weiterhin Masken tragen und Social Distancing betreiben.
Das ist so, die Grundregeln der Handhygiene und der Distanz



«Wir wollen hundertprozentige Sicherheit – am Arbeitsplatz, bei der Gesundheit, überall»: Marcel Tanner im Schweizer Tropeninstitut in Basel. Foto: Andrea Zahler

müssten wir aufrechterhalten. Vielleicht könnte man auf Dinge wie einen Teil der Maskenpflichten verzichten. Aber das können wir heute noch nicht sagen. Doch selbst wenn eine Impfung nur einen Teilschutz bietet, wird uns das neue Optionen geben, etwa beim Schutz von Risikogruppen.

Derzeit denken viele, dass ein Impfstoff die Corona-Krise in ein paar Monaten oder in einem Jahr beenden wird. Wenn Sie recht haben, ist dem nicht so.
Wenn alles perfekt läuft, dann schon. Nur ist das unwahrscheinlich, und vor allem geht es nicht allein um die Wirkung. Eine Impfung muss auch gut verträglich sein und darf keine schweren Nebenwirkungen zeigen.

Der Seuchenbekämpfer

Marcel Tanner leitete während 18 Jahren das Schweizerische Tropen- und Public-Health-Institut (Swiss TPH) in Basel. 2015 wurde er emeritiert. Heute ist der 68-jährige Professor Mitglied der wissenschaftlichen Covid-19-Taskforce, die den Bund in der Pandemie berät. Ebenso amtiert er als Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz – und ist damit oberster Repräsentant der Schweizer Wissenschaft. Der Public-Health-Spezialist hat diverse Mandate, etwa für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, die Weltgesundheitsorganisation, den Global Fund against HIV/Aids, Tuberculosis and Malaria sowie die Bill-& Melinda-Gates-Stiftung. (fes/ms)

Wo stehen wir denn aktuell?
Bei den ersten Kandidaten, welche die erste Testphase abgeschlossen haben, sieht es gut aus. Der Kandidat der US-Biotechfirma Moderna zum Beispiel, auf den die Schweiz eben einen Vorvertrag zum Kauf von 4,5 Millionen Dosen abgeschlossen hat, weist bisher keine schwerwiegenden Nebenwirkungen auf.

Die Nebenwirkungen kennt man zu Beginn nur aus Versuchen mit ein paar Tausend Patienten. Seltene, aber schwere Schäden könnten da übersehen werden.
Das ist so – seltene Nebenwirkungen sehen Sie erst in der breiten Anwendung. Das ist auch bei neuen Medikamenten der Fall.

Wenn nun aber in der Schweiz Millionen Menschen geimpft werden, könnten Hunderte oder Tausende Personen unter möglichen Impffolgen leiden. Weltweit wären es viel mehr.
Unsere Gesellschaft leidet an einer Seuche: Wir wollen hundertprozentige Sicherheit – am Arbeitsplatz, bei der Gesundheit, überall. Aber diese Sicherheit gibt es nicht. Wir müssen eine Güterabwägung vornehmen. Wenn wir gar kein Risiko eingehen wollen, können wir niemals einen Impfstoff einsetzen.

Wie macht man die Abwägung?
Die müssen wir alle gemeinsam machen. Das können wir nicht dem Staat oder einem Forscher überlassen. Das bedeutet aber auch, dass verschiedene Leute zu verschiedenen Schlüssen kom-

men können. Es wird Leute geben, die sich nicht impfen lassen wollen. Aus Gründen, vor denen man Respekt haben muss.

Das Epidemien-gesetz enthält die Option, eine Impfpflicht einzuführen.
Man sollte sich nicht auf die Impfpflicht abstützen. Das ist die falsche Diskussion. Wir kriegen eine Herdenimmunität hin, wenn sich 80 Prozent der Menschen impfen lassen, auch ohne Streit auf einem Nebenschauplatz wie dem Impfwang.

Die Akzeptanz würde wohl steigen, wenn der Impfstoff «Made in Switzerland» wäre.
Es gibt mehrere gute Ansätze für einen Schweizer Impfstoff. Aber ich glaube, es ist falsch, auf dessen Herkunft zu fokussieren. Wichtig ist, dass schnell ein brauchbares Produkt da ist. Das heisst aber nicht, dass die Schweiz bei der Entwicklung nicht mitmachen sollte. Denn wenn es um die Verteilung geht, will man etwas zu sagen haben. Und dazu muss man dabei sein.

Wie meinen Sie das?
Ich meine zum Beispiel das Unternehmen Lonza, das für Moderna den Wirkstoff produzieren wird. Ich meine aber auch unsere Forscher, die bei klinischen Versuchen von ausländischen Impfstoffen dabei sein könnten.

Sie sagen: Wenn die Schweiz bei den klinischen Versuchen eine wichtige Rolle spielt, hat sie bessere Chancen auf mehr Impfstoff-Dosen.

Aber sicher. Auch da kann ich aus Erfahrung reden. Je näher Sie dran sind, desto besser. Ein Produzent wie Lonza im Fall Moderna ist schon mal gut, aber wenn Sie in die Versuche involviert waren, stärkt das Ihre Position. Sie können den Impfstoff mitverteilen helfen, wenn Sie selbst am Tisch sitzen, an dem die Resultate präsentiert werden.

Gibt es in der Schweiz überhaupt genug Patienten, die bei solchen Versuchen mitmachen würden?
Ja, da habe ich keine Angst. Auch hier stellt sich wieder die Frage: Wie informieren Sie die Leute? Einfach zu sagen: «Hier hast du 500 Stutz, wenn wir dir diese Spritze geben dürfen», ist offensichtlich der falsche Weg. Das ist schlicht dumm. Natürlich müssen Sie den Aufwand entschädigen, aber vor allem müssen Sie den Leuten sehr sorgfältig erklären, was der Versuch bezweckt.

Wie kann sich die kleine Schweiz für das Gezerre um Produktion und Verteilung gut positionieren?
Da zahlt es sich eben aus, dass es die Weltgesundheitsorganisation gibt – im Gegensatz zur Ansicht von Herrn Trump. Ich erteile dem «Vakzin-Nationalismus», wie ihn die USA propagieren, eine Absage. Wir müssen international zusammenarbeiten.

Können Sie das konkretisieren? War zum Beispiel der Deal mit Moderna richtig?
Auf jeden Fall – aber wir müssen mehrgleisig fahren. Erstens

muss die Schweiz in Vorkaufsrechte für Impfstoffe investieren; das wird sie nicht nur bei Moderna tun. Zweitens hat der Bund 30 Millionen für die «Global Vaccine Alliance» gesprochen, die sich vor allem um Impfkampagnen in Entwicklungsländern kümmert. Und drittens sollten wir in klinische Impfstoffversuche investieren, auch wenn die Impfung nicht «Made in Switzerland» ist.

Es werden unterschiedliche Angaben herumgereicht, wann der erste Corona-Impfstoff bereit sein könnte. Können Sie eine Einschätzung abgeben?
Auf meinem Bürotisch steht keine Kristallkugel. Wenn alles sehr gut läuft – also keine Nebenwirkungen! –, dann können wir in einem Jahr einen Impfstoff haben. Aber der Stoff ist dann noch nicht produziert und verteilt. Wir bräuchten Milliarden Dosen des Stoffs. Das wäre dann die grosse Frage, die sich in der zweiten Hälfte 2021 stellt.

Und jetzt? Gespräche über Corona (5/6)

Die erste Covid-19-Welle ist vorbei. Gleichzeitig ist ein Impfstoff, der volle Immunität verspricht, in weiter Ferne. Wir müssen uns also mit dem Virus arrangieren. Das wirft eine Reihe von Fragen auf. Wir führen darüber Gespräche mit führenden Spezialisten und Praktikern, um zu debattieren, worauf wir uns einstellen müssen – und welche Fehler wir nicht wiederholen dürfen. (red)

Der Regionalität einen Korb geben

Doch keine regionalen Produkte – das nachhaltige Bewusstsein während des Lockdowns scheint nicht langfristig.

Olivia Fierz

Als Mitte März der schweizweite Lockdown ausgerufen wurde, stürmten Menschen nicht nur auf Pasta und Toilettenpapier im Supermarkt los; auch Hofläden sowie Lieferantinnen und Lieferanten von Gemüsekörben erlebten einen Ansturm. Die Nachfrage nach regionalen Produkten stieg stark an.

«Man kehrte zu den alten Werten zurück und vertraute auf uns Bauernfamilien. Ich glaube, wir vermittelten eine gewisse Stabilität, weil wir schon immer da waren», sagt Nadia Graber, die auf ihrem Hofgut Obere Wanne Jungpflanzen für Gemüsegärten verkauft. Das steigende Bedürfnis nach regionalen, nachhaltigen Produkten führte zu Diskussionen über das Konsumverhalten der Gesellschaft mit der zentralen Frage: Entwickelten die Menschen in dieser Notlage ein nachhaltigeres Bewusstsein? Denn auf einmal hatte die Bevölkerung das Bedürfnis, einen Gemüsekorb mit saisonalen Produkten zu abonnieren, oder kaufte die Eier nicht im Supermarkt, sondern in einem Hofladen auf dem Land.

Vermehrte Kündigungen des Gemüsekorbs

Auf den Hype folgt die Ernüchterung: Alexander Tanner von der Agrico Genossenschaft Birsmattehof in Therwil berichtet, dass einige das Abonnement des Gemüsekorbs bereits wieder gekündigt haben und sich die Nachfrage normalisiere. Armin Heyer, Mitgründer der Bio-Velokurierzentrale Öpfelchasper berichtet Ähnliches: «Die Hälfte der Abonnements, die während des Corona-Lockdowns hinzukamen, sind wieder abgesprungen.» Die Bio-Velokurierzentrale liefert ebenfalls Körbe mit regionalen Produkten an die Haustüre.

Vor zwei Monaten sah die Situation bei den beiden Lieferan-



Den Therwiler Birsmattehof kennt man unter anderem für seine saisonal bestückten Gemüsekörbe.

Bild: bz Archiv

ten noch ganz anders aus. Es musste mehr produziert werden, damit man der stark angestiegenen Nachfrage gerecht werden konnte. Dies war beim Öpfelchasper nur deswegen möglich, weil fast alle Firmenkunden wegfielen und die Bio-Velokurierzentrale den Überschuss somit an die neuen Privatkundinnen und -kunden ausliefern konnte. «Zwei Wochen nach dem Lockdown hatten wir 80 Prozent Privatkunden und 20 Prozent Firmenkunden – das ist sonst umgekehrt», berichtet Heyer. Ohne diesen Ausgleich hätte man nicht genug Lebensmittel gehabt, um dem Anstieg der Nachfrage gerecht zu werden.

Der Birsmattehof stiess ebenfalls an Grenzen: «Wir waren am Limit. Die Lager waren

fast immer leer», sagt Tanner. Durch den Ausfall der Wochenmärkte sparte man zwar an Lebensmitteln, diese Ersparnisse reichten aber für die neuen Kunden nicht aus. «Zum Glück hatten wir einen guten Saisonstart», so Tanner. Zudem konnten kurze Kulturen ausgeweitet werden. Das führte zu einer grösseren Ernte.

Heute merkt er den Rückgang besonders beim Verkauf direkt ab Hof im Hofladen, denn dort standen die Menschen während des Lockdowns Schlange. Vermehrt pilgern die Leute zurück in den Supermarkt. «Jetzt nutzen viele andere Einkaufsmöglichkeiten und in unserem Hofladen ist wieder ruhiger», meint er. Öpfelchasper liefert mehrheitlich wieder an Firmen, weil ein grosser Teil

der Privatkundinnen und -kunden abgesprungen sind. «Es hat sich wieder umgekehrt», sagt Heyer.

Umdenken der Gesellschaft ist kurzweilig

Viele hätten aus coronaspezifischen Gründen nachhaltig konsumiert, meint Heyer. «Man merkte, dass Lebensmittel nicht selbstverständlich sind, aber das war kein nachhaltiges Umdenken», sagt er. Bina Thürkauf, Geschäftsleiterin der Biogärtnerei am Hirtenweg, sagt Ähnliches: «Jede Veränderung gibt eine Hoffnung auf grundlegende Entwicklungen in der Gesellschaft. Der Mensch ist aber wohl zu träge, um sich so schnell in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern.» Der Trend des nachhaltigen Konsums gebe es

aber allgemein schon länger, meint Nadia Graber des Hofguts Obere Wanne, dieser habe sich während Corona einfach akzentuiert und die Bevölkerung sei temporär zu alten Werten zurückgekehrt. Auch Tanner sagt, dass der Anstieg der Nachfrage während des Lockdowns kein nachhaltiges Umdenken widerspiegelt.

Hoffnung auf fundamentale Veränderungen bleibt

So sehr sich Alexander Tanner und Armin Heyer wünschen, dass sich die Bevölkerung in die Richtung eines regionalen Konsumverhaltens mit einem stärker nachhaltigen Bewusstsein bewegt – sie sind sich einig, dass sich die Gesellschaft in einer solch kurzen Zeit nicht so fundamental verändern kann.

Donnerstag, 20. August 2020

Inland

«Ein Witz»: Kantone in der Kritik wegen Umgang mit Corona-App

Wegen fehlender Ressourcen in den Kantonen sei die App praktisch nutzlos, sagt der Hotline-Betreiber des Bundes.

Christoph Bernet

«So wie es jetzt funktioniert, ist die App ein Witz.» «Aktuell ist es ein Schuss in den Ofen.» Die gestern laut gewordene Kritik war an Schärfe nicht zu überbieten. Geäussert hat sie Andy Fischer, CEO des Medizindienstleistungsunternehmens Medgate im Rahmen einer Tagung des «Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen» in Bern. Adressat der Kritik: die Kantone und ihr Contact Tracing.

Fischer ist nah dran an der Problematik. Im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit BAG betreibt seine Firma eine Infoline für die Benutzer der «SwissCovid-App». Dort soll anrufen, wer von der App eine Benachrichtigung erhält, weil ein naher Kontakt mit einer positiv auf das Coronavirus getesteten Person registriert worden ist. Ersichtlich ist lediglich das Datum des Kontakts. Der Standort der Begegnung oder die Identität der infizierten Person werden nicht aufgezeichnet. Die Medgate-Angestellten versuchen dann im Gespräch festzustellen, ob zum fraglichen Zeitpunkt eine Übertragung hätte stattfinden können. «Plausibilisieren» nennen das Experten.

Ist eine Infektion plausibel, so weisen die Mitarbeiter der Infoline die App-Nutzer gemäss den Vorgaben des BAG darauf hin, während zehn Tagen nach dem fraglichen Kontakt unnötige Kontakte zu vermeiden und sich ab dem fünften Tag auf Covid testen zu lassen. Ausserdem teilt man ihnen mit, dass sie sich freiwillig beim kantonsärztlichen Dienst melden können.

«Die Kantone wollen diese Daten nicht»

Über diese Empfehlungen hinaus passiert jedoch nichts. Weder wird eine Quarantäne im juristischen Sinn angeordnet, noch wird im Rahmen eines Contact Tracings nach engen Kontaktpersonen der Betroffenen gesucht, die sich zum Vorliegen eines negativen Testresultats zum Meiden unnötiger Kontakte aufgefordert werden.

Und hier setzt die Kritik von Medgate-CEO Andy Fischer an den Kantonen an: Diese weigerten sich aus Angst vor einer Überbeanspruchung der Ressourcen für das klassische Contact Tracing, die SwissCovid-App mit einer wirksamen Rückverfolgung zu unterstützen.

An eine automatische Übermittlung von Daten aus der App an die Kantone denkt auch Fischer nicht. Schliesslich schreibt die gesetzliche Grundlage bei jedem Nutzungsschritt die komplette Freiwilligkeit vor. Doch laut Fischer lehnten es die Kantone sogar ab, dass ihnen die Kontaktdaten der betroffenen App-Nutzer mit deren Einverständnis übermittelt werden. Die Mitarbeitenden der Infoline hielten sich an eine entsprechende Weisung des BAG. Die-



Happige Vorwürfe: Lassen die Kantone die «SwissCovid App» im Stich?

Bild: Anthony Anex/Keystone (Bern, 2. Juli 2020)

ses habe sich erfolglos bei den Kantonen dafür eingesetzt, dass deren Contact Tracer diese Daten entgegennehmen: «Aber die Kantone wollen das nicht.» Nur wenn sich betroffene App-Nutzer proaktiv bei den zuständigen kantonalen Stellen meldeten, würden diese aktiv.

Diese Vorwürfe lassen die Kantone nicht unwidersprochen. Laut dem Luzerner Kantonsarzt Roger Harstall ist eine

direkte Weitergabe der Kontaktdaten durch die Infoline gar nicht möglich, «da der Kontakt mit der Infoline nicht nur freiwillig, sondern auch grundsätzlich anonym erfolgt». Auch der Zuger Rudolf Hauri, Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte, verweist auf die rechtlichen Umstände: «Es ist juristisch heikel, alleine gestützt auf eine App etwa eine Anordnung zur Quarantäne auszuspre-

chen – bei deren Nichteinhaltung Konsequenzen drohen.»

Laufende Gespräche über stärkeres Engagement

Ausserdem sei die geltende Aufgabenteilung klar. «Das BAG und die Kantone haben sich gemeinsam darauf geeignet, dass der Bund die via App identifizierten Personen betreut», so Hauri. Die Kantone übernehmen im Gegenzug die Kontaktierung al-

ler übrigen Infizierten und Kontaktpersonen sowie den Rückkehrenden aus Risikoländern.

Hauri streitet ausserdem ab, dass die Kantone nicht aktiv würden im Zusammenhang mit der SwissCovid-App: «Wenn die BAG-Infoline es als nötig erachtet, dass bei einer via App benachrichtigten Person weitere Massnahmen nötig sind, können diese Personen an die kantonsärztlichen Dienste weiterverwiesen werden.» Wie häufig sich App-Nutzer aufgrund von Hinweisen der nationalen Infoline bei den kantonalen Contact Tracern melden, ist statistisch nicht zentral erfasst. In Luzern etwa war dies bisher einmal der Fall, in Bern waren es mehrere Personen. Gemäss BAG hat die Infoline bisher bei 120 App-Nutzern ein erhöhtes Übertragungsrisiko plausibilisiert.

Dass man sich wegen mangelnder Ressourcen vor zusätzlicher Arbeit drückt, streiten die angefragten Kantone ab und verweisen auf die laufend ausgebauten Kapazitäten beim Contact Tracing, die man bei einem weiteren Anstieg der Fallzahlen skalieren könne.

Von Medgate-CEO Fischers Kritik wollen sich beide Seiten nicht zu einem Streit provozieren lassen. Der Wille zu einer besseren Kooperation im Zusammenhang mit der App scheint vorhanden: Kantonsarzt Hauri verweist auf laufende Gespräche mit dem BAG zur Frage, «ob die Kantone weiter involviert werden sollen». Und BAG und Kantonsärzte bezeichnen die App unisono als «wertvolle Ergänzung zum klassischen Contact Tracing». Man sei daran, erste Erfahrungen mit dieser neuen Methode zu sammeln, und werte sie laufend aus.

Nachgefragt bei Epidemiologe Marcel Tanner

Über 300 Fälle – was heisst das?

Das Bundesamt für Gesundheit meldete gestern 311 neue Corona-Infektionen. Erstmals wurde wieder die Marke von 300 übersprungen. Der Basler Epidemiologe Marcel Tanner von der wissenschaftlichen Taskforce des Bundes erklärt die Bedeutung der steigenden Zahlen.



Marcel Tanner. Bild: zvg

Hat die Überschreitung der 300er-Grenze eine besondere Bedeutung?

Marcel Tanner: Ob 299 oder 311 spielt keine Rolle. Es geht nicht um eine präzise Obergrenze. Entscheidend ist, wie sich die Neuinfektionen im Land verteilen. Finden Hunderte Fälle an einem einzigen Ort statt, kann das Contact-Tracing-System dort bereits bei 200 an sei-

ne Grenzen stossen, weil das System überlastet ist. Ist die Infektionszahl nur an einem Tag über 300, ist das noch machbar. Geht das aber über mehrere Tage, oder steigt die Zahl der Neuinfektionen kontinuierlich an, dann kommt die Kapazität des Contact Tracings in den Kantonen an ihren Anschlag, und wir kommen möglicherweise in eine Welle hinein. Geschieht das aber zum Beispiel nur an einem einzigen Ort, ergibt sich keine flächendeckende Welle für die ganze Schweiz.

Wann kann man bei Infektionen von einer Welle sprechen?

So wie am Meeresstrand, wenn eine Welle alles mitreisst. Der Volksmund spricht von Welle. Eigentlich geht es darum, dass unser System, das Covid-Tracing, dann nicht mehr feststellen kann, wo die Übertragungen stattfinden, und wir nicht

mehr gezielt eingreifen können.

Vor zwei Wochen sind viele aus den Ferien zurückgekehrt. Könnte die hohe Zahl damit zu tun haben?

Das kann sein, das ist sicher eine sehr wichtige Hypothese, die man nun auf jeden Fall prüft. Das macht das Contact Tracing. Zuvor kann ich dazu nichts wissenschaftlich Fundiertes sagen.

Im Moment geht man aber noch von Hotspots aus.

Es handelt sich noch immer um Hotspots. Man muss nun herausfinden, wo diese sind. Dann kann man feststellen, ob das zum Beispiel Ferienrückkehrer aus Spanien sind oder Menschen, die in einer Partymeile in Basel oder Zürich gefestet haben. Die Frage, wo die Übertragungen stattfinden, ist wichtiger als die reine Infektionszahl.

Interview: Bruno Knellwolf

Kantone entscheiden allein über Grossanlässe

Regeln für Fussball und Kultur Trotz steigender Covid-19-Infektionszahlen verzichten Bund und Kantone auf verbindliche Alarmwerte für die Bewilligung von Veranstaltungen mit über 1000 Zuschauern. Bundesrat Berset spricht von «einer Gratwanderung».

Markus Brotschi
und Philippe Reichen

Die Vorfreude bei Fussball- und Eishockeyfans, Opernliebhabern, Theater- und Konzertgängern nimmt zu. Ab 1. Oktober dürfen sie wieder in grosser Zahl an Sport- und Kulturveranstaltungen. Ab dann sind Anlässe mit mehr als 1000 Personen wieder zugelassen, vorausgesetzt, ein geeignetes Schutzkonzept liegt vor. Das hat der Bundesrat entschieden. Die Bewilligungen müssen die Kantone erteilen. Doch nicht alle begeistert die Vorstellung, dass sie nun wieder Grossveranstaltungen zulassen müssen.

In der aktuellen Situation hätten selbst grössere Kantone mit dieser Öffnung so lange zugewartet, bis klar ist, wie sich die Corona-Epidemie entwickelt. Wegen der seit Tagen ansteigenden Infektionszahlen fühlen sie sich in ihrer Skepsis bestätigt. Nun kämpfen sie für möglichst klare Kriterien und genau definierte Grenzen, um Grossveranstaltungen abzusagen oder mit wenig oder gar ohne Publikum durchzuführen, sollte sich die epidemiologische Entwicklung weiter verschärfen.

Dissonanzen vermeiden

Während Fussballclubs und Kulturveranstalter an Sicherheitskonzepten arbeiten, um wieder vor grossem Publikum zu spielen, entsteht in Bundesrat Alain Bersets Innendepartement eine Verordnung, welche die Grossveranstaltungen regelt. Auch die Kantone reden mit. Nächste Woche wird Berset die Verordnung für eine Blitzvernehmlassung in die Kantone schicken. Den Verantwortlichen bleiben vier Tage, sich zur Verordnung zu äussern. Um unliebsame Überraschungen und Dissonanzen zu vermeiden,



Bald füllen sich die Stadien wieder: Abgesehen von der Sitzplatzverteilung will der Bund den Kantonen kaum Auflagen machen. Foto: Keystone

traf sich Berset gestern Nachmittag mit den kantonalen Gesundheitsdirektoren zu einer zweistündigen Arbeitssitzung. Rund 20 Regierungsrätinnen und Regierungsräte kamen nach Bern. Das Ziel des Treffens war, die grossen Linien auszuhandeln, um bereits vor dem Beginn der Vernehmlassung einen breiten Konsens zu haben.

Die grossen Linien sind schon gezeichnet. So gibt die Verord-

nung vor, nach welchen Kriterien Zuschauer auf Sitzplätze verteilt werden müssen. Auch die Maskenpflicht ist definiert. Sonst bleiben den Kantonen viele Freiheiten. Sie können anhand ihrer eigenen Einschätzung der epidemiologischen Lage Grossveranstaltungen bewilligen, aber ebenso Bewilligungen wieder annullieren.

Klar ist: Es wird keine landesweit definierten Parameter ge-

ben, gemäss deren die Kantone Grossanlässe verbieten können oder müssen, falls sich die epidemiologische Lage weiter zu spitzt. Die Kantone können also selbst entscheiden, ob sie hierfür die Anzahl Infektionen, die Anzahl Hospitalisierungen oder allenfalls die Anzahl Todesfälle infolge einer Corona-Infektion als Kriterium nehmen wollen. Einzelne Gesundheitsdirektoren haben beim Treffen mit Bundes-

rat Berset bereits klargemacht, bei Grossanlässen nur die Anforderungen des Bundes zu erfüllen, darüber hinaus aber keine weiteren Einschränkungen zu machen.

Eine konkrete Folge für den Spitzensport könnte sein, dass beispielsweise der FC St. Gallen trotz hoher Infektionszahlen vor Publikum spielen darf, der FC Servette-Genf aber nicht, und dass die St. Galler damit Millio-

neneinnahmen haben und wegen der Präsenz ihrer Fans erst noch einen Wettbewerbsvorteil geniessen.

Alain Berset sprach von «einer Gratwanderung». Man müsse so viel wie möglich klären, aber die Kantone sollen auch Spielraum haben. «Es ist schwierig, Automatismen zu schaffen und Werte zu definieren, aufgrund deren Veranstaltungen nicht mehr durchgeführt werden», so Berset. Auch die Dynamik der Fallzahlen spiele eine Rolle. Ein Kanton könne hohe stabile Fallzahlen aufweisen, während sie in einem anderen auf tieferem Niveau plötzlich nach oben schnellten, sagt der Gesundheitsminister.

Gemeinsame Kriterien

Die Waadtländer Gesundheitsdirektorin Rebecca Ruiz (SP) findet die Haltung des Bundes richtig. «Die Verantwortung für die Corona-Tests und das Contact-Tracing liegt auf unseren Schultern», sagt sie. Diese beiden Instrumente seien bei der Kontrolle der Epidemie entscheidend. Ruiz stellt sich aber vor, dass sich zumindest die Westschweizer Kantone auf gemeinsame Kriterien einigen werden, gemäss denen sie Grossanlässe bewilligen.

Gesundheitsminister Berset ist zuversichtlich, dass die Corona-Krise mit dem föderalistischen Ansatz bewältigt werden kann. «Zentralstaaten funktionieren nicht besser», so der Freiburger. Letzte Woche hat er sich mit Vertretern der Fussball- und Eishockeyprofiligen getroffen. Kommende Woche findet ein nächstes Treffen statt. Im September wird der Bundesrat die Corona-Verordnung über die Grossanlässe definitiv verabschieden.

Die Angst der Schweizer vor Corona ist geschwunden

Neue Umfrage Nur jeder Fünfte fürchtet, dass Covid-19 seine Gesundheit gefährden könnte. 63 Prozent würden sich impfen lassen.

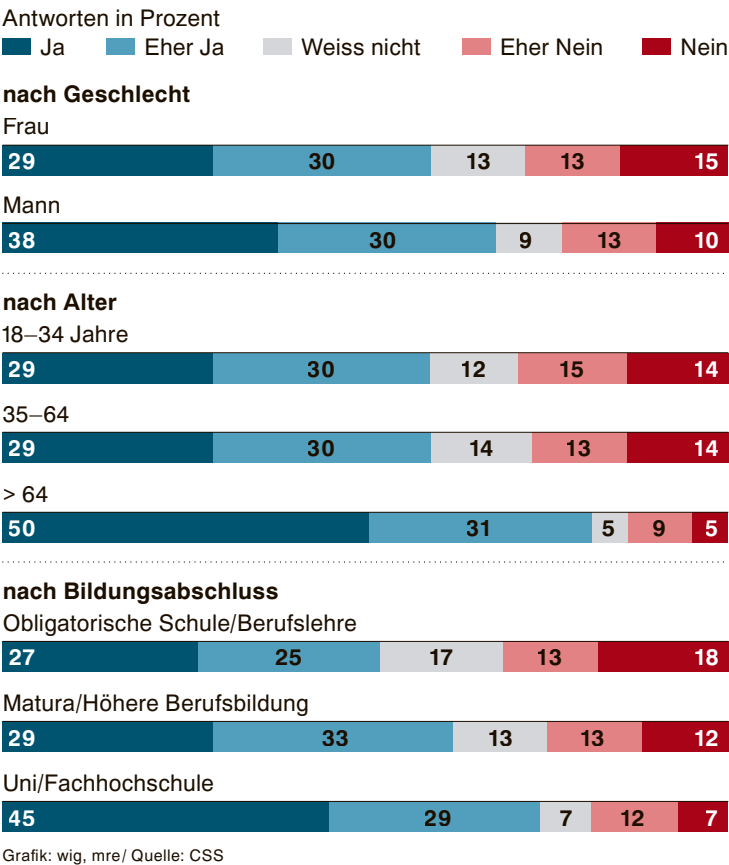
Wie gehen die Schweizerinnen und Schweizer mit dem Thema Krankheit um? Dieser Frage ist die CSS-Versicherung auf den Grund gegangen und hat mehr als 4200 Personen interviewen lassen. Die Resultate sind vor allem deshalb spannend, weil die Umfrage vor dem Lockdown (Anfang März) und noch einmal nach dem Höhepunkt der ersten Corona-Welle (Anfang Juni) durchgeführt wurde.

Der überraschende Hauptbefund der Gesundheitsstudie: Die Bevölkerung stuft Covid-19 nicht wirklich als Gefahr ein. Für lediglich 0,6 Prozent der Befragten ist es die Krankheit, vor der sie sich am meisten fürchten. Krebs, Demenz oder Herz-Kreislauf-Probleme bereiten viel mehr Sorgen. Fast ein Drittel fürchtet sich vor keiner Krankheit.

Risiko Resistenzen

Allgemein werden Pandemien nur von einer Minderheit als Gefahr wahrgenommen. Das sei angesichts der öffentlichen Debatte und der einschneidenden Schutz- und Präventionsmassnahmen in den letzten Monaten

Bereitschaft in der Bevölkerung für eine Covid-19-Impfung



«mehr als bemerkenswert», schreiben die Studienautoren. Im März hatten noch 31 Prozent erhebliche Befürchtungen, dass eine Pandemie ihre eigene Gesundheit gefährden könnte. Im Juni waren es nur noch 22 Prozent.

Die Angst der Schweizer vor Corona hat sich also gelegt. Gemäss der Erhebung dürfte dies an der vorläufigen Eindämmung des Virus liegen, die in relativ kurzer Zeit erfolgte. Überraschend ist die Einordnung von Pandemien im Vergleich zu anderen Gesundheitsgefahren. So empfindet die Hälfte der Befragten zunehmende Antibiotikaresistenzen als grosses beziehungsweise sehr grosses Risiko. Auch psychische Erkrankungen aufgrund von Leistungsstress, Übergewicht sowie die Belastung des Trinkwassers durch Hormone und Pestizide werden als deutlich gefährlicher eingeschätzt als Pandemien. Pestizide im Trinkwasser gefährlicher als eine Pandemie? Und das mitten in der Corona-Krise? Diese Diskrepanz lässt sich laut der Studie mit dem Charakter von

Infektionskrankheiten erklären: Zwar haben alle Menschen Erfahrungen mit Infekten, dennoch werden sie nur von einem Fünftel der Erwachsenen in der Schweiz als bisher gravierendste Krankheitserfahrung angesehen, und nur gerade ein Prozent zählt eine Infektionskrankheit zur grössten Krankheitssorge.

An Schrecken verloren

Trotz ihrer anhaltend grossen Verbreitung hätten gerade die im Alltag leicht übertragbaren viralen Erkrankungen aufgrund von modernen Behandlungsmethoden längst an Schrecken verloren, schreiben die Studienautoren. Dies scheine zu einer Art emotionaler Immunität geführt zu haben. Hinzu kommt, dass – nicht zuletzt aufgrund der umfangreichen Präventionsmassnahmen – nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung bis jetzt direkt oder im eigenen Umfeld mit Covid-19 in Kontakt gekommen ist.

Dennoch sind immerhin 38 Prozent der Ansicht, dass Pandemien ein grosses Risiko für die Gesellschaft sind, nicht

nur gesundheitlich, sondern beispielsweise auch wirtschaftlich.

Frauen sind impfkritischer

63 Prozent der Schweizer würden sich sicher oder wahrscheinlich impfen lassen, falls ein Impfstoff vorhanden wäre. Das sind deutlich mehr als bei der saisonalen Grippe (29 Prozent). Allerdings gibt es je nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand grosse Unterschiede. Die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, ist bei Männern höher als bei Frauen und bei älteren Personen ausgeprägter als bei jüngeren. Je höher die Bildung ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich Menschen impfen lassen wollen. Doch selbst bei den Personen mit einem tieferen Bildungsniveau beträgt der Anteil über 50 Prozent.

Das erstaunt. Denn nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist überzeugt von der Wirkung einer Impfung. Lediglich 22 Prozent der Befragten glauben, dass der Gesundheitsschutz entscheidend ist, ob jemand krank wird oder gesund bleibt.

Yannick Wiget

Maskenpflicht soll Fallzahlen bremsen

Basel-Stadt greift als erster Deutschschweizer Kanton zu Schutzmassnahmen in Läden, Restaurants und auf Schularealen.

Tobias Gfeller

Aufgrund der steigenden Corona-Infektionszahlen verschärft der Kanton Basel-Stadt die Schutzmassnahmen und führt ab Montag eine Maskenpflicht in Läden, auf den Schulgeländen der weiterführenden Schulen und für Mitarbeitende von Restaurants, Clubs und Bars ein. Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) warnt: «Die Tendenz ist beunruhigend. Deshalb ist eine entschlossene Bekämpfung der Pandemie zur Vermeidung einer massiven zweiten Welle notwendig.» Einkäufe und Verpflegung seien Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung. «Die Abstandsregeln in Verkaufslökalen sind jedoch schwer durchsetzbar, insbesondere bei Selbstbedienung und zu Stosszeiten.» Ein sicheres Einkaufen solle für alle möglich sein. Man wolle verhindern, dass Teile der Gesellschaft von diesen alltäglichen Grundbedürfnissen ausgeschlossen würden, ergänzt Anne Tschudin, Sprecherin des Basler Gesundheitsdepartements.

Nachdem die vier Nordwestschweizer Kantone zuletzt gemeinsame Massnahmen verkündeten, unternimmt Basel-Stadt mit der Verschärfung der Maskenpflicht einen Alleingang. Die Kantone stünden nach wie vor im Austausch, so Tschudin. «Wir sehen aktuell, dass schweizweit in städtischen Räumen höhere Infektionszahlen vorherrschen.» Die verschärfte

«Eine einfache Massnahme mit viel Wirkung.»

Anne Tschudin
Sprecherin des Basler
Gesundheitsdepartements

Maskenpflicht soll neben dem direkten Schutz auch eine präventive Wirkung haben. Für das Gesundheitsdepartement ist klar: «Die Maskenpflicht ist eine einfache Massnahme mit viel Wirkung.»

Nimmt Einkaufstourismus wieder zu?

Mit der Maskentragpflicht in Läden will der Kanton auch das Vertrauen in den Detailhandel stärken. Mathias Böhm, Geschäftsführer des Vereins Pro Innerstadt Basel, sieht die Massnahme pragmatisch. Es müsse mit allen Mitteln verhindert werden, dass es noch schärfere Massnahmen braucht, die der Wirtschaft noch mehr schaden würden. Böhm spricht dabei insbesondere von einem zweiten Lockdown. Beispiele aus Deutschland hätten gezeigt, dass die Konsumentenstimmung mit der Maskenpflicht in Läden zwar marginal gesunken

sei, die Volumen der Warenkörbe, die generelle Kauflust und folglich auch die Umsätze jedoch stabil geblieben sind.

Kritischer sieht man die Verschärfung beim Basler Wirtverband. «Das Tragen einer Maske ist für die Mitarbeitenden sehr anstrengend», mahnt Präsident Maurus Ebner. Er befürchtet indirekt negative Folgen für die Gastrobranche, wenn aufgrund der Maskenpflicht die Einkaufsstimmung in Basel zurückgeht. «Sinken die Frequenzen im Detailhandel, spüren dies auch die Restaurants.» Für das Gewerbe entstehe durch die Maskenpflicht ein zusätzlicher Aufwand, weil zu den bestehenden Schutzkonzepten Mitarbeitende kontrollieren müssten, ob die Kundschaft eine Maske trage, kritisiert Patrick Erny vom Gewerbeverband Basel-Stadt. Er befürchtet, dass es im Detailhandel eine Ausweichbewegung in die umliegenden Kantone und insbesondere nach Deutschland geben könnte. «Jetzt fällt im Vergleich zum Ausland der Vorteil, dass bei uns keine Maskentragpflicht in den Läden bestand. Der Faktor Preis gewinnt wieder an Bedeutung.»

Weil gemäss Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) die Disziplin betreffend Abstandhalten an den Schulen seit den Sommerferien nachgelassen hat, wird nun auch an Gymnasien, der FMS und der Berufsfachschule eine Maskenpflicht eingeführt. Diese gilt aber nur auf den Arealen und nicht in den Klassenzimmern, wenn dort der Sicherheitsabstand eingehalten werden kann. Oberstes Ziel sei es, dass die Schulen nicht noch einmal geschlossen werden müssen.



Wer braucht noch eine? Die BVB haben schon Anfang Juli Gratismasken verteilt.

Bild: Key (6.7.2020)

Markant weniger Personen in Quarantäne, trotz relativ stark steigender Fallzahlen

In Basel-Stadt sind gestern fünf neue mit dem Coronavirus infizierte Kantonseinwohner registriert worden. Damit stieg die Gesamtzahl der Infizierten im Stadtkanton auf 1165. In Isolation befanden sich 76 Personen – 4 mehr als am Vortag, wie aus der Coronastatistik des Kantons hervorgeht. In Quarantäne steckten 493 Menschen, 100 weniger als am Vortag. Die Zahl der Todesfälle blieb unverändert bei 53. Baselland verzeichnete gestern

eine Zunahme von 9 auf total 992 Coronafälle. 47 Personen befanden sich in Isolation. In Quarantäne waren 423 Personen, 46 weniger als am Vortag. Die Zahl der Todesfälle verharrt seit Mitte Mai bei 35. Anfang Woche wurde ein positiv getestetes Kind in einem Kindergarten in Bubendorf gemeldet. Die beiden Kindergärtnerinnen wurden in Quarantäne geschickt, weil das Kind engen Kontakt zu ihnen gehabt habe, teilt die Baselbieter Gesundheits-

direktion mit. Ebenfalls mit dem Virus angesteckt hat sich ein Kind der Primarschule Binningen. Da es keinen Hinweis darauf gibt, dass sich weitere Personen in der Klasse oder im Schulhaus angesteckt haben, sind keine Quarantänen angeordnet worden. Ausserdem wurde je ein positiver Fall in der Berufsfachschule Gesundheit (Münchenstein), der KC International School (Oberwil) und der International School (Reinach) verzeichnet. (sda)

«Wir wollen das Leben nicht komplett abwürgen»

Baselland verzichtet im Gegensatz zur Stadt auf eine Maskenpflicht in öffentlichen Innenräumen. Regierungsrat Thomas Weber sagt, weshalb.

Baselland verzichtet im Gegensatz zu Basel-Stadt auf eine Maskenpflicht in öffentlichen Innenräumen. Weshalb?

Thomas Weber: Massgebende Grösse hierfür ist die Zahl der neuen Ansteckungen mit dem Coronavirus. Liegt der Inzidenzwert der vergangenen zwei Wochen bei über 40, wurden also in dieser Zeit mehr als 40 Personen pro 100 000 Einwohner neu infiziert, dann werden weitere Massnahmen erwogen. So haben es die Gesundheitsdirektoren der Kantone Basel-Stadt, Baselland, Solothurn und Aargau vereinbart, als sie sich Anfang Juli auf schärfere Regeln für Bars und Clubs einigten. Wir tauschen uns weiterhin stetig aus. Baselland liegt im Gegensatz zur Stadt derzeit unter diesem Wert. Und zwar deutlich, um einen Faktor zwei bis drei.

Sollte also die Zahl der Neuinfektionen über diesen Wert steigen, dann würde auch Baselland eine Maskenpflicht einführen?

Wir würden diese Massnahme dann erwägen. Der erwähnte Schwellenwert müsste über mehrere Tage überschritten sein und eine steigende Tendenz zeigen. Einen Automatismus gibt es nicht. Zudem spielen für die Beurteilung, ob eine Verschärfung der Massnahmen angezeigt ist, auch andere Faktoren eine Rolle.

Welche?

Entscheidend ist die Zahl der Hospitalisationen; besonders der Patienten, die auf der Intensivpflegestation beatmet werden müssen. Aktuell befindet sich im Baselbiet eine Person wegen Corona in Spitalpflege. Wir sind zum Glück also weit von der Situation im März und

«Wir sind in unseren Spitälern zum Glück weit von der Situation im März und April entfernt.»



Thomas Weber
Gesundheitsdirektor Baselland

April entfernt, als mehrere Dutzend Personen gleichzeitig im Spital waren, davon über ein Dutzend beatmet in Intensiv-

pflege. Eine zweite wichtige Frage ist, ob die Infektionsketten via Contact-Tracing rückverfolgt werden können. Das ist aktuell der Fall. Sind davon im Kanton plötzlich Tausende betroffen, dann funktioniert das System allerdings nicht mehr.

Wirkt es nicht kurios, dass in unserer Region mit ihren kaum erkennbaren Kantons-grenzen unterschiedliche Regeln gelten?

Unmittelbar an Grenzen wirken unterschiedliche Regeln oft willkürlich – das ist an Kantons-grenzen nicht anders als an Landes-grenzen. Eine Maskenpflicht auf dem Dreispitz könnte so gesehen sinnvoll sein. Doch von Liestal an Richtung Oberbaselbiet oder im Laufental ist die Situation dann tatsächlich eine ganz andere. In der Stadt mit ihrer Dichte und Nutzungen ist

Abstandhalten naturgemäss schwieriger als auf dem Land, was zu höheren Coronafallzahlen führen kann. Deshalb sind auch verschiedenartige Massnahmen angezeigt.

Weshalb ist die Baselbieter Regierung derart zurückhaltend, wenn es um schärfere Massnahmen geht?

Man muss schon sehen: Wir haben derzeit nicht mehr viele Massnahmen in der Hinterhand, die helfen, ohne dass sie das Wirtschaftsleben stark einschränken. Wir müssen diese Massnahmen daher mit Bedacht einsetzen. Die Gebote der Zweck- und der Verhältnismässigkeit sind für uns sehr wichtig. Dazu ein Beispiel: Solange wir via Contact Tracing Übertragungswege rückverfolgen können, verbieten wir keine Geburtstagsfeste oder Ähnliches.

Schärfere Massnahmen sollen nur zur Anwendung gelangen, wenn es anders nicht geht.

Verstehen wir Sie richtig: Die Regierung will die Corona-Ansteckungen nicht um jeden Preis tief halten?

Ich möchte es anders formulieren: Wir befinden uns aktuell in der Phase «Leben mit Covid-19», wobei die Regierung den Fokus wieder stärker auf den Aspekt «leben» legt. Das heisst, dass wir das Leben nicht komplett abwürgen wollen, selbst wenn die Coronafälle für ein paar Tage zunehmen. Daher sind wir sehr zurückhaltend beim Aussprechen von Geboten und Verboten. Dass der Gesundheitsschutz eine hohe, aber nicht die ausschliessliche Priorität geniesst, ist für uns klar.

Hans-Martin Jermann

Haben die Corona-Skeptiker recht?

Faktencheck Seit Wochen steht das Buch «Corona Fehlalarm?» des deutschen Ehepaars Sucharit Bhakdi und Karina Reiss ganz oben auf den Verkaufslisten. Wir überprüfen einige Hauptaussagen daraus auf ihren Wahrheitsgehalt.

Alexandra Bröhm und
Felix Straumann

In der Schweiz und in Deutschland steht das Buch «Corona Fehlalarm?» von Sucharit Bhakdi und Karina Reiss seit Wochen auf Platz eins der Bestsellerlisten. Bhakdi ist emeritierter Professor für Mikrobiologie an der Universität Mainz, seine Frau Karina Reiss Professorin für Biochemie an der Universität Kiel. Bhakdi veröffentlichte schon im März mehrere Youtube-Videos, in denen er die Massnahmen zur Pandemie-Bekämpfung in Deutschland kritisierte. Wenige Wochen später gab er Ken Jebsen, der auf seiner Website verschiedene Verschwörungstheorien unter anderem zu Covid-19 propagiert, ein viel beachtetes Interview.

«Corona Fehlalarm?» ist in einem polemischen, anklagenden Grundton verfasst; in zehn Kapiteln enervieren sich Bhakdi/Reiss über die weltweiten Versuche, die Pandemie in Schach zu halten.

Dabei zitiert das Autorenpaar nur einzelne Studien, die grösstenteils aus den Anfangszeiten der Pandemie stammen. Wichtige wissenschaftliche Arbeiten zu den gleichen Themen bleiben unerwähnt. Die Universität Kiel hat sich inzwischen mit einem offiziellen Statement von dem Buch distanziert: «Das Buch enthält tendenziöse Aussagen, die die wissenschaftliche Sorgfalt medizinischer Forschung in Deutschland und international infrage stellen», heisst es in der Stellungnahme der Medizinischen Fakultät. Wir überprüfen einige Hauptaussagen des Buches auf ihren Wahrheitsgehalt.



Zitieren vor allem Studien aus der Anfangszeit der Pandemie: Karina Reiss, Sucharit Bhakdi

— Masken bringen nichts und sind sinnlos
«Wie dumm kann man eigentlich sein – möchte man fragen», heisst es im Buch, gefolgt von einer Liste mit Falschbehauptungen: Es gebe keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass symptomfreie Menschen ohne Husten und Fieber die Erkrankung verbreiteten; einfache Masken würden Viren nicht zurückhalten, und sie würden bekanntermassen auch nicht vor Ansteckung schützen. Vieles ist nicht eindeutig bewiesen, der Nutzen von Masken für Träger und Gegenüber mag beim Coronavirus im Alltag tiefer sein als geglaubt, vielleicht aber auch höher. Das räumt übrigens auch die viel zitierte Metaanalyse im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein. Dennoch rechtfertigen die derzeit vorhandenen Daten den Einsatz von Masken. Unbestritten ist, dass symptomfreie Menschen ansteckend sind, insbesondere kurz bevor



die Erkrankung ausbricht. Inwiefern nach Abklingen der Symptome oder bei Asymptomatischen eine Ansteckung möglich ist, wurde noch nicht restlos geklärt. Die Indizien sind jedoch deutlich genug, um das Risiko ernst zu nehmen.

Und natürlich können Masken Viren zurückhalten, auch einfache chirurgische Masken und selbst solche aus Textil, je nach Material und Verarbeitung. All das lässt sich unter Laborbedingungen gut zeigen.



— Das Virus ist nicht besonders gefährlich und mit der Grippe zu vergleichen
Bei dieser Frage beziehen sich die Autoren vor allem auf eine Studie, die vor fast sechs Monaten erschienen ist und nur Fälle bis zum 2. März erfasst, als die Pandemie in Europa erst so richtig begann.

Sie kritisiert die WHO, die von einer viel zu hohen Sterblichkeit ausgehe. Doch auch hier stammt der zitierte Bericht aus den ersten Märztagen, als man noch wenig wusste. In den letzten sechs Monaten sind unzählige neue Erkenntnisse dazugekommen. Sie werden nicht erwähnt.

Zur Gefährlichkeit des Virus weiss man heute schon einiges mehr. «Unabhängig voneinander und mit unterschiedlichen Methoden bekommen wir aus immer mehr Regionen Studien, die ganz klar zeigen, dass Covid-19 eine viel ernstere Krankheit ist als die saisonale Grippe», sagt Epidemiologe Andrew Az-

man, der an der Universität Genf und der John-Hopkins-Universität in den USA forscht. Azman war an der Studie beteiligt, die im April aufzeigte, wie viele Menschen in Genf bereits Antikörper gegen das Virus hatten.

Die meisten Forscher gehen im Moment von einer Infektionssterblichkeit – also nicht nur bestätigte Fälle, sondern die Dunkelziffer mit eingerechnet – von 0,5 bis 1,0 Prozent aus. Bei den jährlichen Grippeepidemien liegt dieser Wert durchschnittlich bei 0,1 Prozent. An der Grippe erkranken jährlich 5 bis 20 Prozent der Bevölkerung, bei Covid-19 kann dieser Wert ohne Gegenmassnahmen bei 50 bis 60 Prozent liegen wie beispielsweise in Bergamo, wodurch auch mehr Menschen insgesamt sterben.

Dass immer wieder Vermutungen aufkommen, Covid-19 sei nicht besonders gefährlich, hat auch mit der grossen Bandbreite der Symptome zu tun. Bei der Grippe erkranken die meisten Menschen in ähnlichem Masse, bei Covid-19 nicht.

Für das Gesundheitssystem ist Covid-19 zudem belastender, weil die schwer Erkrankten – auch im Gegensatz zur Grippe – Wochen, manchmal Monate auf der Intensivstation verbringen müssen. Und obwohl das Alter ein wichtiger Risikofaktor für einen schweren Verlauf ist, waren es beispielsweise am Universitätsspital Zürich vor allem die 55- bis 70-Jährigen, die mit Covid-19 auf der Intensivstation lagen.

Und schliesslich ist immer noch ungeklärt, wie häufig bei Covid-19 schwere Langzeit-

folgen auch nach milden Verläufen sind.



— Die meisten sterben nicht an Covid-19, sondern mit dem Virus
«Fahre ich zum Test ins Krankenhaus und verunglücke später tödlich beim Autounfall, gerade als mein positives Testresultat vorliegt – bin ich ein Corona-Toter», schreiben Bhakdi und Reiss. Tatsächlich ist es nicht immer einfach zu unterscheiden, ob das Coronavirus bei Verstorbenen die Todesursache war. Doch mit ihrem Beispiel liegt das deutsche Autorenpaar ziemlich daneben. Um in die Covid-19-Statistik zu kommen, muss ein Bezug zur Coronavirus-Infektion beziehungsweise entsprechende klinische Symptome vorliegen.

Um ihre These zu stützen, zitieren Bhakdi und Reiss gerne auch mal verkürzt oder gar falsch. Etwa aus einem Artikel im «The Telegraph» vom März, wonach 88 Prozent der italienischen Corona-Toten nicht ursächlich an den Coronaviren gestorben seien. Die Zahl entspricht jedoch dem Anteil der Opfer mit Vorerkrankung. In der aktuellen wissenschaftlichen Literatur, zum Beispiel in einer Übersichtsarbeit vom Juli im Fachblatt «Jama», ist die Rede von 60 bis 90 Prozent der Covid-Toten im Spital mit Vorerkrankung. Doch mit Diabetes, Bluthochdruck, Übergewicht und anderen Covid-19-Risikofaktoren lässt sich gut und lange leben. Umgekehrt sind beispielsweise schwere Krebserkrankungen, die gerade bei

den über 80-Jährigen rund ein Drittel der Todesfälle ausmachen, bei Covid-19-Opfern als Vorerkrankung untervertreten (6 bis 8 Prozent).

Auch ein hohes Alter bedeutet nicht, dass die Covid-19-Patienten sowieso gestorben wären: Wer heute beispielsweise 84 Jahre alt ist, hat in der Schweiz eine durchschnittliche Lebenserwartung von rund sieben Jahren.



— Der Schaden einer Corona-Impfung wäre grösser als jeder denkbare Nutzen
Immerhin, Bhakdi und Reiss sind keine Impfgegner. «Wir halten fest: Es gibt sehr viele Impfungen, die sinnvoll sind», schreiben sie. Eine allfällige, noch nicht existierende Impfung gegen das Coronavirus will ihnen dennoch nicht in den Kram passen.

Bei den Gründen können sie sich allerdings nicht so recht entscheiden. Zum einen bemängeln sie das hohe Tempo bei der Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen, was tatsächlich beträchtliche Risiken birgt und von vielen kritisiert wird. Bei den anderen Kritikpunkten argumentieren sie mit vermeintlichen Fakten, die aber alles andere als geklärt sind. Zum Beispiel, dass viele durch eine Kreuzreaktivität mit saisonalen Coronaviren bereits geschützt seien. Darüber rätseln seriöse Wissenschaftler allerdings bis heute.

Auch behaupten Bhakdi und Reiss fälschlicherweise, dass Impfstoffe die zelluläre Immunantwort grundsätzlich nicht ver-

stärken könnten. Erste Versuche mit verschiedenen Covid-19-Impfstoffkandidaten haben das längst widerlegt.



— Der Lockdown war überflüssig
Nicht nur der Lockdown sei überflüssig gewesen, schreiben die Autoren, sogar das Absagen von Grossveranstaltungen habe «nichts gebracht». In der Schweiz sind sich die Experten jedoch einig, dass der Lockdown hierzulande Tausende Todesfälle verhindert hat.

Auffällig sind in diesem Zusammenhang auch die Todesstatistiken aus Schweden, wo es keinen Lockdown gab. Allerdings hatte auch Schweden gewisse Massnahmen in Kraft. Trotzdem starben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Schweden so viele Menschen wie seit 150 Jahren nicht mehr. Es ist die Ironie dieser Pandemie, dass sich manche Pandemien gegen die Massnahmen wehren, gerade weil sie gewirkt haben und einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems verhindert haben.



Sucharit Bhakdi, Karina Reiss
Corona Fehlalarm?



Daten, Fakten, Hintergründe.
Verlag Goldegg
2020. 60 S.,
ca. 22 Fr.

Basel Stadt Land Region

«Es ist an den Aktiven, zu sagen, welche Fasnacht sie wollen»

Corona-Schutzkonzept Seit Juni arbeitet das Fasnachts-Comité an der Fasnacht 2021. Ein Schutzkonzept besteht bis jetzt nicht. Obfrau Pia Inderbitzin denkt an eine Quartierfasnacht und vertraut dabei auf die Kreativität der Fasnächtler.

Dominik Heitz und
Andrea Schuhmacher

An der Cliquenpräsidentenkonferenz hatten die meisten darauf gehofft, dass das Fasnachts-Comité ein grobes Schutzkonzept für die Fasnacht vorlegen würde. Das war nicht der Fall. Im Gegenteil: Mit dem Aufruf an alle Fasnächtler, doch Ideen für die Durchführung der nächsten Fasnacht zu liefern, scheint für manche das Comité eher hilflos gewirkt zu haben. Wissen Sie, es war bisher nicht die Aufgabe des Comité, die Fasnacht zu organisieren, sondern nur den Cortège, also neun der 72 Stunden. Und das soll im Übrigen ab 2022 auch wieder so sein. Wir sind bereit – damit überhaupt eine Fasnacht stattfinden kann –, 2021 viel mehr zu leisten. Dazu brauchen wir den Input der Fasnächtlerinnen und Fasnächtler; wir organisieren nicht Sachen, die niemand will, wir machen nicht Schutzkonzepte für Veranstaltungen, zu denen niemand hingeht. Wir haben selber schon Ideen, wir haben am Montag auch welche präsentiert, aber es ist an den Aktiven, zu sagen, welche Art von Fasnacht sie 2021 wollen. Ich finde dieses Vorgehen ziemlich mutig, wir vertrauen auf die Kreativität der Fasnächtlerinnen und Fasnächtler.

Was hat das Comité denn bisher gemacht?

Wir arbeiten seit Juni an der Fasnacht 2021. Wir haben uns zuerst beraten lassen, und zwar vom Basler Epidemiologen Marcel Tanner; er ist auch Mitglied der Taskforce des Bundesrates. Seither glauben wir: Eine Fasnacht sollte möglich sein; es braucht allerdings ein gewisses Schutzkonzept, und grosse Menschenansammlungen sind zu vermeiden. Dann begannen wir, zu planen und Ideen zu spinnen – auch Utopisches. Anschliessend gaben wir an die Cliquen die Sommerpost heraus, in der wir mitteilten, dass wir die Fasnacht zu planen beginnen und auch eine Plakette herausgeben wollen. Nach der Sommerpause sassen wir mit der Regierung zusammen, um sie ins Boot zu holen.

Was kam dabei heraus?

Wir legten dar, dass wir eine Projektleitung brauchen, die einerseits aus Chefbeamten und andererseits aus Comité-Mitgliedern besteht. Wir durften diesbezüglich Wünsche anbringen und bekamen die auch erfüllt. Es sind Leute, die eine gewisse Kompetenz haben; das ist wichtig. Und nun wird nächste Woche die erste Sitzung stattfinden mit dieser Projektleitung.

Welche Chefbeamten hattet ihr euch denn gewünscht?

Wir wünschten uns Fasnächtler, stellten eine Wunschliste auf und bekamen die Leute, die wir uns gewünscht hatten.

Wurden euch von der Regierung gewisse Vorgaben gegeben?



Comité-Obfrau Pia Inderbitzin kann sich durchaus Quartierfasnachten vorstellen – «vielleicht eröffnet uns das neue Chancen». Foto: Nicole Pont

Nein, bis jetzt überhaupt keine, sie ist vollkommen offen für Ideen. Aber das Virus setzt uns Vorgaben und Grenzen; der Schutz der Bevölkerung geht vor.

Nächste Woche also habt ihr eine erste Sitzung mit der Projektleitung. Es soll auch einen runden Tisch geben, an dem all die eingesandten Ideen behandelt werden. Wann können die Fasnächtler mit einer nächsten Information von euch rechnen?

Das müssen wir noch ein wenig offenlassen, denn wir müssen zwei Themenstränge behandeln: zum einen die Vorfasnacht wie Drummeli und Preistrommeln und -pfeifen, zum anderen die Strassenfasnacht. Wir denken, wieder im November/Dezember informieren zu können.

Fasnachtsumzüge in Möhlin abgesagt

Wie die Fasnachtszunft Ryburg und die Meler Galgevögel in einer Medienmitteilung bekannt geben, werden sie ihre Anlässe in Möhlin im Kanton Aargau an der Fasnacht 2021 nicht durchführen. Dazu zählen die beiden Fasnachtsumzüge vom Sonntag und Dienstag sowie das Guggerkonzert. Nebst der Planungsunsicherheit seien auch die geforderten Auflagen der kantonalen Gesundheitsbehörden kaum umsetzbar, deshalb sei man «schweren Herzens» zu diesem Entscheid gekommen. (and)

Das Comité spricht im Moment von fasnächtlichen Aktivitäten, nicht aber von der Fasnacht. Wird es denn überhaupt so etwas wie den Cortège geben? Das ist ein schwieriger Punkt. Wir müssen die ganze Fasnachtsszene auseinandernehmen, um grosse Menschenansammlungen zu verhindern. Was es genau geben wird, können wir im Moment noch nicht sagen. Wie gesagt: Wir wollen die Ideen der Fasnächtlerinnen und Fasnächtler und der Bevölkerung miteinbeziehen.

Als Idee hat das Comité den Morgenstreich im Quartier vorgeschlagen. Überspitzt gesagt: Schwebt euch eine Fasnacht in Quarantänesektoren vor? Im Gegenteil: Es ist eher ein Zurück zu den Wurzeln. Früher haben wir Quartierfasnachten gehabt, weshalb dies also nicht wieder einmal ausprobieren? Vielleicht eröffnet uns das neue Chancen. Dazu brauchen wir die Behörden, die mitmachen, und wir brauchen die Fasnächtler, denn die müssen das mittragen. Es wird sicher Einschränkungen geben; die Fasnacht wird nicht so sein, dass sie 72 Stunden geht – vom Montag 4 Uhr bis Donnerstag 4 Uhr. Gerade im Quartier geht das ja nicht.

Die meisten Quartiere sind das ja auch nicht mehr gewohnt. Richtig. Man muss die Bevölkerung einbeziehen, damit die

«Man muss die Bevölkerung einbeziehen, damit die nicht mit Eiern zu werfen beginnt.»

nicht mit Eiern zu werfen beginnt, wenn eine Clique vorbeimarschiert.

Vor einer Woche kam die Idee einer Solidaritätsplakette für Laternenmaler, Larvenmacher und Kostümschneiderinnen auf. Wie steht das Comité dazu? Ich denke, man muss die Sorgen dieser Künstler ernst nehmen. Ich habe schon mit Vertretern von ihnen gesprochen und gesagt, dass es wenig sinnvoll ist, sich mit Plaketten gegenseitig das Wasser abzugraben – gerade in einer Zeit, da die Leute nicht mehr so viel Geld haben. Grundsätzlich stehen hier die Cliquen in der Verantwortung. Wir als Comité können den Künstlern kein Geld geben; unser Geld ist ausdrücklich für die Subventionen der Cliquen bestimmt. Aber ich habe an der Präsidentenkonferenz Vorschläge unterbreitet: Direktsubventionen des Comité oder Teile des Fasnachtsbeitrags, den Cliquenmitglieder leisten,

könnten von den Cliquen an Künstler weitergegeben werden.

Bei Fussballclubs bestehen bereits klare Schutzkonzepte für die Durchführung von Spielen in Stadien. Wie detailliert sieht das Schutzkonzept für das offizielle Preistrommeln und -pfeifen und das Drummeli aus? Wir arbeiten daran. Beim Drummeli sind wir am Ausloten der Eventhalle; diese kann gut in Sektoren eingeteilt werden. Das Musical-Theater ist bei den Zugängen für das Publikum wenig grosszügig ausgelegt, vor allem aber hinter der Bühne ist es für die 1000 Mitwirkenden sehr eng. Gespräche darüber finden bereits statt.

Und beim Preistrommeln: Bleibt es beim Volkshaus? Das ist noch nicht klar. Es gibt da verschiedene Szenarien: zum Beispiel mit ganz wenig Publikum oder gar ohne Publikum oder dass man es als Livestream überträgt.

Die 1. Lektion fällt aus? Ja, weil es einfach zu eng ist im Zelt. Aber vielleicht kommt von den Cliquen auch eine gute Idee, wie man dezentral auch während der Fasnacht etwas durchführen kann.

Es bleibt wohl bei vielem bis zum Schluss beim «Vielleicht»... Ja, aber wir wollen jetzt nicht einfach warten oder bereits absagen, weil es uns zu aufwendig ist.

Die Fasnächtler haben zu Recht eine gewisse Erwartung an uns und wir auch an uns selber. Auch können wir eine Entscheidung nicht einfach den Behörden überlassen; wir müssen jetzt das Heft in die Hand nehmen. Selbst wenn wir eigentlich nicht für die ganzen drei Tage Fasnacht zuständig sind.

Wie wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Behörden? Sehr wichtig. Wir brauchen die Behörden, um etwa auch die «wilden Fasnächtler» informieren zu können, an welche Spielregeln sie sich während der Fasnacht halten müssen.

Zur Fasnacht gehören auch die Zuschauer. Wie will man hier grosse Menschenansammlungen verhindern? Durch eine Dezentralisierung der Fasnacht kann man auch hier die Menschenströme steuern. Zuschauer werden wohl eine Maske anziehen müssen. Ich glaube aber, es wird vor allem eine Fasnacht «für uns» sein.

Die Quartierfasnacht kommt Ihnen wohl auch entgegen, weil sie seit mehreren Jahren dafür plädieren, dass im Kleinbasel mehr Fasnacht gemacht wird. Es besteht nun die Chance, neue Elemente in die Fasnacht einzubringen. Die Fasnacht entwickelt sich ja immer weiter. So könnten auch mal die Quartierbeizen von der Fasnacht profitieren.

Wollen Sie damit indirekt sagen, dass die Fasnacht festgefahren ist? Nein, überhaupt nicht. Aber der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Der Fasnächtler weiss genau, was am Morgenstreich passieren wird, bekommt aber trotzdem jedes Mal Gänsehaut. Das ist doch schön. Aber neue Elemente sind auch toll. Wir wollen wegen Corona die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern die Fasnacht 2021 auch als Chance begreifen, als Chance für die Kreativität.

ANZEIGE

Nur gemeinsam bleiben wir gesund!

WASSER + SEIFE ALS STANDARD SETZEN

[A][M][K][B]

Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe

für Schutz auf Baustellen



Ein Demonstrationsspaziergang gegen die Maskenpflicht in Altdorf. Mit dabei waren auch die «Freunde der Verfassung», die gegen das Covid-19-Gesetz das Referendum ergreifen wollen. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Entsteht hier eine neue politische Kraft?

Gegner von Corona-Massnahmen Nach der Verabschiedung des Covid-19-Gesetzes im Nationalrat wird eine bunte Gruppe von Gegnern das Referendum ergreifen. Wer sind diese Leute? Und warum sind die so wahnsinnig gut vernetzt?

Philipp Loser
und **Markus Brotschi**

Sie habe gerade eben ein SMS mit einer Studie erhalten, sagt Yvette Estermann am säuberlich mit Plexiglas eingefassten Rednerpult des Nationalrats. Diese Studie bestätige, dass sämtliche Corona-Massnahmen bisher völlig wirkungslos geblieben seien. Weltweit. Die SVP-Nationalrätin blickt in Richtung Bundeskanzler Walter Thurnherr, auch er hinter Plexiglas. «Wenn alles nichts nützt: Was tun wir die ganze Zeit?»

Thurnherr, nicht gerade auf den Mund gefallen, antwortet: «Ich kann Sie beruhigen, ich bekomme auch viele Zuschriften.» Leises Gekicher hinter dem Bundeskanzler, leises Gekicher im Saal, Estermann ab.

Die E-Mails zitierte «Studie» hatten die meisten Nationalrätinnen und Nationalräte da schon zu Gesicht bekommen, in einem E-Mail mit dem Betreff «Weltweites Totalversagen». Es war eines von Hunderten E-Mails, die die Parlamentarier vor der Debatte über das Covid-Gesetz von dieser Woche zugeschickt erhielten. Er sei ja einiges an Post gewohnt, sagte Grünen-Präsident Balthasar Glättli, «aber das übersteigt alles».

Die E-Mails deckten ein ziemlich breites Spektrum ab. Impfgegner, Verschwörungstheoretiker, besorgte Grossmütter, kritische Hausärzte. «Sie sitzen diese

Woche im Bundeshaus, um zu entscheiden, ob Sie dem Antrag des Bundesrates auf Verlängerung der Sofortmassnahmen bis 2021 zustimmen. Wir Schweizer sind damit nicht einverstanden», schrieb jemand. Ein Zweiter bot einen Lottogewinn an, um Härtefälle zu entlasten, eine Dritte dichtete:

Geehrte Frau'n und Herr'n in Bern, ich schreibe diesen Brief von fern, weil es mich dränget, Euch zu sagen: Artikel 2, der tut mich plagen!

Sogar Sucharit Bhakdi, Co-Autor des umstrittenen Buchs «Corona: Fehllarm?», schickte per Youtube eine Nachricht an die «lieben Parlamentarier in der Schweiz». Diese stünden vor einer Abstimmung, die so zukunftsweisend wie keine zuvor sei.

Erstaunlich gut organisiert

Anlass für die Schwemme an Post war die Überführung der via Notrecht erlassenen Corona-Massnahmen ins ordentliche Recht, die in dieser Woche in beiden Kammern stattfindet. Dagegen zeichnet sich schon länger Widerstand von der Strasse ab, und dieser ist erstaunlich gut organisiert.

Ende Mai wurde ein Verein mit dem Namen «Freunde der Verfassung» gegründet, dessen Zweck es ist, bei «Verstössen gegen die Verfassung» aktiv zu werden. «Wir müssen bis zur Herbstsession so viele politische Muskeln aufgebaut haben, dass

das Gesetz zurück an den Absender geschickt wird», sagte Christoph Pfluger, Sprecher des Vereins, während einer Kundgebung im Sommer. Es brauche nun einen mutigen Schritt in die direktdemokratische Realität der Post-Corona-Zeit. Keinen Platz in dieser Realität hat da das neue Covid-19-Gesetz. Weil es Notrecht unter anderem Namen sei, weil es für dringlich erklärt wurde und ein Referendum keine aufschiebende Wirkung hätte. «Die Pandemie ist faktisch vorbei. Das ist kein medizinischer Virus, das ist ein politischer!»

Auch unter Staatsrechtlern ist das Gesetz umstritten. Staatsrechtler Markus Schefer drückte mehrmals sein Unverständnis darüber aus, warum das Parlament dem Bundesrat ohne Not Kompetenzen übertrage.

Diese Kritik war auch während der Beratung des Gesetzes ein Thema und wurde vor allem von der SVP vorgetragen. Die Begründungen, die der Bundesrat für die Massnahmen herangezogen habe, seien mittlerweile widerlegt oder obsolet, sagte Thomas de Courten. «Es ist weiterhin umstritten, wie neu, wie infektiös oder wie tödlich das Virus ist.» Allerdings sah sich die SVP in einem Dilemma. Hätte sie das Gesetz zum Absturz gebracht, könnte der Bundesrat mit Notrechtskompetenzen weiterregieren. Deshalb unterstützte auch nur die Hälfte der SVP die Anträge auf Nichteintreten und Rück-

weisung aus den eigenen Reihen. Der Nationalrat verankerte im Covid-19-Gesetz einen ganzen Strauss an staatlichen Massnahmen gegen die Krise. Vieles sind Kann-Formulierungen, die es dem Bundesrat wie bisher ermöglichen, wenn nötig einzugreifen. Dabei geht es einerseits um wirtschaftliche Hilfe für einzelne Branchen, die von rechts bis links mitgetragen wurden.

Der Nationalrat paukte das Corona-Gesetz innert acht Stunden durch, bereits heute Donnerstag ist nun der Ständerat an der Reihe.

Umstrittenes Gesetz

Nicht nur die SVP konnte wenige Akzente setzen. Auch die Linke scheiterte mit ihren Anträgen, die Corona-Hilfen noch auszubauen. So lehnte es der Nationalrat ab, die Reserven der Krankenkassen anzuzapfen, um damit die Prämien zu senken. Ebenso verwarf er eine Umsatzgarantie für die Eventbranche und den 100-prozentigen Lohnersatz bei Kurzarbeit für Angestellte mit tiefen Löhnen.

Festgeschrieben werden auch besondere Kompetenzen des Bundesrats zur Sicherung der Gesundheitsversorgung während der Pandemie. Dies betrifft etwa erleichterte Zulassungsverfahren für Medikamente gegen Covid-19 – zu einer allfälligen Impfung steht im Gesetz aber nichts.

Christoph Pfluger vom Verein der «Freunde der Verfassung»,

der hauptberuflich die Zeitschrift «Zeitpunkt» herausgibt, hatte Freude an den diversen Abänderungsanträgen – an der grundsätzlichen Kritik am Gesetz hält er allerdings fest. «Hier wird der Souverän entmachtet.» Ihn stört immer noch die Dringlichkeit des Gesetzes – wenn ein allfälliges Referendum angenommen würde, hätte das Gesetz die Hälfte seiner Lebensdauer schon hinter sich (es soll bis Ende 2021 gelten).

Ob der Verein das Referendum tatsächlich ergreift, will der Vorstand diese Woche diskutieren – der Entscheid ist aber so gut wie gefallen. Dass der Verein mit seinen aktuell rund 700 Mitgliedern auch referendumsfähig ist, davon geht Internetaktivist und Kampagnenexperte Daniel Graf

Beschlüsse des Nationalrats

Der Bundesrat erhält mit dem Covid-19-Gesetz die Kompetenz, der Eventbranche, Schaustellern, Reiseveranstaltern und Touris-musbetrieben finanzielle Hilfe zu leisten. Kulturbetriebe und die Kulturschaffenden werden mit maximal 100 Millionen Franken unterstützt. Auch der Covid-Erwerbsersatz kann weiterhin gewährt werden, und Sportvereine sollen einfacher an Geld kommen. Bundesgelder erhalten auch die Medien: Der Bund übernimmt während der Krise die Kosten für den Zeitungstransport. (red)

aus. Er beobachtet die Online-Aktivitäten der Corona-Kritiker schon länger und attestiert ihnen eine erstaunliche Professionalität. «Das ist eine sehr strategische Mobilisierung, und ich glaube, die Chancen stehen gut, dass dieses Referendum zustande kommt.»

Da entstehe gerade etwas, sagt Graf, auch abseits des Referendums, und es werde spannend, zu beobachten, ob dieser bunte Haufen von Corona-Kritikern von irgendwem aufgesogen werde – oder ob eine eigene Bewegung entstehe.

Sehen wir gerade die Entstehung einer Schweizer Querfront? So wie es in Deutschland geschehen ist? Extrem vernetzt in den sozialen Medien, immer auf Sendung, immer leicht empört? «Wir haben eine längerfristige Perspektive», sagt Christoph Pfluger. Der Verein denkt über eine Volksinitiative nach – zum Thema Notrecht, aber auch im Umfeld des Bankenplatzes. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier dürfte nicht zum letzten Mal von den «Freunden der Verfassung» gehört haben. Oder wie es die unbekannte Dichterin formulieren würde:

Hab' anvertraut Euch meine Sorgen – ich denk' an Euch heut und auch morgen. Jetzt grüss' ich Euch, Ihr Frau'n und Herr'n, im schönen Bundeshaus zu Bern.

«Es war, als hätten wir die Pest»

Corona in Altersheimen Nirgends forderte das Virus mehr Menschenleben als in Institutionen für Betagte. Nach erneuten Ausbrüchen drohen wieder Besuchsverbote. Der oberste Kantonsarzt ist skeptisch. Er appelliert an die Solidarität.

Roland Gamp und
Marc Brupbacher

Als ein Senior das erste Mal hustete – ziemlich stark sogar –, blieb das Personal ruhig. «Niemand glaubte so richtig daran, dass dieses Virus bis zu uns kommt», sagt die Leiterin für Pflege und Betreuung. Doch Corona hat bereits einen Weg in das Alterszentrum in der Ostschweiz gefunden. Innert wenigen Tagen steckt sich ein Drittel der insgesamt 52 Bewohnenden an. Elf von ihnen starben schliesslich an den Folgen von Covid-19.

Es handle sich um ein besonders hinterhältiges Virus, sagt die Geschäftsführerin des Altersheims, das hier anonym bleiben soll. «Man sieht es nicht kommen. Aber wenn man es einmal im Haus hat, bringt man es fast nicht mehr heraus.»

Über 1000 Todesfälle in Schweizer Altersheimen

Probleme wie diese kennen deutlich mehr Altersheime in der Schweiz als bisher angenommen. Über 200 von insgesamt 1566 haben in den letzten Monaten positiv getestete Personen beherbergt. Mindestens. Denn die Umfrage des Tamedia-Recherchedesks, das alle Kantone zum Thema befragt hat, wurde schon Ende Juni verschickt. Sie ergab, dass insgesamt 1070 Todesfälle von Bewohnerinnen und Bewohnern auf eine Corona-Erkrankung zurückzuführen waren. Das ist weit mehr als die Hälfte aller Menschenleben, die das Virus bis heute gefordert hat.

«Es war, als hätten wir die Pest», erinnert sich die Pflegeleiterin des Ostschweizer Altersheims. «Alle hatten Angst, das Haus zu betreten, sogar der Pfarrer.» Der Arzt sei eigentlich nur noch kurz vorbeigekommen, um Todesfälle zu bestätigen. Eingeargt habe sie die Betroffenen selbst, eingehüllt in Plastikkittel, Handschuhe und Schutzmaske. «Ein würdiger Abschied war kaum möglich.»

Die Schweiz hatte die Situation unterschätzt. In den Heimen, aber auch beim Bund. So steht in einem Sitzungsprotokoll des Corona-Bundesstabs für Bevölkerungsschutz vom 9. März: «Heime sollen generell nicht geschlossen werden.»

Skibrillen anstelle von Schutzbrillen

Trotzdem verhängten die Kantone wenige Tage später rigorose Besuchsverbote. Doch auch so liess sich das Virus nicht mehr aufhalten. Es fehlte an Schutzmaterial, um die Übertragung zwischen Personal und Senioren zu verhindern. In einer Zürcher Einrichtung nutzten die Pflegenden Abfallsäcke anstelle von medizinischen Kitteln, in Freiburg Ski- statt Schutzbrillen.

Und das, obwohl die Heimleitungen hätten vorsorgen müssen. Der Pandemieplan des Bundes empfiehlt etwa, Masken für drei Monate vorrätig zu halten. Doch viele Institutionen kamen dem nicht nach. «Als die Welle anrollte, wurden alle überfahren», sagt Markus Leser, Leiter des Fachbereichs Alter



Kontakt nur durch die Scheibe: Auch im Basler Alterszentrum Holbeinhof galt ein striktes Besuchsverbot. Foto: Kostas Maros

«Ein striktes Besuchsverbot wäre für Bewohnende wie Angehörige des Déjà-vu, das es zu verhindern gilt.»

Ruth Mettler Ernst
Geschäftsführerin der Unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter

beim Heimverband Curaviva. «Tatsächlich kam es vielerorts zu Engpässen. Was unter anderem daran liegt, dass der nationale Pandemieplan nicht auf ein so starkes Virus ausgelegt ist.»

Leser fordert nun Anpassungen, «sodass Altersheime künftig über mehr Schutzmaterial verfügen».

Welche Lehren sind daraus politisch zu ziehen?

Auch das Parlament wird sich mit der Frage beschäftigen, ob Altersheime gut genug vorbereitet waren. Nationalrätin Barbara Gysi (SP) hat diese und weitere Fragen in einem Postulat eingereicht. Sie will auch wissen: «Welche Lehren sind im Hinblick auf eine mögliche zweite Welle der Corona-Krise zu ziehen?»

Eine Antwort darauf braucht es rasch. Denn aktuell kommt es wieder vermehrt zu Ausbrüchen. In Bulle FR sind kürzlich 21 Betagte und 13 Angestellte in einem Altersheim positiv getestet worden. In Siviriez FR waren es gar 53 Fälle, sieben davon mit Todesfolge. Und das Pflegezentrum Eulachtal in Elgg ZH registrierte insgesamt 35 Infizierte.

Solche Nachrichten überraschen Rudolf Hauri nicht. «Und es wird zu weiteren Ausbrüchen kommen in Heimen», sagt der Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte. «Das lässt sich bei einer Öffnung der Institutionen auch mit noch so guten Schutzkonzepten nicht verhindern.»

Die Besuchsverbote für Altersheime sind in den meisten Kantonen seit Mai aufgehoben. «In den letzten Monaten hat es gut funktioniert», sagt Hauri. «Das Virus ist vor allem bei jüngeren zirkuliert, und es gab kaum Durchmischungen mit der älteren Bevölkerung.»

Doch jetzt sinke die Vorsicht, man besuche Eltern oder Grosseltern wieder unbeschwerter. «Wir hatten eine Phase, in der man dachte, das Virus könnte bald verschwinden», sagt Hauri. «Da hat der ausgeprägte Solidaritätsgedanke, dass ich mich selber einschränke, um andere zu schützen, natürlich abgenommen.» Der Kantonsarzt appelliert nun an diese Solidarität. «Wir müssen uns alle bewusst sein, dass das Virus da ist. Und dass wir vor allem ältere Menschen schützen müssen.»

Eine Auswertung der BAG-Daten zeigt: In den vergangenen Monaten infizierten sich vor allem Personen zwischen 20 und 30 Jahren. Doch zuletzt stieg die Zahl der Ansteckungen bei Senioren wieder an. Virginie Maserey, Leiterin der Sektion Infektionskontrolle des BAG, warnte am Donnerstag vor den Medien: «Wenn die Fallzahlen ansteigen, droht wieder ein Besuchsstopp in vielen Einrichtungen.»

Diese Aussicht bereitet Fachorganisationen Sorgen. «Sollte es erneut zu Einschränkungen kommen, muss das Besuchsrecht in besonders schwierigen Situa-

tionen, zum Beispiel bei Demenz, Blindheit oder in der Sterbephase, grosszügiger und individueller gehandhabt werden», sagt Ruth Mettler Ernst, Geschäftsführerin der Unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter.

«Es fühlte sich an wie im Gefängnis»

Bei dieser gingen in den ersten Wochen, in denen Kantone die Heime abriegelten, über 50 Beschwerden ein. «Isolation, fehlende körperliche Nähe und Leben in Angst haben negative körperliche oder seelische Folgen», sagt Mettler. «Ein sehr striktes Besuchsverbot, wie es von einigen Institutionen umgesetzt wurde, wäre für Bewohnende

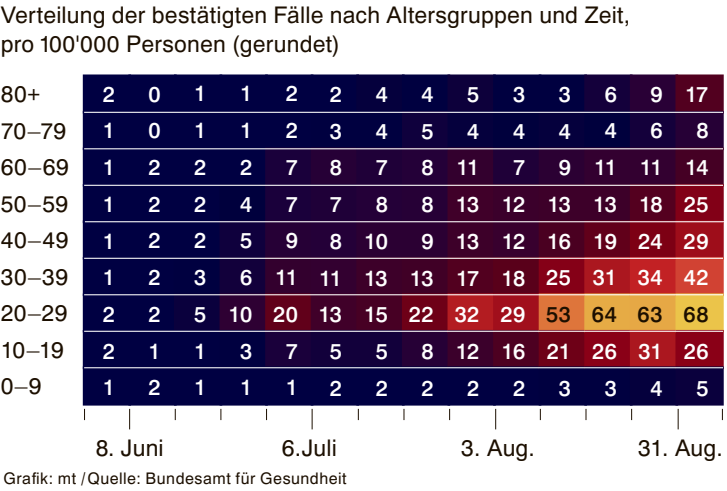
wie Angehörige das Déjà-vu, das es mit allen Mitteln zu verhindern gilt.»

Ein allgemeines Besuchsverbot kommt auch für Kantonsarzt Hauri nicht infrage. «Dies kann bei einzelnen Institutionen helfen», sagt er. «Aber flächendeckend steht das nicht zur Diskussion. Die psychischen Folgen einer totalen Abschottung sind zu schwerwiegend.»

Was Betagte durchmachen müssen bei einer Isolation, zeigte sich im eingangs erwähnten Ostschweizer Heim. «Ich habe den ganzen Tag nur die Wände anschauen können», sagt ein 93-jähriger Rentner.

Es habe sich angefühlt «wie im Gefängnis».

In der Schweiz stecken sich vermehrt auch wieder die älteren Personen an



Treffen mit einem «Corona-Skeptiker»

Covid-19-Demonstrationen Der Basler Männerarzt Marco Caimi kennt nur noch ein Thema: Corona. Auf Youtube und an Demos will er die Gesellschaft wachrütteln. Unser Autor wollte wissen: Ist er ein Verschwörungstheoretiker oder ein kritischer Bürger?

Joël Hoffmann

Es wäre ein Leichtes, den Basler Männerarzt und Kabarettisten Marco Caimi als Verschwörungstheoretiker, Corona-Clown oder gar Covidioten zu verunglimpfen. Die Munition dafür liefert er schliesslich selber: «Wir lehnen eure Mikrochips unter der Haut ab!» Oder: «Wir lehnen die Masken (...) die als sichtbares Herrschaftsinstrument eingesetzt werden, ab.» Oder: «Mr. Bill Gates (...) Mr. George Soros (...) Frau Merkel (...) Herr Engelberger (...) und an alle anderen skrupellosen Oligarchen und eingeschüchterten Politiker: Wir sagen friedlich und höflich: Nein danke!» Dies und Weiteres sagte Caimi in seiner Rede an der Corona-Skeptiker-Demo vom 29. August in Zürich unter dem Motto «Zurück zur Freiheit».

Doch Caimi ist mehr als diese Aussagen. Er ist ein Beispiel dafür, wie eine Krise die Psyche eines Menschen und der Gesellschaft beeinflussen kann. Er ist ein Beispiel dafür, wie rasch man nach Fehlleistungen von Politik und Medien in den Dunstkreis von Verschwörungstheoretikern gerät. An seiner Person kann man zeigen, dass die Grenze zwischen legitimer Kritik und Hysterie fliessend ist.

«Ich hatte Verständnis für den Lockdown»

Caimi empfängt mich in seiner Praxis an den Neuweilerstrasse. «Darf ich Ihnen die Hand geben», fragt er. Ein Handshake wie vor einem Boxkampf, mit dem wir beide rechnen. Er hat mich in Erwartung eines «sicher auch giftigen» Gesprächs in seinem Youtube-Video angekündigt. Und an der Demo rügte er schliesslich: «Die Medien! Was seid ihr für eine Enttäuschung geworden.» Journalisten würden Menschen, die wie er für Grundrechte eintreten, nicht anhören, sondern beruflich und menschlich diffamieren. Der gepflegte 58-Jährige trägt Hemd, Weste und Bugatti-Sneaker. Wir gehen in sein Behandlungszimmer. Dort hängt ein gigantischer Büffelkopf über den braunen Ledersofas. Der Umgangston bleibt während des ganzen Gesprächs freundlich – auch kritische Nachfragen bringen ihn nicht aus der Ruhe.

Caimi, schweizweit als pointierter Männerarzt bekannt geworden, arbeitete bis zur Corona-Krise zu 60 Prozent in seiner Praxis. Daneben beriet er Unternehmen in Gesundheitsfragen und trat als Kabarettist auf. Doch Corona änderte alles. Seit März beschäftigt er sich täglich fünf bis sechs Stunden mit Recherchen zu Corona, dreht in seiner Praxis Youtube-Videos und verschickt Newsletter. Seinen Videokanal hatte er schon vor der Pandemie, sprach dort etwa über einen möglichen Einmarsch der USA in Venezuela. Doch seit März gibt es nur noch Corona.



Marco Caimi befasst sich täglich mehrere Stunden mit Corona und wie die Medien darüber berichten. Foto: Nicole Pont

«Wenn mehr getestet wird, dann gibt es auch mehr falsch-positive Ergebnisse. Dadurch steigen die Fallzahlen.»

Marco Caimi
Männerarzt und Kabarettist

«Viele meiner Patienten haben wegen der Pandemie Existenzängste und Schlafstörungen. Ich versuche, sie zu beruhigen, denn Schlaf- und Beruhigungsmittel sind keine gute Lösung», sagt Caimi. Auch er selber kämpfte mit seiner Angst, als das Coronavirus Anfang Jahr die Schweiz erreichte und das Unvorstellbare geschah: die Basler Fasnacht wurde abgesagt. «Man wusste nichts über das Virus, und auch ich hatte

Angst. Die leeren Gemüseregale haben mich erschreckt. Ich fragte mich, brechen nun auch die Lieferketten zusammen, und dann wurde die Armee mobilisiert. Dann noch die schlimmen Bilder aus Bergamo, die Massengräber.» Caimi hatte Verständnis für den angeordneten Lockdown. «Das hätte ich wohl auch gemacht.» Auch über die Medien ärgerte er sich zunächst nicht.

Doch als um Ostern die ersten Wissenschaftler die bundesrätlichen Massnahmen hinterfragten, seien sie von den Medien fertiggemacht worden, so Caimis Beobachtung. «Und dann wollte das Parlament die Session verschieben, also seine Verantwortung nicht wahrnehmen. Das war eine Riesenenttäuschung», sagt er. Nach diesen Vorfällen beruhigte sich Caimi aber wieder parallel zur abflachenden Infektionskurve. Coiffeursalons und Baumärkte öffneten wieder. «Ich dachte, im Juli würde das Leben wieder normal.»

Was dann kam, erschütterte Caimis Vertrauen in die Politik und die Medien nachhaltig: Der Bund ermöglichte jedem, der

Symptome hatte, sich gratis zu testen. «Wenn mehr getestet wird, dann gibt es auch mehr falsch-positive Ergebnisse. Dadurch steigen die Fallzahlen, die neue freiheitsbeschränkende Massnahmen zur Folge hatten.» Für Caimi haben die Medien versagt, die sich ohne Einordnung nur noch auf die Fallzahlen konzentriert hätten. «Das ist Schreckung der Bevölkerung», so Caimi. Auch wenn der Arzt erkennt, dass die Medien unterdessen teilweise die Corona-Massnahmen kritischer betrachten, werde noch zu wenig kritisch über die Corona-Regeln debattiert.

Im Dunstkreis der Verschwörungsgläubigen
Bis hierhin konnte ich Caimis Kritik nachvollziehen. Nur: Behördengläubige Journalisten gab es schon immer. Dafür braucht es keinen Bill Gates, der, so Caimi, Medienhäuser «schmiere». Und die kritischen Journalisten sind auch nicht verstummt.

Während Caimi zu Recht sehr hohe Ansprüche an Journalisten stellt, scheint er diese bei umstrittenen Publizisten, wie dem Schweizer Historiker Daniele Ganser oder dem

deutschen Youtuber Ken Jebsen, abzulegen. So glaubt er Ganser, wenn der behauptet, dass die Mainstreammedien letztlich von der Nato gesteuert seien. Und so schaut er häufig Ken Jebsen, der nicht nur «Experte» für Geopolitik, sondern plötzlich auch für Corona ist. Ganser und Jebsen stellen zwar kritische Fragen, suggerieren damit jedoch schon die Antworten. Ihre weitere Gemeinsamkeit: Die Welt wird gesteuert von irgendwelchen dunklen Kräften in den USA. Und damit sind wir im Milieu der Verschwörungstheoretiker, die in unübersichtlichen Zeiten das liefern können, was Politik und Medien in dieser Klarheit oft nicht anbieten können: Orientierung – Gut und Böse.

Der kritische Querdenker Caimi mag an den Corona-Demos in Deutschland und in der Schweiz, trotz unzähligen Belegen, keine Verschwörungstheoretiker, völkische Esoteriker, Impfgegner, Neonazis und Antisemiten erkennen, sondern nur friedliche, normale Leute, die für die Grundrechte eintreten. Dennoch bedient er bei seiner Ansprache in Zürich genau diese Leute: Merkel etwa

ist das Feindbild schlechthin der Rechtsextremen, Soros das Symbol des jüdischen Weltlenkers, und Gates ist DAS böse Gesicht der Corona-Pandemie. «Mir geht es einzig um die Grundrechte, die mit den Corona-Massnahmen unnötig beschnitten werden», sagt Caimi. Aber es brauche viele Menschen auf der Strasse, damit die Kritik gehört werde.

Caimis Demo-Rede, die auf der Website seiner Praxis aufgeschaltet ist, liest sich wie eine klassische Verschwörungstheorie. So wird etwa aus seiner sorgenvollen Frage, ob etwa ein möglicher Corona-Impfstoff aus irgendwelchen Gründen zu rasch auf den Markt kommen könnte, die Gewissheit einer bösen Absicht: «Wir lehnen eure ungeprüften Impfstoffe, die ihr in Windeseile ohne Beobachtungszeit durchboxen wollt und für die ihr, mit eigenen Worten, ein Prozent heftige Impfschäden kalkuliert, ab!» 0,1 Prozent davon seien tödlich. Das würde, so Caimi, für Deutschland so viele Tote bedeuten, wie die Stadt Luzern Einwohner hat.

Bill Gates wird als Bösewicht angesehen

Und dieser böse Mann, der diese Impfungen weltweit durchsetzen möchte, sei Bill Gates. Caimi und ich sprechen lange über Gates, der, so Caimi, die Weltgesundheitsorganisation der UNO finanziere. Das sei ein Skandal, so Caimi. Eine Gesundheitsorganisation sollte ausschliesslich von den Staaten finanziert werden. Dennoch prangert er öffentlich nicht die Mängel bei der UNO-Organisation an, sondern Bill Gates. Mehrfach frage ich Caimi, weshalb er darauf komme, dass Gates Böses will. Gates wolle Geld machen, sagt er. Nur: Das wollen alle Pharmafirmen und Investoren, die nach einem Impfstoff forschen. Es ist ein Wettlauf um Milliardengewinne – Kapitalismus eben.

«Ich würde gerne in die Psyche des Ehepaars Gates sehen. Wenn ich am Morgen aufstehe und unzählige Milliarden auf dem Konto habe, möchte ich dann einfach nur noch mehr Geld, oder strebe ich dann nicht eher nach Macht und Kontrolle?», fragt sich Caimi. Jedenfalls sei Gates zuvorderst mit dabei, wenn es um Projekte geht mit Mikrochips unter der Haut, auf die Impfdaten gespeichert würden und mit denen künftig bargeldlos bezahlt werden kann.

Der Männerarzt glaubt nicht, dass unsere Behörden dem gesellschaftlichen Druck standhalten können und einen Impfstoff erst nach eingehender Prüfung freigeben werden. Das Vertrauen in den Staat – bei Caimi ist dieses seit Corna tief erschüttert. Seine Hoffnung setzt er auf die vierte Gewalt. So sagt er am Schluss unseres Gesprächs: «Die Demokratie braucht starke und freie Medien und ihre einstige berufliche Objektivität.»

Warum keine Impfung made in Basel?

Basler SP will engere Zusammenarbeit zwischen Staat und Life-Science-Industrie, um künftig besser gegen Pandemien gewappnet zu sein.

Jonas Hoskyn

Fast 200 verschiedene Impfstoffe gegen das grassierende Coronavirus werden weltweit entwickelt und getestet. Doch ausgerechnet der Life-Science-Standort Basel sitzt beim Rennen um den Impfstoff nur auf der Zuschauertribüne. Mit einer Ausnahme: Anfang Monat machte die bz bekannt, dass das amerikanische Biotech-Unternehmen Moderna, bei dem auch der Bund 4,5 Millionen Impfdosen vorbestellt hat, Basel als Europahauptsitz erkoren hat. Damit will Moderna sicherstellen, dass die Produktionszusagen auch ausserhalb der USA eingehalten werden können.

Grundsätzlich ist die Entwicklung von Impfstoffen für Pharmakonzerne keine besonders lukrative Branche. Die Entwicklung dauert oft sehr lange, die Margen sind klein und wenn endlich ein erfolgreiches Produkt entwickelt wurde, flacht der Absatz meist schnell ab. Entsprechend wurde auch dem Thema Coronaviren wenig Beachtung geschenkt, auch wenn die Weltgesundheitsorganisation WHO regelmässig vor der Gefahr einer Pandemie warnte.

Staatsgelder, um Produktion im Land zu halten

Als Learning aus der aktuellen Situation fordert die SP nun, dass der Bund eine aktivere Rolle einnimmt und das Thema Impfstoff nicht einfach dem Markt überlässt. Die künftige Parteispitze der Genossen Mattea Meyer und Cédric Wermuth sprachen sich kürzlich in einem Interview mit dieser Zeitung für mehr Service Public aus: «Die Suche nach dem Covid-19-Impfstoff demonstriert uns, wie wichtig die Kooperation von Staat, Forschungsstellen und Industrie ist – fernab vom gewinnorientierten Konkurrenzdenken», so Meyer. Die Juso forderten vergangene Woche gar die Verstaatlichung der Pharmabranche und der wichtigen Zulieferer.



Weltweit wird zurzeit an einem Impfstoff gegen Covid-19 geforscht.

Bild: Keystone (5.9.2020)

Auch in Basel kommt nun Bewegung in die Sache. SP-Präsident Pascal Pfister will im Grossen Rat eine schriftliche Anfrage einreichen zum Thema Versorgungssicherheit, Lagerhaltung und Rückverlagerung der Medikamentenproduktion. Als Beispiel dient der Basler Pharmakonzern Novartis. Damit dieser nicht die Produktion von Antibiotika aus dem österreichischen Kundl in Tirol nach Asien verlagert, erklärte sich die öffentliche Hand bereit, dem Unternehmen mit Förderungen in Höhe von 50 Millionen Euro unter die Arme zu greifen.

«So wie es aussieht, kommen wir bei dieser Pandemie mit einem blauen Auge davon», sagt Pfister. Nun will er von der Regierung wissen, ob sie Handlungsbedarf bei den Pflichtvorräten von Masken oder Desinfektionsmitteln sieht. Weiter fragt er nach, inwiefern Kanton und Bund die Forschung von wenig profitablen, aber wichtigen Medikamenten unterstützen.

Lagermengen könnten erhöht werden

Die Pharmabranche reagiert aufgeschlossen gegenüber den Vorschlägen. Michael Schien-

dorfer, Sprecher des Verbands Interpharma, sagt: «Im Zuge der Aufarbeitung der Krise gilt es die aufgetretenen Schwierigkeiten einer differenzierten Analyse zu unterziehen und die richtigen Schlussfolgerungen für die verschiedenen Segmente des Pharmamarktes zu ziehen. Die forschende pharmazeutische Industrie ist gerne bereit, mit den Behörden Massnahmen zur weiteren Verbesserung der Krisenvorsorge und -bewältigung zu erörtern.»

Mögliche Diskussionspunkte seien etwa die Überprüfung und der allfällige Ausbau der

Liste von Pflichtlager-Produkten und allenfalls die langfristige Erhöhung der Lagermengen mit einer Finanzierungslösung analog der anderen Pflichtlager. Auch erhöhte Lageranforderungen entlang der Vertriebskette (Gross- und Fachhandel, Spitäler) wäre für Schiendorfer ein Thema genauso wie die Frage nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Impfstoffe und Antibiotika.

Gleichzeitig sagt Schiendorfer: «Das aktuelle Versorgungssystem für patentgeschützte Medikamente funktioniert und weist bereits heute eine hohe

Stabilität und Krisenresistenz auf. Die vereinzelt Versorgungsengpässe, die teilweise bereits vor der Krise bestanden, betreffen überwiegend nicht mehr patentgeschützte Produkte wie Antibiotika und gewisse Schmerzmittel.»

Auch der Verband Scienceindustries hält eine Überprüfung der bestehenden Pflichtlager für kritische Wirkstoffe und Arzneimittel für umsetzbar. Daneben soll die Versorgungssicherheit vor allem mit Staatsverträgen und vertiefter internationaler Zusammenarbeit sichergestellt werden.

Region

Darum ist Basel (noch) kein Corona-Risikogebiet

Weniger Fälle als in der Romandie Während mehrere Kantone wie Zürich, Genf oder Waadt den Schweizer Grenzwert überschritten haben, hat ihn Basel seit Mitte Juni nicht einmal berührt. Doch nun warnt der Kanton vor einem Anstieg.

Katrin Hauser

Die Schweiz schickt Einreisende aus Staaten, die innert zwei Wochen mehr als 60 Corona-Fälle pro 100'000 Einwohner verzeichnen, in Quarantäne. Seit gestern hat die Schweiz diesen Grenzwert selber erreicht. Dieser Umstand sorgte am Montag für viel Aufmerksamkeit. Besonders hohe Werte verzeichnet derzeit die Westschweiz. Basel-Stadt indes, das als Grenz- und Stadtkanton ebenfalls prädestiniert für hohe Fallzahlen wäre, befindet sich im Schweizer Mittelfeld.

Die neue Covid-19-Zahl, an der die Länder und Kantone gemessen werden, wurde vom Bund mit einem Grenzwert versehen: Sobald eine Region innert zwei Wochen mehr als 60 Fälle pro 100'000 Einwohner zählt, gilt sie als Risikogebiet. Tatsächlich hat Basel-Stadt diesen Grenzwert im Gegensatz zu Zürich, Waadt oder Genf seit Ende des Lockdown nie überschritten – ja nicht einmal berührt. Woran liegt das?

Eher streng

In Basel-Stadt habe man «sicher eher streng» gehandelt im Vergleich zu anderen Kantonen, sagt Anne Tschudin vom Basler Gesundheitsdepartement. Zunächst setzten sich die Kantone Basel-Stadt und Baselland

einen Grenzwert, der gerade einmal zwei Drittel der Neuinfektionen des Bundes erlaubt. Während aber das Baselland, das ebenfalls sehr tiefe Zahlen aufweist, weder die Maskenpflicht in Geschäften noch diejenige an Mittelschulen kennt, war Basel-Stadt einer der ersten Kantone, die beide Massnahmen eingeführt haben. Und trotz sinkender Zahlen, die längst wieder unter dem Grenzwert der beiden Basel liegen, wird an der Maskenpflicht festgehalten.

Ist man in Basel-Stadt einfach besonders ängstlich? «Damals befanden wir uns im Kantonsvergleich mit dem Inzidenzwert von 50 auf Rang drei», erwidert Tschudin. Dass man sich nun im sicheren Mittelfeld befinde, «liegt unserer Ansicht nach gewiss an den verschiedenen Massnahmen, die der Kanton getroffen hat. Allerdings verzeichnen auch Lörrach und das Elsass derzeit geringe Fallzahlen.»

Noch tiefer als die Zahl der Neuinfektionen ist die der Hospitalisationen in der Region Basel. Momentan befinden sich lediglich vier Corona-Patienten in Basel im Spital, einer davon auf der Intensivstation. In Baselland waren seit Ende Mai nie mehr als drei Corona-Patienten gleichzeitig im Spital. «Es ist tatsächlich so, dass in der ersten Welle im Frühling rund 20 Prozent der er-

kannten Angesteckten auch hospitalisiert werden mussten. Davon mussten rund 25 Prozent auf die Intensivstation verlegt werden. Eine derartige Entwicklung beobachten wir jetzt nicht», sagt Peter Indra, Leiter der Gesundheitsversorgung Basel-Stadt.

Der Trend, dass sich nun vermehrt jüngere Personen anstecken – «sei es im Ausland oder auf Partys» –, lasse sich auch in Basel-Stadt beobachten. Da jüngere Personen tendenziell weniger stark an Corona erkranken, würden auch weniger hospitalisiert werden müssen: «Definitiv falsch wäre es, den Schluss zu ziehen, das Virus sei weniger gefährlich.» Dafür gebe es keine medizinische Evidenz.

Besonders vorsichtig

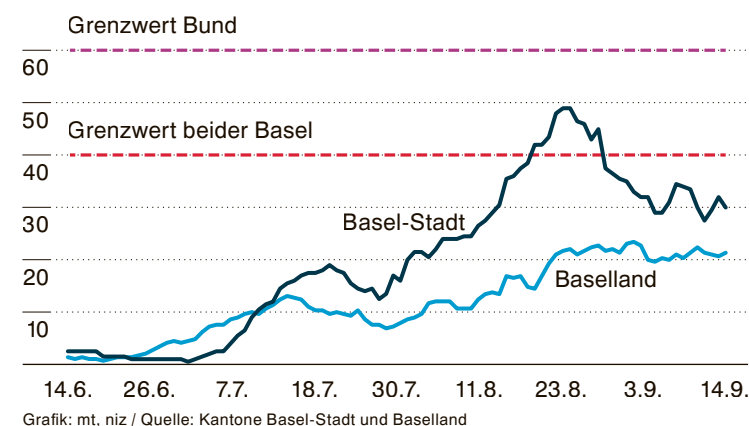
Indra koordiniert das Vorgehen des Kantons mit dem der Spitäler und bestätigt den Eindruck eines besonders vorsichtigen Basler Gesundheitsdepartements. Er rechnet bereits damit, dass im Winter – wenn sich die Menschen vermehrt in geschlossenen Räumen aufhalten, weniger lüften und mehr heizen – sowohl die Neuinfektionen als auch die Hospitalisationen wieder zunehmen dürften: «Wir müssen leider davon ausgehen, dass es einen Anstieg geben wird. Falls dem nicht so sein sollte, wären wir positiv überrascht.»

Trotz sinkender Zahlen wird an der Maskenpflicht festgehalten.

In den Basler Spitälern (namentlich im Unispital, Claraspital und Felix-Platter-Spital) bereite man sich auf diesen Anstieg auch schon vor: «In einem ersten Schritt halten wir sechs Intensivbetten und 42 reguläre Betten für Corona-Patienten bereit.» Die regulären Plätze seien relativ hoch bemessen, da bei Ansteckungen in Alters- und Pflegeheimen beispielsweise sehr viele Personen auf einmal hospitalisiert werden könnten. Damit man den heute normal laufenden Spitalbetrieb nicht unnötig lähme, würde die Anzahl der Corona-Betten erst bei Bedarf stufenweise weiter erhöht werden.

Die Region Basel ist kein Risikogebiet

Corona-Inzidenz in den beiden Basel: Neuinfektionen pro 100'000 Einwohner innerhalb von 14 Tagen seit Anfang Juni



Basel-Stadt hat als einer der ersten Kantone die Maskenpflicht in Geschäften eingeführt. Foto: Keystone

«Alle wollen nun diese Tests»

Lieferengpässe vermeiden Die Pharmafirmen Roche und Abbott bringen demnächst Corona-Nachweistests auf den Markt, die in rund 15 Minuten ein Resultat liefern. Taskforce-Mitglied Didier Trono fordert nun eine klare Test-Strategie.

Felix Straumann

Schnelltests werden als neue Hoffnungsträger im Kampf gegen Sars-CoV-2 gehandelt. Wie gut sind sie?
Roche und Abbott bringen ihre Tests in den nächsten Tagen auf den Markt. Erste Daten deuten darauf hin, dass sie erheblich besser sind als bisherige Schnelltests.

Es sind bereits Schnelltests auf dem Markt?
Solche Produkte waren bereits früh in der Pandemie verfügbar. Bis jetzt sind sie jedoch kaum brauchbar. Die neuen Tests werden derzeit in Genf von der Stiftung Find geprüft, und wir warten noch auf eine abschliessende Bewertung. Doch es sieht sehr gut aus.

 **Didier Trono**
Der Virologe an der ETH Lausanne (EPFL) ist Mitglied der Covid-Taskforce des Bundes.

Die Tests dauern nur rund 15 Minuten. Sind sie auch genau genug?
Sie sind sehr spezifisch, in der Grössenordnung von 99 Prozent. Das heisst, wenn ein Test positiv ausfällt, ist das Virus ziemlich sicher vorhanden. Die Sensitivität ist hingegen tiefer als beim gegenwärtige Standardtest mittels PCR. Man wird also einen Teil der Virenträger nicht nachweisen. Wir gehen aber davon aus, dass die Schnelltests gut genug sind, um die Infizierten nachzuweisen, bei denen viele Viren vorhanden sind und die deswegen ansteckender sind. Wenn Sie nur wenige Viren im Hals oder Rachen haben, ist das Übertragungsrisiko geringer.

Trotz offener Fragen kommen die Schnelltests bald auf den Markt. Was bedeutet das jetzt für die Bevölkerung?
Die Schnelltests sind nicht für den Heimgebrauch geeignet. Die Nasenabstriche müssen weiterhin von geschultem Personal vorgenommen werden. Getestet wird dann in medizinischen Labors, Arztpraxen oder Spitälern. Die neuen Tests sind nicht nur schneller, sondern auch billiger als der PCR-Test. Sie könnten vor allem nützlich sein, um Perso-



Die Nasenabstriche müssen von geschultem Personal vorgenommen werden. Foto: Getty Images

nen wiederholt zu testen, oder für Screenings.

Firmen dürften versuchen, ihre Mitarbeiter zu screenen. Wie sinnvoll ist das?
Wir müssen auf die Lieferkette achten. Alle wollen nun diese Tests. Beispielsweise Roche wird in der ersten Phase aber nur 40 Millionen pro Monat produzieren können – für die ganze Welt. Wenn wir anfangen, für ein besseres Gefühl alle jeden Morgen zu testen, dann wird in kürzester Zeit alles aufgebraucht sein. Es braucht jetzt eine Strategie für die nächsten sechs Monate, damit wir in keine Mangel-situation laufen.

«Es braucht jetzt eine Strategie für die nächsten sechs Monate.»

Wo wären die Schnelltests am besten eingesetzt?
Sie könnten besonders nützlich sein, wenn eine Überwachung sinnvoll ist, zum Beispiel in Pflegeheimen, wo intensive Testungen nötig sind, um Infektionen zu verhindern. Angemessen sind die Tests auch in Situationen, in denen der Zugang zu einem Labor kompliziert ist.

Sollte der Bund die Anwendung der Tests regulieren?
Der Test muss von einem Arzt vorgenommen beziehungsweise in Auftrag gegeben werden. Das ist meiner Ansicht nach ausreichend. Natürlich kann es trotzdem Missbrauch geben. Aber ich stelle mir vor, dass sich das im Rahmen halten wird.

Wie könnten die Schnelltests künftig unseren Umgang mit der Pandemie verändern?
Wenn sich bestätigt, dass wir die meisten ansteckenden Personen damit finden, könnten Schnelltests eine gute Ergänzung zu den aktuellen PCR-Tests darstellen. Vor allem würden Schnelltests die Kosten senken. Eine wirkliche Veränderung fände statt, wenn Speichel die Nasen-Rachen-Raum-Abstriche ersetzen könnte. Im Moment sind die eher unangenehmen und technisch anspruchsvollen Nasenabstriche

auch für die Schnelltests noch notwendig. Mit Speichel wäre vieles einfacher und Mehrfachmessungen oder Messungen bei Kindern weniger problematisch. Wir sind dabei, Speichel als Probenquelle durch Schweizer Labors zu evaluieren. In einigen Wochen hoffen wir, schlüssige Resultate zu erhalten.

Schnelleres Testen würde auch die Ansteckungsrate senken. So ist es. Wenn Sie die Leute öfter testen und die Resultate schneller haben, können sich Infizierte schneller isolieren und Ansteckungen begrenzen.

Wären Schnelltests auch als Eingangs-Check denkbar, zum Beispiel bei grossen Events?
Eher nicht. Es dauert trotzdem 15 Minuten, bis Sie das Resultat haben, und es braucht eine geschulte Person, die das korrekt durchführt und auswertet. Das ist anspruchsvoll mit Tausenden Leuten.

Könnten die Schnelltests Quarantänen nach Reisen in Risikogebieten überflüssig machen?
Das ist eine offene Frage. Selbst der empfindlichste Test wird direkt nach der Infektion negativ sein und erst einige Tage später positiv werden. Aber zumindest würde man dann Menschen auf-fangen, die bereits deutlich infiziert sind.

Könnten Schnelltests dazu führen, dass die Maskenpflicht überflüssig wird?
Nein, ich denke, wir werden für die nächsten Monate weiterhin Masken tragen, Abstand halten und Hände waschen müssen. Zu wissen, wer angesteckt ist, ist sicher nützlich, um Infektionsketten zu unterbrechen. Aber es ist noch entscheidender, Ansteckungen mit den geeigneten Massnahmen zu verhindern.

Könnte sogar die Impfung unnötig werden, wenn dank Schnelltests die Ausbreitung des Virus eingedämmt wird?
Nein, mit Tests jagen wir nur den Fällen hinterher. Um die Pandemie zu stoppen, müssen genügend Menschen immun sein. Das kann nur ein Impfstoff erreichen, ohne die enormen Kosten an Menschenleben zu verursachen, die entstehen würden, wenn man die Infektion sich einfach in der Bevölkerung ausbreiten liesse.

Der Schnelltest löst gemäss BAG das Quarantäneproblem noch nicht

Der Schweizer Pharmakonzern Roche kündigt die Einführung des neuen Corona-Schnelltests noch für diesen Monat an. Bei den herkömmlichen PCR-Tests müssen die Patienten 24 bis 48 Stunden auf das Resultat warten. Bei den neuen Schnelltests, wie sie Roche oder auch die US-Firma Abbott anbieten, liegt das Resultat in rund 15 Minuten vor. Nach wie vor muss der Abstrich aus dem Nasen-Rachen-Raum von medizinisch geschultem Personal gemacht werden. Die Auswertung kann aber direkt in einer Arztpraxis oder einem Testzent-

rum erfolgen, und die Probe muss nicht mehr in ein medizinisches Labor geschickt werden. Trotz dieser Vereinfachung empfiehlt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Anwendung dieser Tests noch nicht. Zurzeit werde der Roche-Test im Referenzlabor validiert, sagte Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle. Eine Zulassung durch das BAG oder Swissmedic braucht es zur Einführung der Schnelltests nicht. Wenn der Test die CE-Zertifizierung hat, können Labors und Testzentren den Schnelltest verwenden.

Sobald dieser in der Schweiz breit einsetzbar ist, wird das BAG wohl die Teststrategie anpassen müssen und Empfehlungen abgeben, in welchen Fällen der Schnelltest eingesetzt werden soll. Laut Masserey kann dieser gerade in der Grippe-saison hilfreich sein, da dann noch deutlich mehr Menschen auf Covid-19 getestet werden müssen. Zudem wird der Bundesrat entscheiden müssen, ob die neuen Schnelltests wie der bisherige PCR-Test vom Bund bezahlt werden. Der Roche-Konzern wollte zu den Kosten des Tests keine Auskunft geben.

Die Hoffnung, dass die Schnelltests eine Verkürzung der zehntägigen Quarantäne ermöglichen, dämpfte das BAG. Auch bei negativem Testresultat könnten Verdachtspersonen mit dem Coronavirus infiziert sein. Ein Schnelltest etwa für Touristen bei der Einreise aus Risikoländern sei deshalb nur bedingt aussagekräftig und könne die Quarantäne nicht ersetzen. Unabhängig von den neuen Tests überprüft das BAG jedoch zurzeit die Quarantänedauer. Dabei spielt die Frage eine Rolle, wie viele Prozent an Infizierten bei

einer Verkürzung etwa auf fünf Tage unentdeckt blieben und andere Menschen anstecken könnten. In der Schweiz sei die Quarantäne mit zehn Tagen bereits kürzer als in anderen Ländern. Der neue Schnelltest von Roche weist bei einer akuten Coronavirus-Infektion die vorkommenden Antigene innerhalb von 15 Minuten nach. Der Test kann nicht selbst gemacht werden, sondern nur von medizinischem Personal, etwa in einem Labor oder in einer Arztpraxis. Roche wird ihn zuerst in Europa auf den Markt bringen. Die CE-Zertifizierung

wird in den nächsten Tagen erwartet. Der Test kann dann in allen europäischen Staaten, für die die CE-Zertifizierung gilt, lanciert werden, und damit auch in der Schweiz. Ob die verfügbare Stückzahl die voraussichtlich grosse Nachfrage nach den Tests abdecken kann, ist offen. Roche kann momentan 40 Millionen Stück pro Monat bei einem Partner in Südkorea produzieren. Bis zum Ende des Jahres soll die monatliche Stückzahl verdoppelt werden.

Markus Brotschi und Isabel Strassheim



Volles Lager, leeres Auftragsbuch: Toni Scherrer, CEO der Aescher Firma Audiorent, blickt sorgenvoll in die Zukunft. Ein Jammeri will der Veranstalter dennoch nicht sein.

Bild: Kenneth Nars (16. September 2020)

Vor dem Untergang

Corona gefährdet in der Eventbranche in beiden Basel Tausende Arbeitsplätze. Nun will der Bund helfen. Doch die Kantone müssen mitziehen.

Hans-Martin Jermann

Es gibt keinen anderen Bereich unseres Wirtschaftslebens, den die Coronakrise so hart getroffen hat: In der Eventbranche liegen die Einnahmefälle seit dem Verbot von Grossveranstaltungen Ende Februar zwischen 80 und 95 Prozent. Besserung ist nicht in Sicht. Zwar konnten auch diese Firmen von Coronahilfe profitieren – im Baselbiet etwa von A-fonds-perdu-Beiträgen für KMU in Not. Diese wirkte angesichts der riesigen Probleme allerdings wie der berühmte Tropfen auf den heissen Stein. Zudem können einige dieser Betriebe keine Hilfgelder aus den dafür bereitgestellten Kultur-Töpfen in Anspruch nehmen; diese ist jenen Betrieben vorbehalten, die mehr als 50 Prozent des Umsatzes mit Kulturveranstaltungen erzielen (siehe Kasten).

22 000 Arbeitsplätze in beiden Basel

«Viele Betriebe in der Eventbranche fallen zwischen Stuhl und Bank», sagt die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet in der Schweiz laut Statistik des Bundesamts für Kultur von 2018 rund 325 000 Arbeitsplätze; in beiden Basel sind es knapp 22 000, 15 000 in der Stadt, etwas weniger als 7 000 auf dem Land. Auch wenn Kreativwirtschaft und Eventbranche nicht deckungsgleich sind, so darf man doch davon ausgehen: Alleine in diesem Bereich sind in der Region eine fünfstellige Anzahl Jobs akut gefährdet.

Brenzikofer hat sich in den vergangenen Tagen in Bundesbern gemeinsam mit anderen Parlamentariern für Härtefall-Beiträge an Firmen in der Eventbranche (und überdies an Reisebüros und Schausteller) stark gemacht. Wie es scheint, mit Erfolg: Sowohl der National- als auch der Ständerat wollen ins Covid-19-Gesetz, das derzeit in beiden Kammern beraten wird, einen entsprechenden Passus aufnehmen. Allerdings fehlen noch Bestimmungen zur Umset-

zung sowie das Geld. Der Bundesrat wird bis im Dezember eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. Das Geld soll nur dann fliessen, wenn sich die Kantone zur Hälfte an den Beiträgen beteiligen. Ob Letzteres geschehen wird, ist im Moment unklar. Ins Covid-Gesetz eingebaut haben National- und Ständerat zudem die Weiterführung der Erwerbsausfallentschädigung. Davon profitieren selbstständige Kleinunternehmer und Mitinhaber grösserer Firmen.

Die Baselbieter Ständerätin Maya Graf hat sich im Stöckli für die Aufnahme von Härtefallmassnahmen ins Covid-Gesetz ausgesprochen. Gerade im Baselbiet gebe es eine lebhaftere Eventbranche, die von Messen und Veranstaltungen abhängig sei. Graf wehrt sich gegen das Argument, wonach mit zusätzlicher staatlicher Hilfe bloss Strukturhalt betrieben werde: «Wenn wir jetzt nicht helfen, dann gehen auch jene Firmen Konkurs, die vor Corona gesund und zukunftsfähig waren.» Der wirt-

schaftliche Schaden, der dadurch entsteht, wäre wesentlich grösser als die nun zu sprechende Hilfe, sagt Graf.

Neubuchungen gibt's kaum, Weihnachtsfeiern sind abgesagt

Letztlich steht das Überleben einer ganzen Branche auf dem Spiel, sagen führende Vertreter im Gespräch mit der bz: «Falls keine weitere Hilfe kommt, dann ist die Veranstalterbranche in wenigen Monaten ausgelöscht», sagt Toni Scherrer, CEO der Audiorent Clair AG. Das Aescher Unternehmen ist mit rund 50 Angestellten einer der grössten Player schweizweit und einer der wenigen traditionsreichen. Audiorent bedient als Spezialistin für Licht und Ton Konzerte und Festivals in ganz Mitteleuropa, in der Region gehören zudem Messen und Unternehmen zu den Kunden. Seit Ende Februar läuft so gut wie nichts. Das Konzertgeschäft ist weltweit tot. Die Mitarbeitenden sind um die 90 Prozent in Kurzarbeit, die Löhne also gröss-

enteils gesichert. Die Fixkosten hingegen laufen weiter und reissen ein immer tieferes Loch in die Kasse.

Zum Glück habe man sich mit dem Vermieter auf eine Stundung der Geschäftsmieten einigen können. Scherrer will kein Jammeri sein. Die Stimmung in der Belegschaft sei gut. Bei Audiorent und anderen Firmen tüftle man an neuen, coronatauglichen Konzepten. Zuletzt konnte das Unternehmen zwei Gemeindeversammlungen im Unterbaselbiet beschallen. Heute Freitag bedient es die Eröffnungsfeier des Baloise Parks. Man sei froh über jeden einzelnen Auftrag, sagt Scherrer. «Doch im Vergleich zu dem, was in normalen Zeiten läuft, sind das Peanuts.» Neubuchungen gebe es angesichts der unsicheren Entwicklung der Pandemie kaum. Sämtliche Firmen-Weihnachtsfeiern – in normalen Zeiten ein wichtiger Pfeiler im Jahresendgeschäft – seien abgesagt. Unklar ist ferner, ob im Sommer 2021 Festivals stattfinden können.

Ähnlich äussert sich Roland Schmid, Mitinhaber der Zeisch GmbH mit rund einem Dutzend Angestellten. Das Reinacher Unternehmen erstellt Veranstaltungskonzepte, vermietet aber auch Mobiliar und anderes Material. «Es kann niemand sagen, wann die Veranstaltungen wieder normal laufen: In sechs Monaten, in einem Jahr oder erst in zwei Jahren?» Wie Scherrer stellt auch er grosse Unsicherheit bei Kunden und Besuchern fest. Daran ändere auch der Beschluss der Basler Regierung nichts, wonach ab dem 1. Oktober wieder Grossanlässe mit mehr als 1000 Besuchern zugelassen sind. Diese Regel helfe Veranstaltern von Sportevents wie dem FC Basel, die mit oder ohne Besucher durchgeführt werden. Doch ohne Not getraue sich kaum jemand, einen Anlass auf die Beine zu stellen: «Die Unannehmlichkeiten sind viel zu gross: Im besten Fall ist es die Angst vor der Quarantäne, im schlimmsten jene vor einem Super-Spreader-Event», sagt Schmid.

«Falls keine Hilfe kommt, dann ist die Veranstalter-Branche in wenigen Monaten ausgelöscht.»

Toni Scherrer
CEO Audiorent Clair AG

Coronagesuche für 48 Millionen Franken

Kultur-Topf in beiden Basel Für Kulturschaffende und -betriebe stehen in beiden Basel eigene Coronapakete zur Verfügung. Anspruchsberechtigt sind Personen oder Institutionen, die zu mindestens 50 Prozent im Kulturbereich tätig sind. In Basel-Stadt wurden per gestern 518 Gesuche für Ausfallentschädigungen mit einem Volumen von total 34,1 Millionen Franken eingereicht. Dies sagt Katrin Grögel, Co-Leiterin der Abteilung Kultur. Davon entfallen 5,3 Millionen (362 Gesuche) auf Kulturschaffende und 28,8 Millionen (156 Gesuche) auf Betriebe. Allerdings stehen in Basel-Stadt maximal 30 Millionen Franken zur Verfügung, die je zur Hälfte vom Kanton und Bund getragen werden. Grögel geht dennoch davon

aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Ausfälle grösstenteils erstattet werden können. Dies auch, weil in einigen Fällen der anrechenbare Ertragsausfall nach Abzug aller anderen Entschädigungen (Kurzarbeit, Mietzinsreduktion etc.) tiefer sein wird als die beantragte Summe. Effektiv ausbezahlt wurden bisher 4,3 Millionen.

Beide Basel nehmen noch bis zum 20. September Gesuche für abgesagte oder reduziert durchgeführte Veranstaltungen sowie für Betriebsschliessungen entgegen; der Schadenszeitraum läuft bis 31. Oktober. Im Baselbiet hat die Regierung jüngst den Kulturtopf auf 10,9 Millionen Franken aufgestockt. Per gestern wurden 143 Gesuche von Kulturschaffenden und Betrieben eingereicht;

die beantragte Ausfallentschädigung liegt bei 13,5 Millionen, wie Esther Roth, Leiterin Kulturelles.BL, auf Anfrage ausführt. Ausbezahlt wurden bisher 0,6 Millionen. Wie es ab dem 1. November für die Kulturschaffenden weitergeht, ist noch unklar. Zumindest die professionell geleiteten, staatlich subventionierten Betriebe hätten den Auftrag, für die kommende Saison ein dem Leistungsauftrag entsprechendes Programm auf die Beine zu stellen. Bei den ehrenamtlich geführten Kulturinstitutionen und Laienverbänden sei man grosszügiger, wenn diese nicht im selben Rahmen Veranstaltungen und Angebote auf die Beine stellen könnten. «Grundsätzlich wollen aber alle endlich wieder loslegen», sagt Roth. (haj)

Eine eigene Plakette soll sie retten

Die Larvenmacher planen als finanzielle Unterstützung in der Coronakrise eine Solidaritätsplakette.



Larvenmacher Daniel Ebner hat für die kommende Fasnacht noch keine Aufträge erhalten. Sonst stellt er jeweils bis zu 1500 Larven her.

Bild: Kenneth Nars

Aimee Baumgartner

So viel ist jetzt schon klar: Die Basler Fasnacht erscheint 2021 in einem neuen Kostüm. Das Comité zeigt sich optimistisch und will die Fasnacht im kommenden Jahr auf irgendeine Art durchführen.

So oder so erleiden die Fasnachtskünstler starke Einbusen, da viele Cliques für das nächste Jahr keine neuen Laven und Kostüme benötigen. Sie verwenden die 2020 nicht gebrauchte Montur, deshalb gibt es für die Künstler auch keine oder nur wenige Aufträge. Das beschäftigt aktuell auch Roman Peter vom Larvenatelier Charivari. Er sagt: «Die grossen Cliques haben alles schon im Keller.» Sein Arbeitsausfall sei gigantisch: «Noch einmal ein Jahr Ausfall wäre tragisch.»

Die Larvenmacher wollen das Problem nun lösen

Wie Recherchen dieser Zeitung zeigen, planen die Larvenmacher nun eine Solidaritätsplakette, die an Fasnachtsfreundinnen und -freunde verkauft werden soll. Zusammen mit seinen Berufskollegen aus acht verschiedenen Ateliers hat Roman Peter am Dienstag einen Verein gegründet. Mit den Ateliers Bibo, Hell und Didli sind auch drei Vertreter aus dem Baselbiet im Bunde. Der Verein Larvenmanufakturen setzt sich aus Künstlern zusammen, die vom Fasnachtsgeschäft leben und nun extreme Erwerbsausfälle haben. «Uns allen geht es sehr schlecht, aus diesem Grund wollen wir die Idee, die wir bereits im Frühling hatten, in die Tat umsetzen», sagt Hans Ledermann vom Ate-

lier Bajass, der das Präsidentenamt im Verein übernimmt. Der Verkaufsstart ist auf Ende Oktober angesetzt, sofern bis dahin ein geeigneter Sponsor gefunden wurde, bestätigt Ledermann. Er zeigt sich optimistisch: «Wir haben bereits Gespräche mit möglichen Sponsoren geführt, die uns in dieser schwierigen Zeit unterstützen möchten. Die Suche ist aber noch nicht abgeschlossen.» 10 000 bis 20 000 Franken hat der Verein für die Solidaritätsplakette budgetiert.

Wie wird die neue Plakette aussehen?

Aktuell werden die Entwürfe der verschiedenen Künstler im Verein gesammelt. Entschieden wird demokratisch, jedes Mitglied hat eine Stimme. Die bisherigen Skizzen möchte Hans Ledermann nicht veröffentlichen. Wie bei der Plakette des Fasnachtscomités wolle man ebenfalls eine öffentliche Enthüllung des endgültigen Modells veranstalten.

Für den Verkauf strebe der Verein eine Zusammenarbeit mit den Cliques, Guggen und sonstigen Formationen an. Analog zur offiziellen Fasnachtsplakette sei laut Hans Ledermann die Idee, dass die Verkäufer 30 Prozent der Einnahmen behalten dürfen. Beim geplanten Preis von zehn Franken pro Stück wäre dies eine Beteiligung von drei Franken für sich oder für die Fasnachtskasse der jeweiligen Formationen. «Wer sich besonders solidarisch zeigen möchte, darf uns auch gerne den Gesamtbetrag spenden. Das würde uns sehr helfen», so Ledermann. Dies sei aber jedem

«Wir sind gar nicht begeistert von der Idee der Solidaritätsplakette der Larvenmacher, die in Konkurrenz zur Fasnachtsplakette des Comité's steht.»



Pia Inderbitzin
Comité-Obfrau

selbst überlassen. Auch mit dem Fasnachtscomité haben die Larvenmacher Gespräche geführt – erfolglos. Obfrau Pia Inderbitzin zeigt sich kritisch: «Wir sind nicht begeistert von der Idee der Solidaritätsplakette, die in Konkurrenz zur Fasnachtsplakette steht.» Man würde die Sorgen der Künstler ernst nehmen, jedoch habe das Comité auch seine Bedenken geäussert. «Es wird dieses Jahr ohnehin eine Herausforderung, Plaketten zu verkaufen.»

Hans Ledermann betont im Gespräch, dass die Solidaritätsplakette auf keinen Fall als Trotzaktion oder Angriff gegen

das Comité zu verstehen sei. Vielmehr sei es eine Ergänzung zum bestehenden Angebot, das den Künstlern helfen soll, finanziell über die Runden zu kommen oder sie sogar vor einem möglichen Konkurs zu bewahren.

Auch Larvenmacher Daniel Ebner vom Atelier Larvenmachelei hat es aktuell schwer. «Normalerweise beginnt bei uns im September die Saison. Bis jetzt haben wir aber noch keine konkreten Aufträge erhalten», sagt Ebner, der in einem normalen Jahr bis zu 1500 Larven für die Fasnacht herstellt. Er unterstützt die Idee der Solidaritätsplakette und wird auch vom Verein auf dem Laufenden gehalten. Ebner selbst ist aber kein Mitglied. Für ihn sei die Situation nicht ganz so prekär wie für andere seiner Berufskollegen. Er könne sich dieses Jahr noch über Wasser halten, auch wenn sein Umsatz um die Hälfte eingebrochen sei. Generell zeige sich Daniel Ebner aber vorsichtig optimistisch. «Das Comité ist bemüht, dass man eine geeignete Form für die Fasnacht 2021 findet. Hier kommen sicher noch Ideen zusammen.»

Auch Fasnachtslaternen werden nicht bestellt

Laternenmaler Urs «Däge» Degen beschreibt die aktuelle Situation als «dramatisch». Sein Umsatz sei im letzten halben Jahr um 95 Prozent eingebrochen. Wie viel Geld ein Maler an einer Laterne verdient, würde stark variieren. Je nach Clique und abhängig davon, ob die Laterne für eine Junge Garde, den Stamm oder die Alte Garde sei. Der Preis liege laut Degen in der

Regel pro Laterne zwischen 1000 bis 5000 Franken. Einige Künstler – so auch Degen – malen die Laternen für mehrere Cliques. Bestellungen für eine mögliche Fasnacht im kommenden Jahr hat Urs Degen noch keine erhalten. Für drei Cliques hätte der Basler die Laternen realisieren sollen. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich noch einen Auftrag bekomme. Es würde schon fast an ein Wunder grenzen.» Einige Cliques würden die Laterne verwenden, die sie bereits für die diesjährige Fasnacht bereitgehabt hätten. Für andere sei die Unsicherheit im Moment schlicht zu gross und sie wollen noch keinen definitiven Entscheid treffen. «Wir alle hängen einfach komplett in der Luft. Es ist auch nicht Sache des Comité's, über eine mögliche Fasnacht zu entscheiden. Diese Kompetenz liegt bei den Behörden», sagt er weiter.

Einige Fasnächtler stellen derweil ihre Solidarität unter Beweis: Die Fasnachtsclique CCB Alte Garde überlegt sich, auch die Fasnachtskünstler finanziell zu unterstützen, heisst es auf Anfrage. «An unserer letzten Sitzung wurde die Idee aufgenommen, einen Teil der Subventionen und der Verkaufsprovision aus den Plakettenverkäufen abzugeben», sagt Daniel Bollinger, Obmann der CCB Alte Garde. Beschlossen sei aber bis jetzt noch nichts, dafür sei es zu früh. Die Absage der Umzüge an der Luzerner Fasnacht habe ihm bewusst gemacht, wie kurzfristig man auch Entscheide rund um die Basler Fasnacht treffen und wie flexibel man in dieser ausserordentlichen Zeit sein müsse.

«Macht den Quatsch nicht mit»

Die umstrittenen Wissenschaftler Sucharit Bhakdi und Karina Reiss sagen, weshalb sie die Coronamassnahmen total falsch finden.

Interview: Jérôme Martinu
und Kari Kälén

Beim Publikum kommen Sucharit Bhakdi und Karina Reiss gut an. Ihr Buch «Corona Fehlalarm?» hat sich schon über 200 000 Mal verkauft und steht seit Wochen zuoberst auf der «Spiegel»-Bestsellerliste der Sachbuch-Taschenbücher. Wissenschaftler und Universitäten hingegen distanzieren sich vom deutschen Forscherehepaar. Als Sohn des ersten thailändischen Botschafters in der Schweiz lebte Bhakdi als Kleinkind vier Jahre in Bern, hat beste Erinnerungen an diese Zeit. Zum ersten grossen Interview mit einer Schweizer Zeitung grüsst das Paar die Journalisten mit freundlichem Händedruck im Hotel Vitznauerhof. Am Donnerstagabend hielten Bhakdi und Reiss im luzernischen Vitznau auf Einladung des Rotary Club Küssnacht-Rigi-Megggen einen Vortrag über das Coronavirus.

Covid-19 ist Ihrer Meinung nach nicht gefährlicher als die normalen Grippeviren. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Bhakdi: Wenn eine neue Pandemie im Umlauf ist, stellt sich ein Infektiologe als Erstes eine der folgenden Frage: Wie viele gesunde, jünger als 70 Jahre alte Menschen ohne Vorerkrankungen sterben? Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Mit oder ohne dieses Virus sind in Deutschland weit unter ein Prozent dieser Altersgruppe gestorben, jene mit Vorerkrankungen mitgezählt.

Die meisten Forscher gehen bei Covid-19 aber von einer klar erhöhten Infektionssterblichkeit von über 0,5 bis gegen 1 Prozent aus, bei der Grippe sind es durchschnittlich nur 0,1 Prozent.

Bhakdi: Covid-19 ist keine ungewöhnlich gefährliche Infektionskrankheit. Es gibt keine aussergewöhnlich hohe Sterblichkeit. Bei Menschen unter 70 Jahren liegt sie sogar eher tiefer als bei der Grippe. Wenn ein richtig gefährliches Virus zirkuliert wie Sars oder Mers, dann sterben daran auch junge Menschen. Wir behaupten nicht, das Coronavirus richte keine Schäden an. Aber es ist kein Killervirus, das die ganze Welt bedroht.

Reiss: Es gibt mittlerweile einen wissenschaftlichen Konsens, dass die Sterblichkeit bei Covid-19 zwischen 0,1 bis 0,5 Prozent liegt. Jetzt wenden einige Wissenschaftler ein, bei der Grippe betrage sie in der Regel zwischen 0,1 bis 0,2 Prozent. Nur: Bei schweren Grippejahren steigt die Mortalität aber über ein Prozent. Bei solchen Grippewellen hat aber noch keine Regierung die ganze Wirtschaft an die Wand gefahren und Massnahmen verhängt, die das Zusammenleben erschüttern und die Menschen verängstigen.

Wie erklären Sie das einer am Coronavirus erkrankten Person, die an Langzeitschäden leidet?

Bhakdi: Die Geschichten mit den Langzeitschäden sind Spekulationen. Die kurze Zeit seit Ausbruch des Virus lässt hierzu keine seriösen Aussagen zu.

Sie werden hart kritisiert. Das Buch sei «wissenschaftlich nicht haltbar». Die Fachschaft Medizin der Universität Kiel, wo Sie forschen, mutmasst gar, es seien «Fakten absichtlich so verdreht, dass sie zur Kernaussage des Buches passen». Was entgegnen Sie?

Bhakdi: Unter den Kritikern befinden



«Weg der Undemokratie»: Sucharit Bhakdi und Karina Reiss kritisieren das Schweizer Coronamanagement.

Bild: Pius Amrein (Vitznau, 24. September 2020)

sich viele meiner Studenten. Ich erinnere sie gerne an ihre ärztlichen Pflichten. Ein Arzt muss nach bestem Wissen und Gewissen zum Nutzen der Patienten handeln und Schaden von ihnen fernhalten. Dafür muss man abwägen, wann eine Therapie oder Massnahmen unverhältnismässig sind. Nach sechs Monaten Erfahrung mit dem Coronavirus wissen wir: Die Lockdown-Massnahmen schaden den Menschen viel mehr als das Virus. Wir wissen auch, dass Ärzte am Anfang bei der Behandlung Fehler begangen haben, etwa mit der invasiven Beatmung von Covidpatienten, von denen uns bekannte Intensivmediziner schon immer Abstand nahmen. Zum Glück haben sich die Behandlungsmethoden verbessert.

Reiss: Dass man uns Pauschalisierungen vorwirft, ist abstrus. Ich habe den Dekan an meiner Universität Mitte August gefragt, welche Fakten im Buch nicht stimmen. Die nächste Auflage geht bald in den Druck, Fehler korrigieren wir gerne.

Ich warte bis heute auf eine Antwort. Die Universität will zwei unbequeme Stimmen ruhigstellen, anstatt einen wissenschaftlichen und offenen Diskurs zu pflegen.

Sie schreiben im Buch, Sie fühlten sich an die Zeit von vor 90 Jahren erinnert, als die Meinungsfreiheit abgeschafft und die Medien gleichgeschaltet wurden. Die Anspielung auf die Nazizeit ist nicht die einzige polemische Formulierung. Warum schreiben Sie nicht wissenschaftlicher, nüchterner?

Reiss: In der Coronakrise sind so viele schlimme Sachen passiert. Familien konnten ihre kranken Angehörigen nicht besuchen. Menschen mussten monatelang auf Tumorbehandlungen warten, gleichzeitig waren die Spitäler leer.

Würden Sie das Buch heute anders schreiben?

Reiss: Wir wollten Fakten und Namen nennen. Dazu stehen wir. Die Polemik würden wir aber weglassen.

Behagt Ihnen die Rolle als Helden der Coronaskeptiker? Auch Verschwörungstheoretiker feiern Sie.

Bhakdi: Wir haben diese Rolle nicht gesucht, sondern das Buch aus einer wissenschaftlichen und emotionalen Notwendigkeit heraus geschrieben. Anscheinend ist eine Nachfrage da in der Bevölkerung. Es spüren viele, dass gewisse offizielle Informationen nicht richtig sind.

Wie beurteilen Sie das Krisenmanagement der Schweiz?

Bhakdi: Ich bin erschrocken, wie ängstlich und unsicher die Schweiz geworden ist. Sie analysiert die Fakten nicht, wischt kritische Stimmen beiseite und verfolgt stattdessen im Kampf gegen das Coronavirus den gleichen Weg der Undemokratie wie die umliegenden Länder – mit allen schlimmen wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen, der Zerstörung ganzer menschlichen Existenzen. Das ist nicht schweizerisch.

Die Schweiz hat nach dem Teillockdown schneller als andere Länder wieder zu mehr Normalität zurückgefunden. Grossveranstaltungen sind bald wieder erlaubt.

Bhakdi: Ihr Einwand beunruhigt mich. Sie vergleichen Ihr Land mit den Schlimmsten. Das darf nicht der Masstab sein. Die Schweizer müssen ihren eigenen Weg gehen – wie in der Europapolitik. Sie müssen doch aufstehen und sagen: Wir sind vernünftig, wir machen Schluss mit dem Maskentragen, mit dem Verzicht auf Händeschütteln, mit dem Abstandhalten, wir schicken nicht mehr gesunde Menschen in Quarantäne. Die Kinderpsychologen in Deutschland haben keine freien Termine mehr, weil Kinder unter dem Maskentragen leiden. Keine einzige Studie belegt, dass das allgemeine Maskentragen in

der Öffentlichkeit die Verbreitung des Virus eindämmt.

Würden Sie tatsächlich alle Anticoronavirus-Massnahmen aufgeben?

Reiss: Ja. Dass jemand, der hustet, besser zu Hause bleibt, anstatt im Büro seine Kollegen ansteckt, weiss man auch nicht erst seit Ausbruch des Coronavirus. Gegen Selbstverständlichkeiten wie regelmässiges Händewaschen ist nichts einzuwenden. Gegen den flächendeckenden Gebrauch von krankmachendem Desinfektionsmittel hingegen schon.

Die Losung in der Schweiz lautet: Testen, testen, testen. Wieso halten Sie das für falsch?

Bhakdi: Weil damit die Zahl der Infektionen gezählt und diese zum Masstab für all die unsinnigen Massnahmen erhoben werden. Es wird ein nicht validierter und nicht zugelassener Labortest verwendet. Dieser stellt auch noch Trümmer des Erregers fest, also irrelevante Virusgen-Fragmente. Das bedeutet: Es wurden zahllose Infektionen registriert, ohne dass die Personen an Covid-19 erkrankt oder gar infektiös waren. Dass diese gesunden Menschen andere mit dem Coronavirus anstecken, ist niemals belegt worden. Eine Behauptung also, und nichts mehr.

Reiss: Die Schweiz sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sofort aufhören, gesunde Menschen zu testen und sie in Quarantäne zu schicken. Ihr könnt nicht stolz sein, wenn die Behörden wegen weniger positiver Fälle wie in Lausanne 2500 Studenten unter Quarantäne stellen.

Wenn Sie Gesundheitsminister in der Schweiz wären. Was würden Sie an diesem Punkt der Pandemie unternehmen?

Reiss: Nicht den Quatsch der anderen Länder mitmachen.

Bhakdi: Alles vergessen und zur Normalität zurückkehren. Alain Berset könnte so berühmter werden als Wilhelm Tell.

Zu den Personen

Karina Reiss (45) forscht und lehrt an der Universität zu Kiel, bis vor kurzem zusammen mit ihrem Mann und Co-Autor, **Sucharit Bhakdi**. Professorin Reiss ist seit über 15 Jahren auf dem Gebiet der Biochemie, Infektionen, Zellbiologie und Medizin tätig. Sie publiziert in internationalen Fachzeitschriften und hat für ihre Arbeit zahlreiche Auszeichnungen und Preise erhalten. Der emeritierte Professor Sucharit Bhakdi (73) ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er leitete 22 Jahre lang das Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz, war in der Patientenversorgung, Forschung und Lehre tätig. Er hat über 300 wiederholt ausgezeichnete wissenschaftliche Arbeiten in Immunologie, Bakteriologie, Virologie und Herz-Kreislauf-Erkrankungen veröffentlicht. (jem)

«Die Schweizer müssen ihren eigenen Weg gehen – wie in der Europapolitik.»

Sucharit Bhakdi

«Viele Unternehmer leben bereits von Reserven»

Maskenpflicht gefährdet Existenzen Gabriel Barell, Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt, schlägt Alarm: Viele KMU haben wegen der Maskenpflicht mit massiven Umsatzeinbussen zu kämpfen. Gehe es so weiter, dürfte es viele Konkurse geben.

Sebastian Briellmann

Herr Barell, schadet die Maskenpflicht den Geschäften wirklich so stark?

Es gibt negative Auswirkungen. Es ärgert mich auch, wenn die Medien ein aus meiner Sicht einseitiges Bild zeichnen – etwa mit der Betonung, wie gut es den Läden am Spalenberg läuft.

Aber das ist doch wunderbar. Natürlich. Die Rückbesinnung auf das Lokale ist positiv. Die Frage ist, wie es umsatzmässig aussieht. Und da sieht es leider nicht rosig aus.

Das heisst? Die generelle Situation der KMU wird verharmlost. Viele Geschäfte beklagen einen massiven Umsatzrückgang – und fürchten um ihre Zukunft. Ich kann diese Sorge gut verstehen.

Haben Sie konkrete Zahlen? Ja, das lässt sich gut nachzeichnen. Swiss Retail hat eine grossflächige Untersuchung gemacht – und festgestellt: Wo die Maskenpflicht herrscht, kommen zum (allenfalls) Corona-bedingten Umsatzrückgang nochmals 30 Prozent obendrauf. Das ist happig.

Woran liegt's? Das ist ziemlich einfach erklärbar: Es gibt einen beträchtlichen Abfluss in die Kantone, in denen keine Maskenpflicht herrscht. Die Zürcher gehen ins aargauische Shopping-Mekka nach Spreitenbach, die Solothurner nach Bern

– und die Basler eben ins Baselbiet. Zudem verlagert sich der Konsum ins Internet oder fällt ganz aus.

Warum ist es so schlimm, mit Maske einzukaufen – was sind die Feedbacks schlingernder Geschäftsinhaber? Man muss hier deutlich unterscheiden. Jene Produkte, die für den täglichen Bereich notwendig sind, werden natürlich weiterhin nachgefragt – Lebensmittelgeschäfte etwa haben weniger Probleme. Aber gerade im Modebereich ist es brutal: Wir wissen von vielen Geschäften, die massiv betroffen sind – die nach Einführung der Maskenpflicht nochmals einen Einbruch von 50 Prozent erlitten haben. Es sind Jobs und Existenzen gefährdet.

Sagen Sie das der Regierung? Natürlich, wir stehen mit verschiedenen Departementen in Kontakt. Und die Behörden machen im Grossen und Ganzen einen guten Job. Das Gesundheitsdepartement legt den Fokus auf die Gesundheit – das ist natürlich nachvollziehbar. Wir müssen aber auch auf die wirtschaftlichen Konsequenzen hinweisen und sagen: Die wirtschaftlichen Interessen müssen



Gabriel Barell
Direktor des
Gewerbeverbands
Basel-Stadt



Die Maskenpflicht in den Geschäften vermindert bei vielen Kundinnen und Kunden die Lust aufs Shoppen. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

in der Corona-Güterabwägung stärker berücksichtigt werden.

Sehen Sie denn eine Chance, dass die Maskenpflicht bald wieder aufgehoben wird? Vorletzte Woche hatten wir ein Treffen mit verschiedenen Departementen. Sie betonen, dass die Regel bis Ende Jahr gilt, und das sei gut – wegen der Planungssicherheit. Mit dieser Ansicht steht Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich jedoch ziemlich allein da. Wir brauchen kürzere Fristen, vielleicht von einem Monat. Die Massnahmen müssen regelmässig kritisch hinterfragt werden. Der Zeitrahmen bis Ende

Jahr ist zu lang. Momentan sind die Einschränkungen massiv.

Könnte man mit neuen Konzepten ein Umdenken der Regierung erreichen? Das tun viele bereits, ich habe super Konzepte gesehen, sodass Social Distancing und das Einhalten der Hygieneregeln in den meisten Läden reichen würde. Der Abstand könnte praktisch überall eingehalten werden – und wo dies nicht der Fall ist, gibt es neue Plexiglas-Konzepte, die für den notwendigen Schutz sorgen. Wer ein gutes Konzept hat, muss doch normal wirtschaften dürfen.

Sie könnten auch mit der Infektionsrate argumentieren – die Fallzahlen im Kanton Basel-Stadt sind zuletzt tief geblieben.

Ich bin auch der Meinung, dass nicht nur auf die Neuinfektionen geschaut werden sollte, sondern vor allem auf die Anzahl der Hospitalisierungen. Sehen Sie: Das Tragen einer Schutzmaske kann an gewissen Orten einen wichtigen Beitrag leisten, etwa im ÖV. Dort kommen viele Menschen zusammen – ohne Schutzkonzept, wenn man so will. Aber in den Läden, wo die Konzepte greifen, muss das nicht sein.

Gibt es denn schon Geschäfte, die dichtmachen mussten?

Zum Glück habe ich nur von wenigen Kenntnis, aber auch das ist schon zu viel. Wenn es so weitergeht, werden es aber mehr, vielleicht viel mehr sein. Was ich weiss, ist, dass viele Unternehmer bereits von Reserven leben müssen. Darum gilt es jetzt, rasch vernünftige Lösungen zu erarbeiten. Das versuchen wir in den Gesprächen mit den Politikern deutlich zu machen. Die Maskenpflicht und andere einschneidende Massnahmen müssen ein Ablaufdatum haben, ansonsten endet es unschön. Das können wir nicht wollen.

Mimpfeli

Von toten Insekten in der Römer Wohnung und einsamer Poesie

Seltsames Gefühl – ich stehe vor meiner Römer Wohnung. Auf den ersten Blick scheint alles wie sonst: Die Bugainvillea protzt mit ihren violapapierigen Blüten neben der Tür. Der Orangenbaum trägt bereits Kugeln. Satte Winterverboden in Grün.

Ich ziehe die Schutzmaske runter. Ohne geht in Rom gar nichts. Im Taxi schon hat mich der Fahrer angeblafft: «MASCHERA!» Draussen spuken die Menschen gesichtslos, doch mit funkelnden Augen durch die Gassen.

Das kleine Schild mit meinem Namenszug an der Holztür ist total erblindet. Und die Vorhänge an den Fenstern sind zu. DAS LETZTE MAL HABE ICH SIE VOR SIEBEN MONATEN ZUGEZOGEN. UND DEN PALAZZO VOLLER VORFREUDE AUF DIE BASLER FASNACHT VERLASSEN. Aber das Leben hält immer eine Überraschkungskarte im Spiel.

Ich drehe nun den Schlüssel. Im Innern der Wohnung ist es staubig. Still und stickig. Der silberne Samowar hat seinen Glanz verloren – er zeigt einen braunen Fleckenmantel wie meine alten Hände. Auf dem Steinboden liegen tote Spinnen

herum, daneben eine Handvoll ausgetrockneter Fliegen – fast schon schwarze Poesie: Feinde im Tode vereint.

Ich versuche den Staubsauger anzuhoovern. Nichts da. Auch er hat den Geist aufgegeben. Der Eiskasten ist beängstigt still. Dafür tropft im Bad der Boiler mit einem melancholischen «dlagg...dlagg...dlagg» fröhlich vor sich hin.



Illustration: Rebekka Heeb

Und neben meinem Bett liegt der Fiebermesser, der mir im Januar das Mass aller Dinge angezeigt hat: 38,9. Natürlich dachten wir damals an eine Grippe. Und pulverten dagegen an. Ich hatte bösen Husten, Halsschmerzen – drei Tage später hustete auch Mimma. Die Frau des Portiere hatte mir «Riso in bianco» gebracht. Und Löffelbiscuits, die sie in heisse Honigmilch eintauchte.

So husteten wir bald gemeinsam. Und ahnten nichts von Viren-Tröpfchen und Corona.

Als ich in Basel dann vor den Sommerferien meinen Professor Philipp bei der alljährlichen HIV-Untersuchung madig machte: «Ich glaube, ich habe diese Corona-Sache bereits im Januar durchgezogen – ich möchte das testen!», da zuckte er die Schultern: «Klar. Können wir. Aber was bringt es? – Wenn es Corona war, wissen wir nicht, ob du jetzt wirklich immun bist. Wir wissen überhaupt noch sehr wenig.»

Immerhin – eine ehrliche Antwort. Ich wünschte mir mal so eine klare Aussage von den Meteorologen. Bei deren Prognosen ist es wie bei den täglichen Corona-News: ich werde mit Infos vollgelabbert – und weiss zum Schluss doch nicht, wie alles werden wird.

Ich reisse in der Römer Wohnung jetzt alle Fenster auf. Im Hof ist es gespenstisch still. Auch das gemütliche Gurgeln der alten Wasseruhr ist verstummt. Nur die Möwen lachen immer wieder hysterisch auf.

Ich stülpe die Maske über. Und gehe ins Pförtnerhäuschen. Dort sitzt Mimma – ebenfalls

vermummt. Sie hüpfte von ihrem Stuhl auf – ich breite die Arme aus. Dann stoppen wir beide – wie Marionetten, denen man die Fäden strammzieht: DISTANZ! Dieses NICHT-UMARMEN-KÖNNEN macht mich fertig.

MIMMA ERZÄHLT, DASS SIE DIE RÖMER PORTIERE-WOHNUNG VIER MONATE NIE VERLASSEN DURFTE.

Sie lebt in einer Küche, die ein vergiftetes Loch auf die dunkle Gasse hat. Dann ist da noch ein enges Schlafzimmer, das sie mit Franco teilt. Es hat keine Fenster. Nur Tapeten mit Rissen und ein leeres Holzkreuz, hinter dessen Rücken die Palmsonntags-Palmblätter des vorletzten Jahres grau vor sich hin dörren. «NO PULIZIA! ICH KONNTE NICHT PUTZEN!» – entschuldigt sie sich.

Mimma hat den Gatten nach Kalabrien geschickt: «Er hat eine schwache Lunge – und im Süden ist es besser mit den Zahlen», erklärt sie. «Seit der Lockerung muss ich auch noch seine Arbeit erledigen – dies, obwohl wir seit März beide keinen Lohn mehr ausbezahlt bekommen haben.» Und die versprochene Regierungshilfe? Sie wischt die Regierung

verächtlich aus dem Gespräch: «Il Governo! Du kennst das doch: Die Rettungsgelder von Europa werden zuerst unter denen verteilt; bis ein paar Euro zu uns fliessen, sind wir ausgetrocknet wie die Fliegen in deiner Wohnung!»

Ich gehe zum Pantheon. Eine Schulklasse steht davor. Sie muss sich die Temperatur-Pistole an die Stirn halten lassen. Eine junge, schwarz gekleidete Frau posiert auf der leeren Piazza. Sie deklamiert Poesie – laut. Und mit wunderbarer Aussprache. Keiner bleibt stehen. Oder hört zu. Es gibt den Abstand vor dem Virus – aber keinen Respekt vor der Poesie.

Ich bücke mich und werfe ihr einen 5-Euro-Schein in den Sommerhut. Sie hat diesen mit einem Pappschild vor ihre Füsse gestellt: «GRAZIE – LA VITA È BELLA». Man darf nie aufgeben. Ich gehe in die Wohnung zurück. Und wische die toten Insekten zusammen ...



Minu
BaZ-Kolumnist
der ersten Stunde

Donnerstag, 1. Oktober 2020

Schwerpunkt

Ein Tanz auf der Rasierklinge

Ab heute sind im Eishockey und Fussball wieder mehr als 1000 Zuschauer zugelassen. Die zehn wichtigsten Fragen und Antworten für Fans.

Patricia Loher, Markus Brüttsch und Daniel Wyrsch

1 Wie viele Personen dürfen in die Stadien?

Zwei Drittel der Sitzplätze dürfen belegt werden. Stehplätze und Gästesektoren sind aufgehoben. Basel darf 17057 Zuschauer zulassen, die Young Boys 20000. In St. Gallen hat der Kanton vorerst das Heimspiel gegen Servette für 10000 Zuschauer bewilligt. In Luzern erhalten 7300 Personen Einlass, beim EV Zug sind es 3800. Die ZSC Lions dürfen vor 7662 Zuschauern spielen, der SC Bern vor 6750. In allen Stadien herrscht strikte Maskenpflicht, die Tickets sind personalisiert, um das Contact-Tracing sicherzustellen. Personal ausweise müssen mitgeführt werden. Nach zwei Wochen löschen die Klubs die Daten.

2 Gibt es regionale Unterschiede?

Wenn die Fallzahlen steigen, kann ein Kanton die Bewilligung für Partien widerrufen. Oder Auflagen verschärfen. Die Kantone haben die Möglichkeit, die zugelassene Zuschauerzahl zu senken. Kann das Contact-Tracing aufgrund mangelnder Kapazität nicht gewährleistet werden, kann die Besucherzahl reduziert werden.

3 Wie sieht es im Ausland aus?

In der deutschen Fussball-Bundesliga dürfen maximal 20 Prozent der Stadionkapazität genutzt werden, bei hohen Infektionszahlen in einer Region wird niemand reingelassen. In Spanien: keine Zuschauer. In England: keine Zuschauer. In Italien: 1000 Zuschauer. In Frankreich: 5000 Zuschauer waren zugelassen, die steigenden Fallzahlen haben Konsequenzen: Lyon gegen Marseille darf zum Beispiel nur von 1000 Logenbesuchern verfolgt werden. In Holland dürfen bis zum 20. Oktober gar keine Fans mehr ins Stadion. In Österreichs Fussball wurde anfänglich 10000 Zuschauern Eintritt gewährt. Durch den Anstieg der Infektionen erfolgte rasch eine Reduktion auf 3000. Altach im Risikogebiet Vorarlberg durfte zuletzt gar nur 500 Fans reinlassen. Im Eishockey verfolgten total 4200 Fans die vier Spiele der ersten Runde der Ice Hockey League (Österreich, Italien, Slowakei, Ungarn). In Finnland dürfen die Stadien zu 40 bis 60 Prozent ausgelastet werden. In Schweden sind im Fussball wie im Eishockey lediglich 150 Zuschauer erlaubt. Klar ist: Alles, was draussen stattfindet, hat prinzipiell ein geringeres Risiko, da das Virus auch über Aerosole übertragen werden kann.

4 Was bedeuten die Regeln für die Finanzen der Klubs?

Nicht nur die kleineren Vereine aus den strukturschwachen Regionen trifft die Coronakrise, auch die beiden aktuellen Meisterklubs aus der Bundesstadt verlieren Millioneneinnahmen. Für das YB-Heimspiel am Sonntag gegen Vaduz erhalten nur die 16500 Saisonkartenbesitzer Einlass ins Wankdorf. Ab Oktober dürfen 20300 Sitzplätze besetzt werden, teilt YB-Medienchef Albert Staudenmann mit. Das wird im Vergleich zur Zeit vor Corona immer noch im Schnitt über 6000 Besucher weniger für die folgenden 16 Heimspiele der laufenden Saison bedeuten – oder rund vier Millionen Franken Mindereinnahmen. Der SC Bern lebt bekanntlich von seinen Gastbetrieben und den Stehplätzen. Deshalb ist er quasi mehrfach bestraft, der SCB rechnet darum mit einem Defizit von bis zu fünf Millionen Franken.



Wie hier bei einem Testspiel zwischen dem EHC Olten und Ambri-Piotta gilt in den Stadien strikte Maskenpflicht.

Bild: Marc Schumacher/Freshfocus (Olten, 22. September 2020)

5 Wie stehen die Klubs zu den Lockerungen?

Philipp Studhalter, der Präsident des FC Luzern, hat sich entschieden, statt der bewilligten 7300 Besucher vorerst nur die Saisonkarteninhaber ins Stadion zu lassen. Das sind weniger als 5000 Personen. In einem zweiten Schritt, wenn alles gut läuft, würde der FCL zusätzlich Onlinetickets verkaufen. «Wir wollen verhindern, dass wir im Herbst oder Winter wieder auf 1000 Zuschauer runter müssen», begründet Studhalter. Gleich tönt es beim FC Basel, der stellvertretende Sicherheitschef René Bonk sagt: «Gut 17000 Sitzplätze stehen für unsere Jahreskartenbesitzer bereit. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wir wollen, dass sich unsere Fans im Stadion sicher fühlen können.»

6 Wie funktioniert es vor, während und nach dem Spiel?

Ein- und Auslass soll so organisiert sein, dass geringe Wartezeiten entstehen und Menschenansammlungen sowie gegenläufige Besucherströme verhindert werden. Alle verfügbaren Verpflegungsstände sollen geöffnet werden, um die Durchmischung der Besucher zu minimieren. Zudem sollte das Engagement von «fliegenden Verkäufern» geprüft werden. Aktivitäten auf dem Stadionvorplatz wie Fan-shop, Gastronomie und Marketing müssen auf ein Minimum reduziert werden. Toiletten, Oberflächen und Türklinken werden regelmässig gereinigt. Desinfektionsmittel steht zur Verfügung.

7 Was tun die Klubs im Rahmen der Schutzkonzepte sonst noch?

Die Klubs verlangen eine Registrierung mittels App oder online. Der generierte QR-Code muss beim Eintritt ins Stadion mit dem Ticket und einem Ausweis präsentiert werden. Kommt ein positiv auf Corona getesteter Fan ins Stadion, erhält er für drei Jahre ein Stadionverbot.

8 Was geschieht bei positiven Coronatests bei Mannschaften?

Im Eishockey kann eine Partie verschoben werden, falls eine Mannschaft wegen Coronafällen nicht mehr zwölf Spieler und einen Goalie der ersten Mannschaft stellen kann. Der Spielplan wurde bewusst so konzipiert, dass neue Ansetzungen möglich sind. Nach der Absage des Spengler-Cups kann auch zwischen Weihnachten und Neujahr gespielt werden. Im Fussball können Partien ebenfalls verschoben werden, wenn mehrere Spieler einer Mannschaft in Quarantäne gehen müssten.

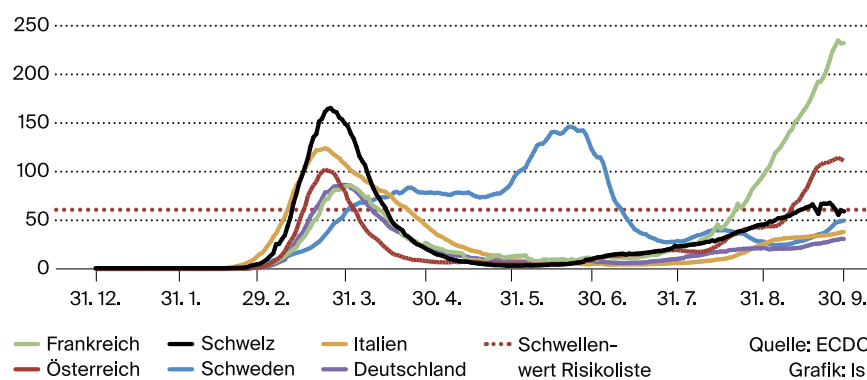
9 Wer muss in Quarantäne, wenn ein Zuschauer erkranken sollte?

Alle Personen, die im Umkreis von zwei Metern vom Erkrankten sassen, werden dem kantonsärztlichen Dienst gemeldet und in Quarantäne versetzt. Grössere Auswirkungen hätte das beim SC Bern, dessen 84-seitiges Schutzkonzept zeigt, dass dies bis zu 32 Personen betreffen könnte. Eine solche Massenquarantäne wollen natürlich alle Klubs tunlichst vermeiden. Luzerns Präsident Studhalter: «Im Zentrum unserer Bemühungen steht, dass niemand in Quarantäne muss. Die Zuschauer haben Platz, sie können sich sicher fühlen.»

10 Was, wenn die Maskenpflicht missachtet wird?

Wer sich weigert, eine Maske zu tragen, oder sie nicht korrekt trägt, wird vom Sicherheitspersonal aufgefordert, dies zu tun. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, wird die Person aus dem Stadion gewiesen. Passiert das bei einem anderen Spiel erneut, kann der Fehlbare mit einem Stadionverbot von bis zu drei Jahren belegt werden. Eine Maskendispens bedeutet nicht, dass der Zutritt zum Spiel gewährt wird. In St. Gallen beispielsweise dürfen Zuschauer mit Maskendispens nicht ins Stadion. Die Maske abzunehmen, um das Team anzufeuern, ist ebenso verboten wie die Verpflegung abseits des eigenen Sitzplatzes.

Die Anzahl der Corona-Fälle Innerhalb von 2 Wochen pro 100 000 Einwohner und Land



Schweiz bringt die Infektionszahlen unter den Schwellenwert

Risikogebiet Während in unseren Nachbarländern oder auch in Schweden die Infektionszahlen am Steigen sind, bleiben die Zahlen in der Schweiz stabil. Gestern vermeldete das Bundesamt für Gesundheit 411 neue Coronainfektionen. Insgesamt wurden 12 577 Tests durchgeführt. Die Positivitätsrate lag bei 3,3 Prozent.

Gemessen an den Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innert 14 Tagen, ist die Schweiz damit unter den Schwellenwert gesunken, den sie für die eigene Risikoeinstufung verwendet. (Siehe rote gestrichelte Linie in der Grafik oben.) Gestern lag der Wert mit 59,8 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innert 14 Tagen unter der Grenze von 60 Infektionen. Überschreitet ein Land oder eine Region diesen Wert, setzt das Bundesamt für Gesundheit dieses auf die Risikoliste. Reisende aus diesen Ländern müssen bei ihrer Rückkehr in die Schweiz in die Quarantäne. Nach eigenen Massstäben wäre die Schweiz also kein Risikoland mehr. Den

Abwärtstrend bewirkt haben insbesondere die rückläufigen Zahlen in den stark betroffenen Kantonen Genf, Waadt und Zürich. Die Massnahmen wie Clubschiessungen, Maskenpflicht in Läden und Begrenzung von Veranstaltungen auf 100 Personen dürften ihre Wirkung entfaltet haben.

Hospitalisierungen nehmen wieder leicht zu

Umgekehrt sind zuletzt die Hospitalisierungen leicht angestiegen. Derzeit werden rund zehn Personen täglich im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung hospitalisiert, pro Tag stirbt im Schnitt eine Person an den Folgen des Virus. Ein Zeichen, dass im Unterschied zum Sommer, als sich vor allem jüngere Personen infizierten, sich nun auch wieder vermehrt ältere Personen anstecken. Dies erhöht das Risiko für Spitaleintritte und Todesfälle. So wurden in der Schweiz in den vergangenen Tagen auch mehrere Ausbrüche in Altersheimen registriert. (rom)

Zu alte Studien und oft falsch verknüpft

Die deutschen Wissenschaftler Sucharit Bhakdi und Karina Reiss haben umstrittene Aussagen gemacht. Der Faktencheck.

Bruno Knellwolf und Sabine Kuster

Ein Interview in dieser Zeitung mit Sucharit Bhakdi von der Universität Mainz und Karina Reiss von der Universität Kiel vom vergangenen Samstag hat Wellen geworfen. Das deutsche Forscherehepaar stellt im Interview seine Sicht der Coronamassnahmen dar, welche die beiden in ihrem Buch «Corona Fehlalarm?» schon veröffentlicht haben. Reiss' Universität Kiel hat sich mit einem offiziellen Statement vom Buch distanziert, weil es tendenziöse Aussagen enthalte, welche die wissenschaftliche Sorgfalt medizinischer Forschung in Deutschland und international in Frage stellten. Tatsächlich beziehen sich viele Aussagen im Interview auf Studien, die am Anfang der Pandemie gemacht wurden und deren Erkenntnisse inzwischen überholt sind. Zudem zeigt der Faktencheck, dass die beiden Wissenschaftler in sich richtige Einzelaussagen mit anderen verknüpfen, was zu einem falschen Schluss führt.

1 Bhakdi: «Es wird ein nicht validierter und nicht zugelassener Labor-test verwendet.»

Die Standard-Coronatests, die PCR-Tests, werden in der Schweiz laufend optimiert und validiert. Die gut validierten PCR-Tests haben in der Regel eine Spezifität von mehr als 99 Prozent. Das heisst, dass tatsächlich Gesunde im Test zu mehr als 99 Prozent auch als gesund erkannt werden. Einzelne falsche Resultate können durch eine unkorrekte Handhabung des Tests entstehen. Die in Deutschland von Coronaskeptikern oft geäusserte These hat ihren Ursprung bei den ersten mangelhaften Covid-Tests Anfang der Krise in Deutschland.



2 Bhakdi: «Wir sind vernünftig, wir machen Schluss mit dem Maskentragen, mit dem Verzicht auf Händeschütteln, mit dem Abstandhalten.»

Auf Hygiene- und Distanzmassnahmen zu verzichten, wäre nicht vernünftig. Über die Wirkung dieser Standard-Massnahme herrscht breiter Konsens. Diese wurden auch in Schweden eingehalten, wo keine strengerer Lockdown-Massnahmen durchgeführt wurden. Dass die Infektionszahlen trotzdem gesunken sind, wird genau darauf zurückgeführt, dass sich die schwedische Bevölkerung an die Hygiene- und Distanzmassnahmen gehalten hat. Das Maskentragen muss differenzierter gesehen werden: An der frischen Luft und an Orten, wo sich Menschen nicht zu nahe kommen, gibt es keinen Beweis, dass Schutzmasken einen Effekt haben. Unbestritten ist aber, dass symptomfreie Menschen mit dem Virus im Körper ansteckend sein können, insbesondere kurz bevor die Ansteckung ausbricht. Und weil Masken zumindest einen Teil der Viren zurückhalten, können sie in Innenräumen im dauerhaften und nahen Kontakt mit anderen Personen Sinn machen. In einem voll besetzten Pendlerzug also mehr als beim Kurzaufenthalt in einem Laden.



3 Bhakdi: «Desinfektionsmittel machen krank.»

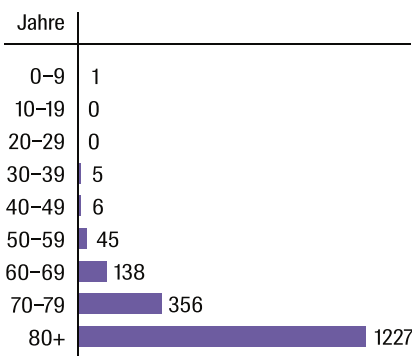
Wenn man sich das Desinfektionsmittel in die Venen spritzt, wie das US-Präsi-



Maskentragen macht an Orten mit Ansteckungsrisiko Sinn, zum Beispiel in dicht besetzten Zügen.

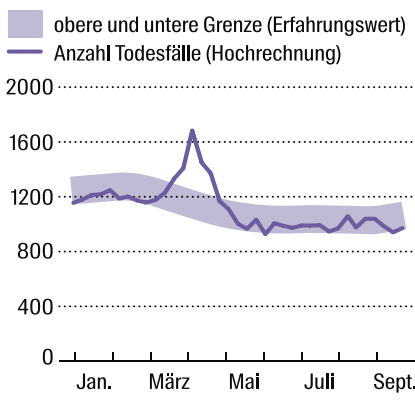
Bild: Georgios Kefalas/Keystone (Basel, 6. Juli 2020)

Anzahl der Covid-Todesfälle seit Ausbruch der Pandemie



Quelle: BAG, 28. 9.; Redaktion: kn; Grafik: Isi

Die wöchentlichen Todesfälle alle Todesursachen



Quelle: BAG, 22. 9.; Redaktion: kn; Grafik: Isi

dent Donald Trump zum Schrecken seines Coronaberaters Anthony Fauci vorgeschlagen hat, dann schon. Ansonsten sind Desinfektionsmittel in der Schweiz zulassungspflichtig und werden gemäss dem BAG auf mögliche gesundheitsschädigende Wirkungen untersucht.



4 Bhakdi: «Die Geschichten mit den Langzeitschäden sind Spekulation.»

Es liegt in der Natur der Sache, dass man noch nicht von Langzeitschäden sprechen kann, bei einem Virus, das seit zehn Monaten kursiert. Aber nach Auskunft des Infektiologen Manuel Battegay, Chefarzt am Unispital Basel, und des Epidemiologen Marcel Tanner gibt es zumindest auch nach sechs Monaten durchaus noch Schäden bei rund 20 Prozent der schwer erkrankten Patienten, insbesondere bei beatmeten Patienten. Allerdings ist es auch so, dass sich viele der schwer Erkrankten vollständig erholen. Studien über Langzeitfolgen sind im Gang. Pietro Vernazza, Chefarzt an der Klinik für Infektiologie am Kantonsspital St. Gallen, sagt dazu: «Nach wie vor stellen wir bei Covid-19 fest, dass der grösste Teil der Infektionen mild, oft unerkannt und ohne Folgeschäden abläuft. Doch es gibt wirklich schwere Verläufe, insbesondere bei Patienten, die Intensivpflege benötigen, welche auch lange

anhalten können. Auch wenn diese Verläufe keine allgemeinen drastischen Präventionsmassnahmen rechtfertigen, darf man sie nicht bagatellisieren.»



5 Bhakdi: «Die Kinderpsychologen in Deutschland haben keine freien Termine mehr, weil Kinder unter dem Maskentragen leiden.»

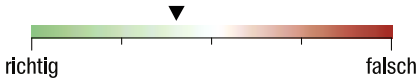
Kinder müssen in Deutschland im ÖV und Läden ab sechs Jahren Masken tragen. In der Schule während des Unterrichts müssen momentan nur in Bayern Schüler ab der 5. Klasse eine Maske tragen. Anderorts sind Masken auf Schulfleuren und in der Pause Pflicht. In der Schweiz gilt erst für Berufsschüler und Gymnasiasten in einigen Kantonen Maskentragepflicht. Jedoch tragen mancherorts Kita-Betreuende oder Lehrer Masken. Philipp Ramming, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie, sagt dazu: «Natürlich sind Masken für den Beziehungsaufbau nicht ideal. Aber es schadet den meisten Kindern nicht, es gibt viele andere Faktoren, die eine Beziehung unterstützen – wie adäquate Reaktionen, Zuhören und präsent sein können.» Wenn man Masken in der Arbeit mit Kindern einführt, dann müssten zusätzliche Ressour-

cen geschaffen werden, um auf Kinder reagieren zu können, die damit Mühe hätten. Dass deswegen mehr Kinder oder Jugendliche in psychiatrischer Behandlung seien, dazu sagt Ramming: «Davon habe ich keine Kenntnisse.»



6 Reiss: «Es gibt mittlerweile einen wissenschaftlichen Konsens, dass die Sterblichkeit zwischen 0,1 und 0,5 Prozent liegt.»

Wissenschaftlicher Konsens ist eine Sterberate von 0,5 bis 0,7 Prozent. Bei der saisonalen Grippe liegt diese bei unter 0,1 Prozent. Die sogenannte Infection Fatality Rate gibt für eine Infektionskrankheit den Anteil der Todesfälle unter allen Infizierten an, inklusive jener ohne Symptome. Die aktuell wenigen Todesfälle haben damit zutun, dass sich vor allem Junge infizieren. Die durchschnittliche Sterberate von Covid-19 geht erst effektiv zurück, wenn wirksame Medikamente entwickelt sind und die Ärzte in der Behandlung dazulernen. Das ist teilweise bereits geschehen.



7 Bhakdi: «Die Lockdown-Massnahmen schaden den Menschen viel mehr als das Virus.»

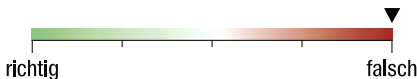
Unbestritten ist, dass die Lockdown-Massnahmen schwere wirtschaftliche Schäden ergeben, die sich indirekt auch auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen auswirken. Verhaltensforscher Marc Höglinger vom Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie der ZHAW beobachtet die gesellschaftlichen Auswirkungen laufend. Welche Schäden das Coronavirus aber angerichtet hätte, wenn wir keinen Lockdown gehabt hätten, sei schwierig zu schätzen. Einerseits hätten wir auch so wirtschaftliche Auswirkungen gespürt, so Höglinger, denn das Verhalten der Leute ändert sich mit der stei-

genden Ansteckungsgefahr. So hatte auch Schweden, das einen Sonderweg ohne Lockdown ging, wirtschaftliche Einbussen. Andererseits gibt Höglinger zu bedenken, wäre die Pandemie um einiges schlimmer ausgefallen: mit mehr Todesfällen und mehr Belastung des Gesundheitswesens. «Kurz gesagt: Tatsächlich schmerzen uns die Lockdown-Massnahmen in der Schweiz viel mehr als das Virus selbst – aber eben deshalb, weil die Pandemie in Schach gehalten wurde», sagt Höglinger. «Daraus zu folgern, ein Lockdown sei unnötig gewesen, wäre ein Fehlschluss», sagt der Verhaltensforscher vom Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie.



8 Bhakdi: «Es gibt keine aussergewöhnlich hohe Sterblichkeit wegen Covid-19.»

In der Schweiz gab es vor allem eine Übersterblichkeit von Personen ab 65 Jahren während der ersten Welle Ende März/Anfang April. Am meisten betroffen waren die Kantone Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Tessin, Waadt, Wallis. Seither ist die Übersterblichkeit nicht mehr zu beobachten.



9 Reiss: «Menschen mussten monatelang auf Tumorbehandlungen warten.»

Dazu nimmt die Krebsliga Stellung. Professor Solange Peters, Vorstandsmitglied der Krebsliga und Chefärztin für medizinische Onkologie am Universitätsspital Lausanne, sagt, sie bezweifle, dass das in der Schweiz der Fall war. Jedenfalls verzeichnete sie in ihrem Departement keine signifikanten Verzögerungen bei den onkologischen Behandlungen, so Peters.



Basel Stadt Land Region



Die Zuschauerinnen und Zuschauer im Joggeli halten sich diszipliniert an die Maskenpflicht. Fotos: Dominik Plüss

Distanz im Joggeli: Die Fans jubeln jetzt mit «Ghetto-Fäusten»

FCB-Fans zurück im Stadion Erstmals seit langem fand am Sonntag im St.-Jakob-Park ein Fussballspiel mit mehreren Tausend Besuchern statt. Die strikten Corona-Regeln wurden diszipliniert befolgt. Die Muttenserkerve feierte allerdings lieber draussen.

Simon Bordier

«Das war jetzt aber ganz schön anstrengend», entfährt es einer Matchbesucherin am Sonntagabend beim Verlassen des Stadions. Sie meint damit nicht etwa das Meisterschaftsspiel, das der FC Basel gegen den FC Luzern mit 3:2 für sich entschied, sondern den rotblauen Stofffetzen, den sie über Mund und Nase trägt. Die Bedeckung erschwerte die Atmung, pflichten ihr die anderen Besucher bei – zumal wenn man sie über mehr als 90 Minuten tragen muss. Chirurgische Masken erweisen sich indes als angenehmer zu tragen.

Bei den von uns angesprochenen FCB-Fans überwiegt ansonsten die Erleichterung: Erleichterung darüber, dass die Besucherobergrenze von 1000 Personen seit Anfang Oktober aufgehoben ist und nun wieder Spiele mit mehreren Tausend Zuschauern stattfinden. 9257 Zuschauer zählt man am Sonntag im Joggeli, beim ersten Spiel des FCB vor mehreren Tausend Fans seit über einem halben Jahr.

Fans haben Verständnis für die Massnahmen

Wer rein will, muss wegen der Corona-Krise diverse Einschränkungen in Kauf nehmen: Es gibt keine Stehplätze; auf den Tribünen muss zwischen zwei Zuschauern ein Sitz leer bleiben; Essen und Trinken darf man nur am eigenen Platz, ansonsten gilt eine generelle Maskentragpflicht.

«Es sind neue Zeiten, entsprechend gelten eben auch neue Regeln», zeigen sich Severin und Silvan, zwei junge FCB-Fans, im



Essen und Trinken darf man nur am eigenen Platz. Wer sich nicht daran hält, wird zurechtgewiesen.

«Wir sind einfach froh, wieder hier sein zu können.»

Severin und Silvan
FCB-Fans im Stadion

Gespräch einsichtig. Sie selbst seien zwei Mal vom Sicherheitspersonal zurechtgewiesen worden, weil sie während der Pause an ihrem Bier genippt hätten, bevor sie ihre Sitzplätze erreicht hatten. «Das ist im ersten Moment natürlich total nervig», meint Severin zum Rüffel des Ordnungsdiensts, aber letztlich verstehe man ja das Vorgehen. «Wir sind einfach froh, wieder hier sein zu können.»

Auch andere Stadionbesucher haben ihre Erfahrungen mit der Security gemacht. Wer zum Beispiel den Gesichtsschutz lediglich über den Mund zog und die Nase frei liess, wurde prompt

aufgefordert, die Gesichtsbekleidung korrekt zu tragen. Es schien, als wollten die Verantwortlichen beim ersten Match mit vielen Zuschauern ja nicht den Eindruck des Laissez-faire aufkommen lassen.

Das Bier floss eher ausserhalb des Joggeli

Beim FC Basel zeigt man sich «sehr zufrieden» mit dem Verlauf des Abends. Die Leute hätten sich alles in allem «diszipliniert» an die Regeln gehalten und «verständnisvoll» auf die Massnahmen und Anweisungen der Stadionpersonals reagiert, sagt auf Anfrage Beat Meier,

Leiter Sicherheit beim FCB. Allenfalls «Kleinigkeiten» gelte es mit Blick auf die kommenden Spiele noch zu verbessern.

Dank des Regelpakets und der noch immer relativ überschaubaren Besucherzahl (10'000 Zuschauer bei einer Kapazität von insgesamt über 38'000) kam es am Sonntag zu keinen grösseren Menschenaufläufen: weder beim Ein- und Auslass noch vor den Imbissständen im Stadion. Das Bier floss eher ausserhalb des Joggeli: Vor Spielbeginn standen viele Fans in Grüppchen vor dem Stadion und plauderten – die meisten von ihnen ohne Maske, dafür mit Getränke reserven.

Die Stimmung war erstaunlich gut

Derzeit sind lediglich Besitzer von Saisonabokarten zu den FCB-Spielen im Stadion zugelassen. Wenn sie an einem Match interessiert sind, müssen sie sich im Voraus anmelden und ein Kontaktformular ausfüllen.

Einem Grossteil der knapp 20'000 Saisonkarten-Besitzer, namentlich der Muttenserkerve, waren die Corona-Massnahmen im Stadion am Sonntag zu strikt; sie blieben dem Spiel fern. Das heisst: Die Muttenserkerve stand vor Spielbeginn entlang der Route des FCB-Mannschaftsbusses Spalier und hiess die Spieler mit Fangesängen und Feuerwerk willkommen. Damit gelang ihnen ein emotionaler Höhepunkt dieses Fussballsonntags – nicht im, sondern vor dem Stadion.

Wie war die Stimmung im Joggeli selbst? Angesichts der Tatsache, dass das Stadion nicht mal zu einem Drittel ausgelastet

war, dass die Besucher verstreut über die verschiedenen Tribünen sass und keine Gästefans zugelassen waren – erstaunlich gut.

Selbst in der Muttenserkerve, wo anstelle der Stehplätze Sitze hingenpflanzt wurden, waren Besuchergruppen auszumachen. Und obwohl die Kurve weit weniger gut besetzt war als noch vor Corona, wurde die Anwesenheit ihrer Rolle als Stimmungsmacher durchaus gerecht; die stärksten Fangesänge, die lautesten Reaktionen kamen aus dieser Stadionecke.

Dank drei Toren des FC Basel boten sich den FCB-Anhängern zudem mehrere Möglichkeiten, mit neuen Siegesgesten über leere Sitzreihen hinweg zu experimentieren. So wurden an dem Abend nicht wenige Ghetto-Fäuste unter den jubelnden Zuschauern ausgetauscht.

Dass der freundschaftliche Faustgruss aus Sicht des Bundesamts für Gesundheit hygienetechnisch nicht ganz unbedenklich ist, sei dahingestellt. Insgesamt wirkten die Zuschauerinnen und Zuschauer erstaunlich diszipliniert.

ANZEIGE



Die steigenden Fallzahlen sind eine direkte Folge unserer Coronastrategie. Pietro Vernazza schlägt deshalb ein neues Vorgehen vor. Ein Gastkommentar.

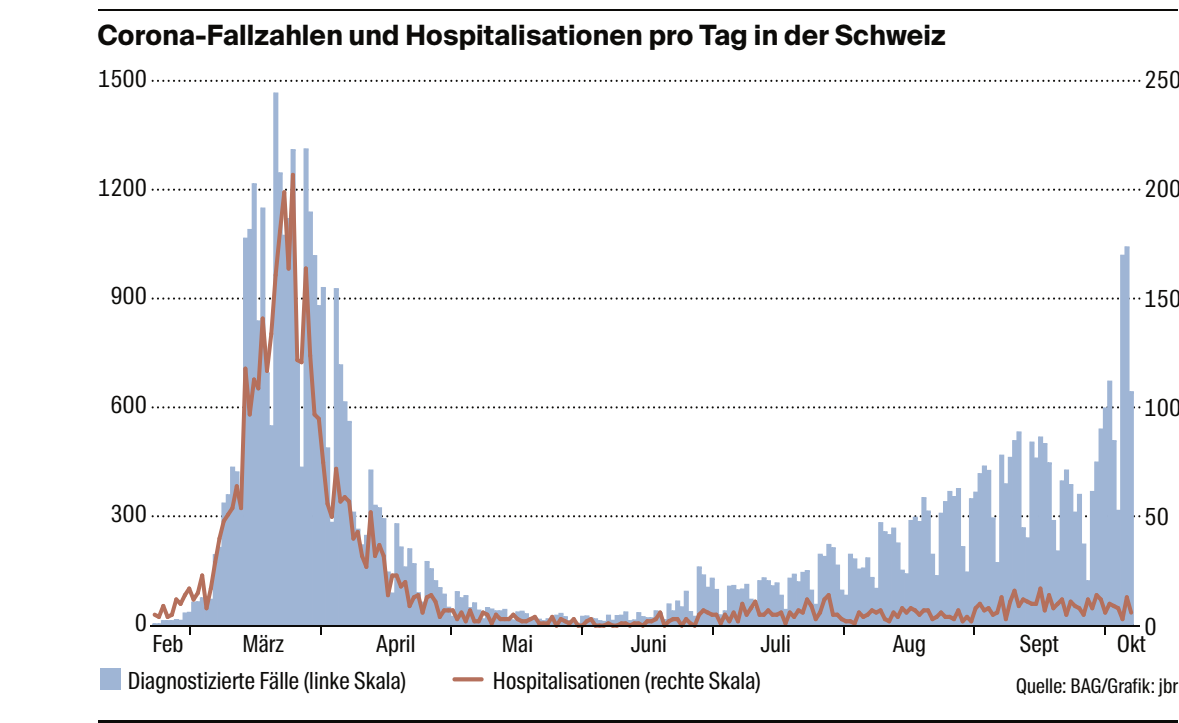
Zeit für ein Umdenken

In den letzten Tagen hat sich eine gewisse Nervosität breitgemacht. Plötzlich werden neue, dringliche Massnahmen, eine Ausweitung der Teststrategie, ja sogar ein Lockdown gefordert. Lassen wir uns etwas Zeit, die Lage gründlich zu analysieren! So können wir allfällige Schlussfolgerungen interdisziplinär ziehen und Massnahmen im Konsens umsetzen. Dabei sollten wir Fragen zur Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Massnahmen einbeziehen. Und auch Fragen zur Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ist Zeit für eine Standortbestimmung und die fundierte Planung der weiteren Schritte.

Wo stehen wir heute? Im Moment sind wir beeindruckt von den hohen Fallzahlen. Gestern sogar die Rekordmarke von 1464 übertroffen. Bereits dreimal vierstellig! Während der gesamten ersten Welle lagen die Fallzahlen «nur» gerade elfmal bei über tausend pro Tag. Bereits spricht man von einer zweiten Welle. Doch der Eindruck täuscht.

Der aktuelle Anstieg der Fallzahlen ist eine direkte Folge der heutigen Strategie. Diese wird oft bei neuen Infektionskrankheiten eingesetzt: Mit dem «Containment», der Strategie des Einschliessens, will man die weitere Ausbreitung des Virus stoppen. Dies durch frühzeitige Erkennung und Isolation von möglichst allen Infizierten und Quarantäne von deren Kontaktpersonen. Diese Strategie war beispielsweise erfolgreich bei Sars oder Ebola.

Der Anstieg der Testungen auf 15 000 pro Tag ist somit als Erfolg zu werten; dass die Fälle zunehmen, die logische Konsequenz. Es sind vorwiegend



milde Fälle, denn die Hospitalisationszahlen bleiben auf tiefem Niveau (siehe Grafik). Wir haben die Strategie gut umgesetzt. Bei den hohen Fallzahlen handelt es sich mehrheitlich um milde oder symptomlose Fälle, die während der ersten Welle in der «Dunkelziffer» untergingen.

Dennoch müssen wir nun auch europaweit erkennen, dass die Strategie längerfristig kaum aufrechtzuerhalten ist. Das Ziel des «Einschliessens» wird unrealistisch. Das Virus ist in allen Ländern verbreitet. Von Stoppen kann keine Rede mehr sein. Mit den Wintermonaten werden die Zahlen weiter ansteigen.

Haben wir also versagt? Nein, im Gegensatz zu Sars und Ebola wird

Covid-19 in rund der Hälfte der Fälle von symptomlosen Personen übertragen. Es ist deshalb an der Zeit, einen Strategiewechsel zu prüfen. Denn der Aufwand für die Containment-Strategie wächst ins Unermessliche. Allein die Testungen würden uns in sechs Monaten über eine Milliarde Franken kosten. Die Quarantäne-Massnahmen werden Arbeitsausfälle im Gegenwert von mehreren Milliarden Franken verursachen. Sie sind nicht wirtschaftlich und – schlimmer noch – sie sind nicht wirksam. Von allen Reiserückkehrern in der Quarantäne bleiben über 99 Prozent ohne Erkrankung. Ein Ressourcenverschleiss.

Ein Verzicht auf die Aufrechterhaltung der Containment-Strategie bedeutet: keine umfangreiche Tes-

tung und keine gross angelegten Quarantänemassnahmen mehr – dies zu Gunsten der neuen Strategie der Abschwächung («Mitigation»). Das heisst, wir wollen nicht mehr jede Infektion verhindern, sondern wir wollen die Häufigkeit der Infektionen reduzieren. Denn letztendlich geht es immer noch um das Ziel, die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Das ist durchaus möglich. Wenn wir kranke Personen zu Hause isolieren für die Zeit, in der sie Symptome zeigen, dann können wir rund die Hälfte aller Infektionen verhindern. Ein Test ist nur sinnvoll bei Personen, die so krank sind, dass sie hospitalisiert werden müssen. Denn eines bleibt wichtig: Wir müssen die Gefährdung des Gesundheitssystems rechtzeitig erkennen können. Dazu

brauchen wir verlässliche Daten zu den Hospitalisationen. Hinzu kommen die Hygienemassnahmen, sie behalten ihre Gültigkeit, sind nachvollziehbar und breit akzeptiert, insbesondere bei gefährdeten Personen.

Weitere Aufgaben gibt es zuhauf. Wichtig wäre eine gute Überwachung der Infektionshäufigkeit bei besonders gefährdeten Gruppen. Dazu braucht es eine systematische Erfassung insbesondere in Alters- und Pflegeeinrichtungen. Erste Erkenntnisse lassen vermuten, dass wir die Gefährlichkeit der Erkrankung bei älteren Menschen überschätzt haben. Das müssen wir überprüfen. Vielleicht sind auch bei älteren Menschen mildere Erkrankungen häufiger als angenommen. Nicht überraschen würde uns, wenn die Aggressivität des Virus über die Zeit abnimmt. Um solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, brauchen wir eine gut durchgeführte Überwachung.

Covid-19 wird nicht verschwinden. Es wird Teil unseres Lebens werden. Gut zu wissen, dass unser Abwehrsystem in den Jahrmillionen der Evolution Methoden entwickelt hat, die uns helfen, mit solchen Erregern umzugehen. Letztendlich bin ich überzeugt, dass unser Immunsystem uns mehr hilft als alle Plastikwände, Masken und Desinfektionsmittel.



Pietro Vernazza
Der Professor ist Chefarzt Infektiologie am Kantonsspital St. Gallen.

Das Virus breitet sich aus. Am Freitag vermeldete der Bund 1487 Infektionen. Das sind so viele wie seit dem Höhepunkt der Krise nicht mehr. Gleichzeitig beschwichtigen Experten. Die höheren Ansteckungszahlen hätten auch mit einer besseren Rückverfolgung zu tun. Die Dunkelziffer sei kleiner. Wie dramatisch präsentiert sich die Situation wirklich?

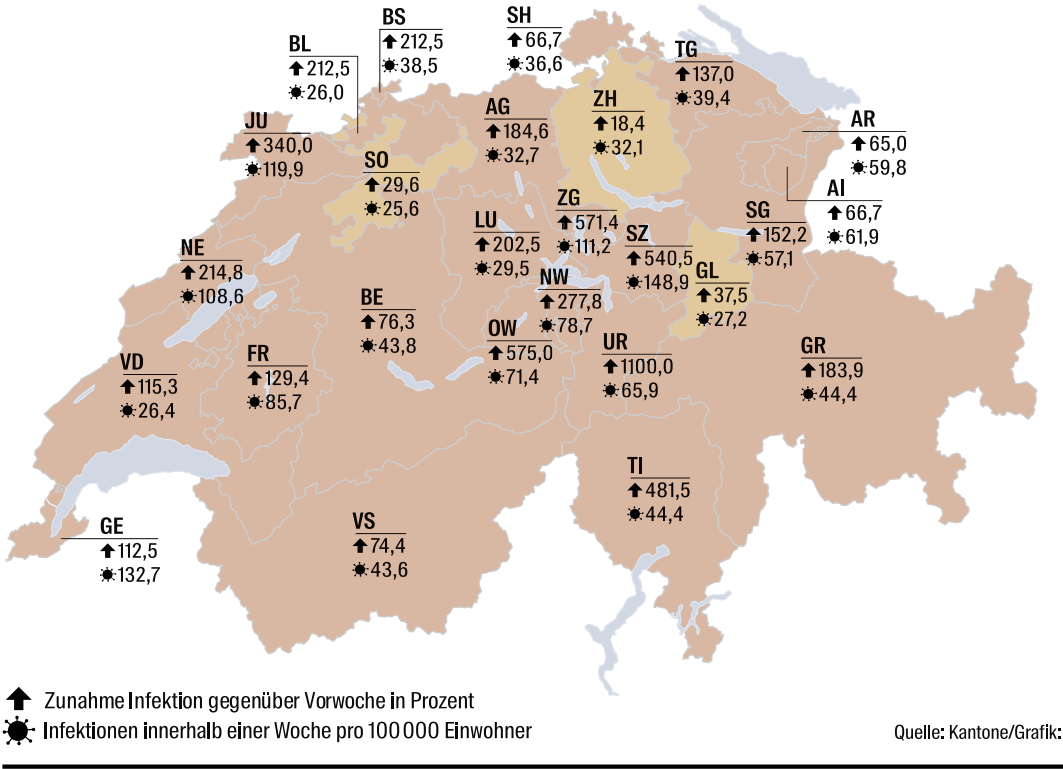
Um die Coronalage in den Kantonen zu beobachten und zu vergleichen, kursierte unter Kantonsärzten im Sommer ein Ampelschema. Zwei Faktoren bestimmen, ob die Ampel auf Grün, Gelb, Orange oder Rot steht: die Anzahl Coronakranke pro 100 000 Einwohner und die Zunahme der Ansteckungen gegenüber der Vorwoche. Nehmen die Ansteckungen gegenüber der Vorwoche bis zu 10 Prozent zu, schaltet die Ampel erst ab 75 Ansteckungen pro 100 000 Einwohner auf Rot. Sind es mehr als 20 Prozent, kommt der einzelne Kanton schon bei 25 Fällen pro 100 000 Einwohner in den roten Bereich. Die Redaktion von CHMedia hat die Berechnung für die 26 Kantone mit den neusten Coronazahlen gemacht. Das Resultat: Die Ampel steht in 23 von 26 Kantonen auf Rot. Nur in den Kantonen Glar-

Die Corona-Ampel steht auf Rot

Ein Schema zeigt den Ernst der Lage. Muss der Bund nun ran?

Die Corona-Situation in den Kantonen

Die Farbe ergibt sich aus der Zunahme der Ansteckungen gegenüber der Vorwoche und den wöchentlichen Ansteckungen pro 100 000 Einwohnern. Steigen die Zahlen stärker als 20 Prozent, führen 25 Ansteckungen zur Farbe Rot. Bei einem Anstieg von 10 bis 20 Prozent bleibt die Ampel bis 50 Ansteckungen auf Orange.



us, Solothurn und Zürich steht sie auf Orange. Im gelben oder gar grünen Bereich liegt keiner der Kantone.

In sämtlichen Kantonen ausser Zürich liegt die Zunahme der Ansteckungen über 20 Prozent gegenüber der Vorwoche. In allen Kantonen ausser Glarus und Solothurn haben sich mehr als 24 Personen pro 100 000 Einwohner angesteckt.

Nun stecken sich auch Alte wieder an

Der Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz, Lukas Engelberger, sagt: «Wir sind in einer kritischen Phase». Die Infektionen stiegen stark – und dies in allen Kantonen. «Es sind zwar vor allem junge Menschen betroffen, nun springt das Virus aber auf die ältere Generation über. Wir müssen wieder wachsam sein», sagt er und rät von grösseren Privatpartys ab.

Das Coronakonzept mit dem Ampelsystem stammt aus dem Kanton Zug und diente den Kantonsärzten als Grundlage für die Erarbeitung von eigenen Konzepten. Je nach Eskalationsstufe und Farbe sieht es verschiedene Massnahmen vor. Vor dem Hintergrund des Ampelsystems lässt sich auch verstehen, warum in dieser Woche Bern und Zug die Maskenpflicht

in Läden einführen und das Tessin Clubs und Tanzlokale schloss. Sie kippten in den roten Bereich.

Das Ampelkonzept sieht vor, dass bei der Stufe Rot dem Bund wieder mehr Gewicht zukommen soll. Die Zusammenarbeit solle über die Kantone hinausgehen, heisst es im Konzept. Muss jetzt, wo beinahe alle Kantone im roten Bereich sind, der Bund übernehmen?

Gesundheitsminister Alain Berset verneint dies diese Woche. Gesundheitsdirektorenpräsident Engelberger winkt ebenfalls ab. «Die Kantone haben die Lage im Griff. Der Bund könnte es nicht besser», sagt er. Er relativiert das Ampelkonzept zudem als teilweise bereits überholt. Die Stände arbeiteten darüber hinaus eng mit dem BAG zusammen. Vor allem im Bereich Information spiele der Bund aber eine zentrale Rolle.

Das BAG intensivierte am Freitag die Kommunikation. Das Plakat mit dem Aufruf zum Händewaschen, Abstandhalten und Maskentragen erhält eine neue Farbe. Es erstrahlt nun in Orange statt bisher in Blau. Mit Blick auf die Corona-Ampel könnte man sagen: Rot wäre auch nicht falsch gewesen.

Pascal Ritter

«Wir dürfen auch Positives vermelden»

Umgang mit Corona Die Fallzahlen steigen wieder deutlich. Wie wir trotzdem ohne neuen Lockdown durch den Winter kommen, sagt Manuel Battegay, Infektiologe und Co-Leiter der nationalen Covid-Taskforce.

Marc Brupbacher

Herr Battegay, ist die Corona-Lage in der Schweiz wieder ausser Kontrolle geraten?
Die steigenden Zahlen und Hospitalisationen sind besorgniserregend. Wir müssen die etablierten Massnahmen wieder strikter umsetzen, auch wenn bei sehr vielen Menschen Ermüdungserscheinungen spürbar sind. Die Schweiz tut aber gut daran, nicht alarmistisch zu reagieren, denn wir haben keine Zustände wie im März und April. Ziel ist es, die Infektionsraten möglichst tief zu halten, die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen zu schützen und das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren.

Die Fallzahlen werden aber schnell weiter steigen: Denn Grossveranstaltungen laufen, Maskenpflicht gibt es nur an beschränkten Orten, es gibt keine Personenobergrenze für private Veranstaltungen. Wetter und Klima spielen gegen uns.
Die Reaktion darauf kann nicht sein, überstürzt Massnahmen einzuführen, sondern die bereits bestehenden stringenter umzusetzen. Wir müssen die Bevölkerung konkreter und verständlicher informieren, wie wir uns in alltäglichen Situationen verhalten sollen. Da geht es nicht um Vorschriften, sondern um Anleitungen, wie eben soziale Kontakte weiterhin möglich sein sollen. Wer zum Beispiel seine betagten Grosseltern in der Alterssiedlung besuchen will, sollte zehn Tage auf Clubbesuche verzichten und so das Risiko minimieren.

Doch die Kantone haben es verpasst, das Virus seit dem 1. Juni, als die Zahlen wieder exponentiell zu steigen begannen, einzudämmen. Hat der Bund die Öffnung nicht zu schnell vorangetrieben?
Die Geschwindigkeit der Öffnung spielt praktisch keine Rolle, entscheidend sind der Grad der Öffnung und die flankierenden Massnahmen. Länder, die ständig vom Lockdown zur Normalität und zurück wechseln, fahren einen Zickzackkurs, den ich für sehr schädlich halte. Wenn die Anzahl der Übertragungen auf einem tiefen Niveau ist, wie es Anfang Sommer der Fall war, nützt es überhaupt nichts, lange mit der Öffnung zuzuwarten. Dies schädigt nur das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft, denn das Virus bleibt da. Ein Lockdown ist keine Option, auch wenn wir eines der wenigen Länder in Europa wären, die dies nicht tun. Es wäre ein Versagen und würde zeigen, dass wir uns nicht rigoros an die Massnahmen gehalten hätten.

Müssen wir uns aber bald eingestehen, dass die Eindämmungs- und Teststrategie gescheitert ist?
Die Eindämmungsstrategie muss weiterverfolgt werden, denn Durchseuchen würde zu viel Leid verursachen. Wir haben in anderen Ländern gesehen, dass das Gesundheitswesen, aber auch die Wirtschaft bei Durchseuchung zu



Eishockey-Match Ambri gegen Lugano: «Wenn die Besucher sich an die Schutzkonzepte halten, müssten Anlässe möglich sein», sagt Infektiologe Manuel Battegay. Foto: Keystone

stark belastet wird. Wir werden Risikogruppen nie ganz abschirmen können. Wenn sich nun aber viele Junge angesteckt haben und anstecken, sollte dies dennoch zur Herdenimmunität beitragen.

Die Zahl der Hospitalisierten hat sich in der Schweiz innerhalb eines Monats fast verdoppelt. Sind die Spitäler gewappnet?
Wir sind gewappnet, aber die Kapazitäten sind nicht unbeschränkt. Wir schauen täglich auf die Zahl von neuen Hospitalisationen und die Belegung der Intensivstationen. Da stossen wir noch an keine Grenzen. Ebenfalls werden kontinuierlich Daten zur Sterblichkeit und den damit zusammenhängenden Risikofaktoren in 20 Spitälern in einer Studie des Bundesamtes für Gesundheit erhoben. Den Kliniken werden ständig die neuesten Ergebnisse übermittelt.

Ist es nicht zynisch, wenn die Behörden sagen, solange die Spitäler noch nicht voll seien, gebe es keinen akuten Handlungsbedarf?
In einer solchen Krise besteht immer Handlungsbedarf. Ich kann Ihnen versichern, die Arbeit hinter den Kulissen aller Gesundheitsfachpersonen, seitens des

Bundes, des Bundesamts für Gesundheit und der Kantone ist immens. Dann lese ich in den Medien viel zu selten Geschichten über Anlässe, die mit einem kreativen Schutzkonzept umgesetzt wurden, oder wie Altersheime die schwierige Situation gut meistern. Nur negative Meldungen hält niemand aus, wir dürfen auch Positives vermelden.

Wie kommen wir durch den Winter?
In Richtung Lockdown zu gehen, halte ich für falsch. Es werden viele Freiheiten möglich sein, wenn wir uns an die etablierten Massnahmen halten. Am wichtigsten ist eine aktivere Kommunikation, damit jeder noch besser weiss, dass sehr vieles von der disziplinierten Anwendung der Schutzregeln abhängt. Über Versammlungsgrösse oder die Ausweitung der Maskenpflicht sollte situativ in den Kantonen entschieden werden. Klar ist aber auch, Spitäler und alle Gesundheitsfachpersonen müssen bereit sein für einen intensiven Herbst und Winter.

Soll man Masken tragen, wann immer es geht?
Ganz klar ja, in Innenräumen, wo Menschen eng zusammenkommen, sind sie sehr effektiv. Aber auch in Fussballstadien, wo laut gerufen und geschrien wird, nützen sie. Durch die Maske wird auch das sogenannte Inokulum, also die Menge an eingeatmeten Viren, reduziert und dadurch die Schwere der Krankheit gemildert, wie jüngst in Tierversuchen

gezeigt wurde. Wenn alle die Maske tragen, ergibt sich zudem ein additiver Schutzeffekt.

Braucht es wieder eine Homeoffice-Empfehlung?
Jein. Wenn die Hospitalisationszahlen wieder stark ansteigen, dann ja, und wenn die Büros klein sind, auch. Aber in den Spitälern arbeiten wir nun seit Monaten mit Schutzmasken und sehen fast keine Ansteckungen.

Müssen Grossveranstaltungen jetzt wieder verboten werden?
Das sollten wir erst dann empfehlen, wenn wir gesehen haben, dass sie wirklich ein erhöhtes Risiko darstellen. Auch hier warne ich vor vorschnellen Schritten. Wenn die Besucher sich an die Schutzkonzepte halten – vor allem auch vor und nach den Anlässen –, müssten sie möglich sein. Auch wenn das Wort Disziplin nicht beliebt ist, hier braucht es sie.

Soll man dieses Jahr auf Weihnachten im erweiterten Familienkreis verzichten?
In der Familie feierten wir kürzlich die hohen jüdischen Feiertage, wo wir mit unseren betagten Müttern zusammen waren. Wir haben sehr darauf geschaut, dass die Abstände grösser waren als sonst und regelmässig gelüftet wurde. Wir haben auch auf Umarmungen verzichtet. Ich bin der festen Überzeugung, dass hier die Eigenverantwortung wichtig ist. Für mich ist religiöse Gemeinschaft sinnstiftend, und so ist es für viele Menschen hier und weltweit.

«Auch wenn das Wort Disziplin nicht beliebt ist, bei Grossanlässen braucht es sie.»

Teilwirksame Mittel wie Remdesivir und Dexamethason wurden relativ schnell entdeckt. Jetzt passierte aber lange nichts mehr. Warum nicht?
Remdesivir war ein schon vorhandenes Medikament, und Dexamethason ist schon fast als uralte Bezeichnung. Die Spitalsterblichkeit lag in der Schweiz mit rund zehn Prozent gemäss einem Vergleich der OECD weltweit am tiefsten. Dies stellt nicht nur den Spitälern in der Schweiz ein gutes Zeugnis aus, sondern auch den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis. Die Betreuung von Patienten mit Risiken wie Diabetes, Hypertonie, kardiovaskulären Risiken oder Übergewicht ist hierzulande beispielhaft. Neue Medikamente werden entwickelt, aber das geht nicht so schnell.

Sind experimentelle Antikörper-Medikamente wie die von Regeneron oder Eli Lilly vielversprechend? Setzt man sie hierzulande schon ein?
Ja, für mich ist dies aktuell der vielversprechendste Ansatz.

Schweizerische Zentren wurden für Studien mit diesen Medikamenten angefragt, aber die Therapien haben noch nicht begonnen. Aus meiner Sicht wäre es auch gut, die Plasmatherapien weiterzuverfolgen, zumindest solange Antikörper-Medikamente nicht breit verfügbar sind.

Was sind die Unterschiede bei der Behandlung von hospitalisierten Covid-Patienten im Vergleich zum April?
Insgesamt konnte die Behandlung optimiert werden. Remdesivir wird jetzt im Gegensatz zur ersten Phase viel früher gegeben. Ob es die Sterblichkeit nun bei nicht beatmeten Patienten senkt, wissen wir noch nicht. Dexamethason wird entsprechend Studienresultaten nun auch früher und viel häufiger eingesetzt, es wird jetzt praktisch jedem hospitalisierten Patienten gegeben. Dann werden in verschiedenen schweizerischen Zentren neu entwickelte Medikamente wie Proteasehemmer eingesetzt, welche die Virusvermehrung mindern sollen.

Wie wird das Leben in der Schweiz im April 2021 aussehen?
Ich bleibe dabei, dass uns die Epidemie bis Ende 2021 beschäftigen wird, allerdings mit der Zuversicht auf einen recht baldigen Impfstoff, möglicherweise Mitte 2021, und dem Wissen, dass es in diesem Sommer recht gut ging. Das Schlimmste dürfte im April 2021 überstanden sein.



Manuel Battegay
Der Chefarzt der Klinik Infektiologie & Spitalhygiene am Universitätsspital Basel ist Mitglied der Corona-Taskforce.

So gefährlich ist Covid-19 im Vergleich

Risiken einer Infektion Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, daran zu sterben, verglichen mit einem Unfall? Wie lange laborieren Kranke an einer «normalen» Lungenentzündung herum? Eine Übersicht, mit der sich die Corona-Krankheit besser einschätzen lässt.

Martina Frei

Es gibt Menschen, die sich in einer Woche fünfmal auf Coronaviren testen lassen, aus Angst. Andere können nicht mehr aus dem Haus gehen, ohne ständig an das «Todesvirus» zu denken. «Der Grossteil geht adäquat mit dem Ansteckungsrisiko um. Aber bei denjenigen, die von Haus aus ängstlicher sind, ist die Angst zum Teil massiv», sagt Monika Reber, Präsidentin des Vereins Berner Haus- und Kinderärzte. «Man sollte die Zahlen zu Corona in einen Kontext stellen», findet die Hausärztin in Langnau im Emmental. Das sieht auch Ingrid Mühlhauser so. Die emeritierte Professorin für Gesundheitswissenschaften an der Universität Hamburg befasst sich seit mehr als zwanzig Jahren damit, wie sich der Nutzen und die Risiken von medizinischen Massnahmen verständlich darstellen lassen. «Um die täglichen Fallzahlen einschätzen zu können, braucht es einen Bezugsrahmen und Vergleiche. Erst so kann man die Gefährlichkeit einer Erkrankung beurteilen», sagt Mühlhauser. Also denn:

— **Die Anzahl der Lungenentzündungen**
In «normalen Jahren» erkranken in der Schweiz insgesamt etwa 65'000 bis 82'000 Menschen pro Jahr an Lungenentzündungen, über 47'000 wurden laut dem Bundesamt für Statistik 2018 deshalb im Spital behandelt. Mit der kalten Jahreszeit werden diese Erkrankungen zunehmen. Allein im Winter 2015 kamen bei den 65-jährigen über 3500 von 100'000 Personen deshalb ins Spital.

Wegen einer Infektion mit Sars-CoV-2 mussten hierzulande bisher etwa 5100 Personen hospitalisiert werden, knapp die Hälfte davon hatte eine Lungenentzündung. «Vor lauter Covid wird über andere Krankheiten kaum noch berichtet. Wir haben nun aber Erfahrungen mit Covid gesammelt und wissen, wie wir uns schützen müssen: Hände waschen, nicht mit ungewaschenen Händen ins Gesicht fassen, Abstand halten, oft und gut lüften und wo nötig Maske tragen – damit klappt das auch», sagt Josef Widler, Hausarzt und Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft.

— **Das Sterberisiko**
«Anfangs wirkte die Coronapandemie tatsächlich sehr bedrohlich. Momentan steigt je-



In der niederländischen Metropole Rotterdam gibt es schon seit längerem Drive-in-Corona-Tests. Foto: Patrick van Katwijk (Getty Images)

doch weder die Zahl der Hospitalisierungen noch jene der Todesfälle in einem bedrohlichen Mass», stellt Mühlhauser fest. Das liegt in erster Linie daran, dass sich gegenwärtig eher junge Menschen anstecken. Durchschnittlich sterben in der Schweiz jeden Tag etwa 180 Menschen, seit dem ersten Juni sind also schätzungsweise etwa 24'000 Personen gestorben, circa 145 davon offiziell an Sars-CoV-2. Am 16. September waren es 7, mehr als an jedem anderen Tag seit Anfang Juni. Insgesamt gehen rund 1800 Todesfälle hierzulande bisher auf das Konto von Sars-CoV-2 – dass es nicht mehr sind, ist auch den starken Gegenmassnahmen zu verdanken. «Das zeigt, dass wir mit dem Virus umgehen können, wenn sich alle an die Hygienevorschriften und Massnahmen halten. Das Wichtigste wäre deshalb jetzt, die Angst vor dem Virus durch Respekt zu ersetzen. Covid hat nun ins Glied der managebaren Erkrankungen zurückzutreten», findet Josef Widler.

— **Die Altersunterschiede**
Das Sterberisiko ist über alle Altersgruppen hinweg sehr un-

gleich – mit und ohne Corona. Eine Schweizer Studie schätzte das Risiko für die 20- bis 49-jährigen, an Covid-19 zu versterben, auf rund 1:10'000. Zum Vergleich: Das Risiko, dass ein Unfall tödlich ausgeht, ist bei ihnen rund siebenmal so hoch. Im Strassenverkehr verunfallten 2017 bei uns über 8800 Kinder. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Unfall tödlich endete, betrug 1:1000. Zum Vergleich: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein mit Sars-CoV-2 infiziertes Kind an Corona stirbt, beträgt gemäss Studien 1:25'000 bis 1:50'000. Für die Älteren oder Personen mit schwerwiegenden Risikofaktoren dagegen ist Sars-CoV-2 weit gefährlicher: Etwa 2 von 100 tötet das Virus bei den 65- bis 74-jährigen, 8 von 100 in der Gruppe bis 84 Jahre und 22 von 100 bei den über 85-jährigen, so die Schätzung aufgrund von Daten im Frühsommer. Zusammen mit dem sowieso schon durch andere Krankheiten stark erhöhten Risiko verdoppelt sich damit die Sterbewahrscheinlichkeit der älteren Personen. «Wir müssen einen Weg finden, wie wir Senioren und Risikopersonen schützen, aber zu-

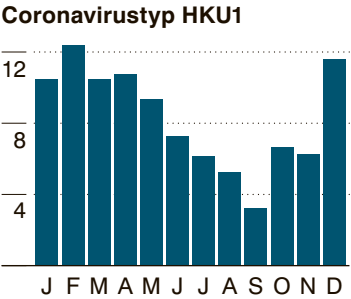
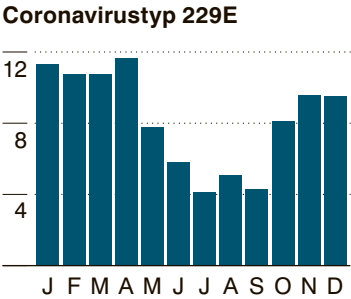
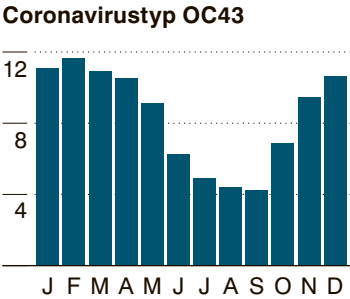
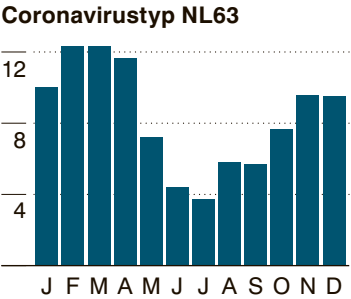
gleich die Jungen ihr Leben leben lassen», sagt Widler. «Die Jungen nehmen auch woanders im Leben Risiken in Kauf, etwa, wenn sie Töff fahren.» Es sei aber wichtig, betont er, dass sich die Jungen bewusst seien, dass sie auf die ältere Generation Rücksicht nehmen müssten. «Wer mit gefährdeten Personen zu tun hat, der muss wirklich aufpassen.» — **Die Folgeschäden**
Noch ist offen, wie sich Covid langfristig auswirkt. Nach einer «normalen» Lungenentzündung dauert es meist 10 bis 50 Tage, bis der Erkrankte wieder einsatzfähig ist. Manche Betroffene haben aber sogar 18 Monate später noch nicht wieder ihren ursprünglichen Gesundheitszustand erreicht. Insbesondere bei älteren Menschen kann die Sterblichkeit auch nach einer Lungenentzündung noch ein Jahr lang erhöht und ihre Lebensqualität beeinträchtigt sein. Solche Vergleiche werden bisher jedoch kaum gemacht. — **Der Geruchsverlust**
Geruchsverlust ist in der Arztpraxis kein unbekanntes Symptom: Nach «normalen» viralen Erkäl-

tungen kann etwa einer von fünf Patienten einen verminderten Geruchssinn haben. In einer früheren Studie besserte sich das Problem bei den meisten Betroffenen innert zweier Jahre, nur jeder Dritte konnte jedoch wieder normal gut riechen. Als man in den USA Personen gezielt zu ihrem Geruchssinn befragte, stellte sich heraus, dass mehr als jeder Zehnte Einbussen hatte, die manchen Betroffenen aber nicht aufgefallen waren. In Nicht-Corona-Zeiten erhalten solche Geruchsstörungen kaum je mediale Aufmerksamkeit. Auch hierzu fehlen allerdings vergleichende Studien. — **Die Saisonalität**
Die altbekannten Coronaviren folgen einer Saisonalität: Anstieg der Infektionszahlen im Herbst, dann hohe Infektionszahlen bis April und wenige von Juni bis September. Der aktuelle Anstieg der Sars-CoV-2-positiven Tests würde in dieses Bild passen. — **Der Blick in andere Länder**
«Es ist zwingend, die Erkrankungszahlen immer auf die Bevölkerungsgrosse zu beziehen», sagt Ingrid Mühlhauser. «Was

ebenfalls regelmässig fehlt, sind Hinweise darauf, wie vertrauenswürdig die Angaben aus verschiedenen Ländern sind und mit welchen Unsicherheiten sie behaftet sind. Ohne solche Informationen kann man keine Vergleiche ziehen.» Belgien etwa stach anfangs durch hohe Corona-Todeszahlen heraus. Aber: Dort genügte in Pflegeheimen der blosser Verdacht – und ein Verstorbener wurde auch ohne Test als «Covid-Toter» gezählt. Zu diesen unterschiedlichen Zählweisen kommen je nach Land andere Behandlungsversuche und Gegebenheiten wie etwa der Anteil der Menschen mit starkem Übergewicht, mit sehr hohem Alter oder der Raucher. So hat zum Beispiel Italien die zweitälteste Bevölkerung weltweit sowie die höchste Rate an Antibiotikaresistenzen in Europa – was die Überlebenschancen schmälern kann. Offen ist auch, wie es mit der Pandemie weitergeht. Sicher ist aber: «Von der ersten Welle der Pandemie haben die meisten Schweizerinnen und Schweizer nur die Bilder aus Italien im Kopf», sagt Widler, «nicht die aus der Schweiz.»

Ansteckung mit einem «altbekannten» Coronavirus

Wahrscheinlichkeit einer Infektion in einem speziellen Monat*, in %



* Studie mit 10 Probanden, die während 35 Jahren auf normale Coronaviren getestet wurden
Grafik: niz / Quelle: «Nature»

Ländervergleich Schweiz – Italien – Spanien

Vorsicht: Solche Vergleiche sind mit Unsicherheiten behaftet.

	Schweiz	Italien	Spanien
Covid-19-Todesfälle	1'790	36'061	32'562
Todesfälle an Lungenentzündungen jährlicher Durchschnitt 2014–2017	1'420	11'282	9'509
Covid-19-Todesfälle (beinhaltet Lungenentzündungen und andere Komplikationen) pro 100'000 Einwohner	21	58	65
Todesfälle an Lungenentzündungen pro 100'000 Einwohner, jährlicher Durchschnitt 2014–2017	16,82	15,21	18,94

Grafik: niz / Quellen: Eurostat, ECDC, CIA, Stand: 9.10.2020

Schwerpunkt

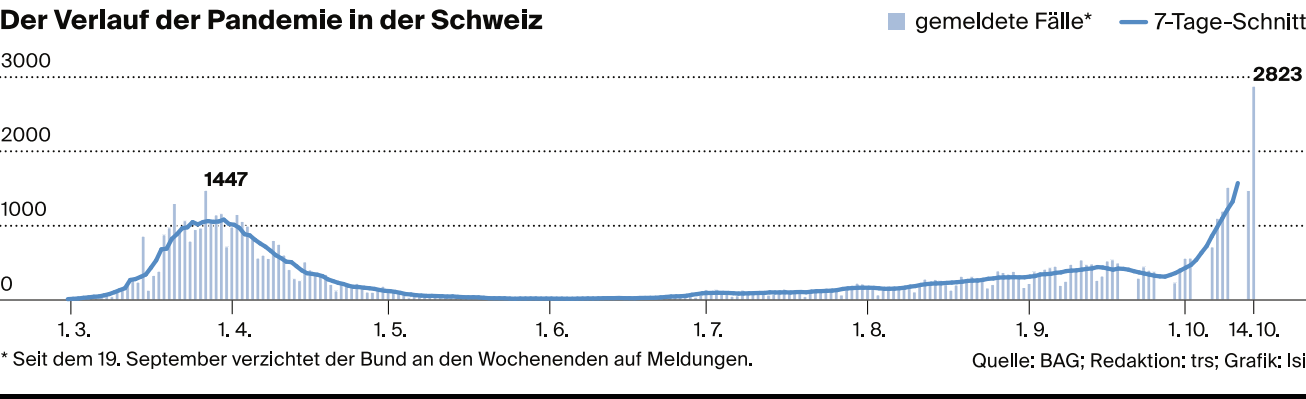
2823 – eine Zahl, die etwas auslösen wird

Noch nie haben sich in der Schweiz während der Coronakrise so viele Menschen angesteckt. Was bedeutet das?

Bruno Knellwolf, Dominic Wirth und Doris Kleck

1 Wie dramatisch ist die Situation?
 Die Infektionszahl von 2823 laborbestätigten Infektionen am 14. Oktober ist hoch. Sie ist deutlich höher als zu Pandemiebeginn. Der höchste Wert lag damals am 24. März bei 1530 positiv Getesteten. Allerdings gab es damals wohl mehr Ansteckungen, die unentdeckt blieben, weil deutlich weniger getestet wurde als heute. Die Dunkelziffer wird auch heute noch als sehr hoch eingeschätzt. Die Positivitätsrate, also der Anteil positiver Tests, lag Ende März bei 26 Prozent, nun bei 13,6. Das ist eine deutliche Steigerung seit Anfang Oktober, als diese Rate noch bei 5 Prozent lag. Die hohe Positivitätsrate macht dem ehemaligen Taskforce-Chef Matthias Egger Sorgen. «Sie deutet darauf hin, dass noch viel mehr Leute infiziert sind, sich aber nicht testen lassen.» Generell ist die höhere Infektionszahl am Herbstanfang aber keine Überraschung. Das ist in jedem Jahr so bei Atemwegserkrankungen. Schon Daniel Koch hat einen Anstieg vorausgesagt. Wichtig ist, ob die hohe Zahl ein Einzelereignis ist und morgen die Zahlen wieder sinken. Wenn nicht, und der Trend weiter nach oben geht, muss das die Art der Massnahmen beeinflussen. Denn zurzeit ist auch die Reproduktionsrate, die R-Zahl, zu hoch. Sie liegt zwischen 1,5 und 2. Sie sollte aber unter 1 liegen, weil dann ein Infizierter weniger als eine Person ansteckt, was einen Rückgang der Epidemie bedeutet.

2 Wer steckt sich an?
 Die meisten steckten sich in der Alterskategorie von 20 bis 29 Jahre an – etwa ein Fünftel. Ganz knapp dahinter folgen die 30- und 50-Jährigen. Weniger betroffen sind Menschen ab 70.



Guy Parmelin in Quarantäne

Wirtschaftsminister Guy Parmelin befindet sich in Quarantäne, nachdem er Kontakt mit einer infizierten Person aus seinem Generalsekretariat hatte. Es gehe ihm gut und er habe keine Symptome, sagte Bundesratssprecher André Simonazzi. Sein Coronatest war negativ. Parmelin könne von zu Hause aus arbeiten, wo er sämtliche Ausrüstung zur Verfügung habe. Auch an der Bundesrats-sitzung vom Mittwoch habe er so teilgenommen. (agl)

Diese Altersdurchmischung ist schon seit dem Sommer zu beobachten. Im Frühling waren mehr ältere Menschen betroffen. Allerdings zeigt sich in den vergangenen Wochen bei den Senioren wieder ein Trend zu einer Zunahme.

3 Wo steckt man sich an?
 Aufgrund des Contact-Tracings werden Familie und Arbeitsplatz als häufigste Ansteckungsorte genannt. Allerdings muss irgendjemand das Coronavirus zuerst in die Familie bringen.

Deshalb gehen Infektiologen davon aus, dass die Viren überall übertragen werden, aber unterschiedlich heftig. Das grösste Gewicht haben gemäss Marcel Tanner von der Taskforce derzeit private Anlässe, die im Gegensatz zu Grossanlässen, bei denen grosse Disziplin herrscht, oft von Sorglosigkeit geprägt sind. Dabei geht es nicht nur um die Kernfamilie, sondern um das private Umfeld, in dem die Distanz- und Hygienebedingungen oft nicht mehr eingehalten werden. Man kennt sich ja. Hat sich einer aus diesem Umfeld aber in einem Club oder an einer Bar angesteckt, wird die Familie und ihr Umfeld infiziert.

4 Sind die Spitäler am Anschlag?
 Gestern hat das BAG 57 Spitaleinlieferungen gemeldet. Im Kantonsspital St. Gallen liegen zum Beispiel zurzeit sechs Covid-Patienten auf der Intensivstation und 16 auf der Normalstation. «Das heisst, wir stellen auch bei uns einen Anstieg fest. Sind aber noch weit weg von einer Überlastung. Letztlich kommt es gerade auf den Intensivstationen aber darauf an, wie viele <andere> Patienten gleichzeitig betreut werden müssen», sagt Philipp Lutz vom

Kantonsspital St. Gallen. Tanner hält fest, dass die Hospitalisierungsrate mit etwa zwei Wochen Zeitverzögerung auf die Infektionen reagiert, der Trend sei schon sichtbar. Schlecht sieht die Situation in Schwyz aus. Dort hat die Spitalführung wegen drohender Überlastung einen Hilferuf ausgesandt, weil immer mehr Covid-19-Patienten Sauerstoff bräuchten.

5 Welche Massnahmen sind nun denkbar?
 Fest steht, dass ein erneuter teilweiser Lockdown wie im Frühling verhindert werden soll. Matthias Egger sagt, die Fallzahlen würden so bald nicht sinken – und bringt Massnahmen auf nationaler und kantonaler Ebene ins Spiel. Er hält eine nationale Homeoffice-Empfehlung und eine Maskenpflicht in Innenräumen für sinnvoll. Die Kantone sollten in seinen Augen je nach Situation eine Obergrenze für private und öffentliche Veranstaltungen prüfen. Eine solche Massnahme hat Genf am Mittwoch beschlossen: Im öffentlichen Raum gilt eine Obergrenze von 15 Personen, privat eine von 100. Zudem, sagt Egger, müsse man sich eine vorübergehende Schliessung von Clubs und

«Wir müssen schnell handeln, sonst droht Lockdown»

Der Grünliberale Zürcher Nationalrat Martin Bäumle macht Vorschläge zur Eindämmung von Corona.

Der Bund vermeldete am Mittwoch 2823 Neuinfektionen. Überrascht?
Martin Bäumle: Nein, grundsätzlich hat mich der Anstieg nicht überrascht. Ich stelle seit Beginn der Corona-Krise meine eigenen Berechnungen und Prognosen an. Seit langem war klar, dass das Virus sich wieder exponentiell ausbreitet. Was mich aber schon erstaunt: Nun haben wir mehr Infektionen als im schlimmsten Szenario, das ich im September berechnet habe.

Was sagen Ihre Berechnungen darüber, wie es weitergeht?
 Man wird mutmasslich täglich über 2000 Fälle haben. Und wenn wir nicht sofort rigoros reagieren, läuft die Situation aus dem Ruder. Wir befinden uns bezüglich potenziell ansteckender Personen in einer vergleichbaren Situation wie vor dem Lockdown im März.

Jetzt ist aber die Dunkelziffer tiefer als damals.

Ja. Die Dunkelziffer ist nun kleiner. Das Tempo, mit dem sich das Virus ausbreitet, ist noch klar langsamer. Dies, weil wir heute die Ansteckungsketten besser zurückverfolgen. Es ist also einfacher, das Virus wieder unter Kontrolle zu bringen. Wenn wir nun nicht schnell handeln, droht uns aber doch wieder ein Lockdown. Wir haben zum Glück noch etwas Zeit, um zu reagieren.



GLP-Nationalrat und ETH-Chemiker Martin Bäumle.
 Bild: Key

Was muss nun geschehen, um das Virus einzudämmen?
 Jetzt reicht es nicht mehr, über eine Maskenpflicht in Läden zu diskutieren. Es braucht ein Maskenobligatorium für alle öffentlich zugänglichen Gebäude. Im Restaurant muss die Maske getragen werden, bis man am Tisch sitzt. Bars und Clubs, die nicht durch Messungen nachweisen können, dass sie eine gute Durchlüftung haben, müssen geschlossen werden. Versammlungen von über 50 Personen dürfen nur noch im Ausnahmefall stattfinden. Bund und Kantone sollten zudem wieder Homeoffice empfehlen und von nicht notwendigen Reisen in Risikogebiete – auch innerhalb der Schweiz – abraten. Zudem müssen wir uns überlegen, welche wirtschaftlich nicht notwendigen Bereiche mit hohen viralen Risiken wir herunterfahren können.

Braucht es Reiserestriktionen wie in Deutschland?

Wenn sich das Virus weiter ausbreitet, müssen wir auch solche Massnahmen prüfen. Nehmen wir als Beispiel Dübendorf, wo ich Finanzvorstand bin. Wenn wir im Ort einen starken Ausbruch hätten, müssten wir den Leuten sagen, «Bleibt zuhause!». Lokale Lockdowns können einen nationalen Lockdown verhindern.

Wie kann die Rückverfolgung der Ansteckungen verbessert werden?
 Die Smartphone-App muss besser genutzt werden. Der Datenschutz treibt uns noch in den Lockdown. Es kann nicht sein, dass wir freiwillig unsere Daten an Google und Apple geben, aber sie nicht einmal den Virus-Detektiven zur Verfügung stellen dürfen, wenn wir das wollen. Der Bundesrat soll per Notrecht ermöglichen, dass Standortdaten mit der Corona-App kombiniert werden können.

Interview: Pascal Ritter



Die Zunahme der Infektionszahlen verunsichert die Menschen. Werden die Massnahmen bald verschärft?

Bild: Marcel Bieri/Keystone (Bern, 12. Oktober 2020)

Diskotheken überlegen. Genf und Waadt, zwei schwer betroffene Kantone, haben bereits zu dieser Massnahme gegriffen. In Zürich gilt ab heute eine Maskenpflicht in Clubs und anderen Gastro-Betrieben, in denen nicht sitzend konsumiert wird. Zudem muss das Personal in allen Gastro-Betrieben eine Maske tragen.

6 Was ist vom Krisengipfel heute zu erwarten?

Der Zufall will es, dass für heute Donnerstag ein Spitzentreffen zwischen Bund und Kantonen anberaumt ist. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat zu einem Gipfel eingeladen, an dem auch ihre Kollegen Alain Berset und Guy Parmelin, Letzterer wird zugeschaltet, teilnehmen. Von Seite der Kantone sind Christian Rathgeb, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, sowie die obersten Gesundheits- und Volkswirtschaftsdirektoren

Lukas Engelberger und Christoph Brutschin dabei. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton zu verbessern und auszuloten, ob es allenfalls neue nationale Massnahmen braucht und ob die Kantone Hilfe benötigen, etwa bei Contact-Tracing. Entscheide sind allerdings nicht zu erwarten – diese liegen beim Bundesrat und den Kantonsregierungen. Christoph Brutschin könnte sich vorstellen, dass Aufträge erteilt werden, um etwa ein

Massnahmenpaket auszuarbeiten, das Bund und Kantone gemeinsam empfehlen, wenn gewisse Fallzahlen erreicht werden. Jordi, Generalsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz, sagt es so: «Es geht darum, die nächsten Schritte zu beraten. Vielleicht kommt man zum Schluss, dass es gewisse nationale Massnahmen braucht, die der Bund für die ganze Schweiz verordnet. Dies muss aber im Einklang mit den Kantonen passieren.»

Zwei Strategien: «Containment» und «Mitigation»

Um die Ausbreitung eines Virus zu stoppen oder zu bremsen, gibt es mehrere Strategien. Die beiden extremen lauten: Durchseuchung und totaler Lockdown. In Reinform kommen sie kaum je vor. Jede Epidemie verläuft anders. Zwei wichtige Grössen sind die Latenzzeit – wie lange geht es von der Ansteckung, bis man infektiös wird – und die Inkubationszeit: Wie lange geht es von der Ansteckung, bis man Symptome hat? Aufgrund dessen versucht man, zwei Zahlen zu bestimmen. Den R₀-Wert: Wie viele Gesunde steckt ein Infizierter an? Und die Generationszeit: Wie lange ist die mittlere Dauer, bis ein Infizierter weitere ansteckt? Von diesen Grössen hängt es ab, ob und mit welchen Massnahmen man das Virus unter Kontrolle bekommt.

Containment: Eingrenzen und Ausbreitung stoppen

Das Fenster, in dem ein Containment (räumliches und zeitliches Eingrenzen der Infektion) Erfolg hat, geht schnell zu. Anders als bei Sars-1 ist das neuartige Sars-CoV-2 ein heimtückisches Virus, bei dem sich Latenz- und Inkubationszeit um ein paar Tage überschneiden. Womöglich kann man Sars-CoV-2 im Winter nur mit einem harten Lockdown eindämmen: Massenquarantäne, zu Hause bleiben, Öffentlichkeit runterfahren und Abriegelung, wie es im Osten gemacht wurde.

Mitigation: Der Versuch, die Überlastung abzuwenden

Infektionen verhindert man durch Reduktion der Kontakte. Masken, Contact Tracing und allenfalls prophylaktische Medikamente stoppen einen Ausbruch nicht, aber sie verlangsamen die Virus-Ausbreitung. Ist das Containment nicht geglückt, verfolgt man eine Folgenminderungsstrategie (Mitigation) mit dem Ziel, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Welche Massnahmen dafür nötig sind, hängt von der Situation ab. Alle Infektionen lassen sich nicht mehr verhindern. Je mehr man von einem Virus weiss, desto besser die Entscheidungen. (chb)

Contact-Tracing: Das Fundament der Coronastrategie bröckelt

Gesundheitspolitiker sind erstaunt darüber, dass Kantone jetzt schon an ihre Grenzen kommen. Haben sie es verpasst, sich vorzubereiten?

Das positive Testergebnis kommt am Freitag. Dann hört der junge Zürcher nichts mehr. Kein Anruf der Contact-Tracer. Kein Abfragen von engen Kontaktpersonen, die das Virus vielleicht auch in sich tragen, davon aber nichts wissen – und eigentlich rasch gewarnt werden müssten. Bald einmal informiert der Mann Leute, denen er nahekam, selbst. Erst am Montag melden sich die Behörden doch noch.

Die Geschichte spielt sich in Zürich ab, doch diese Zeitung hat Kenntnis von ähnlichen Fällen auch in anderen Landesteilen. Wenn man sie mit den Signalen, die gerade von vielen Kantonen abgesetzt werden, zusammenfügt, dann ergibt sich kein schönes Bild. Das Contact-Tracing ist meist schon am Anschlag. Die Genfer Kantonsärztin sagte gestern gar, wenn die Fallzahlen weiter ansteigen, müsse man es aufgeben.

Vom herkömmlichen Vorgehen hat sich mancher Kanton mittlerweile verabschiedet. Im Wallis etwa werden in-

fizierte Personen nur noch per SMS benachrichtigt und gebeten, ihre engen Kontakte zu melden. Der Kanton versetzt diese dann per SMS in Quarantäne. Auch andere Kantone informieren Kontaktpersonen nur noch digital; in Schwyz müssen Infizierte diese Aufgabe teilweise gar selbst übernehmen.

Ein löchriges Auffangnetz

Eigentlich hatten die Kantonsärzte das anders geplant. In der «Sprachregelung Contact-Tracing» ist festgehalten, dass die Contact-Tracer sich telefonisch bei den Infizierten melden – und auch mit den engen Kontaktpersonen direkt in Kontakt treten. Doch viele Kantone können die eigenen Vorgaben nicht mehr erfüllen. Stattdessen wird hektisch Personal eingestellt und geschult; manche Kantone setzen auf Zivilschützer, andere auf private Anbieter.

Nach dem teilweisen Lockdown im Frühjahr hat die Schweiz die Massnah-

men vergleichsweise schnell und weitgehend gelockert. Das Contact-Tracing dient dabei als eine Art Auffangnetz: Wenn sich beispielsweise herausstellt, dass in einem Club oder an einer Veranstaltung eine mit dem Virus infizierte Person unterwegs war, kommt es zum Einsatz. Mögliche neue Coronafälle werden in Quarantäne versetzt, die Infektionsketten unterbrochen. Soweit der Plan.

Der Epidemiologe Matthias Egger sagt, das Contact-Tracing sei das Fundament der aktuellen Schweizer Coronapolitik. Nun bröckelt es schon im Herbst – nach einem Sommer, in dem stets die Rede davon war, dass man sich rüsten müsse für die kältere Jahreszeit. Haben die Kantone das verschlafen? So weit, sagt Egger, würde er nicht gehen. Aber es zeige sich nun, dass man es verpasst habe, «ein Polster zu schaffen, Abläufe einzuüben».

Gesundheitsminister Alain Berset nahm am Montag in St. Gallen die Kan-

tone ins Visier. Es sei seit Monaten klar, dass das Contact-Tracing eine zentrale Aufgabe der Kantone sei. Die Zeit, sich vorzubereiten, sei da gewesen. Auch Gesundheitspolitiker sind erstaunt darüber, dass die Kantone schon jetzt an ihre Grenzen kommen. Ruth Humbel, Präsidentin der nationalrätlichen Gesundheitskommission, sagt, die Situation sei unbefriedigend. «Offensichtlich hat man den Sommer nicht dazu genutzt, eine Strategie zu machen», sagt sie.

GLP-Nationalrat Jörg Mäder findet, es sei «peinlich, dass wir so schnell am Anschlag sind». Der Zürcher hätte sich etwa gewünscht, dass mehr Leute «auf Vorrat» ausgebildet werden – zum Beispiel solche, die wegen der Krise ihre Arbeit verloren haben. Barbara Gysi von der SP sagt, die Kantone hätten sich nach der Entspannung der Lage im Sommer wohl «in falscher Sicherheit» gewogen. Für Matthias Egger, den ehemaligen Chef der Corona-Taskforce,

muss nun «unbedingt» verhindert werden, dass das Contact-Tracing ganz kollabiert – so, wie das im Frühling passiert ist. «Die Kantone müssen Leute einstellen, sich organisieren», sagt er.

Bei der Konferenz der Gesundheitsdirektoren wehrt man sich gegen die Kritik. Generalsekretär Michael Jordi sagt, die Kantone hätten schon «sehr viel» unternommen, und man sei entschlossen, das Contact-Tracing weiterzuführen. «Dass man derzeit nicht jeden Kontakt selbst kontaktieren kann, ist nicht gut, aber angesichts der Entwicklung vorübergehend kaum vermeidbar», sagt er. Jordi verweist auch darauf, dass man noch im Mai von 100 Fällen schweizweit ausgegangen sei, die das Contact-Tracing täglich handhaben können müsse. Nun sei das Contact-Tracing bei viel höheren Fallzahlen zwar am Anschlag, aber nicht kollabiert.

Dominic Wirth

Basel Stadt Land Region

Party, Schule, Kirche: Das gilt ab kommendem Montag in Basel

Verschärfte Corona-Massnahmen Auch in Basel-Stadt sind die Corona-Fallzahlen stark gestiegen. Jetzt weitet der Kanton die Maskenpflicht auf alle öffentlichen Räume aus und beschränkt die Gästezahl in Clubs und an Events.

Mischa Hauswirth
und **Nina Jecker**

Während im Baselbiet noch abgewartet wird, reagieren die Behörden in Basel-Stadt auf die steigende Zahl von Corona-Infektionen erneut mit einer Verschärfung der Massnahmen. In den letzten 14 Tagen wurden pro 100'000 Einwohner im Stadtkanton 110 Personen positiv getestet. Damit liegt Basel-Stadt deutlich über dem vom Bund definierten Grenzwert von 60. Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger hat deshalb am Freitag mitgeteilt, wie er die Situation in den Griff bekommen will. Dazu gehören eine Ausweitung der Maskenpflicht und Einschränkungen bei privaten und öffentlichen Veranstaltungen. Unterschieden wird dabei immer zwischen Veranstaltungen und Orten mit und ohne Schutzkonzept. Aber was gilt nun wo? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Darf ich noch eine Hochzeit oder ein Geburtstagsfest feiern?

Wenn die Gästezahl nicht über 50 Personen liegt, sind private Anlässe ohne Schutzkonzept erlaubt – auch ganz ohne Abstand und Masken. Man muss jedoch von all seinen Gästen die Kontaktdaten notieren. Bislang war eine Obergrenze von 100 Gästen definiert. Dieselbe Regelung gilt für öffentliche Veranstaltungen ohne Schutzkonzept.

Was gilt für öffentliche und religiöse Veranstaltungen?

Auch Veranstaltungen ausserhalb eines Restaurants oder Clubs erhalten weitere Restriktionen: Wenn kein Schutzkonzept vorliegt, dürfen noch ma-

ximal 50 Personen an einer Veranstaltung teilnehmen. Natürlich gilt auch hier die Maskenpflicht, wenn der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann. Zudem sollten die Kontaktdaten erhoben werden. Liegt ein Schutzkonzept vor, sind bis zu 1000 Besucherinnen und Besucher zugelassen. Diese Obergrenze ist exklusive Mitwirkende wie Sportler, Schauspieler oder Musiker. Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen bleiben weiterhin bewilligungspflichtig. In Kirchen, Moscheen, Tempeln und anderen Gotteshäusern gilt neben der Maskenpflicht ebenfalls die Obergrenze von 1000 Besuchern, sofern ein Schutzkonzept vorliegt. Nur Pfarrer oder Prediger dürfen die Maske unter Wahrung des Sicherheitsabstandes abnehmen, wenn sie etwa eine Predigt halten. Auch bei einem touristischen Kirchen- oder Gotteshausbesuch gilt die Maskenpflicht.

Was sind die Restriktionen in Restaurants, Bars und Clubs?

Gastronomiebetriebe und Clubs dürfen weiterhin geöffnet bleiben. Es gibt jedoch neue Einschränkungen. Unter anderem müssen grundsätzlich alle Personen im Restaurant oder in der Disco eine Maske tragen, das gilt auch für die Tanzfläche. Sie dürfen die Maske erst abnehmen, wenn sie sich zum Essen und Trinken an einen Tisch gesetzt haben. Für diese Sitzbereiche wird ein Schutzkonzept verlangt. In Stehbereichen darf ab Montag nichts mehr konsumiert werden.

In Restaurants wird die Anzahl Personen in einem Raum auf 100 beschränkt. Wirte dürfen aber in abgetrennten Räumen jeweils weitere 100 Gäste bewir-



Primarschüler sind nach wie vor ausgenommen von einer generellen Maskenpflicht. Foto: Nicole Pont

ten. Für Clubs gilt eine Höchstzahl Gäste von 300. Neu ist die Erhebung der Kontaktdaten in allen Gastrobetrieben Pflicht.

Postschalter, Zolli, Museum, Bahnhof – immer mit Maske?

Die Maskenpflicht gilt neu in allen öffentlich zugänglichen Innenräumen. Also im Museum, Kino, Theater, in der Bank, in Verwaltungsgebäuden, am Gericht, bei der Post oder im Bahnhof. Hier darf die Maske auch auf der Passerelle und am Perron nicht abgezogen werden. Im Kino und Theater muss die Maske auch im Saal getragen werden. Es gibt jeweils Ausnahmen für einzelne Bereiche, wie beispielsweise ein Restaurationsbetrieb im Kino, in dem ein Schutzkonzept gilt.

Eine Maskentragepflicht wird neu auch für alle öffentlich zugänglichen Bereiche in Hotels, Spitälern und Altersheimen verhängt. Die Patienten- und Behandlungszimmer sind davon jeweils ausgenommen. Ebenfalls aufgeführt sind Treppenhäuser und Lifte, die öffentlich zugänglich sind. Wer also in den Lift im Hotel oder Parkhaus steigt, muss dafür eine Maske anziehen.

Im botanischen Garten und im Zoo darf im Freien auf die Schutzmasken verzichtet werden. Alle öffentlich zugänglichen Innenräume unterliegen aber ab sofort ebenfalls der Maskenpflicht.

Sport nur noch mit Maske?

Beim Sport gibt es ebenfalls Verschärfungen im Bereich Corona-

Schutz. So muss in allen Eingangs- und Aufenthaltsbereichen von Sportanlagen, Fitnesszentren, Schwimmbädern, Wellnesszentren oder Kunsteisbahnen eine Maske getragen werden. In den Trainingsbereichen jedoch, also dort, wo der eigentliche Sport ausgeübt wird, gilt die Maskenpflicht nicht. Ebenso muss in den Garderoben und Duschbereichen keine Maske getragen werden, jedoch ist der Betreiber verpflichtet, in diesen Bereichen über ein «wirksames Schutzkonzept» zu verfügen, welches Abstandhalten sowie Desinfektion ermöglicht.

Was ist in der Schule und in Schulräumen neu?

In den Schulen müssen in den Innenräumen ab Montag auch

Sekschülerinnen und Sekschüler Masken tragen. Bisher galt die Maskenpflicht erst ab der Stufe nach der obligatorischen Schulzeit wie Gymnasien. Auf Sekstufe müssen die Schüler jetzt in den Korridoren oder auf den Arealen der Bildungseinrichtung eine Maske tragen. Am Pult gilt diese Regel nicht. Primarschüler indes sind nach wie vor ausgenommen von einer generellen Maskenpflicht.

Die Maskenpflicht gilt auch für die ausserschulische Nutzung von Schulräumlichkeiten durch Vereine oder Fasnachtscliquen, sofern sich das Tragen von Masken mit der jeweiligen Tätigkeit vereinbaren lässt (Ausnahmen bilden beispielsweise eine Sportaktivität, das Singen oder Musizieren). In Innenräumen kann die Maske in diesen Fällen abgelegt werden, wenn der Sicherheitsabstand eingehalten werden kann.

Was ist bei Dienstleistungen mit Körperkontakt erlaubt?

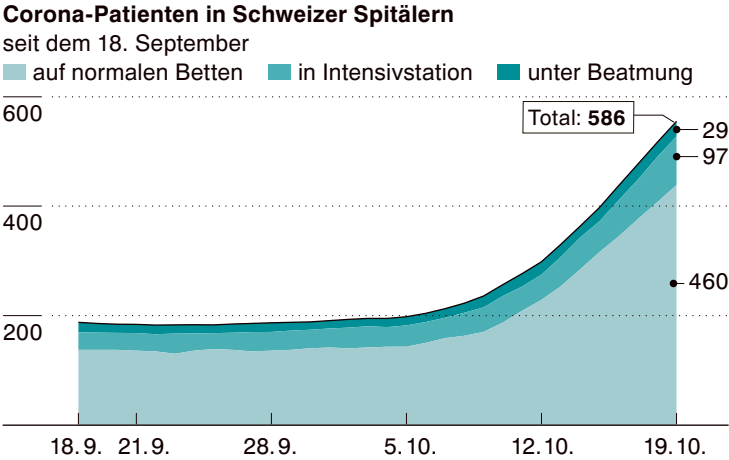
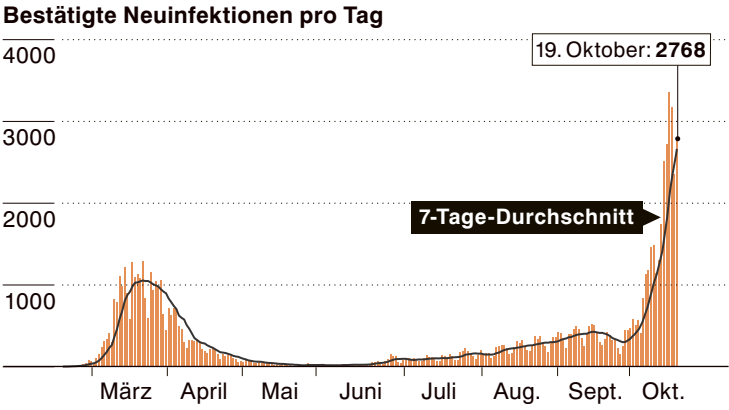
Betriebe, die personenbezogene Dienstleistungen anbieten, wo es also zu Körperkontakt kommt, dürfen nur noch mit Masken arbeiten. Auch die Kunden müssen Masken tragen. Die Regel gilt für Coiffeure, Massage- und Tattoo-Studios sowie Kosmetik- und Erotikbetriebe.

Wenn aber die Dienstleistung in einem Raum stattfindet, der für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, etwa im Behandlungsraum oder in einem abgetrennten Hinterzimmer, so kann auf die Maske verzichtet werden. Doch die Gesundheitsbehörde rät, wenn immer möglich die Maske zu tragen, gerade weil der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann.



Die Intensivstationen in Spitälern wie hier im La Carità in Locarno beginnen sich wieder zu füllen. Foto: Pablo Gianinazzi (Keystone)

Entwicklung der Corona-Zahlen in der Schweiz



Grafik: mt, ake / Quelle: Kantone, BAG, VBS (Stand 19.10.2020)

Die Hospitalisationen verdoppeln sich

Corona-Statistik 586 an Covid-19 erkrankte Patienten werden derzeit in Schweizer Spitälern gepflegt, in wenigen Tagen dürften es weit über 1000 sein. Spitäler und Behörden rüsten sich für den einsetzenden Ansturm.

Gregor Poletti und Claudia Blumer

Plötzlich kann es sehr schnell gehen, das haben die letzten Tage gezeigt: Die Fallzahlen explodieren, und einzelne Spitäler wie etwa jenes in Schwyz schlagen Alarm. Aber wie viele Covid-19-Patienten sind insgesamt hospitalisiert, wie viele liegen auf den Intensivstationen, wie viele werden beatmet? Gestern lieferte der Bund erstmals aktuelle Zahlen dazu – nicht in einem wöchentlichen Bericht wie bisher, der bei Veröffentlichung der Entwicklung hinterhinkte.

Laut dem Koordinierten Sanitätsdienst der Armee werden in Schweizer Spitälern derzeit 586 Covid-19-Patienten gepflegt. Davon müssen 97 Menschen intensiv betreut werden, 29 waren am Montag an ein Beatmungsgerät angeschlossen. Die meisten

Covid-19-Patienten verzeichneten laut dieser Statistik die Kantone Waadt mit 92, Zürich mit 84, Bern mit 69 und St. Gallen mit 60. Insgesamt waren am Montag noch 6353 Betten frei. Die gesamte Kapazität an Spitalbetten in der Schweiz beläuft sich laut dem Bund auf 22'301.

Überregionale Koordination

Seit dem 13. März sind die Kliniken in der Schweiz verpflichtet, täglich zu melden, wie viele Notfallbetten für Patienten mit Coronavirus zur Verfügung stehen. Das klappt noch nicht einwandfrei, wie Hans Pargger, Präsident der Gesellschaft für Intensivmedizin, anmerkt: «Die zeitnahe, korrekte Übermittlung der Belegungsdaten der einzelnen Intensivstationen durch die Spitäler bedarf sicherlich noch einer Verbesserung.»

Die einwandfreie Erfassung dieser Daten dürfte in den kommenden

Wochen von immenser Bedeutung sein. Denn sobald einzelne Spitäler an den Anschlag kommen und Patienten verlegt werden müssen, ist diese Datenbank ein zentrales Steuerungsinstrument. Die Notwendigkeit einer überregionalen Koordination ist laut Stephan Jakob, Leiter der Universitätsklinik für Intensivmedizin am Berner Inselspital, unbestritten. Die Intensivstationen stehen heute über die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin und über lokale Netzwerke im ständigen Austausch. Noch habe man damit einen guten Überblick über die aktuelle Lage.

Zusätzlich hat sich der Bund jedoch schon früh bei einer privaten und gemeinnützigen Stiftung abgesichert, der Schweizerischen Rettungsflugwacht Rega. «Wir sind bereits im Frühjahr durch den Koordinierten Sani-

tätsdienst angefragt worden, ob wir diese Aufgabe übernehmen könnten», sagt Rega-Sprecher Adrian Schindler. Bis jetzt hätten die Spitäler noch nicht auf diese Dienstleistung zurückgegriffen, aber die Rega könne innert kürzester Zeit diese Koordinationsfunktion übernehmen.

Um die Verlegung von Covid-19-Patienten schon heute besser koordinieren zu können, ist die Romandie aktiv geworden. Falls in einem Spital in der Westschweiz die Intensivstation ausgelastet ist, kommt das Universitätsspital Chuv in Lausanne als Koordinator zum Einsatz. Die dazu notwendige Verwaltungseinheit sei nun im Aufbau begriffen, sagte Stéphanie Monod, Direktorin des Amtes für öffentliche Gesundheit des Kantons Waadt, letzte Woche im Radio RTS. Das könnte schon bald der Fall sein: «Wir sind mit einer neu-

en Welle von Spitalaufenthalten aufgrund des Coronavirus konfrontiert», meldete gestern das Hôpital du Valais via Twitter: «Die Zahl der Spitalaufenthalte hat sich seit dem 16. Oktober täglich verdoppelt.» Man rufe die Walliser zu mehr Vorsicht auf.

Noch läuft Normalbetrieb

Bei den meisten Spitälern herrscht indes grosse Zuversicht, den sich abzeichnenden Ansturm zu meistern. Noch scheint die Lage vielerorts nicht dramatisch, wie Anfragen bei verschiedenen Spitälern zeigen. So ist man laut Gian Trionfini, Sprecher der Solothurner Spitäler AG, für den Fall einer Zunahme der Hospitalisierungen vorbereitet: «Wir können auch rasch reagieren und Anpassungen vornehmen.» Im Kantonsspital Aarau beobachtet man, dass die Positivitätsrate in den Testzentren zunimmt und

vermehrt auch ältere Personen positiv getestet würden.

Deshalb und weil sich der Infektionsanstieg in den Spitälern mit einer Verzögerung von zwei bis drei Wochen bemerkbar mache, rechne man künftig mit einer wöchentlichen Verdoppelung der neu eintretenden Patientinnen und Patienten mit Covid-19. Aktuell sei die Zahl der Hospitalisierungen aber noch tief, es herrsche Normalbetrieb.

Ebenfalls Normalbetrieb melden die universitären Spitäler Genf. Aber man habe bereits in der vergangenen Woche eine Verdoppelung der Hospitalisierungen feststellen müssen, sagt deren Sprecherin Agnès Reffett. Die Genfer Spitäler hätten nun ihr Dispositiv zur Erweiterung der Kapazität angepasst. Es werde in den nächsten Tagen weitere Massnahmen brauchen, so Reffett.

Fallzahlen steigen so schnell wie in kaum einem anderen Land

Schweiz im Vergleich Länder mit einer ähnlichen Entwicklung setzen auf schärfere Massnahmen.

Über 8000 Neuinfektionen haben die Kantone am Montag für die letzten drei Tage gemeldet. Damit setzt sich in der Schweiz der Trend der letzten Woche fort. Die Corona-Fallzahlen steigen weiterhin stark an.

Das Tempo ist fast Weltspitze, wie ein internationaler Vergleich dieser Redaktion zeigt: Die Schweiz verzeichnete in den vergangenen sieben Tagen 118 Prozent mehr Fälle als in der Woche davor. In Europa haben derzeit nur Zypern und Aserbeidschan ein noch schnelleres Wachstum.

Der Bundesrat hatte am Sonntag auf diese Entwicklung reagiert und neue Massnahmen verfügt. Seit Montag gilt in der ganzen Schweiz Maskenpflicht in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden, wird zu Homeoffice

geraten und sind Einschränkungen bei Menschenansammlungen im privaten und öffentlichen Bereich in Kraft. Ob die Massnahmen geeignet sind, die Ansteckungskurve zu verflachen, wird sich in den kommenden Wochen weisen.

Ein weiterer internationaler Vergleich zeigt aber, dass die Schweiz bislang zu den Ländern mit den laxesten Corona-Massnahmen in Europa gehört. Die Universität Oxford vergleicht die Massnahmen der einzelnen Länder anhand von 17 Indikatoren und erstellt daraus einen Index. Das Maximum des Indexwertes beträgt 100 Punkte, das bedeutet sehr strenge Eindämmungsmassnahmen. Wenn ein Land unter 70 Punkte fällt, wird das von der Universität Oxford als

«lockere Reaktion» auf das Virus bewertet. Die Schweiz fiel nach den vielen Lockerungen über den Sommer von 77 auf 31 Punkte und lag letzte Woche bei 35 Punkten. Die neu angeordneten Massnahmen sind im Index noch nicht enthalten.

Nur noch drei Gäste pro Tag

In Belgien, Tschechien und den Niederlanden sind die Fallzahlen zuletzt ähnlich stark gestiegen wie in der Schweiz. Diese drei Länder wollen bei ihren Eindämmungsmassnahmen aber zum Teil deutlich weiter gehen: — In **Belgien** müssen wegen der drastisch gestiegenen Corona-Infektionszahlen alle Bars und Restaurants für vier Wochen schliessen. Zudem soll es täglich von Mitternacht bis 5 Uhr morgens

landesweit eine Ausgangssperre geben. Die Bürger sind ausserdem angehalten, wenn möglich im Homeoffice zu arbeiten und nur noch mit einer Person ausserhalb des eigenen Haushalts einen engeren Kontakt zu pflegen. Auch der Alkoholverkauf nach 20 Uhr wird verboten, und Weihnachtsmärkte werden abgesagt.

— In **Tschechien** hat die Regierung beschlossen, dass Restaurants, Bars und Clubs ab Mittwoch geschlossen bleiben müssen. Die Schulen gehen bis Anfang November zum Fernunterricht über. Versammlungen und Treffen mit mehr als sechs Menschen werden untersagt. Mittlerweile wird selbst ein zweiter harter Lockdown mit Ausgangsbeschränkungen nicht mehr gänzlich ausgeschlossen.

Die Entscheidung könnte Anfang November fallen.

— Die **Niederlande** haben die Corona-Massnahmen drastisch verschärft. Kneipen, Cafés und Restaurants werden in diesem «Teil-Lockdown» geschlossen, und der Verkauf von Alkohol wird ab 20 Uhr verboten. Ausserdem dürfen die Bürger nur noch maximal drei Gäste pro Tag in ihren Wohnungen empfangen und sollen sie Bus und Bahn nur noch in dringenden Fällen nutzen. Angekündigt ist auch eine allgemeine Maskenpflicht für alle öffentlichen Räume wie Geschäfte, Museen oder Bibliotheken, bisher war dies nur eine dringende Empfehlung.

Marc Brupbacher, Sebastian Broschinski, Claudia Blumer

Bundeskanzler in Quarantäne

Die Landesregierung muss die Pandemie managen, doch jetzt rückt ihr das Coronavirus immer näher. Bundeskanzler Walter Thurnherr befindet sich seit Montag in Quarantäne. «Er hatte im familiären Umfeld Kontakt mit einer inzwischen positiv getesteten Person», sagte Bundessprecher André Simonazzi auf Anfrage. Thurnherr selber sei aber negativ getestet worden.

Im Stab von Verteidigungsministerin Viola Amherd gibt es einen weiteren Covid-19-Fall: Am Sonntag ist ihr militärischer Berater positiv getestet worden. Amherd selber sei nicht in Quarantäne, sagt Simonazzi. Seit Montag befindet sich darüber hinaus der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, in Isolation, nachdem ein Test positiv ausfiel.

Letzte Woche musste sich bereits Wirtschaftsminister Guy Parmelin in Quarantäne begeben. Diese ist inzwischen beendet. (hā)

Basel Stadt Land Region

Eltern behalten Kinder aus Angst vor einer Infektion zu Hause

Verunsicherung an Basler Schule In einer Basler Sekundarschulklassse wurden zwei Schülerinnen positiv getestet. Der Kantonsarzt ordnete keine Quarantäne an, was bei Eltern auf Unverständnis stösst.

Katrin Hauser

Zwei Mädchen der Sekundarschule Bäumlhof wurden übers Wochenende positiv auf das Coronavirus getestet. Sie gehen in die gleiche Klasse, und doch ordnete der Basler Kantonsarzt für die restlichen Schüler keine Quarantäne an. Viele Eltern können das nicht verstehen. Mittlerweile sind die betroffenen Familien so verunsichert, dass am Mittwoch nur noch «14 von 26 Schüler den Unterricht besuchten» – abzüglich der beiden Infizierten wären das 10 Schüler, die dem Unterricht aus Angst vor einer möglichen Infektion fernblieben.

Dies berichtet Mirjam Zweifel, die von Beruf Ärztin ist und ebenfalls einen Sohn in der betroffenen Klasse hat. Sie zeigt sich äusserst beunruhigt: «Im Klassenzimmer meines Sohns sassen 26 Jugendliche ohne Mindestabstand und ohne Maske eng beieinander.» Nicht einmal die Banknachbarn der beiden infizierten Mädchen hätten im Verlauf der Woche in Quarantäne gemusst.

Zwar hat der Kanton am Montag alle Eltern über die beiden Infektionen informiert. Klarheit habe dieses Schreiben, das der BaZ vorliegt, jedoch nicht geschaffen. Zum Beispiel schreibt der Kanton darin: «In Anbetracht aller uns zur Verfügung stehenden Informationen ist es nicht auszuschliessen, dass eine Ansteckung von anderen in der Klasse stattgefunden haben könnte.» Im nächsten Satz steht, dass es «aufgrund der Abklärungen» nicht nötig sei, die Klasse und die Lehrperson unter Quarantäne zu stellen – obwohl Ansteckungen innerhalb der Klasse erfolgen könnten. Dieses Vorgehen kann Zweifel nicht verstehen: «Das lässt uns Eltern



Wieder leere Klassenzimmer: Stand Mittwoch befinden sich 300 Schüler in Basel-Stadt in Quarantäne. Foto: Keystone

völlig ratlos zurück. Das Risiko, dass sich das Virus in der Klasse verbreitet und die Kinder es in die Familien portieren, ist nicht zu unterschätzen.»

Schon vorher gehustet

Was allerdings auch im Schreiben des Kantons steht, ist, dass die infizierten Mädchen zuletzt am Freitag, 16. Oktober, in der Schule waren. Zu dieser Zeit seien sie noch gesund gewesen. Mirjam Zweifel widerspricht: «Das betroffene Mädchen sass schräg hinter meinem Sohn und hat am Freitag schon gehustet.» Sie warnt vor einem möglichen

Infektionsherd: «Auch wenn sich das Mädchen im interfamiliären Umfeld ansteckte – jetzt ist das Virus eventuell bereits im Klassenzimmer. Wir haben eine Pandemie.»

Der Kanton bezieht sich in seiner Argumentation ebenfalls auf eine mögliche Ansteckungskette innerhalb der Klasse. Nur konnte er diese bisher eben nicht feststellen: «Die beiden positiv getesteten Schülerinnen haben sich nachweislich ausserhalb der Klasse bei zwei unterschiedlichen Personen angesteckt. Somit haben diese beiden Fälle keinen direkten Zusammen-

hang», schreibt Markus Ledergerber, der den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst leitet. Eine Klassenquarantäne ist gemäss Bundesamt für Gesundheit erst dann angebracht, wenn zwei Fälle einen nachweisbaren Zusammenhang aufweisen. Die Lehrperson müsse ebenfalls nicht in Quarantäne, weil sie die Vorgaben des Schutzkonzepts eingehalten habe.

Keine Bussenzettel

Mirjam Zweifel indessen berichtet, dass sich auch die Lehrperson verunsichert fühle: «Sie sagte mir, niemand des Contact-Tra-

cing-Teams habe sich bislang bei ihr gemeldet.» Markus Ledergerber bestätigt das: «Die Abklärungen mit der Schule fanden zwischen der Schulärztin und der Schulleitung statt. Das Contact-Tracing-Team nimmt jeweils mit den positiv getesteten Personen Kontakt auf – in diesem Fall mit den beiden Familien.»

Schulärztin und Schulleiterin werden sich wohl nochmals mit der betroffenen Lehrperson absprechen müssen – vor allem aber auch mit den Eltern. Denn eigentlich dürfen sie ihre Kinder nicht von der Schule fernhalten. «Die Schulpflicht in der obliga-

torischen Schule besteht weiterhin. Quarantäne oder andere Massnahmen im Zusammenhang mit Corona werden ausschliesslich vom Gesundheitsdepartement und nicht von Eltern ausgesprochen», schreibt Simon Thiriet, Mediensprecher des Basler Erziehungsdepartements. Man werde allerdings nicht «offensiv mit Bussenzetteln wedeln», sondern das Gespräch mit den Eltern suchen, ihnen die Schutzkonzepte und die Situation in der Schule genauer erklären. In den allermeisten Fällen würden die Eltern positiv darauf reagieren.

Corona-Testzentren in beiden Basel laufen am Anschlag

Wartezeit bis zu 2,5 Stunden Der Baselbieter FDP-Landrat Sven Inäbnit fordert einen umgehenden Kapazitätsausbau.

Zweieinhalb Stunden anstehen, bis man endlich an die Reihe kommt und einen Rachenabstrich machen lassen kann. Die Warteschlange vor dem Corona-Testzentrum beim Universitäts-spital Basel (USB) war am Montagmorgen lang. Vor allem für Menschen, die sich sehr krank oder schwach fühlen, kann langes Stehen anstrengend sein. Auch bei der Teststation im Spenglerpark in Münchenstein ist oft Geduld gefragt. Sind die Testzentren in den beiden Basel überlastet? Kam die zweite Welle zu plötzlich?

«So schlimm wie diesen Montag war es bei uns noch nie», sagt Nicolas Drechsler, Sprecher des Basler Unispitals. Erstmals seien die Leute bis vor sein Büro angestanden. Sicherheitsleute würden aber dafür sorgen, dass besonders kranke Personen schneller an die Reihe kommen: «Diese Leute bringen wir auf den Notfall, und sie werden dort ge-

testet.» Auch würden Schwangere sowie Gesundheitsangestellte in Basel prioritär behandelt.

Kabinen für Notfälle

Was aber einige Wartende überrascht haben dürfte, ist, dass trotz des grossen Andrangs nicht alle Testkabinen besetzt waren. «Das ist korrekt», sagt Drechsler, «die Kapazität ist noch nicht ausgeschöpft.» Momentan würden täglich gut 400 Personen getestet, möglich wären bis zu 750. Ausserdem gebe es speziell ausgerüstete Kabinen, die für Notfälle freigehalten werden, sodass beispielsweise auch jemand im Liegen getestet werden könne.

Dass der Ansturm am Montagmorgen so gross war, führt Drechsler darauf zurück, dass das Testzentrum an den Wochenenden jeweils nur am Morgen geöffnet sei. Auf einen plötzlichen Andrang schnell zu reagieren und Massnahmen zu treffen, sei schwierig, betont der

Mediensprecher. Normalerweise sei das USB aber darum bemüht, dass die Leute maximal eine halbe Stunde warten müssen. Und sobald man an der Reihe sei, gehe es zackig: «Der Prozess ist so optimiert, dass man nach neun Minuten wieder draussen ist», so Drechsler. Man werde aus den Erfahrungen aber sicher Lehren ziehen: «Allenfalls müssen die Öffnungszeiten am Wochenende erweitert werden, oder wir bauen die Kapazität durch mehr Personal aus.» Ein Teil der Mitarbeiter der Klinik für Innere Medizin am USB übernimmt in der Freizeit bereits Schichten am Testzentrum, wie dessen Chefarzt gegenüber dieser Zeitung bestätigt.

Dass es auch bei der Baselbieter Teststation im Münchensteiner Spenglerpark zu langen Wartezeiten kommt, hat FDP-Landrat Sven Inäbnit von verschiedenen Seiten vernommen. Er wisse sogar von Personen, die auf

einen Test verzichtet hätten, weil sie nicht so lange anstehen wollten. Dies hat den Parlamentarier aus Binningen dazu veranlasst, an der heutigen Landratssitzung zwei Vorstösse zum Thema einzureichen. In einer dringlichen Motion fordert Inäbnit, die Testkapazität des Spenglerparks «sofort erheblich zu erhöhen». Ausserdem müsse sichergestellt werden, dass in der neuen Abklärungsstation Feldreben in Muttentz, die am 14. November bezogen werden soll, gleich von Beginn an genügend Tests durchgeführt werden können.

Mehr Untersuchungsboxen

In erster Linie will Inäbnit die Betriebszeiten im Spenglerpark ausweiten: «Es kann doch nicht sein, dass man sich am Samstag und Sonntag nur am Morgen testen lassen kann. Als ob das Virus eine Wochenendpause einlegen würde.» Eine weitere Massnahme wäre es, mehr Personal ein-

zusetzen. Die konkrete Umsetzung seines Begehrens überliesse er aber dem Regierungsrat. In einem zweiten Vorstoss verlangt der FDP-Politiker, dass «wohnortsnah und niederschwellig» getestet werden soll, beispielsweise in Arztpraxen oder Apotheken, sobald verlässliche Schnelltests verfügbar seien.

Andrea Bürki vom Baselbieter Krisenstab räumt ein, dass es im Testzentrum in Münchenstein teilweise zu längeren Wartezeiten gekommen sei. «Bei uns war es nicht so schlimm wie in Basel, aber eine Stunde mussten die Leute manchmal schon warten.» Deshalb habe man die Station am Samstag kurzerhand ausgebaut. Im Bereich für Patienten mit Symptomen gibt es neu zwölf statt sechs Untersuchungsboxen, wodurch es gut möglich sei, pro Tag bis zu 500 Personen zu testen. «Es gingen auch noch mehr, aber dann würden die Wartezeiten wieder steigen», sagt Bürki.

Einen Spitzenwert erreichte die Teststation am Montag mit 541 Abstrichen. Doch auch hier konnten die Wartezeiten laut der Mediensprecherin kurz gehalten werden. Am Dienstag und Mittwoch waren es um die 400 Tests.

«Wenn wir die Betriebszeiten ausdehnen würden, könnten wir die Kapazität natürlich nochmals erhöhen», sagt Bürki. Aber man wolle zuerst abwarten, wie sich die Situation entwickle. Im geplanten neuen Testzentrum in Muttentz wird es möglich sein, bis zu 1000 Personen pro Tag zu testen. Dass die neue Station erst in drei Wochen öffnet, liege nicht daran, dass der Kanton die Bedrohung einer zweiten Welle unterschätzt habe: «Das Feldreben-Areal ist bis Ende Oktober noch anderweitig in Betrieb», sagt Bürki. «Und danach muss noch einiges an Technik aufgebaut werden; das braucht Zeit.»

Lisa Groelly

Der Flickenteppich ist weg

Basel-Stadt und Baselland verschärfen die kantonalen Massnahmen gegen das Coronavirus im Gleichschritt.

Jonas Hoskyn

Noch vor einer Woche berief der Baselpolier Gesundheitsdirektor Thomas Weber angesichts der steigenden Corona-Infektionen eine Pressekonferenz ein, nur um mitzuteilen, dass man vorerst am bisherigen Massnahmepaket festhalten werde. Stattdessen versuchte man es mit einem offenen Brief an die Bevölkerung. Doch nachdem der Bund am Wochenende mit der Verschärfung der Maskenpflicht vorgelegt hatte, koordinierten die Kantone Baselland und Basel-Stadt ihre Massnahmen im Kampf gegen das Virus. Die regionalen Unterschiede sind mittlerweile Vergangenheit.

Am meisten zu reden geben wird dabei sicherlich die Wiedereinführung der 1000-Grenze bei Grossveranstaltungen. Diese soll sicher bis Ende Jahr gelten. Prominentester Betroffener ist der FC Basel (mehr im Sport). Ausserdem kann die GV des Clubs nicht wie geplant in der St. Jakobshalle durchgeführt werden. Neben dem FCB muss auch der Auftritt der deutschen Komödiantin Caroline Kebekus im Musical Theater verschoben werden.

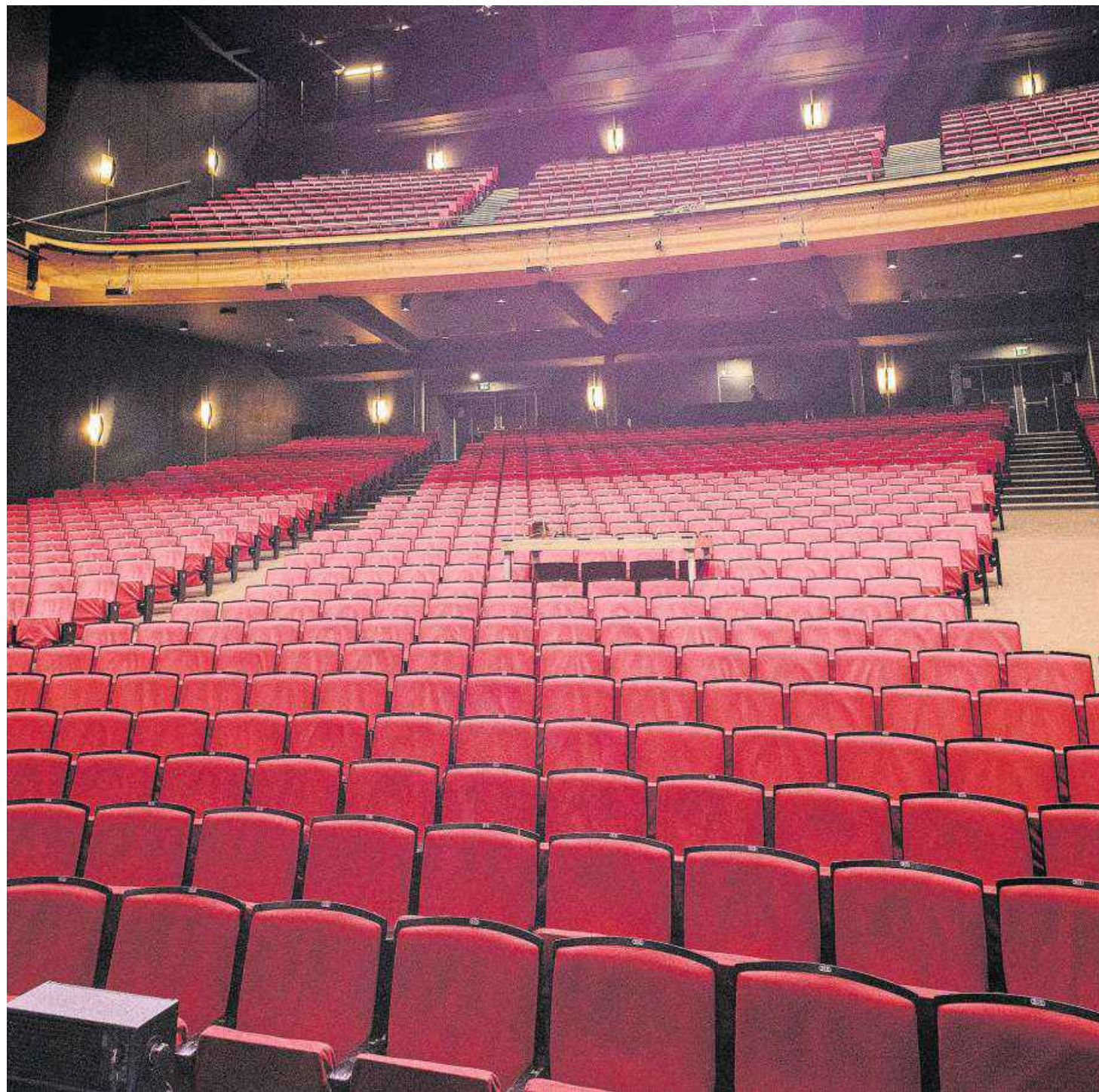
Ansteigen der Fallzahlen erhöht das Risiko

Die Obergrenze von 1000 Personen für Grossveranstaltungen war erst auf Anfang Oktober aufgehoben worden, nachdem der Bundesrat den Kantonen grünes Licht gegeben hatte. Gegen Luzern wären im Joggeli 17050 Zuschauer erlaubt gewesen, gekommen sind 9257. Die «Lex FCB» des Basler Gesundheitsdirektors Lukas Engelberger (CVP)

«Es wäre besser gewesen, an der Obergrenze festzuhalten.»



Thomas Steffen
Kantonsarzt BS



Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen wird es in Basel dieses Jahr nicht mehr geben (im Bild das Musical Theater).

Bild: KEN

hatte für harsche Kritik gesorgt. «Die Kantone mussten die Bewilligungen für Grossveranstaltungen erteilen, nachdem der Bundesrat Anfang September entschied, diese grundsätzlich wieder zuzulassen», sagt der Basler Kantonsarzt Thomas Steffen. Vorbehalten blieb die epidemiologische Entwicklung. Auf diesen Vorbehalt müsse man nun zurückkommen, weil sich die Lage sehr rasch verschlechtert hat. Rückblickend wäre es besser gewesen, an der 1000er-Grenze festzuhalten. «Wir haben uns damals auch entsprechend geäussert», sagt Steffen.

Als Grund für die Wiedereinführung nennt der Kantonsarzt mehrere Faktoren: «Mit dem Ansteigen der Fallzahlen erhöht sich das Risiko eines Superspreader-Anlasses mit

weitreichenden Folgen.» Es gelte nun, bestehende Interventionssysteme wie das Contact-Tracing und die Gesundheitsversorgung, insbesondere in den Spitälern, zu schützen.

Auch im Kanton Basel-Stadt sei das Contact-Tracing mittlerweile sehr belastet, der Kantonsärztliche Dienst könne das Nachverfolgen der Infektionsketten jedoch nach wie vor leisten. Mit dem neuen Verbot des Bundesrats von Menschenansammlungen im öffentlichen Raum mit mehr als 15 Personen seien auch Grossveranstaltungen kaum mehr machbar. «Die Schutzkonzepte in den Stadien sind gut und wirken, die Schwierigkeit ist aber, was vor und nach den Spielen ausserhalb der Stadien oder Veranstaltungsorte passiert», sagt Steffen.

Vorerst nicht betroffen ist der Basler Weihnachtsmarkt. Märkte würden nicht als Veranstaltungen gelten, weshalb dieser Anlass nicht abgesagt werden müsse, so das Gesundheitsdepartement.

Baselland zieht mit der Stadt gleich

Während die Obergrenze in Basel-Stadt die einzige neue Massnahme ist, führt das Baselbiet eine ganze Reihe ein, die in der Stadt grossenteils bereits in Kraft sind. So etwa die Beschränkung für Gastwirtschaftsbetriebe auf 100 Personen (mit räumlich getrennten Bereichen maximal 300) inklusive der Verpflichtung, die Kontaktdaten zu erheben.

Zudem wurde im Baselbiet der Krisenstab reaktiviert. Die-

ser übernimmt wieder die operative Koordination zur Bewältigung der Coronakrise. In Basel-Stadt ist der Krisenstab anders organisiert. Dort ist er seit Beginn der Krise durchgehend im Einsatz – aktuell trifft er sich einmal pro Woche.

Während Basel-Stadt und Baselland nun praktisch auf die gleichen Massnahmen setzen, gibt es erhebliche Unterschiede zu den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn. So gilt in Clubs und Bars eine Obergrenze von 50 Personen, also halb so viele wie in den beiden Basel. Ausserdem führt Solothurn eine Sperrstunde in Bar- und Clubbetrieben ab 1 Uhr morgens ein. Dafür sehen Aargau und Solothurn noch von der Wiedereinführung der 1000er-Grenze bei Grossveranstaltungen ab.

Corona-News

Neuer Todesfall im Baselbiet

Liestal Der Kanton Baselland verzeichnete am Mittwoch 72 neue Coronavirus-Infektionen und einen weiteren Todesfall. Wie eine Sprecherin des Kantonalen Krisenstabes auf Anfrage sagte, handelte es sich beim Verstorbenen um einen 91-jährigen Mann. Im Spital befanden sich am Mittwoch 17 Personen, das sind fünf mehr als am Vortag. Davon waren drei Personen auf der Intensivstation, zwei mussten beatmet werden. Bei der 14-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete der Kanton einen markanten Anstieg auf 186,7; am Dienstag hatte dieser Wert noch 166,8 betragen. (sda)

In Basel sind weniger Menschen in Quarantäne

Basel Der Kanton Basel-Stadt hat am Mittwoch 43 neue Infektionen mit dem Coronavirus verzeichnet. Die Zahl der positiv getesteten und an Covid-19 erkrankten Personen in Isolation stieg um 36 auf 298 an. Die Zahl der bislang registrierten Fälle in der Kantonsbevölkerung nahm somit auf 1729 zu, wie aus der Fallstatistik des Gesundheitsdepartements hervorgeht. Die Anzahl der Personen in Quarantäne sank um 60 auf 741. In 331 Fällen handelte es sich um Kontaktpersonen von Infizierten. Die Anzahl der an Covid-19 erkrankten Menschen, die hospitalisiert werden mussten, wies die Statistik nicht aus. (sda)

Drummeli will der Pandemie trotzen

Basel Während im ganzen Land Fasnachtsveranstaltungen vom nächsten Jahr abgesagt werden, trotz Basel der Coronakrise. Am Mittwoch hat das Basler Fasnachts-Comité mitgeteilt, dass die traditionelle Vorfasnachtsveranstaltung «Drummeli» stattfinden wird, allerdings in reduzierter Form und an einem neuen Ort. So wird das «Drummeli» als traditionelle Leistungsschau der Basler Stammcliquen vom Musical-Theater vom 6. bis 12. Februar 2021 ins Küchlin-Theater zurückkehren, das heute als Kinosaal genutzt wird. Das ehemalige Variété-Haus war bis zum Umzug ins Kleinbasel jahrzehntelang das Stammhaus der Veranstaltung. Das «Drummeli» werde pandemiebedingt in reduzierter Form über die Bühne gehen, teilte das Fasnachts-Comité mit. Geplant seien neun Cliquenauftritte, sieben «Raamestiggli» und sechs «Schnitzelbängg». Zugelassen werden rund 390 Zuschauerinnen und Zuschauer. (sda)

ANZEIGE

HEID
küchenarchitektur

**KÜCHEN
DOKTOR**
diagnose, reparatur, ersatz

**V
ZUG**

Kochvorführung

Einfach schöner wohnen



HEID KÜCHEN AG | HAUPTSTRASSE 136 | 4450 SISSACH BL | 061 976 90 00 | WWW.HEID.CH

OPEN HOUSE!
SAMSTAG 10⁰⁰ - 17⁰⁰ | 24.10

Mittwoch, 28. Oktober 2020

Baselland

Oberstes Ziel: Kein Fernunterricht

Die beiden Basel wollen den Präsenzunterricht an Volksschulen so lange wie möglich beibehalten. Ist das möglich?

Kelly Spielmann

«Im Frühling hiess es, die Schulen würden auf keinen Fall geschlossen. Einen Tag später verordnete der Bundesrat den Fernunterricht.» Das Szenario will Jean-Michel Héritier, Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt, dieses Mal verhindern. Beide Basel kämpfen derzeit gegen den drohenden Schullockdown an. Héritier nennt drei Gründe: Das Homeschooling sei für die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler, das soziale Netzwerk und die Alltagsstrukturen sowie die Wirtschaft die falsche Lösung. «Besonders über Letztere wird nur wenig geredet. Aber für berufstätige Eltern ist der Fernunterricht eine Herausforderung. Da leisten wir Lehrpersonen auch für die Wirtschaft einen wichtigen Beitrag.»

Doch wie lange ist es bei den steigenden Fall- und Quarantänepatienten überhaupt noch möglich, Präsenzunterricht zu betreiben? «Das ist ein Blick in die Kristallkugel», sagt Héritier, «wenn plötzlich die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler oder Lehrpersonen in Quarantäne ist, geht das nicht mehr.» Doch mit den richtigen Massnahmen könne man den Fernunterricht verhindern, ist er überzeugt. Héritier nennt beispielsweise eine Erweiterung der Maskenpflicht, nicht nur an Schulen – oder den Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die Symptome aufweisen.

Gesellschafts-, nicht Eigenverantwortung

Dass es mit den richtigen Massnahmen möglich ist, die Schulen offen zu halten, betont auch

«An Primarschulen auf Fernunterricht zu setzen, ist sozial unverantwortlich.»

Marcel Tanner
Epidemiologe Covid-Taskforce

Marcel Tanner, Basler Epidemiologe und Mitglied der Covid-19-Taskforce. Die Taskforce empfiehlt zwar, dass sekundäre und tertiäre Bildungseinrichtungen wenn möglich auf Onlineunterricht umsteigen. Primarschulen hingegen sollen offen bleiben können, da Kinder nicht die Treiber der Epidemie seien. Besonders das Recht auf Bildung und damit die Chancengleichheit seien im Homeschooling nicht für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet. «An Primarschulen auf Fernunterricht zu setzen, ist sozial unverantwortlich.» Möglich seien offene Primarschulen schon: «Die Leute müssen natürlich konsequent mitmachen, und zwar beim gesamten Massnahmenpaket – dann geht es.»

Tanner nutzt dabei bewusst nicht das Wort Eigenverantwortung, sondern Gemeinschaftsverantwortung: «Uns geht es zu gut, deshalb schauen wir hauptsächlich auf uns selber und machen, was wir wollen.» Seine Erfahrung in verschiedenen Kultu-



Homeschooling soll dieses Mal in beiden Basel verhindert werden – doch wie?

Bild: Keystone

ren zeige, dass in ärmeren Verhältnissen jeweils eine höhere Gesellschaftsverantwortung herrsche. Diese erhoffe er sich auch hierzulande – sodass zwar strikte Massnahmen auch «gesellschaftlich und wirtschaftlich erträglich sind und den Menschen Ausblicke geben».

Bereit, falls der Fernunterricht kommt

Im Baselland will man den Präsenzunterricht ebenfalls so lange wie möglich beibehalten. Der

Austausch im Klassenzimmer sei «sowohl aus pädagogischer als auch sozialer Sicht durch nichts zu ersetzen», so Fabienne Romanens, Sprecherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Auf die Empfehlung der Taskforce, an sekundären Stufen den Onlineunterricht einzuführen, geht der Kanton derzeit nicht ein: Massgebend für die Baselländer Schulen seien die Vorgaben des Bundes sowie die Lagebeurteilung des kantonalen Krisenstabs und des Kan-

tonsärztlichen Dienstes. Allfällige neue Massnahmen nennt Romanens nicht – diese würden erst kommuniziert, wenn sie beschlossen seien. Die bisher getroffenen sowie auch neue Massnahmen würden aber darauf abzielen, dass Präsenzunterricht, wenn immer möglich, stattfinden könne. Dennoch hält sie fest: Die Schulen seien vorbereitet, sollte der Fernunterricht vom Kantonsärztlichen Dienst oder vom Bund angeordnet werden.

Kantonsspital bereitet zweite Coronastation vor

Mit 31 Coronapatienten, fünf davon auf der Intensivstation, steht der Eskalationsplan des Kantonsspitals Baselland (KSBL) vor der nächsten Stufe. Auf Anfrage bestätigt das Spital, die Eröffnung einer zweiten Station für Coronapatienten vorzubereiten. Aktuell bietet das KSBL 50 Normal- und 10 Intensivbetten. (mn)

Mittwoch, 28. Oktober 2020

Leben & Wissen

Kinder: Wie stark übertragen sie das Virus?

Eltern sind verunsichert und fragen: Falls der Bundesrat den Amateursport abklemmt, warum gilt das auch für Kinder, und darf das Grosi noch hüten? Fakt ist: Kinder sind keine Pandemietreiber. Eine Science-Studie aus China zeigt, dass das Ansteckungsrisiko bei unter 14-jährigen nur ein Drittel so hoch ist wie bei Erwachsenen. Diese Erkenntnis gilt immer noch, bestätigt Christian Kahlert, Facharzt für Infektiologie am Ostschweizer Kinderspital.

Auch die Zahlen in der Schweiz zeigen, dass die symptomatischen Corona-Erkrankungen bei den Kindern deutlich seltener sind. «Obwohl es Hinweise gibt, dass sie gleich häufig Kontakt mit dem Virus haben.» Das zeigt die Studie «Ciao Corona» der Universität Zürich. Die Antikörperbestimmung in der Schulzeit von Juni bis Juli ergab, dass die Schulkinder gleich viele Antikörper entwickelt hatten wie zufällig ausgewählte Erwachsene in der gleichen Region.

Die Antikörper-Untersuchung der Uni Zürich bestätigt andere Studien, die feststellten, dass sich Kinder kaum in der Schule infizieren, sondern eher im privaten Umfeld und in der Familie. «Kinder können infektiöses Virus tragen, sie übertra-



Schulschliessungen, Grosselternbesuche, vieles hängt von der Frage ab, wie ansteckend Kinder sind. Bild: Getty

gen es aber selten. Dies zeigen mittlerweile viele epidemiologischen Studien wie auch die Erfahrungen in den verschiedenen Ländern», sagt Kahlert. Die Gründe dafür sind noch nicht vollständig klar, aber es gibt gemäss Kahlert verschiedene plausible Hypothesen. «Zudem ist nachvollziehbar, dass die Reichweite und das Ausmass der Tröpfchenverteilung in die Umgebung zwischen einem zehn Kilogramm schweren Kind und einem acht mal schwereren Erwachsenen massiv unterschied-

lich ist», sagt der Infektiologe. Kinder können die gleiche Virenlast wie Erwachsene haben, sich infizieren, zeigen aber kaum Symptome und erkranken sehr selten an Covid-19. Dieser milde Verlauf könnte einer der Gründe und oben genannten Hypothesen sein, warum Kinder weniger infektiös sind. Weil sie nicht krank werden, husten und niesen sie ihren Gschpänli und Grosseltern trotz Ansteckung weniger ihre Viren ins Gesicht.

Bruno Knellwolf

Coronatests: Was weisen die Tests nach?

RT-PCR ist eine bewährte Methode, mit der vorher definierte DNA-Abschnitte vervielfältigt werden können. Der Prozess kann auch als Test benutzt werden, indem man bestimmte RNA-Abschnitte (Primer) des gesuchten Virus in die Probe gibt. Die führen dann dazu, dass sich die Virus-RNA aus der Probe vervielfältigt – sofern welche vorhanden ist. Die Polymerase ist das Enzym, das diesen Kopiervorgang zum Laufen bringt. Nach mehreren Durchgängen haben sich die Bruchstücke so weit vermehrt, dass man sie sichtbar machen kann.

Alle Tests orientieren sich an zwei Richtgrössen: an der Spezifität, also der Wahrscheinlichkeit, dass ein Nicht-Infizierter als negativ erkannt wird; und an der Sensitivität, der Wahrscheinlichkeit, dass ein Virusträger ein positives Ergebnis bringt.

Die gebräuchlichen RT-PCR-Tests auf Sars-CoV-2 arbeiten mit mindestens zwei Primern. Sie weisen daher eine hohe Spezifität auf. Weil alle Abschnitte nachgewiesen werden müssen, ist auch die Sensitivität hoch.

Nichtsdestotrotz gibt es Fehler. Falsch-positive Resultate sind positive Tests ohne Virus-RNA und ein falsch-negatives Resultate heisst, dass ein Infizierter negativ getestet wird.



Corona-Abstrich im Testcenter in Lausanne: Schnelle Resultate wären wichtig. Bild: Laurent Gillieron/Keystone

Fehler können bei den Abstrichen gemacht werden, das ist aber nicht testabhängig. Die Schwäche der RT-PCR-Tests ist, dass sie Zeit brauchen. Die Proben müssen in einem Labor in Maschinen prozessiert werden. Die andere Schwäche ist die, dass der Test Virus-RNA nachweist, aber wenig darüber aussagt, wie viel und wie virulent. Ein positiver Test bedeutet nur, dass der positiv Getestete Kontakt mit dem Virus hatte. Es bedeutet nicht, dass er krank ist, und nicht, dass er infektiös ist.

Schnelltests sind etwas weniger präzise, haben dafür aber andere Vorteile. Man erkennt sehr schnell und ohne Labor, ob ein Infizierter infektiös ist, kann also einen möglichen Spreader schnell aus dem Verkehr ziehen. Und ein negativer Test zum Beispiel vor dem Altersheimbesuch zeigt recht zuverlässig, dass man seinen Verwandten ohne Gefahr besuchen kann. Schnelltests würden das Leben mit Covid-19 sehr erleichtern.

Christoph Bopp

Der neuste Stand der Coronaforschung

Es drohen weitere Massnahmen, doch auf welcher wissenschaftlichen Grundlage werden diese getroffen? Vier Erklärungen.

Ansteckung im Freien: Wo nützen Masken?

Während am Anfang der Pandemie noch unklar war, welches die Übertragungswege von Sars-CoV-2 sind, weiss man inzwischen mehr darüber. Beschleuniger der Pandemie sind sogenannte Superspreader, also Leute, die eine extrem hohe Virenlast haben und gleichzeitig sozial sehr aktiv sind.

Halten sich Infizierte in einem Raum auf, kann sich die Luft mit Viren in Kleinstpartikeln (Aerosolen) anreichern und viele Leute auf einmal infizieren. Draussen verteilen sich Aerosole innert Sekunden. «Im Freien ist der einzige Weg, sich anzustecken – nebst Schmierinfektion via Hände – dass man grössere Tröpfchen einatmet», sagt Michael Riediker, Aerosol-experte vom Schweizerischen Zentrum für Arbeits- und Umweltgesundheit.

Grössere Tröpfchen atmet man ein, wenn man anderen Leuten näher als eineinhalb Meter kommt und diese sprechen. Das Risiko steigt, wenn laut gesprochen wird, wie dies an Apéros schnell der Fall ist. Bei einer Maskenpflicht im Freien muss man bedenken: Wo sich Menschen länger nahe kommen, sind oft Getränke im Spiel – die Maske wird abgezogen.

Wenn die Abstände draussen tatsächlich eingehalten würden,



Passanten in Bern: Für das Ansteckungsrisiko spielt auch die Dauer eine Rolle, während der man Leuten nahe kommt. Bild: Key

wäre das Ansteckungsrisiko praktisch bei null. Selbst an belebten Orten wie Plätzen oder auf Shoppingmeilen: Passiert man eine ansteckende Person, die auch noch gerade spricht, dann atmet man zwar mit viel Pech ein paar virenhaltige Tröpfchen ein, doch die geringe Anzahl macht eine Ansteckung innert Sekunden wenig wahrscheinlich – solange man nicht gerade angehustet wird.

Das renommierte Robert-Koch-Institut stuft die Wahrscheinlichkeit einer Übertra-

gung im Aussenbereich als sehr gering ein, wenn der Abstand von 1,5 Metern eingehalten wird. Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt in ihrem aktualisierten Bericht Masken vor allem für Innenräume. Japanische Forscher kamen in einer Studie im Frühling zum Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit, sich anzustecken, in Räumen rund zwanzig Mal höher ist. Laut Riediker sollte der Fokus besonders dort liegen.

Sabine Kuster

Sterblichkeit: Warum schwankt diese Zahl?

Um die Gefährlichkeit des neuen Coronavirus abzuschätzen, wird oft von der Mortalität gesprochen. Der Begriff wird aber für zwei verschiedene Grössen verwendet. Das eine ist die Fallmortalität. Sie sagt aus, welcher Anteil der Infizierten stirbt. In einer vor zwei Wochen publizierten Übersichtsstudie fand der US-amerikanische Epidemiologe John Ioannidis Werte zwischen 0,00 und 1,63 Prozent. Letzteres bedeutet, dass in der entsprechenden Region jede sechzigste infizierte Person starb. Die Unterschiede erklären sich teilweise damit, dass in manchen Studien mehr jüngere, in anderen dagegen mehr ältere Personen erfasst sind.

Laut Matthias Bopp vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich sind solche Zahlen mit grossen Unsicherheiten behaftet. Klar ist: In der Schweiz war für Covid-19-Patienten in der ersten Welle das Risiko, in den nächsten Wochen zu sterben, mindestens neunmal höher als für gleichaltrige Personen ohne Covid-19. Und für Männer war dieses zusätzliche Risiko nochmals gut 20 Prozent höher als für Frauen.

Die Fallmortalität ist derzeit aber tiefer als in der ersten Welle. Es stecken sich weniger alte



Während der ersten Welle verliefen Coronainfektionen häufiger tödlich als heute. Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Lausanne, 3. April 2020)

Menschen an und die Behandlungen setzen früher ein.

Trotzdem warnte der ehemalige Taskforce-Präsident Matthias Egger gestern in einem Tweet: Die zweite Welle könnte schlimmer als die erste werden. Er sprach nicht von der Fallmortalität, sondern von der Gesamtmortalität – den wöchentlichen Todesfällen pro Million Menschen. Die Gesamtmortalität hatte im Frühjahr in vielen Ländern rapid zugenommen, bis die Massnahmen der Lockdowns zu wirken begannen.

Hier kann ein Vergleich mit der Grippe gezogen werden. Auf den ersten Blick sieht die Todesfallstatistik ähnlich aus wie in einem Grippejahr. Aber die Zahlen zeigen, dass ohne Lockdown im Frühling ein weiterer Anstieg mit sehr viel mehr Toten zu erwarten gewesen wäre. Matthias Bopp sagt: «Wir können klar sagen, dass Covid-19 gefährlicher als die Grippe ist. Aber wir können noch nicht genau sagen, wie viel gefährlicher.»

Niklaus Salzmann

Neues Coronavirus

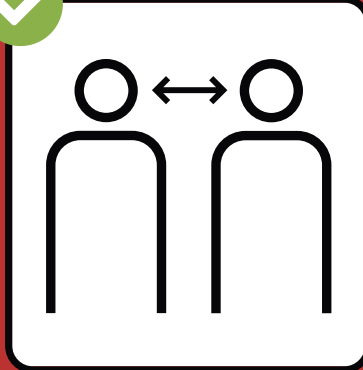
**SO SCHÜTZEN
WIR UNS.**

STOP CORONA

Aktualisiert am 28.10.2020



Weniger Menschen treffen.



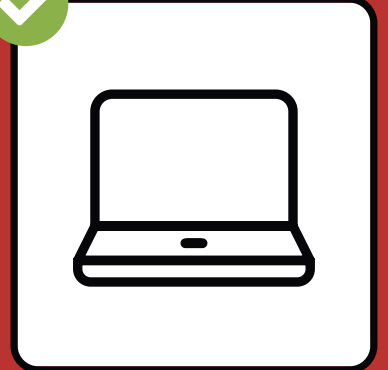
Abstand halten.



Maske tragen, wenn Abstandhalten nicht möglich ist.



Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Innenräumen sowie im öffentlichen Verkehr.



Wenn möglich im Homeoffice arbeiten.



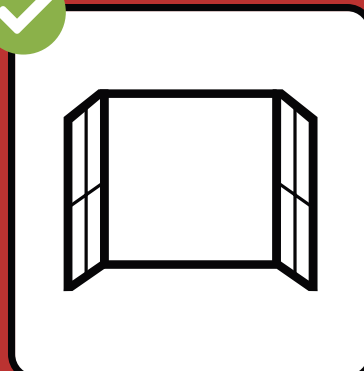
Gründlich Hände waschen.



In Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen.



Hände schütteln vermeiden.



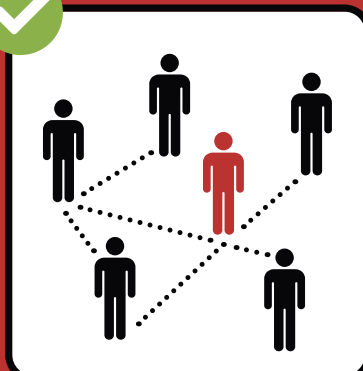
Mehrmals täglich lüften.



Veranstaltungen:
Privat: max. 10 Pers.
Öffentlich: max. 50 Pers.



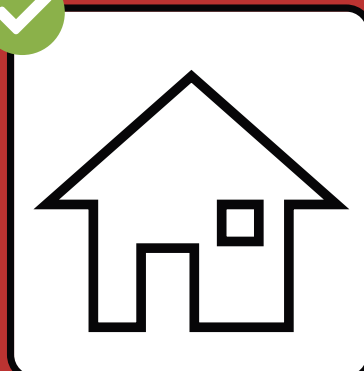
Bei Symptomen sofort testen lassen und zu Hause bleiben.



Zur Rückverfolgung immer vollständige Kontaktdaten angeben.



Um Infektionsketten zu stoppen: SwissCovid App downloaden und aktivieren.



Bei positivem Test: Isolation. Bei Kontakt mit positiv getesteter Person: Quarantäne.



Nur nach telefonischer Anmeldung in Arztpraxis oder Notfallstation.

www.bag-coronavirus.ch

Regeln können kantonal abweichen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Confederation

Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Uffizi federal da sanadad publica UFSP



SwissCovid App
Download

Jetzt wird es blutrot für die Kultur

Die Massnahmen des Bundesrats stellen Basler Kulturveranstalter vor riesige Probleme. Erste Betriebe schliessen.



Im Juni machten Basels Kulturveranstalter mit Rotlicht auf ihre Notlage aufmerksam. Nun tritt sie erst richtig ein.

Bild: Georgios Keflas/Keystone (22. Juni 2020)

**Mathias Balzer,
Hannes Nüsseler und
Stefan Strittmatter**

Gestern Nachmittag hat der Bundesrat die neuen Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus verkündet. Ab gestern Mitternacht gilt schweizweit eine Publikumsbeschränkung auf 50 Personen. Dabei hatten die Veranstalter noch vor wenigen Tagen dringende Appelle an den Bundesrat und die Basler Regierung gerichtet. Die regionalen Theater, Orchester, Kinos und einige Museen betonten in zwei Briefen, dass bisher keine nachweisliche Infektion mit dem Coronavirus bei Theater- oder Konzertbesuchen nachgewiesen wurden. Die Hygienekonzepte der Häuser würden funktionieren. Dies gelte es bei weiteren Massnahmen zu berücksichtigen. Doch der Bundesrat hatte dafür kein Gehör. Was bedeutet das für die Basler Kulturveranstalter?

Schliessungen und Ungewissheit im Theater

Einschneidend sind die Massnahmen für ein Haus in der Grösse wie das **Theater Basel**. Das Leitungsteam schreibt: «Eine unbefristete Veranstaltungsbeschränkung ist das schlimmste Szenario für einen Theaterbetrieb, da es uns jegliche Planungssicherheit nimmt. Bisher gibt es schweizweit keinen nachgewiesenen Ansteckungsfall in einem Theater- oder Konzertsaal, weshalb wir nicht mit dieser Entscheidung des Bundesrates gerechnet haben.» Wie es weitergeht, müsse nun abgewogen werden. Das Theater werde zeitnah kommunizieren. Klar ist, dass alle Vorstellungen der nächsten Tage abgesagt sind.

Claude Rasser, Leiter des **Fauteuil Theaters**, klingt konsterniert: «Für uns ist das ein trauriger Tiefschlag. Für nur 50 Leute rechnet es sich nicht zu spielen. Wir schliessen unser Theater temporär.»

Etwas weniger dramatisch ist die Lage in der **Kaserne** und im

Theater Roxy. Letzteres könne die Situation stemmen und anstatt für 85 auch für 50 Personen spielen, sagt der Leiter, Sven Heier. Sandro Lunin, Leiter der Kaserne, betont, dass nun vor allem für die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler Unterstützung kommen müsse. Positiv am bundesrätlichen Beschluss findet er, dass nun auch Freelancer auf finanzielle Hilfe hoffen können. Die grossen Konzerte muss die Kaserne allerdings absagen. Theater wird es weiterhin geben, aber nur für 50 Personen.

Kinos bleiben offen, aber bald fehlen die Filme

Für das Liestaler **Kino Sputnik** ändert sich durch die neuen Massnahmen vorerst nicht viel, sagt Betreiber Johnny Maurice. «Wir sind froh, dass wir unser Kino offenhalten können.» Mit dem jetzigen Schutzkonzept könnten maximal 40 Personen in den Saal gelassen werden, «da betrifft uns die neue 50er-Grenze nicht». Aufgrund der aktuell wieder niedrigen Besucherzahlen werde das Programm voraussichtlich reduziert und eventuell auch wieder Kurzarbeit beantragt werden müssen.

Auch **Stadtkino**-Leiterin Nicole Reinhard ist erleichtert, dass es zu keinem Lockdown kommt. «Logistisch sind wir gut vorbereitet, das Umsetzen des Schutzkonzeptes bedeutet für uns in diesem Sinn kein grösseres Problem.» Allerdings stünden dem Kino mit verschärften Massnahmen nur noch 50 von 100 Sitzen zur Verfügung. «Hinzu kommt, dass das Publikum aufgrund der beunruhigenden Situation verunsichert ist und zögert, ins Kino zu kommen. Das spüren wir empfindlich.» Selbstverständlich gebe man aber das Beste, um dem Publikum ein sicheres Kinoerlebnis zu garantieren.

Auch für Tobias Faust, Co-Leiter der **Basler Kultkino**s, bedeutet die neue Obergrenze keine grosse Veränderung. «Bei maximal 50 Perso-

«Die Massnahmen haben verheerende Auswirkungen. Wir sind schockiert.»

Hans-Georg Hofmann
Künstlerischer Direktor des Sinfonieorchesters Basel.

nen können wir den Status quo halten und unsere Kinos weiter betreiben.»

Das verunsicherte Publikum bereitet aber auch ihm Sorgen. «Entscheidend ist zudem, wie die Kantone die Massnahmen umsetzen: Gehen wie in Bern auch in anderen Städten die Kinos zu, wird das Angebot an

Filmstarts noch kleiner.» Für Multiplexe sei die Obergrenze dagegen happig: «Blockbuster brauchen mehr Publikum.»

«Heimlicher Lockdown» für die Basler Konzertszene

Für Urs Blindenbacher stellen die neuen Massnahmen eine «Katastrophe» dar, wie er auf Anfrage sagt. Für den Veranstalter des **Jazzfestival Basel** und der **Offbeat**-Konzerte beginne damit wieder ein «Verschiebemarathon», für einige der Konzerte hat er bereits neue Daten im Spätfrühling gefunden. Mit der Beschränkung auf maximal 50 Personen könne er seine Events nicht durchführen: «Wir machen bekanntlich keine Wohnzimmerkonzerte». Die jetzige Situation nennt er einen «klammheimlichen Lockdown». Des Weiteren warte er noch immer auf seine kantonalen Ausfall-Erschädigungen vom Frühling 2020.

Lawrence Pawelzik von der **Parterre** Gruppe, zu der auch das **Atlantis** gehört, betont, dass

schon bei einer Deckelung auf 100 Personen, wie man sie in den vergangenen Monaten umgesetzt habe, keine Kostendeckung mehr möglich war. Bei den Absagen sei für ihn der Aspekt der Ausfallentschädigung entscheidend: «Wir müssen nun abklären, was es heisst, wenn wir schliessen, obwohl wir theoretisch offen haben dürften.» Während beim Parterre das Restaurant losgelöst vom Konzertbetrieb funktioniere, seien die beiden Bereiche beim Atlantis enger gekoppelt: «Ohne Konzerte kein Umsatz.»

Für Norbert Mandel von der **Konzertfabrik Z7** haben die gestern beschlossenen Massnahmen keinen Einfluss auf die unmittelbare Planung: Sein Prattler Konzerthaus hat bereits vor einer Woche für den Rest des Jahres diktgemacht. «Mit ganz viel Optimismus wird es ab dem 14. Januar wieder lebendig bei uns», sagt Mandel. Allerdings finde er niemanden, der an diesen «Fahrplan» glaube. Seit März sitze er überwiegend allei-

ne im Büro, in der Kurzarbeit befänden sich 16 Mitarbeiter, kantonale Unterstützung sei zwar beantragt – «zu uns rübergeflossen ist aber noch nichts».

Für das **Sinfonieorchester Basel** hätten die neuen Massnahmen «verheerende Auswirkungen», sagt der künstlerische Direktor Hans-Georg Hofmann: «So können wir kein einziges der geplanten Sinfoniekonzerte im Stadtcasino veranstalten. Wir sind schockiert.» Angesichts der unbefristeten Massnahmen hoffe er, dass eine «differenzierende Bewertung» schnell zu der Erkenntnis führe, dass Konzertbesuche ungefährlich seien. Dies hätten die Konzerte im Stadtcasino gezeigt, wo es zu keiner Infektion gekommen sei.

Der offene Brief, den regionale Klassik-Veranstalter vorgestern an die Basler Regierung geschickt hatten, sei weiterhin «brandaktuell», so Hofmann: «Die Kulturszene muss jetzt noch stärker zusammenrücken und sich gegen diese existenzielle Bedrohung wehren.»

Die Buch Basel 2020 schliesst den Deckel

Absage Auf der Zielgeraden hat es die Buch Basel 2020 getroffen: Das internationale Literaturfestival, das nächste Woche vom 6. bis 8. November stattfinden und in dessen Rahmen auch der Schweizer Literaturpreis vergeben werden sollte, ist abgesagt. Nach dem gestrigen Entscheid des Bundesrates hat die Festivalleitung sofort reagiert. «Es ist bitter, dass Festival jetzt absagen zu müssen, wo alles bereit ist», sagt Katrin Eckert, Leiterin des Literaturhauses am Telefon.

«Wir haben lange versucht, an der Durchführung festzuhalten, aber als die Schweiz auf die deutsche Liste der Risikogebiete kam, wussten wir, es würde immer komplizierter werden.»

Letztlich war es den Macherinnen aber schlicht unwohl bei dem Gedanken, Menschen unter so risikobehafteten Bedingungen zu versammeln. Dabei bleibe man der Festival-Intention durchaus treu, wie es in der Medienmitteilung heisst: «Das diesjährige Schwerpunktthema hätte nach Wegen zu solidarischem Handeln gefragt. Jetzt müssen wir sie gehen.» Alle bereits gekauften Tickets werden zurückerstattet, bei online gekauften Tickets erfolgt die Rückvergütung automatisch.

Ab dem 6. November werden auf der Website des Festivals verschiedene literarische Angebote zur Verfügung stehen. Dazu gehört unter anderem ein neuer Podcast mit Interviews



«Bitterer Entscheid»: Festivalleiterin Katrin Eckert. Bild: B. Koechlin

und Gesprächen mit Autorinnen und Autoren wie Leif Randt und Dorothee Elmiger. Auch die Rede, die Ilija Trojanow zur Festivaleröffnung gehalten hätte, findet sich ab dem 6. November auf der Festivalseite. Der Schweizer Buchpreis wird zwar

wie geplant am 8. November vergeben, die öffentliche Verleihung im Theater Basel fällt aber aus. Ebenso entfallen die Lesungen der Nominierten. Die Auftritte von Dorothee Elmiger, Tom Kummer, Charles Lewinsky, Karl Rühmann und Anna Stern im Literaturhaus Zürich sind online zu sehen.

Ein Trost bleibt: «Glücklicherweise ist der Betrieb des Literaturhauses Basel mit den neuen Massnahmen nicht völlig ausgeschlossen», sagt Eckert. «Ob das Publikum unter den neuen Bedingungen kommt, wird sich weisen.»

Hannes Nüsseler

www.buchbasel.ch

Die Bevölkerung will beim Tracen helfen

Beide Basel erhalten derzeit Spontanbewerbungen für das überlastete Contact-Tracing. Doch nicht alle können mitmachen.

Kelly Spielmann

Die Contact-Tracing-Teams beider Basel sind wegen der rasch steigenden Fallzahlen überfordert – und das bereits seit einer Weile (die bz berichtete mehrfach). So erzählt beispielsweise ein Leser, dass er das Resultat seines Coronatests auch nach zwei Tagen noch nicht erhalten habe. Erst, als er selber angerufen habe, sei ihm das positive Ergebnis mitgeteilt worden. Doch während seiner Isolation habe sich vom Contact-Tracing kein einziges Mal jemand gemeldet. Auch sei sein Hausarzt nicht über die Corona-Infektion informiert worden.

Bei Geschichten wie diesen überrascht die Zuschrift eines anderen Lesers aus Basel umso mehr. Der Mann, der nicht namentlich in der Zeitung genannt sein möchte, hat sich Mitte Oktober in einem E-Mail an die beiden Kantone gewendet: Er wollte seine Dienste als Contact-Tracer anbieten. Mit einem Biologiestudium und Erfahrung im medizinischen Bereich sowie mit Telefonumfragen sollte er eigentlich der perfekte Kandidat sein. Als Contact-Tracer arbeitet der Leser bis heute jedoch

nicht. Im Stadtkanton wurde er auf eine Warteliste gesetzt, wie aus dem Mailverkehr hervorgeht, welcher der bz vorliegt. Vom Kanton Baselland habe er nie eine Antwort erhalten.

70 Bewerbungen, 30 Personen rekrutiert

Wie kann es sein, dass solche Bewerber bei der aktuellen Überlastung der Contact-Tracer nicht berücksichtigt werden – und die Kantone stattdessen auf externe Call Center zurückgreifen oder das flächendeckende Contact-Tracing aufgeben?

Auf die Hilfe werde nicht verzichtet, wie Anne Tschudin, Mediensprecherin des Basler Gesundheitsdepartements, sagt: «Wir haben bisher rund 70 Spontanbewerbungen aus der Bevölkerung erhalten und daraus ungefähr 30 Personen rekrutiert.» Die Personen «jeden Alters und mit verschiedenen Pensen» würden derzeit eingearbeitet und im Kontakt mit den Isolierten eingesetzt.

Die Anforderungen an Bewerbende reichen von Interesse an epidemiologischen Fragestellungen über gute Kommunikationsfähigkeiten und IT-Kenntnisse bis zur Bereitschaft,



Contact-Tracer in beiden Basel sind überfordert – nun hilft die Bevölkerung.

Bild: key/Gaetan Bally

abends, an Wochenenden oder im Pikettdienst zu arbeiten. Dass es bei der Rekrutierung bisher nur für 30 Personen ge-

reicht hat, habe nichts mit der Eignung der anderen Bewerber zu tun. «30 Personen zu integrieren, muss erst mal verdaut

werden. Man muss dem Team Entwicklungszeit lassen.»

Auch der Kanton Baselland erhält regelmässige Spontanbe-

werbungen – je nach Medienaktivität seien es zwischen fünf bis zehn Bewerbungen pro Tag und zwei pro Woche, wie Rolf Wirz, Mediensprecher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, sagt. Vier Personen wurden bisher eingestellt.

Mails landen auch mal am falschen Ort

Die Anforderungen sind im Basbiet ähnlich: Contact-Tracer sollen belastbar, technisch affin, flexibel, selbstständig und empathisch sein – medizinische Kenntnisse sind von Vorteil. Bis gestern teilten sich die 21 Tracer ein Stellenpensum von 1275 Prozent, ab heute sind es 1490. Die beruflichen Hintergründe sind dabei breit gestreut: Neben den medizinischen Berufen wie Praxisassistenten und Krankenschwestern sind Wirtschaftsingenieure, Lehrpersonen, Studierende oder Fotografen im Team.

Dass eine Antwort auf eine Bewerbung ausbleibt, sei keine Absicht, so Wirz. Man beantworte die Mails grundsätzlich immer, aber: «Wir erhalten so viele Anfragen auf verschiedenen Kanälen. Da kann es auch mal vorkommen, dass ein Mail am falschen Ort landet.»

Offene Grenzen, aber Massnahmen-Chaos im Dreiland

Geschlossene Geschäfte, Maskenpflicht und Ausgangssperre. Obwohl die aktuellen Coronafallzahlen in der Schweiz höher sind als im grenznahen Ausland, gelten dort strengere Regeln als in Basel. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Dreilands werfen die unterschiedlichen Massnahmen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz viele Fragen auf: Darf ich noch nach Weil am Rhein zum Einkaufen? Ist eine Velotour im Elsass erlaubt?

Der Präsident des Oberrheinrats, Josha Frey, ruft zu Eigenverantwortung auf: «Auch wenn sich die Regeln und Massnahmen zwischen den Ländern teils unterscheiden, möchten wir an das Verantwortungs- und Bürgerbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger appellieren, sich vor dem Überqueren der Grenzen im Dreiland entsprechend zu informieren.» Während des Lockdowns im Frühling waren die Grenzen geschlossen. In den Grenzregionen führte das zu wirtschaftlichen Einbussen, ge-

trennten Familien und kilometerlangen Umwegen für Grenzgänger. Der Oberrheinrat setzte sich dafür ein, dass die Grenzen bei einem erneuten Anstieg der Coronafallzahlen geöffnet bleiben: «Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und teilweiser Schliessung von Grenzübergängen war ein einschneidendes Erlebnis. Das Leben und Arbeiten am Oberrhein ist ohne den frei fliessenden Personenverkehr undenkbar. Die jetzige Situation ist daher aus Sicht des Oberrheinrats derjenigen im Frühjahr klar vorzuziehen», schreibt Frey auf Anfrage der bz.

Informationen zu den Regeln in den drei Ländern liefert die Beratungsstelle Infobest auf ihrer Website. Marc Borer, Jurist und Berater bei Infobest, kennt die häufigsten Problemstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner des Dreilands. «Es ist sowohl für uns als auch für die Bürgerinnen und Bürger eine grosse Herausforderung, den Überblick über die verschiedenen Massnahmen zu behalten»,

sagt er. Die Zusammenarbeit im Dreiland habe sich im Vergleich zum Frühling zwar deutlich verbessert, mit den steigenden Fallzahlen würden die Verhältnisse allerdings wieder zunehmend hektischer. «Die Massnahmen ändern sich schnell und werden

von den Zentralregierungen in Bern, Berlin und Paris beschlossen. Da können die Vertreter im Dreiland kaum eingreifen. Gekennzeichnete Massnahmen, die den Umständen im Dreiland entsprechen, sind daher sehr schwierig zu erreichen.» Positiv

herausgestochen sei allerdings der Ausschluss der Grenzregionen bei der Einreisequarantäne, der sowohl von den Deutschen als auch von den Schweizer Behörden beschlossen wurde.

Um den Überblick über die Massnahmen im Dreiland etwas

zu erleichtern, hat die bz einige zentrale Fragen und Antworten zusammengetragen. Aktuelle Informationen auf Deutsch und Französisch finden sich ausserdem unter www.infobest.eu

Helena Krauser

Was gilt in Deutschland?



Regeln Seit 2. November gilt im Nachbarland Deutschland die neueste Coronaverordnung. Für Grenzgänger und Touristinnen haben sich damit einige Dinge geändert.

Darf ich noch nach Deutschland einreisen?

Das kommt auf den Wohnkanton an. Aus Baselland und Basel-Stadt ist die Einreise nach Deutschland weiterhin möglich. Ebenfalls dürfen Einwohnerinnen und Einwohner der Kantone Aargau, Jura, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Thurgau und Zürich einreisen. Im Bundesland Baden-Württemberg ist für sie der Aufenthalt während 24 Stunden erlaubt. Auch Berufspendler können die Grenze überqueren. Das Bundesland empfiehlt, Quittungen oder Parktickets aufzubewahren, um die Aufenthaltsdauer belegen zu können.

Zu welchem Zweck darf ich mich in Deutschland aufhalten? Wer aus den Grenzregionen (siehe oben genannte Kantone)

nach Deutschland einreist, darf dies für 24 Stunden ohne Angabe eines besonderen Grundes machen. Für Reisende aus den übrigen Schweizer Regionen gilt: Einreisen sind dann erlaubt, wenn sie zwingend notwendig und unaufschiebbar beruflich veranlasst sind. Könnte ein Arbeitnehmer seinen Job etwa auch im Homeoffice erledigen, ist dies nicht gegeben. Daneben gelten medizinische Behandlungen, Gerichtstermine, Beerdigungen, private Anlässe oder etwa der Besuch seines Partners oder seiner Partnerin.

Welche Massnahmen gelten in Deutschland?

Im privaten und im öffentlichen Raum sind seit Montag Ansammlungen von maximal zehn Personen erlaubt. Gastronomiebetriebe, Hotels, Kinos, Konzertsäle, Kulturhäuser, Museen, Bäder oder Sportanlässe sind geschlossen oder abgesagt. Die Bundesregierung fordert zudem dazu auf, bis Ende November 2020 auf nicht notwendige private Reisen zu verzichten. (sil)

Was gilt in Frankreich?



Regeln Seit 30. Oktober gelten in Frankreich erneut weitreichende Ausgangsbeschränkungen. Die Regelung gilt auch für alle Grenzgänger und Touristen, die sich im Land aufhalten.

Darf ich noch nach Frankreich einreisen?

Grundsätzlich dürfen alle Personen aus dem europäischen Raum ohne Einschränkungen nach Frankreich einreisen. Dies gilt, solange sie keine Krankheitssymptome im Zusammenhang mit Covid-19 aufweisen.

Zu welchem Zweck darf ich mich in Frankreich aufhalten?

Da in Frankreich Ausgangsbeschränkungen verhängt worden sind, darf in Frankreich nur noch unterwegs sein, wer einer notwendigen Tätigkeit nachgeht. Aus diesem Grund muss immer eine offizielle Ausgangsbescheinigung mitgeführt werden, auf welcher der jeweilige Grund des Aufenthalts ausserhalb des eigenen Zuhauses aufgeführt wird. Gründe sind unter anderem der Arbeitsweg, die Erledigung von

dringenden Einkäufen und die Pflege von Angehörigen. Es ist dabei zu beachten, dass diese Tätigkeiten in einem möglichst kleinen Radius um das eigene Zuhause erledigt werden müssen. «Für Schweizer ist das Einkaufen in Frankreich daher nicht erlaubt», so Marc Borer von Infobest. Kontrolliert wird das Einhalten dieser Regeln durch die Polizei. Wer ohne triftigen Grund unterwegs ist, riskiert eine Busse von 135 Euro. Die Bescheinigung «Attestations de déplacement» kann unter www.interieur.gouv.fr heruntergeladen werden.

Welche Massnahmen gelten in Frankreich?

Neben den Ausgangsbeschränkungen gilt in Frankreich eine Maskenpflicht in allen öffentlich zugänglichen, geschlossenen Räumen und in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Einige örtliche Behörden haben zudem das Tragen einer Gesichtsmaske auch auf andere öffentliche Orte mit dichterem Publikumsverkehr ausgedehnt. (hel)

ANZEIGE



sasse-design.ch

s gegasse 2 | 4207 bretzwil | 061 941 20 92

Basel Stadt Land Region



Ungefähr 2000 Menschen demonstrierten am Samstag in Basel gegen die Corona-Massnahmen des Bundes. Fotos: Keystone (Georgios Kefalas)



Inmitten von Corona-Skeptikern

Demonstranten in Basel Auf dem Messeplatz fand am Samstagnachmittag eine Anti-Corona-Demonstration statt. Die Kundgebung vereinte alle Gesellschaftsklassen – bis die Polizei einschritt. Ein Stimmungsbericht.

Benjamin Wirth

Es ist ein bizarres Bild: Auf der Bühne beim Messeplatz stehen die Referenten im strahlenden Sonnenlicht und halten ihre flammenden Plädoyers: «Schützt die Verfassung», «All Lives Matter» oder «Namaske, no Maske». Die Teilnehmer in den ersten Reihen saugen ihre Worte auf. Sie reissen ihre Fahnen und Plakate hoch und feuern die Redner an, als wären sie Rockstars.

Hinter den ekstatischen Anhängern sind die Blicke jedoch nachdenklicher. Zwar applaudieren und grölen die Menschen auch in diesen Gruppen, aber die Stimmung ist weniger ausgelassen. Noch weiter hinten, dort, wo die Menschen auch vermehrt eine Maske tragen, ist es ruhig. Eine Momentaufnahme, die viel versinnbildlicht.

Blicken wir zurück: Gegen halb ein Uhr trudeln am Samstag

tag die ersten Menschen auf dem Messeplatz ein. Die Sonne strahlt auf den blauen Container, der den Referenten als Bühne dient. Der riesige Bildschirm links davor läuft bereits, obwohl sich erst wenige Personen versammelt haben. Noch ein wenig scheu stehen sie verteilt auf dem Platz und warten. Prominente Namen sind angekündigt wie etwa Satiriker Andreas Thiel oder der Basler Männerarzt Marco Caimi. Eine Anti-Corona-Demonstration dieser Grösse hat in Basel noch nie stattgefunden.

Wenige Basler in der Menge

Die Kundgebung beginnt um 13 Uhr. Die Behörden haben sie offiziell bewilligt, dafür ernten sie von den Organisatoren Lob. Diese mahnen zu Beginn: «Bitte halten Sie sich an die Abstände und die Maskenpflicht, sodass die Veranstaltung zu Ende geführt werden kann.» Die Bitte

stösst auf wenig Anklang. Viele der rund 2000 Teilnehmer ignorieren sie. Für viele ist die Maske das Herrschaftssymbol der Behörden, das «nachgewiesen nicht vor der Krankheit schützt». Die Polizei, die mit einem Grossaufgebot vor Ort ist, beobachtet die Situation noch unaufgeregt. Die Stimmung ist friedlich.

Wie bei vergangenen Anti-Corona-Kundgebungen haben sich die Menschen auch auf dem Basler Messeplatz mit Gasmasken, Taucheranzügen oder sonstigen Kostümierungen eingekleidet. Ein Hauch von Fasnacht kommt auf. Die meisten Teilnehmer sind aber mit Plakaten unterwegs, auf denen sie geschrieben haben: «Bundesrat gleich Volksverrat» oder «Lasst unsere Kinder wieder atmen».

Es scheint, als habe man viele Parolen bereits bei vergangenen Kundgebungen in Bern oder Zürich gelesen. Tatsächlich stam-

men nur wenige Teilnehmer aus der Region. Der Basler Referent Marco Caimi bekommt das zu spüren, als er bei seiner Rede von einem Heimspiel spricht und den FCB-Song «Wär nit gumpt, dä isch kai Basler» anstimmt. Es dauert einen Moment, bis alle Anwesenden verstehen und mitmachen – ein Lacher.

Anders als bei anderen Demonstrationen sind auf dem Messeplatz alle Generationen und Gesellschaftsschichten vertreten. Eine Familie erzählt, dass sie extra aus der Innerschweiz angereist sei. Zwei Jugendliche aus dem Aargau haben die Kundgebung mit einer Shoppingtour verbunden. Die Laune bei den Anwesenden ist gut.

Stimmung wird unangenehm

Minuten vergehen, und die Versammelten stehen auf dem Messeplatz und lauschen den Rednern. Einige kommen, andere

gehen. Die ersten Kinder langweilen sich bereits, als die Polizei um 15 Uhr beginnt, die Maskenverweigerer zu kontrollieren. Die Meute buht. Obwohl die Referenten und Organisatoren immer wieder daran erinnern, sich an die Vorschriften zu halten, sträuben sich viele dagegen.

Es sind genau diese Teilnehmer, die ein schlechtes Licht auf alle werfen. Auch auf die Familien, die mit ihren Kindern die Kundgebung besuchen und sich an die Massnahmen halten. Oder auf das Rentnerpaar, das einen ganzen Nachmittag in der Kälte steht und sich gesittet die differenzierten Meinungen anhört. Die Maskenverweigerer sind die Demonstranten, die von einigen Medien als «Covidioten» und Dummschwätzer bezeichnet werden – sie stehen meistens ganz vorne.

Die Stimmung wird ein wenig unangenehm. Die Polizei beginnt

damit, Anzeigen zu verteilen, und bekommt deswegen einige Sprüche an den Kopf geworfen: «Saugoofe, gönd hei», sagt ein älterer Teilnehmer. Die Polizisten bleiben ruhig. Die Redner führen ihr Programm indessen weiter durch.

81 Personenkontrollen

Insgesamt 81 Personenkontrollen führen die Polizisten durch, wie das Justiz- und Sicherheitsdepartement später mitteilt. Die Kontrollierten haben sich nicht an die Maskenpflicht gehalten. 52 davon konnten ein Zeugnis vorlegen, das sie von der Maskentragepflicht entbindet. Die Gültigkeit wird derzeit noch überprüft.

Gegen 18 Uhr und mit Einbruch der Dunkelheit löst sich die Kundgebung langsam auf. Die erste grosse Anti-Corona-Demonstration in Basel ist zu Ende. Was wird sich verändern?

Dicht gedrängt am Roulettetisch – bis in die Morgenstunden

Zocken trotz Corona Im Grand Casino Basel darf trotz kantonaler Sperrstunde die ganze Nacht durchgespielt werden. Das Angebot wird rege genutzt: Die Jungen kommen, um noch etwas Ausgang zu erleben. Eine Reportage von den Spieltischen.

Es bricht Hektik aus. Soeben hat der Croupier seine flache Hand durch die Luft geschwenkt, bestimmt lässt er sie über den Spieltisch darunter gleiten. «Nichts geht mehr.» Ein halbes Dutzend Arme schnell wieder aus allen Richtungen hervor, runde Chips werden auf Felder getürmt, so ungestüm, dass diese sogleich wieder zusammenfallen. Füsse treten auf andere Füsse, es wird geschubst, gedrängt. In einer fleischigen Hand steckt ein Rosenkranz. Die Kugel fällt klimpernd auf die 34. Bis auf ein Türmchen wird der Tisch leer gefegt. Während dem siegreichen Spieler der Gewinn ausgezahlt wird, werden bereits wieder Jetons mit schnellen Fingern über den Samtbezug geschoben.

Es ist Samstagabend, kurz nach zehn Uhr. Das Grand Casino Basel füllt sich, an den Rou-

lettetischen stehen grosse Gruppen dicht gedrängt zusammen, beim Blackjack und Poker ist jeder Platz besetzt. Hinter den Spielern stehen Leute und schauen zu. An Corona wird man erinnert, wenn man den Menschen ins Gesicht schaut. Alle tragen eine Maske.

Abstand halten nur an der Bar verlangt

Das Basler Casino ist aktuell in der Stadt die letzte Zuflucht für Nachtschwärmer. Während Restaurants um 23 Uhr schliessen müssen und Clubs gar nicht erst öffnen, kann hier am Wochenende bis fünf Uhr morgens gespielt werden. Denn Casinos werden nicht als Veranstaltungen definiert, sondern fallen in dieselbe Kategorie wie Einkaufszentren, Museen und Märkte. Dies sorgt in der lokalen Gastronomieszene

für Unverständnis. Als willkürlich wird die spezielle Behandlung des Casinos teilweise bezeichnet. Beim Casino wird auf das Schutzkonzept verwiesen, das an diesem Abend auch durchgesetzt wird. Neben den Gästen müssen auch die Angestellten eine Maske tragen.

Zusätzliche Schutzmassnahmen sind an den Spieltischen nicht auszumachen. Handschuhe tragen die Croupiers in der Regel keine, Trennscheiben gibt es an den Roulettetischen und beim Blackjack nicht. Etliche Spielchips wandern im Eiltempo durch die verschiedensten Hände. Desinfiziert werden sie nicht, dafür bleibt keine Zeit; zu schnell werden grosse Geldsummen zwischen dem Casino und den Besuchern hin und her geschoben. Nur an den Spielautomaten wird desinfiziert: Ein Angestell-

ter läuft mit einer Sprühkanne und einem Lappen umher und wischt über die Bildschirme, wenn diese von Spielern verlassen werden. Zwischen den Automaten stehen Plexiglasscheiben.

Auffallend sind die grossen Mensentrauben, die sich an den Spieltischen sammeln. Von Sicherheitsabstand kann keine Rede sein. Auch an der Bar herrscht Gedränge. «Halten Sie Abstand!», ruft ein Angestellter hier genervt. Es ist der einzige Ort im Casino, an dem diese mahnenden Worte an diesem Abend gesprochen werden.

Die Getränke müssen im Sitzen konsumiert werden. An den Esstischen signalisiert ein grosses Schild, dass nach 23 Uhr nichts mehr ausgeschenkt wird. Dies erfährt eine Besucherin schmerzhaft, als sie nach der Sperrfrist für ihre Freundin ein

Glas Wein bestellen will. «Sie will so gerne, was soll ich ihr denn sagen?» Nichts zu machen! Die Flaschen bleiben zu. Hier ist man im Casino strikt.

Extra angereist, um sich zu amüsieren

Nach 23 Uhr fällt auf, dass auch immer mehr junge Besucher in Gruppen die Rolltreppe ins unterirdisch gelegene Casino herabkommen. «Bestimmt, weil ab jetzt sonst alles geschlossen ist», sagt ein junger Mann. Er ist Anfang zwanzig und mit zwei Freunden extra aus Langenthal angereist, um hier in den Ausgängen gehen zu können. «Sonst ist ja nichts los, wir können nichts machen», sagt er. Und in Bern sei sogar das Casino geschlossen worden.

Auch andere Junge geben auf Anfrage an, an diesem Abend

hier zu sein, weil sie abends nirgendwo anders hinkönnen, um sich zu amüsieren. «Ich habe nicht mal einen Swimmingpool daheim, was soll ich denn machen?», scherzt ein junger Mann.

Kurz nach ein Uhr werden von hinter der Bar PET-Flaschen in den Raum gekarrt, um die Spieler zu versorgen. Wer will, kann sich gratis einen Eistee oder ein Wasser nehmen. Wer eine Flasche anfasst, muss sie nehmen. Aus Hygienegründen.

An den Spieltischen hat man weiterhin seinen Frieden. Sofern die Maske im Gesicht bleibt. Auch weit nach zwei Uhr morgens, als sich der Raum allmählich leert, geniessen noch einige Besucher ihr Recht aufs Spiel. Das hat ihnen Corona und das Gesetz noch nicht nehmen können.

Robin Rickenbacher

Nur Pflästerli für die Coronahelden

Unispital Basel und Kantonsspital Baselland erhöhen 2021 die Löhne. Das sei ein Tropfen auf den heissen Stein, kritisiert das Personal.

Hans-Martin Jermann

Die Zahl der Hospitalisierungen von Corona-Erkrankten steigt auch in den beiden Basel weiter an. Immer mehr Patienten liegen auf der Intensivstation. Zwar ist die Situation weniger dramatisch als anderswo. Doch die Lage spitzt sich auch hier zu. Erinnerungen an die erste Welle werden wach. Doch etwas ist ganz anders als im Frühling: die Stimmung beim Pflegepersonal. «Ermüdung und Enttäuschung sind gross», sagt Samira Marti, SP-Nationalrätin und Präsidentin des VPOD Region Basel.

Applaus von allen Seiten erhielten die Pflegerinnen und Pfleger für ihren Einsatz während der ersten Welle. Das Kantonsspital Baselland (KSBL) führte im April flächendeckend 12-Stunden-Schichten ein als eines der einzigen Spitäler schweizweit. Viel war damals von der Systemrelevanz der Pflegenden die Rede. Diese hätten gehofft, dass sich die gesellschaftliche Anerkennung endlich auch in ihren Arbeitsbedingungen niederschlägt, sagt Marti. «Die relativ ruhigen Sommermonate wären der richtige Moment zum Handeln gewesen. Leider hat man von den Regierungsräten ausser schönen Worten nichts gehört.»

«Personal wird eine dritte Welle nicht überleben»

Eine Coronaheldin aus dem Baselsbiet ist Intensivpflege-Expertin Irina Hellmann. Sie wurde gemeinsam mit Pflegenden aus anderen Kantonen am 1. August von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga aufs Rütli eingeladen und für ihren Einsatz geehrt. Die Aescherin, die seit vielen Jahren fürs KSBL am Standort Bruderholz tätig ist, teilt in einem Blog seit März ihre

«Enttäuschung und Ermüdung sind gross beim Pflegepersonal.»



Samira Marti
Präsidentin VPOD Region Basel

Erlebnisse und Eindrücke während der Krise. Kürzlich schrieb die 29-Jährige: Nun könne man das Personal nicht mehr mit Pflästerlipolitik besänftigen. «Wir brauchen wahre Veränderungen und neue Strategien.» Ansonsten werde das Gesundheitspersonal keine dritte oder gar vierte Welle überleben.

Ein KSBL-Mitarbeiter bestätigt: Die Stimmung sei angespannt. Langfristig könne das, was sich seit Monaten abspiele, dramatische Folgen haben. Dass etwa viele Pflegefachleute ihrem Beruf den Rücken kehren. Die bz weiss, dass aufgrund der Covid-bedingten Engpässe gewisse Spitäler der Region, darunter das Universitätsspital Basel (USB), den Mitarbeitenden erneut eine Aufstockung der Pensen angeboten hat. Im Gegensatz zum Frühling, wo die Bereitschaft dazu gross war, zögern die Mitarbeitenden jetzt manchenorts.

Das KSBL widerspricht den Darstellungen von Intensivpflegerin Hellmann nicht, betont aber, dass sich diese auf die Pfl-



Applaus reicht nicht: Pflegenden fordern substanzielle Lohnerhöhungen.

Bild: Keystone (Basel, 27.10.2020)

ge schweizweit beziehen: «Das Personal ist nach langen Monaten der Krisenbewältigung verständlicherweise erschöpft», sagt KSBL-Sprecherin Anita Kuoni. Es habe wenig Gelegenheit gegeben, sich von der ersten Welle zu erholen. Zudem liege die Hauptlast auf dem Personal in den sensiblen Bereichen.

Wie anerkennen die Spitäler diese ausserordentlichen Leis-

tungen? Am KSBL sind die Lohnverhandlungen für 2021 noch nicht abgeschlossen; die Resultate werden erst im Dezember vorliegen. In der Pflege soll es Lohnerhöhungen geben, verrät Kuoni. Dies aber nicht nach dem Giesskannenprinzip. «Stattdessen verfolgen wir die Absicht, jenen etwas zu geben, die im Quervergleich unterdurchschnittlich abschneiden.»

Am USB werden die Löhne 2021 in bestimmten Berufsgruppen angehoben, wie kürzlich bekannt gegeben wurde. Profitieren werden die Mitarbeitenden der Intensivstation, der Intermediate Care Unit sowie jene in der verkürzten Pflegefachausbildung. 1,2 Millionen Franken werden dafür eingesetzt. Hinzu kommen 1,4 Millionen für individuelle Erhöhungen.

«Besser als nichts, aber nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein», findet VPOD-Regionalsekretär Joël Lier. Mit beiden Massnahmen würden vor allem jene Löhne angehoben, in denen das USB im Vergleich bisher schlecht dasteht: «Diese Anpassungen dienen also dazu, konkurrenzfähig zu bleiben und genügend Personal zu finden.» Das Resultat der Verhandlungen beim KSBL mag Lier noch nicht kommentieren. Zur Coronaprämie, welche die Mitarbeitenden des Covid-Spitals Bruderholz im Frühling erhalten haben, sagt er: «Das war ein namhafter Betrag. In anderen Spitälern erhielten die Angestellten nur Schokolade und Blumen.» Wichtiger als eine einmalige Prämie wäre aber eine nachhaltige Lohnentwicklung.

Wegen Corona haben die Spitäler selber kein Geld

Doch dazu fehlt den Spitälern wegen Corona derzeit das Geld: Mehraufwand und Vorhalteleistungen sowie Mindereinnahmen durch entgangene Wahleingriffe reissen Löcher in ihre Kassen. «Natürlich» habe die wirtschaftliche Situation des KSBL Einfluss auf die Lohnentwicklung, räumt KSBL-Sprecherin Kuoni ein. KSBL und USB bezifferten die Corona-Ausfälle im Spätsommer auf je 30 Millionen Franken, gingen damals aber noch von einem normalen weiteren Verlauf des Geschäftsjahres aus. Zwar haben die beiden Basel angekündigt, den belegten Mehraufwand abzugelten – allerdings nur diesen. Für das Personal sind das keine guten Perspektiven. VPOD-Präsidentin Marti findet daher: «Die Arbeitsbedingungen dürfen nicht alleine Verhandlungssache zwischen Spitälern und Personalverbänden sein. Jetzt braucht es starke Zeichen der Politik.»

Wegen Corona: Basler Polizei stellt weniger Bussen aus

Verkehrs- und Parkbussen im ersten Halbjahr rückläufig – dafür gab es fast 600 Bussen wegen Coronaverstössen.

25,4 Millionen Franken budgetiert der Kanton Basel-Stadt für das laufende Jahr an Bussgeldern. Nun zeigen Recherchen der bz: Es dürften deutlich weniger werden. Der Grund: Die Verkehrsbussen der Kantonspolizei sind im ersten Halbjahr 2020 stark eingebrochen – wohl in erster Linie im Zusammenhang mit der Coronapandemie.

So stellte die Polizei laut dem kantonalen Datenportal zwischen Januar und Juni insgesamt 92 472 Bussen aus, das sind rund ein Viertel weniger als im ersten Halbjahr 2019. Insgesamt wurden vergangenes Jahr 235 553 Ordnungsbussen ausgestellt – eine Zahl, die dieses Jahr kaum mehr erreicht werden dürfte.

Besonders deutlich wird der Unterschied, wenn man sich den Juni anschaut, den bisherigen Tiefststand punkto Bussen (neuere Daten sind noch nicht online). Gerade noch 4000 Bussen

stellte die Polizei in diesem Monat aus. Zum Vergleich: 2019 wurde im Juni mehr als fünf Mal so viel gebüsst.

Auffällig an der Statistik: Die Anzahl Bussen begann erst ab April, deutlich zu sinken, und ging auch nach dem Ende des Lockdowns im Mai weiter runter. Es ist also nicht einfach so, dass wegen des Lockdowns weniger Fahrer geblitzt wurden oder die Polizei ihre Ressourcen für andere Schwerpunkte als Parkkontrollen eingesetzt hätte.

Die meisten Bussen für falsches Parkieren

Auch sonst zeigen die Statistiken überraschende Unterschiede: So gab es dieses Jahr bisher die meisten Strafzettel für zu langes Parkieren in der blauen Zone, was einer Busse von 40 Franken entspricht. Insgesamt 9233 Parkbussen wurden bisher verteilt. Die meisten in den Postleitzahlen 4052 (Gellert und

Total **284** Personen wurden im ersten Halbjahr gebüsst, weil sie nicht zwei Meter Abstand hielten.

St. Alban), 4058 (Rosental, Wettstein, Hirzbrunnen) und 4053 (Gundeldingen). Auffällig: Vergangenes Jahr führten Geschwindigkeitsübertretungen die Liste an. Es wurden also mehr Fahrer geblitzt. Auch für das Nichtanbringen der Parkscheibe hinter der Frontscheibe und das Nichteinhalten der Parkuhr setzte es dieses Jahr jeweils bereits über 7000 Strafzettel ab – auch hier bei einer Busse von 40 Franken.

Fast 95 Prozent der Gebüssteten fallen in die Kategorie Personenwagen oder Lieferwagen. Auf Velofahrer, Fussgänger und Motorradfahrer entfielen dieses Jahr bisher je zwischen 1200

und 1500 Bussen. Hauptdelikt bei den Drahteseln ist das Ignorieren von Rotlichtern (60 Franken), falsches Abbiegen und das Fahren in der Fussgängerzone (beides 30 Franken).

Viele Coronabussen im Frühling

Interessant ist auch die Kategorie Fussgänger: Im Vorjahr waren hier die meistregistrierten Übertretungen: das zu frühe Rausstellen des Bebbi-Sacks und das Verrichten der Notdurft auf Strassen (je 50 Franken). Dieses Jahr führen Coronadelikte die Rangliste an. So gab es 284 Bussen à 100 Franken wegen Nichteinhalten des Abstands von mindestens zwei Metern – praktisch alle ausgestellt im April und grösstenteils im Kleinbasel. Dazu kommen 242 Bussen wegen «Sichaufhalten in einer Menschenansammlung von mehr als 300 Personen», was zwischenzeitlich ebenfalls

100 Franken kostete. 63 weitere Personen wurden im Frühling gebüsst, weil sie sich nicht an Einschränkungen an den Grenzübergängen gehalten hatten, und fünf wegen eines Verstosses gegen das Verbot des Einkaufstourismus.

Übrigens listet die Datenbank eine ganze Reihe von Verkehrsdelikten auf, für die im laufenden Jahr erst einmal eine Busse ausgestellt worden ist. Etwa der Velofahrer, der für «Behinderndes Befahren von Längsstreifen für Fussgänger» gebüsst wurde (60 Franken). Ebenfalls nur eine Busse gab es für «Erneutes Parkieren auf dem gleichen Parkplatz in der blauen Zone, ohne das Fahrzeug vorher in den Verkehr eingefügt zu haben» (40 Franken) oder «Fahren ohne Licht bei unbeleuchteter Strasse nachts» (60 Franken).

Jonas Hoskyn

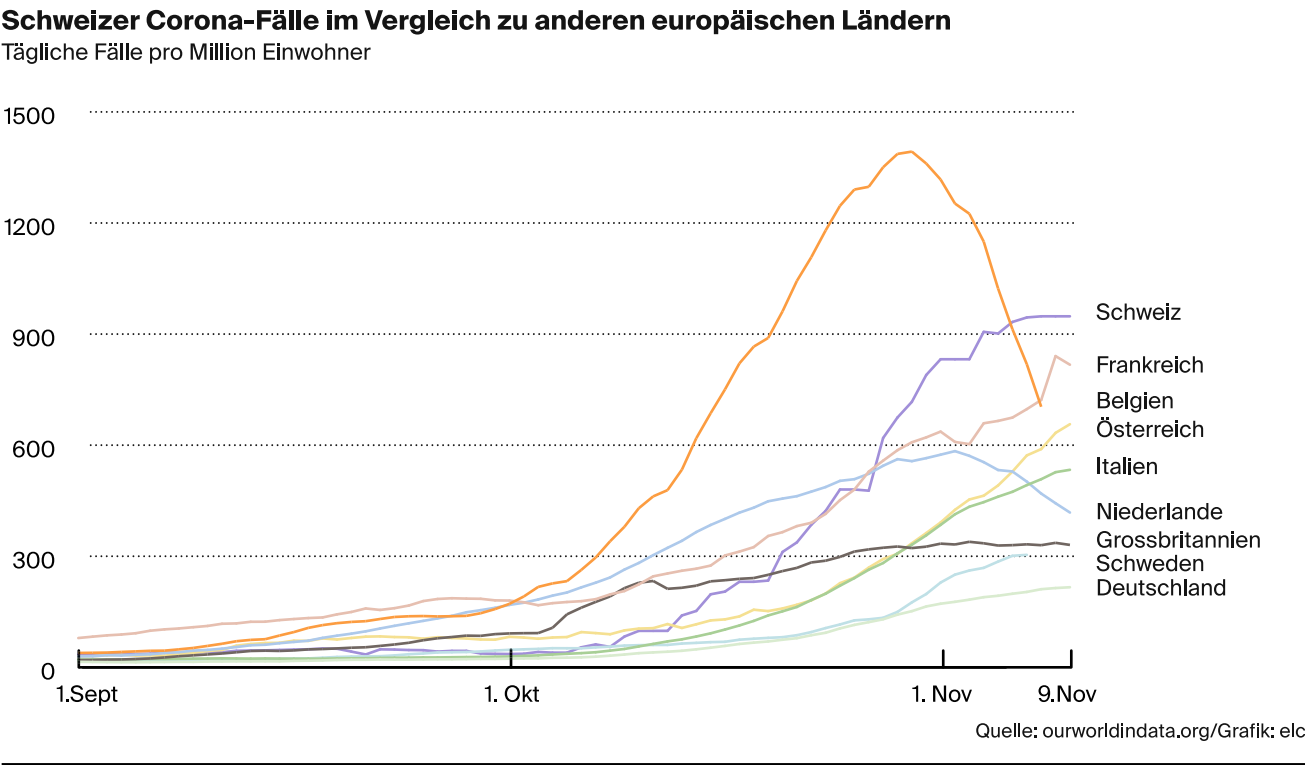
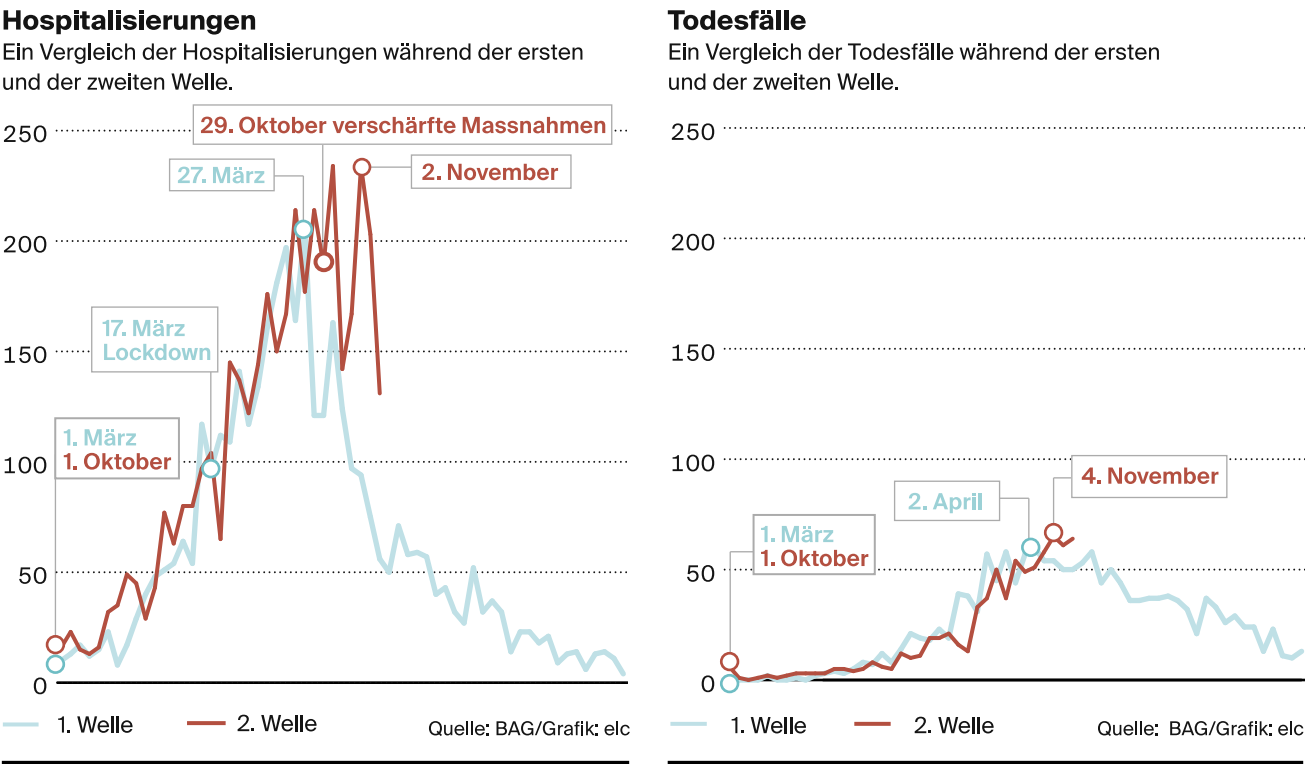
308 neu Erkrankte – und viele Leugner

Corona In Basel-Stadt und Baselland ist die Zahl der Neuanssteckungen mit dem Coronavirus übers Wochenende weiter angestiegen. In Basel-Stadt wurden 148 neue Fälle verzeichnet, in Baselland 160. Insgesamt haben sich in den beiden Kantonen 7001 Personen mit Covid-19 angesteckt (3224 in Basel-Stadt, 3783 in Baselland).

Ungeachtet des kontinuierlichen Anstiegs fanden sich am Samstag über tausend Personen zu einer Demonstration beim Basler Messeplatz ein, um gegen die Massnahmen der Politik zu demonstrieren. Die Politiker wurden mit Diktatoren verglichen, die wie im Dritten Reich Gehorsam verlangten. Trotz mehrfacher Warnungen der Polizei widersetzten sich viele Demonstranten der Masken-traspflicht. Von den 81 kontrollierten hätten 52 eine Masken-tragdispens vorlegen können, schreibt die Basler Polizei. Diese Zeugnisse würden allerdings noch überprüft. (sda/bz)

Die Kurve flacht endlich ab

Die Zahl der Neuinfektionen sinkt leicht. Dafür sterben jetzt wieder deutlich mehr Senioren als in durchschnittlichen Jahren.



Mit 5980 Neuinfektionen waren die Fallzahlen gestern doch deutlich tiefer als eine Woche zuvor. Deshalb spricht Stefan Kuster, Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten beim BAG, von einer Tendenz zur Verlangsamung des Anstiegs. Kuster ist zwar vorsichtig optimistisch, eine Entwarnung sei das aber nicht. Denn um eine Überlastung in den Spitälern zu vermeiden, müssten die Fallzahlen weiter sinken.

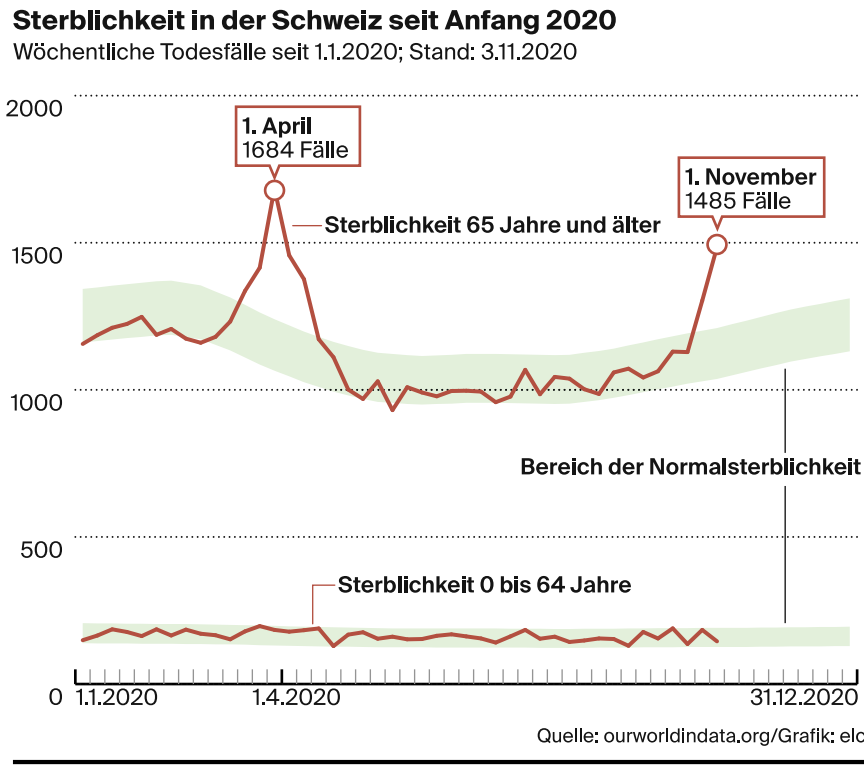
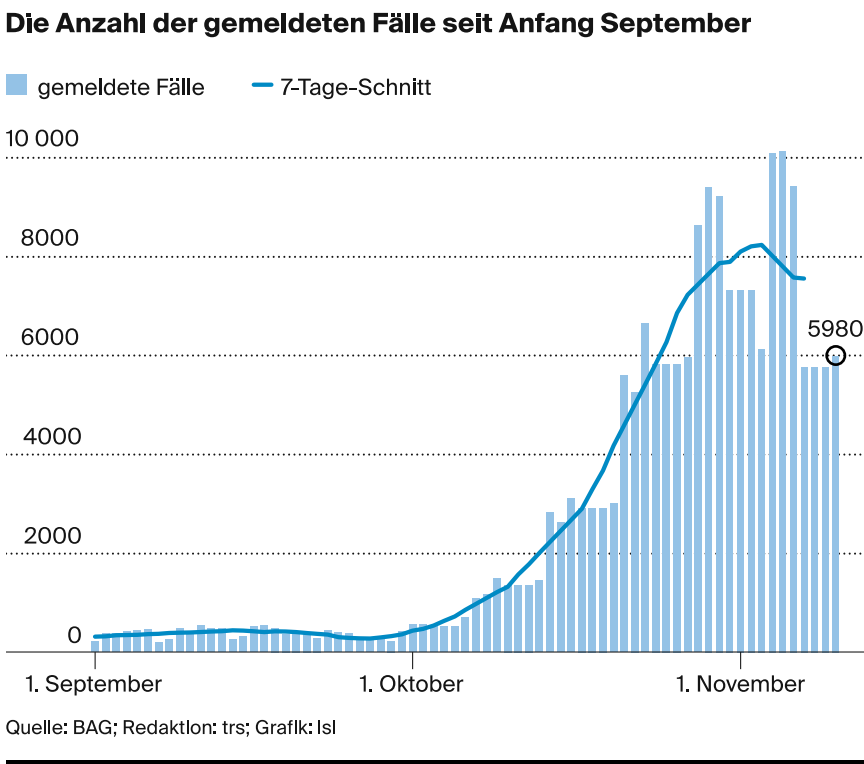
Ob die Trendwende bereits mit den Ende Oktober verhängten härteren Massnahmen zu tun hat, kann Kuster nicht sagen. Positiv sei aber die Ent-

wicklung der von der Covid-19-Taskforce berechneten Reproduktionszahl R, die über die Ausbreitung des Virus in der Bevölkerung Auskunft gibt. «Diese R-Zahl ist mit 1,05 so tief wie seit Monaten nicht mehr. Daraus ist allerdings noch nicht mehr als eine Stabilisierung abzulesen. Für ein Ende der Ausbreitung müsste sie unter eins sinken», sagt Kuster. Damit es zügig runtergehe, müsse die R-Zahl auf 0,7 runter, ergänzt die Genfer Epidemiologin Samia Hurst von der Taskforce.

Auch bei den Hospitalisierungen sehe man eine leichte Abschwächung.

Aktuell gleicht die Situation wieder jener im Frühling. Das gilt auch für die Zahl der Todesfälle und so ist auch die Übersterblichkeit der Senioren wieder beinahe so hoch wie beim Peak Anfang April.

Überlastet sind die Spitäler aber noch nicht. Die Reserve der Spitalbetten schwankt stark, nicht nur wegen der Belegung der Covid-19-Patienten, sondern auch, weil die Kapazitäten ausgebaut werden. Die Armee hat zum Beispiel 79 Beatmungsgeräte geliefert. Gestern gab es gemäss Andreas Stettbacher vom Koordinierten Sanitäts-



dienst in der Schweiz noch 6637 freie Akutbetten und 318 freie Intensivbetten. In den Spitälern werden 3068 Coronapatienten auf normalen Stationen und 468 auf Intensivstationen gepflegt. In den Intensivstationen hat sich der Anteil dieser Patienten auf 59 Prozent erhöht, jener in den Akutbetten liegt bei 18 Prozent. Auch, weil Wahl-Operationen teilweise abgesagt wurden.

Die geografische Verteilung der Fälle ist unverändert. Die Westschweiz ist immer noch deutlich stärker betroffen. Dort zeigt die 14-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen bis zu 2700 Fälle auf

100 000 Einwohner, während es in der Nordwestschweiz unter 600 sind. «Die Tendenz zur Abflachung bis zur Stabilisierung sieht man auch auf kantonaler Ebene», sagt Kuster.

Trotz Tausender Tests liegt die Positivitätsrate, der Anteil positiver Tests der letzten 14 Tage bei 26,7 Prozent. «Neu fliessen auch Schnelltests ein. Einige hundert pro Tag. Und bei diesen ist die Positivitätsrate mit 25 Prozent etwa gleich hoch wie bei den PCR-Tests.»

Bruno Knellwolf

Schnelltests: Auch die Hausärzte sind skeptisch

50 000 zusätzliche Tests, pro Tag: Diese stattliche Erhöhung der Testkapazitäten auf täglich insgesamt 80 000 hatte Bundesrat Alain Berset Ende Oktober in Aussicht gestellt. Der Gesundheitsminister gab damals bekannt, dass die Antigen-Schnelltests freigegeben werden. Mittlerweile sind die Tests seit etwas mehr als einer Woche im Einsatz. Zumindest ein bisschen. Denn bisher, das sagte Stefan Kuster vom Bundesamt für Gesundheit

gestern, wurden pro Tag nur «einige hundert» von ihnen durchgeführt.

Das ist viel weniger, als ursprünglich angedacht war. Vor allem liegt das daran, dass der Bund mit seiner Ankündigung die Kantone und das Gesundheitswesen überrumpelte. Insbesondere die Ärzte begegnen den neuen Tests generell mit viel Skepsis. Der Ärzterverband FMH verschickte vorletzte Woche ein internes Mail an seine Mitglieder, das für viel Aufregung sorgte, weil er

seinen Mitgliedern von einem Einsatz der Schnelltests abrät. Mittlerweile heisst es beim FMH nur noch, man sei mit einer internen Evaluation zum Thema beschäftigt.

Auch beim Verband der Haus- und Kinderärzte lösen die Tests keine Begeisterung aus. Präsident Philippe Luchsinger sagt, dass «aktuell nur eine Minderheit der Hausärzte» diese Tests einsetze. Als Grund gibt Luchsinger die mangelnde Verlässlichkeit der Tests an.

Daneben stösst manchem Arzt die Vergütung für die Durchführung der Tests sauer auf. Diese sei «ein Hohn», sagte Josef Widler, der Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft, der «NZZ».

Die Apotheker betrachten die Tests laut dem Branchenverband Pharmasuisse derweil als Chance. Bis Ende Jahr soll ein Drittel der Apotheken die Tests anbieten. Derzeit sind es im ganzen Land erst gegen 20, was auch daran liegt, dass zuerst einmal Angestellte für

Abstriche geschult und Räumlichkeiten bereitgestellt werden müssen.

Hausärztepräsident Luchsinger stellt derweil in Frage, ob die Apotheken überhaupt geeignet sind, die Tests durchzuführen. In seinen Augen begeben sich diese «aufs Glatteis», weil sie keine Erfahrung im Umgang mit infektiösen Patienten hätten. Pharmasuisse-Präsident Fabian Vaucher entgegnet, in dieser Situation zähle «der Einsatz jedes Leistungserbringers». (dow)

Wirtschaft

«Wir sehen uns nicht als Spitzel»

Unterwegs mit Basler Corona-Kontrolleuren Meist zu zweit und interdisziplinär zusammengesetzt streifen die Teams durch die Quartiere. Ihre Kontrollgänge stossen inzwischen auf breites Verständnis bei Gewerbetreibenden.

Robert Mayer (Text)
und **Kostas Maros** (Fotos)

Ohne Corona-Pandemie hätten sich die Wege von Stephan Gassmann und Roland Holzherr wohl nie gekreuzt. Ersterer ist ein enger Mitarbeiter des baselstädtischen Gesundheitsdirektors Lukas Engelberger, Letzterer arbeitet als Zivilfahnder bei der Basler Polizei. Seit April sind sie regelmässig gemeinsam in Basel unterwegs, um in Geschäften, Restaurants oder auf Baustellen zu prüfen, ob die Covid-Schutzkonzepte eingehalten werden.

An diesem Morgen betreten die beiden Männer kurz nach 9 Uhr einen kleinen Schuh- und Schlüsselserviceladen im Gundeli-Quartier. Was auch dem Laien gleich auffällt: Der junge Mann hinter der Ladentheke trägt keine Schutzmaske. «Ich habe eben geöffnet und bin noch nicht dazu gekommen, die Maske überzuziehen», entschuldigt er sich.

Gassmann nimmt eine Checkliste zur Hand, die er Punkt für Punkt abarbeitet. Als Erstes will er wissen, ob der Ladenbesitzer ein Schutzkonzept vorlegen kann. Dem ist so – auf dem Fragebogen kreuzt der Kontrolleur «erfüllt» an. «Nicht erfüllt» ist hingegen der zweite Punkt: An der Ladentür ist zwar ein roter Aushang mit den Schutzmassnahmen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) angebracht, aber nicht der aktuell geltende vom 29. Oktober. Der Ladenbesitzer sagt zu, sich umgehend darum zu kümmern.

Ansonsten gibts nichts zu beanstanden: Desinfektionsmittel ist vorhanden, ebenso die Information zur Maximalzahl der Kunden im Geschäft, und dessen Besitzer beteuert auch, den Kreditkartenterminal regelmässig zu desinfizieren. Nach gut fünf Minuten ist die Kontrolle beendet, und Gassmann reicht seinem Gegenüber die Checkliste zum Unterzeichnen. «Wir werden in den nächsten ein bis zwei Tagen nochmals vorbeischauen», sagt er und verabschiedet sich.

Die meisten Ladenbetreiber sind froh über die Besuche

Nächstes Prüfobjekt ist ein Coiffeursalon gleich in der Nähe. Trotz der morgendlich frühen Stunde herrscht schon reger Betrieb, und es dauert ein paar Minuten, bis die Besitzerin von ihrer Kundin loskommt. Gassmann stellt sich und seinen Kollegen kurz vor und erklärt den Grund ihres Besuchs. Auch hier geht es ruckzuck, weil sie nur wenige Details zu bemängeln haben. «Sie machen das vorbildlich, Kompliment», lobt Gassmann die Frau, als er seine Kreuze anbringt.

Laufen die Kontrollen immer so reibungslos ab? Gassmann und Holzherr nicken. «Bei rund 80 Prozent unserer Besuche ist es so», antwortet der Mann aus dem Gesundheitsdepartement. «Grösstenteils beanstanden wir nur Kleinigkeiten.»

Heute seien die meisten Ladenbetreiber froh über die Besuche, ergänzt Holzherr, denn so wüssten sie, dass sie alles oder fast alles richtig machten. «Einzelne Restaurants haben die ausgefüllten Kontrollfragebogen aufgehängt oder ins Netz ge-



Stephan Gassmann (links) geht die Checkliste durch, Roland Holzherr überprüft das Schutzkonzept.



Für Restaurants gilt ein gut bestandener Kontrolltest inzwischen als Werbemittel.



Trotz der morgendlich frühen Stunde herrscht schon reger Betrieb im Coiffeursalon.

stellt, um bei ihren Gästen zu punkten», erzählt der Polizeibeamte schmunzelnd.

Zu Beginn ihrer Kontrolltätigkeit sei das noch anders gewesen, räumen die beiden Herren ein. «Da kam es öfter zu Diskussionen mit den Gewerbetreibenden, ob das jetzt wirklich nötig sei», erinnert sich Gassmann. «Es gab auch die eine oder andere Situation, wo es mir den Hut gelupft hat. Glücklicherweise konnte dann Roland Holzherr von seinen bei der Polizei gesammelten Erfahrungen in Deeskalation zehren.»

Eine Pizzeria im benachbarten Gebäude kommt jetzt an die Reihe. Für den Mittag ist bereits aufgetischt, doch nur vier Angestellte befinden sich im Lokal. Während Gassmann die Checkliste durchgeht, misst sein Kollege mit einem Messband die Abstände zwischen den Tischen. Die verlangten 1,5 Meter werden nicht überall eingehalten. «Wenn vier Leute an diesem Tisch sind, dürfen da nur zwei auf den entfernteren Plätzen sitzen, damit genügend Abstand besteht», erklärt Holzherr einem der Angestellten.

«Grösstenteils beanstanden wir nur Kleinigkeiten.»

Stephan Gassmann
Gesundheitsdepartement
Basel-Stadt

«Sie schliessen um 11 Uhr abends?», fragt Gassmann. «Ab 9 Uhr ist sowieso nichts mehr los», antwortet der Teamchef mit italienischem Akzent. «Wir haben 80 Prozent weniger Umsatz – wegen Homeoffice und weil viele Ältere von unseren Stammgästen nicht mehr kommen.» Als sich die zwei Herren zur Tür begeben, wird ihnen ein Kaffee offeriert. Sie lehnen dankend ab. Draussen sagt Gassmann: «Wir dürfen nichts annehmen. Werden wir da beobachtet – etwa von Gästen –, wirds heikel. Auch das musste ich lernen.»

Erotikbetriebe bereiten am meisten Sorgen

Die Mängelliste der Pizzeria ist etwas länger, aber erneut handelt es sich nur um Bagatellen: Ein veralteter BAG-Flyer am einen Eingang, gar kein Flyer am zweiten, auf der Liste mit den Kontaktdaten der Gäste fehlt deren Wohnort, und der WC-Reinigungsplan soll für die Gäste

sichtbar angebracht werden. «Dafür gibts keine Bussen», sagt Holzherr. «Viel wichtiger ist, dass wir die Nachkontrollen konsequent durchführen.»

Und wenn die Versäumnisse nicht behoben sind? «Dann erlassen wir eine Verfügung, was mit einer Busse verbunden ist», erwidert Gassmann. Bei gröberen Verstössen reicht der Sanktionskatalog bis zur temporären Betriebsschliessung. Seit Beginn der Kontrollen im April mussten die Basler Behörden laut Zahlen des Gesundheitsdepartements 20-mal zu diesem Mittel greifen. Vor allem Erotikbetriebe sind davon betroffen gewesen; sie weisen auch die meisten Mängel auf.

Kontrolltätigkeit als willkommene Abwechslung

Wie Gassmann indes herausstreicht, setze Basel auf einen vertrauensbildenden Weg: «Wir sehen uns nicht als Spitzel und arbeiten auch nicht mit dem Drohhfinger.» Vielmehr wolle man die Geschäftsinhaber unterstützen und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen. Unter dieser Prämisse habe er, Gassmann, sich als Kontrolleur zur Verfügung gestellt.

Rund eineinhalb Tage pro Woche verwendet er dafür – zusätzlich zu seiner Funktion als Leiter Politikvorbereitung im Gesundheitsdepartement. In dieser Eigenschaft bereitet Gassmann für seinen Chef, Regierungsrat Engelberger, die Sitzungen diverser Gremien vor und koordiniert die Zusammenarbeit mit anderen Departementen in der baselstädtischen Verwaltung. «Dafür muss ich jetzt halt den einen oder anderen Samstag hergeben», sagt er. Dennoch ist ihm die Kontrolltätigkeit eine willkommene Abwechslung: «So komme ich öfter vom Schreibtisch weg und habe viel mehr Kontakte mit Leuten.»

Ähnlich ergeht es Roland Holzherr. Als Fahnder arbeitet er vor allem in der Bekämpfung von Schwarzarbeit, daneben hat er es mit illegalem Glücksspiel zu tun. «Die Begegnungen mit der Klientel sind da meist wenig erfreulich. Ganz anders erlebe ich das jetzt auf unseren Kontrollgängen», erzählt er.

Für Gassmann und Holzherr ist es auch, wie sie sagen, ein Gewinn, dass sie sich kennen gelernt haben. Sie könnten viel voneinander lernen und sind entsprechend voll des Lobes für den von Basel gewählten Weg, die Kontrollteams interdisziplinär zusammenzusetzen. «Wir beide ergänzen uns ideal», so Gassmann, «und es macht Freude, so zusammenzuarbeiten.»

Kontrollbilanz

Seit Mitte April haben die Kontrolleure im Kanton Basel-Stadt gut 2400 Betriebe und Baustellen überprüft. Von den 205 kontrollierten Baustellen wiesen gemäss Gesundheitsdepartement deren 134 Mängel auf, wenngleich nur geringerer Art. Dazu zählen fehlende Handdesinfektionsmittel, ungenügende Reinigung der mobilen Toiletten, fehlende Personenbeschränkung in Aufenthalts-

räumen oder mangelhafte Desinfektion des Werkzeugs.

In den 2209 Betrieben, welche die Kontrolleure aufsuchten, wurde bei fast jedem zweiten mindestens ein Mangel festgestellt. In insgesamt 20 Fällen waren die Verstösse so gravierend oder die Betriebsinhaber nach der ersten Kontrolle so uneinsichtig, dass eine vorübergehende Schliessung angeordnet wurde. (rm.)

Wie viel Normalität darf's denn sein?

Corona hin oder her: Am Wochenende war in der Basler Innenstadt viel los. Ganz wohl dabei war es aber längst nicht allen. Ein Augenschein.

Tanja Bangerter

Ob die Basler der fehlenden Herbstmesse und dem abgesagten Weihnachtsmarkt mit blosser Anwesenheit Tribut zollen wollen? Ein konstanter Strom aus Passanten schlängelt sich am spätherbstlichen Samstag die Freie Strasse hinab. Einige halten eine Tüte Marroni in der einen, die Maske in der anderen Hand. Die Stimmung gleicht einem verkaufsoffenen Sonntag vor Weihnachten. Wer einen Blick über die Grenzen wagt, weiss: Im Dreiländereck sind die lockeren Basler Corona-Massnahmen ein Sonderfall.

«Hier setzt man auf Eigenverantwortung – ob das gut geht?», verweist ein gebürtiger Engländer. Zwei Lörracherinnen gönnen sich inmitten der passierenden Shopper einen Cupcake. «Bei uns sind alle Restaurants zu», sagt eine der beiden – um sogleich über den unkonventionellen Weg zu schwärmen, den man in Basel einschlägt. Kurz nach drei Uhr nachmittags, Spalenberg. Sämtliche Tische einer Traditionsbar sind besetzt. Es wird gelacht, in die Sonne geblinzelt. «Gute Gesundheit!», ruft ein Gast einem befreundeten Elternpaar zu. Sie fahren im Kinderwagen einen Lindt-Weihnachtskalender spazieren – der eigentliche Grund ihres Besuchs, sagen die beiden etwas kleinlaut. «Es ist zu voll», geben sie zu Bedenken.

Etwas ambivalent sei die Menschenmasse angesichts der steigenden Fallzahlen schon, meint ein Basler – und fügt nachdenklich an: «Und doch sind wir auch hier.» Das Riesenrad habe gelockt, ihn, aber auch seine Frau und das Töchterchen. Angst hätten sie keine, sagt ein älteres Ehepaar. Beide tragen FFP2-Masken, das sind die mit Partikelfilter.

«Ich find's schön: Endlich ein Stück Normalität»

Erstaunlich stark bevölkert sei es, meint eine junge Mutter, die sich in gebührendem Abstand zur Freien Strasse am Marktplatz aufhält. Ein junges Paar nagt je an einem Nussgipfel – die Maske unters Kinn geklemmt. «Etwas unwohl ist mir schon», meint er. Sie entgegnet: «Ich finde es schön – endlich wieder ein Stück Normalität.»

«Höchstes Gut ist, dass es keine weiteren Massnahmen braucht.»



Mathias F. Böhm
Geschäftsführer Pro Innerstadt

Auch von offizieller Seite: gemischte Gefühle. «Es freut uns, dass das Geschäft wieder läuft», sagt Pro-Innenstadt-Geschäftsführer Mathias F. Böhm am Sonntag zur bz. Er verstehe die Leute, die versuchen würden, «in der Abnormalität ein normales Leben zu führen.» Dennoch gelte es, sich wenn möglich gut zu verteilen. Böhm lobt das mehrheitliche Einhalten der Maskenpflicht: «Unser höchstes Gut ist es, dass keine weiteren Massnahmen ergriffen werden.»

Gesundheitsdirektor Engelberger mahnt zur Vorsicht

Vor diesen warnte Lukas Engelberger bereits vor dem Wochenende: «Die Baslerinnen und Basler müssen an ihrer Disziplin arbeiten», appellierte der Basler Gesundheitsdirektor am Freitag im Regionaljournal auf Radio «SRF». Es gelte nun, die Zahlen zu senken, warnte Engelberger mit Nachdruck.

Ein Passant sagt: «Hoffentlich muss es nicht zuerst Zustände wie in Genf geben, damit die Situation ernst genommen wird.» Wer sich jedoch am Samstagabend in der Steinvorstadt umsah, dürfte eher pessimistisch gestimmt sein. Da vergnügten sich viele Nachtschwärmer Schulter an Schulter – häufig auch maskenlos.

Verschärfungen oder gar ein Lockdown – darüber dürfte sich angesichts solcher Szenen niemand mehr wundern.



Die Maske passt zum Tutu: Am Rheinbord herrschte am Samstagnachmittag (beinahe) courant normal.

Bilder: Roland Schmid



Temperaturen wie im Frühling: Die Massen zog es ans Wasser.



Plakate mahnen zum Maskentragen – was auch meist beachtet wird.

Die Zahlen bleiben weiterhin hoch

Weitere Todesfälle in der Region und viele Neuansteckungen mit dem Coronavirus.

Bis zur ersten Novemberwoche waren die beiden Basel im Vergleich zu anderen Schweizer Kantonen noch gut unterwegs. Meist wurden zweistellige Zuwachsraten bei den täglichen Neuinfektionen vermeldet. Doch nun verzeichnen die beiden Halbkantone immer wieder dreistellige Zuwachsraten. So informierte etwa das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt am Samstag über 119

Neuansteckungen sowie einen weiteren Todesfall. Die Anzahl der bisher registrierten Todesfälle stieg damit auf 57 an, wie der Fallstatistik des Kantons zu entnehmen ist. Gestern Sonntag bewegten sich die Zahlen leicht rückläufig, 94 Neuinfizierte kamen dazu.

Angestiegen ist die Zahl der Covid-Patienten in Basel-Stadt, die im Spital behandelt werden müssen: Es sind Stand Freitag

deren 130, was einen neuen Höchststand bedeutet. 24 davon befinden sich auf der Intensivstation. Die Zahlen der hospitalisierten Covid-19-Erkrankten werden am Wochenende nicht vermeldet.

Auch im Kanton Baselland verlief der Anstieg der Neuinfektionen am Samstag deutlicher als am Sonntag: Wurden am Samstag 148 Neuinfektionen vermeldet, waren es gestern de-

ren 88. Die Gesamtzahl stieg damit auf 4625 Fälle. Auch im Landkanton ist am Samstag eine Person infolge der Virusinfektion gestorben, was hier total 50 Todesfälle macht.

Im Landkreis Lörrach wurden am Sonntag 78 Neuinfektionen registriert. Insgesamt liegt die Zahl der infizierten Personen seit Ausbruch der Pandemie bei 2446. Die Anzahl Todesfälle blieb mit 65 stabil. (sda/bz)

Baselland will Pick-e-Bike und Co. via Fonds fördern

ÖV-Subvention Seit 2018 kurven auf den Strassen der Nordwestschweiz die Pick-e-Bikes herum – mietbare strombetriebene Velos. Betreiberin ist die Pick-e-Bike AG. Hinter ihr stehen die Baselland Transport AG (BLT), Primeo Energie und die Basler Kantonalbank. Die Baslerbieter Regierung soll solche ergänzen. Insgesamt soll solche ergänzen. Insgesamt soll solche ergänzen. Insgesamt soll solche ergänzen.

Kantons mit der BLT sei entsprechend zu ergänzen.

Das wäre illegal, gibt der Regierungsrat zu Bedenken. Subventionierte Leistungen im regionalen Personenverkehr seien strikt von anderen Leistungen zu trennen. Abhilfe schaffen könnte ein Mobilitäts-Innovationsfonds. Um Mittel dürften sich auch andere Unternehmen bewerben. Die GPK beantragt der Regierung, die Schaffung eines solchen Fonds zu prüfen. (bwi)

Wissen

Was man über die Impfstoffe weiss

Q & A zu Impfmitteln Zwei neuartige Vakzine sollen zu 90 Prozent oder mehr vor einer Covid-19-Erkrankung schützen. Was bedeuten diese und andere Daten? Die wichtigsten Fragen dazu.

Anke Fossgreen, Nik Walter
und **Berit Uhlmann**

Endlich mal gute Nachrichten zum Thema Corona! Das dachten die meisten, als letzte Woche die Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer bekannt gaben, dass ihr neuartiger Impfstoff gegen das Sars-CoV-2-Virus zu 90 Prozent wirkt. Noch mehr Good News dann diese Woche, als das US-Unternehmen Moderna vermeldete, ihr Impfstoff wirke noch einen Tick besser.

Ist nun Euphorie angesagt? «Das ist eine positive Nachricht», sagt Christoph Berger, Infektiologe am Universitäts-Kinderspital Zürich. «Aber im Moment ist sie eine Trendmeldung, vergleichbar einer Wetterprognose.» Nun müssten zunächst die Studien abgeschlossen und die Daten geprüft und in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Erst dann könne man Genaueres dazu sagen. Es sind also noch viele Fragen offen. Wir schauen auf die wichtigsten Punkte.

Was weiss man bisher über die Impfstoffe von Biontech/Pfizer und Moderna?

Die beiden Impfstoffe basieren auf der gleichen Technologie und gehören mit zu den ersten, die seit Juli 2020 in grossen klinischen Studien mit mehreren Zehntausend Probanden getestet werden. Für beide Impfstoffe liegen zudem seit kurzem erste Zwischenergebnisse aus diesen klinischen Studien vor, die allerdings mit Vorsicht zu geniessen sind. Denn bislang basieren alle Informationen nur auf Pressemitteilungen der beteiligten Unternehmen und nicht auf von Experten begutachteten Studien.

So vermeldeten Biontech und Pfizer letzte Woche, dass ihr Impfstoff zu 90 Prozent wirksam sei, dass also neun von zehn Geimpften nicht erkranken, wenn sie mit dem Virus in Kontakt kommen. Keine Angaben machten die beiden Firmen zu möglichen schweren Verläufen bei den Geimpften und zur Altersverteilung der erkrankten Probanden.

Moderna kündigte ihre Zwischenergebnisse genau eine Woche später an. Und siehe da, die US-Firma ging dabei auch auf zentrale Fragen und Kritikpunkte ein, die bei der Biontech/Pfizer-Ankündigung auftauchten. So hatten von den 95 Probanden, die im Rahmen der Moderna-Studie bislang erkrankten, 11 einen schweren Verlauf – sie alle erhielten die Placebo-Impfung ohne Wirkstoff. Von den mit dem wahren Impfstoff Behandelten erkrankten nur fünf Probanden, alle leicht. Zudem machte Moderna auch Angaben zur Altersverteilung der Erkrankten und zu deren Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen.

Die beiden Impfstoffe sollen eine Wirksamkeit von 90 Prozent oder mehr haben. Was bedeutet das genau?

Fast kein Impfstoff bietet einen hundertprozentigen Schutz. Sehr gut schneidet etwa der Masern-Impfstoff ab, der nach zwei Injektionen zu mindestens 97 Prozent schützt. Deutlich weniger



Test in einem Labor der Firma Moderna, die einen Impfstoff von sehr hoher Wirksamkeit angekündigt hat. Foto: Reuters

effektiv ist zum Beispiel die jährliche Grippe-Impfung. Sie schwankt in ihrer Wirksamkeit von etwa 40 bis 75 Prozent, weil schon Monate im Voraus festgelegt werden muss, gegen welche Stämme des sich rasch verändernden Influenzavirus die Impfung wirken soll, und weil die tatsächlich kursierenden Stämme dann oft nicht genau denen entsprechen, die im Impfstoff berücksichtigt sind. Zudem wirkt die Grippeimpfung oft bei jenen Personen am schlechtesten, die sie am besten gebrauchen könnten: den Senioren.

Für den Corona-Impfstoff haben Experten eine Wirksamkeit von 60 bis 70 Prozent erhofft. Dass die mRNA-Impfstoffe von Biontech/Pfizer und Moderna nun deutlich wirksamer sein sollen kam für viele überraschend.

Anhand der etwas detaillierteren Angaben von Moderna lässt sich nachvollziehen, wie das Biontech-Unternehmen auf die angegebene Wirksamkeit von 94,5 Prozent gekommen ist. Laut der Pressemitteilung sind von allen rund 30'000 Probanden der grossen klinischen Studie 95 Menschen zwei Wochen oder später, nachdem sie die zweite Spritze bekommen hatten, an Covid-19 erkrankt. 90 von ihnen erhielten vorgängig die Scheinimpfung (Placebo), fünf den Impfstoff. Würde die Impfung gar nicht wirken, hätten auch 90 Probanden aus der zweiten Gruppe an Covid-19 erkranken müssen (weil beide Gruppen gleich gross waren). Offenbar

waren nun aber 85 der theoretisch 90 möglichen Erkrankten dank der Impfung geschützt, das ergibt dann die angegebenen 94,5 Prozent.

Viele Fragen sind hier aber noch offen: So ist der Beobachtungszeitraum bei beiden Impfstoffen noch sehr kurz. Daher ist es auch möglich, dass sich die Zahlen künftig noch verschlech-

Nur wenn sich viele Menschen anstecken, kann man eruieren, ob ein Impfstoff wirkt.

tern könnten. Zudem ist auch unklar, wie lange der Impfschutz anhalten wird. Antworten darauf werden wir erst in einem halben Jahr oder noch später kennen. Die Moderna-Studie läuft offiziell bis Oktober 2022.

Warum brauchen andere Impfstudien viel länger?

Erst einmal sei die Entwicklung des Corona-Impfstoffes ungewöhnlich schnell gegangen, sagt Christoph Berger. Das Sars-CoV-2-Virus ist erst im Januar genau beschrieben worden, und gleich darauf haben zahlreiche Firmen begonnen, einen Impfstoff zu entwickeln. Hinzu kommt, dass viele Firmen staatliche Gelder be-

kommen haben und dass einige Entwicklungsprozesse parallel liefen. Beim Moderna-Impfstoff etwa waren die Tierversuche noch nicht abgeschlossen, als die ersten Verträglichkeitsstudien am Menschen begannen. Die erste Testperson liess sich bereits am 16. März die Vakzine spritzen.

Dass die grossen Corona-Impfstoff-Studien so schnell erste Wirksamkeitsdaten liefern, hat aber auch mit einer unerfreulichen Tatsache zu tun: nämlich, dass in den Ländern, wo diese Studien laufen, also in den USA oder Brasilien, das Coronavirus derzeit nahezu ungehemmt wütet. Deshalb haben sich in der doch sehr kurzen Zeit seit der Impfung auch schon etliche Probanden, die den Impfstoff oder ein Placebo erhalten haben, im normalen Alltag mit Sars-CoV-2 angesteckt. Und nur, wenn sich viele Testpersonen auch anstecken, kann man herausfinden, ob der Impfstoff tatsächlich tut, was man sich von ihm erhofft.

In Ländern wie Neuseeland oder Japan, wo das Virus sich kaum ausbreitet, würden solche Studien länger dauern. Generell gilt: Die finale klinische Erprobung eines neuen Impfstoffs an Zehntausenden Probanden dauert in der Regel mehrere Jahre.

Wie funktioniert ein RNA-Impfstoff?

Sowohl Biontech/Pfizer als auch Moderna haben einen mRNA-Impfstoff entwickelt. Dabei wird eine sogenannte mRNA, ein Genschnipsel oder kleines Erbgut-

molekül, in eine Körperzelle eingeschleust. Dort dient sie als Bauanleitung für ein Virusprotein, und zwar für das Stachelprotein auf der Aussenhülle des Coronavirus. Gegen dieses Protein bildet der Körper nun Antikörper. Christoph Berger hält den Ansatz für genial. «Man braucht bei dieser Methode keine Impfstärker, also Adjuvantien.»

Für manche mag es hingegen beängstigend klingen, dass ein Genschnipsel von aussen in die Körperzelle dringt. Dabei nutzen auch die Viren genau diesen Mechanismus. Sars-CoV-2 schleust sein gesamtes Erbgut in die Schleimhautzellen von Nase und Rachen ein. Es zwingt dann die Zellen, sämtliche Virusproteine zu produzieren und sein genetisches Material zu kopieren, so dass neue Viren entstehen. Viren können sich generell nicht ohne die Hilfe von Körperzellen, die sie kapern, vermehren.

Der Impfstoff liefert hingegen in der mRNA lediglich den Bauplan für ein einzelnes Virusprotein. Es entstehen also keine neuen Viren. Auch wenn es sich um einen genbasierten Impfstoff handelt, so bauen sich mRNA-Moleküle nicht in das Erbgut von Körperzellen ein. (Das Erbgut der Zellen befindet sich in einem Zellkern, die mRNA wird ausserhalb vom Kern in der Zelle benötigt.) Nach getaner Arbeit zerstört die Zelle die mRNA.

Beide Impfstoffe, sowohl der von Biontech/Pfizer als auch der von Moderna, werden den Probanden in die Muskeln gespritzt.

Das ist womöglich keine sehr gute Nachricht. Erwartet wird, dass die gespritzten Impfstoffe vor allem eine Immunantwort in den unteren Atemwegen hervorrufen, jedoch kaum eine Reaktion in den oberen Atemwegen erzeugen, wo das Coronavirus zuerst angreift.

Die Folge könnte allerdings sein, so schrieb es der Mikrobiologe Florian Krammer von der New Yorker Icahn School of Medicine vor kurzem im Wissenschaftsjournal «Nature», dass diese Impfstoffe zwar vor einer Erkrankung schützen. Doch unter Umständen könnten die Geimpften das in Nase und Rachen vorhandene Virus trotzdem an andere Menschen weitergeben. Günstiger wären Impfstoffe, die als Nasenspray verabreicht werden. Allerdings arbeiten nicht viele Hersteller an dieser Methode.

Wie sieht es bei den Nebenwirkungen aus?

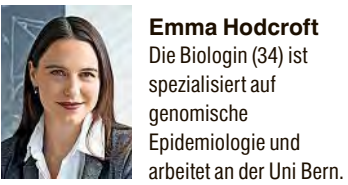
Bisher ist hierzu wenig bekannt. Moderna gibt an, dass die Vakzine nach den bisherigen Erkenntnissen sicher und gut verträglich seien, schwere Nebenwirkungen seien bisher keine aufgetreten. Unter den milden bis moderaten Nebenwirkungen, die vorkamen, führt die Firma Rötungen an der Einstichstelle an sowie etwa vorübergehende Müdigkeit, Muskel-, Gelenk- oder Kopfschmerzen. Im Laufe der Studie könnten jedoch noch weitere Nebenwirkungen auftreten, möglicherweise auch schwerere.

«Wir müssen mehr testen als jetzt»

Expertin warnt trotz sinkender Zahlen In der Schweiz lassen sich zurzeit viel zu wenig Menschen auf Corona testen. Deshalb könne nicht von einer Trendwende gesprochen werden, sagt die Epidemiologin Emma Hodcroft.

Markus Brotschi

Das Bundesamt für Gesundheit will mit einer neuen Kampagne die Bevölkerung zum Covid-Test motivieren. Müssen sich wirklich alle mit den mildesten Symptomen testen lassen? Wir müssen alle auch mit nur leichten Symptomen ermuntern, sich testen zu lassen, auch Leute, die mit einer positiv getesteten Person zusammen waren, aber noch keine Symptome haben. Denn die hohe Positivitätsrate in der Schweiz zeigt eindeutig, dass wir zu wenig testen. Wir haben deshalb kein klares Bild über die effektiven Fallzahlen. Bei der aktuell hohen Positivi-



Emma Hodcroft
Die Biologin (34) ist spezialisiert auf genomische Epidemiologie und arbeitet an der Uni Bern.

tätsrate führt jeder Rückgang der durchgeführten Tests automatisch zu einem Rückgang der Fallzahlen. Die aktuelle Abnahme der Fallzahlen kann zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, dass weniger getestet wird.

Nun haben wir seit ein, zwei Wochen sinkende Fallzahlen. Heisst das, dass wir noch gar keine Trendwende haben? Ich gehe davon aus, dass die vom Bundesrat und den Kantonen getroffenen Massnahmen tatsächlich Wirkung zeigen. Die Fallzahlen gehen zurück, insbesondere in den Kantonen mit sehr strengen Massnahmen wie Genf oder Waadt. Aber es gibt grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Solange in der Schweiz nicht mehr getestet wird, ist es schwierig, die tatsächliche Situation genau zu kennen. Wir laufen nach wie vor Gefahr, Entwicklungen zu verpassen. Und die Fallzahlen in der Schweiz müssen rasch runtergehen, weil die Zahl der



Wer auch nur leichte Symptome wie Halsschmerzen oder schwachen Husten hat, soll einen Corona-Test machen. Foto: Gaetan Bally (Keystone)

Patienten in den Spitälern auf hohem Niveau stagniert oder teilweise noch ansteigt.

Wir müssen also viel mehr testen, bevor wir aufgrund sinkender Fallzahlen den Menschen wieder mehr Freiheiten einräumen können? Die geltenden Massnahmen müssen unbedingt beibehalten werden, solange wir nicht mehr testen und wir verlässlich tiefe Fallzahlen haben. Das wird erst der Fall sein, wenn wir dank mehr Tests ein klareres Bild erhalten oder wenn die Fallzahlen wieder ein so tiefes Niveau erreichen, dass die Positivitätsrate deutlich tiefer ist.

Empfehlen Sie Massentests? Eine ganze Bevölkerung zu testen, ist sehr teuer und erfordert eine grosse Organisation. Wir müssen nicht alle auf einmal testen, sondern wir müssen einfach mehr testen als jetzt.

Viele mit nur leichten Symptomen haben wohl keine Lust zum Testen, weil sie die Konsequenzen eines positiven Resultats fürchten: Isolation und Quarantäne für die Angehörigen. Wie wollen Sie diese Hürde überwinden? Wir müssen den Leuten klarmachen, dass sie das Virus weiterverbreiten könnten und dass jemand dann sehr schwer erkranken kann. Es ist nicht der Test, der einen positiv macht. Man muss den Leuten vermitteln, dass der Gang zum Test ein Dienst an der Gesellschaft ist. Die Leute müssen aber auch sicher sein können, dass der Test gratis ist.

Wer Symptome hat, muss nicht bezahlen. Kontaktpersonen ohne Symptome erhalten aber beispielsweise im Kanton Zürich vom Contact-Tracing die Auskunft, sie sollten aufgrund der hohen Fallzahlen auf einen Test verzichten. Auch alle, die mit einer positiv getesteten Person nahen Kontakt hatten, sollten sich unbedingt gratis testen lassen können, selbst wenn sie keine Symptome haben. Die Unsicherheit über die Kosten des Tests ist ein Problem. Ich lese in den sozialen Medien immer wieder von Leuten, die sich fragen, ob ihre Symptome stark genug sind, damit der Test bezahlt wird. Solche Zweifel müssen durch Information der Behörden ausgeräumt werden.

Die Reproduktionszahl R zeigt, wie viele Personen ein Infizierter ansteckt. Dieser R-Wert liegt in der Schweiz wieder bei 0,7. Das ist so tief, dass die Fallzahlen rasch sinken sollten. Kann man diesem Wert trauen? Wir müssen in der jetzigen Situation sehr vorsichtig sein bei der Interpretation des R-Werts und vor allem aufpassen, dass wir den geschätzten R-Wert nicht auf die ganze Schweiz übertragen. Wie gesagt: Es gibt grosse regionale Unterschiede. In einigen Westschweizer Kantonen ist der R-Wert dank der strikten Massnahmen nun wieder deutlich unter 1 gesunken. Aber in Basel-Stadt beispielsweise liegt der R-Wert bei 1, und die Fallzahlen steigen.

Basel-Stadt schliesst die Restaurants, aber in Basel-Landschaft bleiben sie offen. Ist solch kleinräumiges Vorgehen sinnvoll? Das zeigt eine Schwäche des föderalistischen Systems. Die Kantone sollten regional zusammenarbeiten. In einer so verflochtenen Region wie den beiden Basel sollten wohl gleiche Massnahmen gelten. Aber regional differenzierte Massnahmen sind durchaus möglich, denn wir sehen auch in einem relativ kleinen Land wie der Schweiz grosse regionale Unterschiede im Infektionsgeschehen.

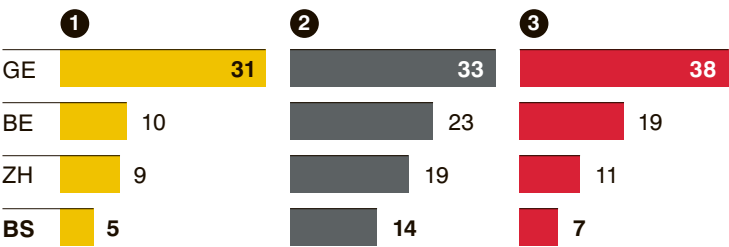
Warum Basel-Stadt die zweite Welle besser bewältigt

Vier Rezepte gegen Corona Trotz steigender Fallzahlen: Basel-Stadt ist bei der Bekämpfung von Corona den meisten Kantonen voraus.

Vor zehn Tagen lag Basel-Stadt noch sehr weit hinten bei den Infektionszahlen. Darauf angesprochen, äusserte sich Kantonsarzt Thomas Steffen sehr zurückhaltend. Immer wieder erklärte er, dass sich die Situation ändern könne: «Mit dem Coronavirus muss man bescheiden bleiben.» Die Aussage war prophetisch. In den letzten Tagen stiegen die Zahlen derart an, dass die Regierung ab heute die Bars und Restaurants schliesst. Damit ist Basel-Stadt der erste deutschsprachige Kanton, der einen Teil-Lockdown befiehlt. Sind die Basler, die in der zweiten Welle bisher so gegläntzt haben, also gescheitert? Nein: Frühe Massnahmen sind gerade das Erfolgsrezept, der Teil-Lockdown ist die konsequente Weiterführung. Die Zahlen zeigen, dass Basel-Stadt vieles besser macht als andere Kantone, und vor allem auch

Zweite Welle: Die Werte von Basel-Stadt im Vergleich

- 1 Fälle pro 1000 bei den über 80-Jährigen in den letzten 14 Tagen (26.10. bis 8.11.2020)
- 2 Positivitätsrate der Tests (alle Altersklassen, 2. bis 8.11.2020), in %
- 3 Tote pro 100'000 in der 2. Welle (1.6. bis 19.11.2020)



Grafik: mre/Quelle: BAG

als Städte wie Genf, Bern, Winterthur oder Zürich. In der zweiten Welle hat Basel-Stadt bis heute eine deutlich tiefere Todesrate als die meisten Kantone. Nirgends sonst sind die Infektionszahlen bei den über 80-Jährigen so tief. Basel-Stadt hat zu-

dem die tiefste Test-Positivitätsrate der Schweiz.

— Rigoroser Schutz in Heimen In Basel-Stadt ist die Zahl der Covid-Positiven bei den über 80-Jährigen am tiefsten: Sie haben eine 14-Tage-Inzidenzrate

von nur gerade fünf Promille. In den Kantonen Bern oder Zürich ist diese Zahl doppelt so hoch. Im Sommer bereiteten sich die Heime in Basel-Stadt auf die zweite Welle vor. Wird ein Bewohner positiv getestet, kommt er in Isolation. Enge Kontakte müssen in Quarantäne. Alle anderen im Heim werden am fünften Tag getestet. «Unsere Dienststellen arbeiteten schon lange vor der Pandemie eng mit den Heimen zusammen», sagt Kantonsarzt Steffen. «So konnten wir schnell verbessern, was im Frühjahr nicht funktionierte.» Heute lanciert der Kanton ein Pilotprojekt, bei dem Heimangestellte täglich bei Arbeitsbeginn einen Schnelltest erhalten, damit das Virus gar nicht erst eingeschleppt wird.

— Schnelle Entscheidungen Für Thomas Steffen liegt einer der Gründe, warum sein Kanton

das Coronavirus am Beginn der zweiten Welle «ziemlich gut» eingedämmt hat, in den schnellen Entscheidungen der Regierung. «Vor der Pandemie hat sich der Regierungsrat einmal pro Woche getroffen. Danach fast ununterbrochen.» In Basel-Stadt sitzen gleich zwei Mitglieder der Exekutive im kantonalen Krisenstab.

— Breite Teststrategie Mit einer Positivitätsrate von nur 14 Prozent in der ersten Novemberhälfte hat Basel-Stadt erneut den besten Wert in der Schweiz. Zürich lag bei 19, Bern und Luzern bei 23, Waadt und Genf bei 33 und Freiburg und Neuenburg sogar bei 44 Prozent. In Basel-Stadt kann man sich ohne Termin testen lassen und kommt in der Regel rasch an die Reihe. Laut Steffen war die längste Wartezeit ohne einen Termin drei Stunden. In Zürich oder Genf musste man

sich zuweilen drei Tage im Voraus online registrieren.

— Einsatz neuer Technologien In Basel-Stadt setzen die Contact-Tracer seit Mai eine eigene Smartphone-App ein. Wer in Quarantäne ist oder in Isolation, wird via diese App täglich von einem Ärzteteam beraten. In den letzten Tagen bereitete man sich in Basel-Stadt sogar schon auf eine mögliche dritte Welle vor. Es wurde ein Vertrag unterzeichnet mit einer deutschen Firma, die mit künstlicher Intelligenz möglichst viele Verwaltungsaufgaben automatisieren soll. Im Gespräch sind sogar Chatbots für die Contact-Tracer. Die Roboter könnten automatisiert Gespräche führen, zum Beispiel Covid-Positive über ihre Kontakte während der letzten Tage befragen.

Titus Plattner

Basel Stadt Land Region

«Basel ist besonders gefährdet»

Kantonsarzt zum Mini-Lockdown In Lörrach steigen die Fallzahlen trotz Restaurantschliessungen, Frankreich will seine Massnahmen lockern, derweil macht Basel seine Restaurants dicht. Kantonsarzt Thomas Steffen nimmt Stellung.

Simon Bordier

Herr Steffen, die Fallzahlen in Basel steigen zwar, liegen aber noch immer im schweizerischen Schnitt. Warum ergreift Basel-Stadt nun im Alleingang derart strenge Corona-Massnahmen?

Tatsächlich bewegte sich Basel-Stadt über Monate im unteren Drittel der Schweizer Fall-Statistik. Dies ist für ein dicht besiedeltes Gebiet wie Basel besonders erfreulich. Seit wenigen Wochen beobachten wir allerdings, dass die Dynamik der Pandemie in der Schweiz zurückgeht, während sie in Basel anzieht. Und man weiss, dass neben der effektiven Fallzahl die Trenddynamik ein entscheidender Faktor ist. Sollte sich diese in Basel ähnlich fortsetzen wie bisher, bestünde die Gefahr, dass sich hier ein eigenständiger Herd entwickelt. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen.

Könnte es nicht sein, dass die epidemiologische Entwicklung in Basel jener der Schweiz hinterherhinkt? Dass also eine Angleichung stattfindet, ohne dass man sich über die Dynamik Sorgen machen müsste?

Wenn ein Gebiet relativ tiefe Infektionszahlen aufweist, das Umland aber deutlich höhere, so steigt natürlich der Druck auf ebendieses Gebiet. Dies ist sicherlich eine Erklärung dafür, dass die Zahlen in Basel-Stadt momentan steigen – aber das ist nicht das eigentliche Problem.

Sondern?

Die Schwierigkeit liegt darin, dass bei steigenden Fallzahlen eine eigene Infektionsdynamik an einem Ort entstehen kann. Wenn dieser Fall eintritt, dann pendeln sich die Infektionswerte nicht beim landesweiten Schnitt ein, sondern geraten an diesem Ort ausser Kontrolle. Das Phänomen sieht man mit Blick auf die Schweizer Karte: Die Fallzahlen sind von Region zu Region, von Ort zu Ort doch sehr unterschiedlich. Und Unterschiede gibt es weiterhin, es hat im Lauf der Wochen keine Nivellierung auf einen Mittelwert stattgefunden. Sprich: Das Virus kann lokal immer wieder Probleme machen, und Basel ist als dicht besiedeltes Gebiet besonders gefährdet.

Während der ersten Welle im Frühling war das Elsass ein Corona-Hotspot, was auch in Basel steigende Fallzahlen zur Folge hatte. Welche Unterschiede stellen Sie momentan bei den Pandemieverläufen im Dreiländereck fest?

An den Grafiken zu den Corona-Infektionen lässt sich recht gut ablesen, dass sich Basel lange Zeit quasi in einer Sandwich-Position zwischen Frankreich und Deutschland bewegte. Deutschland hat ja im europäischen Vergleich tiefe, stabile Zahlen, während das Infektionsgeschehen in Frankreich dynamisch ist: Die Kurve ist wiederholt stark angestiegen und wurde durch harte Gegenmassnahmen wieder zum Sinken gebracht. Diesen Herbst be-



Mit relativ sanften Massnahmen lasse sich hierzulande ein Umdenken in der Bevölkerung erreichen, sagt Thomas Steffen. Foto: Pino Covino

obachten wir in der Schweiz nun eine ähnliche Dynamik; wir sind momentan deutlich näher bei den französischen Werten als bei den deutschen. Die Schweiz gehört jetzt zu den Ländern in Europa mit den meisten Neuinfektionen und Todesfällen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Basel blieb von diesem Trend eine Zeit lang verschont. Jetzt aber nicht mehr.

Wie erklären Sie sich die unterschiedliche Entwicklung im Dreiländereck?

Zu den Unterschieden zwischen den Ländern gibt es allerhand Theorien, sichere Erkenntnisse werden wir aber wohl erst nach Ende der Krise haben. Mein persönlicher Eindruck ist, dass man in Deutschland die Pandemie auch nach dem Abflauen der ersten Welle einen Tick ernster nahm als in der Schweiz. Ich habe im Sommer selbst Zeit in Deutschland verbracht und erlebt, wie streng die Corona-Schutzkonzepte etwa in Museen umgesetzt wurden.

Allerdings sind die Fallzahlen im Landkreis Lörrach zuletzt gestiegen, wenn auch auf tieferem Niveau als in Basel. Und dies, obwohl in Deutschland seit Anfang November Restaurants geschlossen sind. Ist dies nicht ein Indiz dafür, dass Restaurantschliessungen nicht viel bringen?

Stellt man die Zahlen von Lörrach in den regionalen Kontext, muss man wohl eher feststellen:

Lörrach hat zwei Nachbargebiete mit deutlich höheren Infektionsraten, nämlich Frankreich und die Schweiz. Und dies bleibt nicht ohne Folgen für den Landkreis. Es handelt sich bei Lörrach, Basel und dem Elsass schliesslich nicht um geschlossene Systeme. Die deutschen Zahlen sehen aber insgesamt – etwa im Vergleich mit der Schweiz – recht gut aus.

Was macht Sie so sicher, dass sich die Infektionsdynamik mit Bar- und Restaurantschliessungen drehen lässt? Zumal Gastrobetriebe im Baselbiet offen bleiben und Frankreich damit beginnt, die Corona-Massnahmen zu lockern?

Man konnte in den letzten Monaten in der Romandie sehen, dass lokale Massnahmen einen Effekt haben. Wir haben ja momentan in Basel eine ähnliche dynamische Entwicklung wie unlängst im Kanton Genf, wo die Behörden Anfang November Bars und Restaurants schliessen liessen. Aus Sicht mancher Fachleute haben diese kantonalen Massnahmen einen erstaunlich schnellen Effekt gehabt.

Basel kann also im Alleingang etwas bewirken?

Die Frage, ob nur nationale Massnahmen greifen oder regionale Interventionen genügen, ist Gegenstand von Kontroversen – selbst in der nationalen Covid-Taskforce wurde darüber debattiert. Vorerst bleibt es dabei, dass

auf die regional unterschiedlichen Situationen zunächst mit regionalen Massnahmen reagiert wird – und man es auf nationaler Ebene bei einer relativ milden Regelung belässt. So will man zum Beispiel Schulen und Läden solange wie möglich offen halten. Aus meiner Sicht ist dies eine sehr schweizerische Lösung, die dem Föderalismus Rechnung trägt.

Ist es auch eine gute Lösung?

Das lässt sich momentan nur schwer beurteilen. Mit Blick auf die erste Welle im Frühling würde ich aber sagen: Ja. Streng genommen, hatten wir in der Schweiz ja keinen harten Lockdown wie etwa in Frankreich, als die Leute ihre Wohnung nur in Ausnahmefällen verlassen durften. Offenbar lässt sich hierzulande mit relativ sanften Massnahmen ein Umdenken in der Bevölkerung erreichen; die Menschen haben ihr Verhalten geändert und ihre Kontakte massiv reduziert. Auch jetzt sieht man am sogenannten R-Wert, dass die Dynamik national gebrochen werden konnte. Dies muss uns nun auch in Basel gelingen.

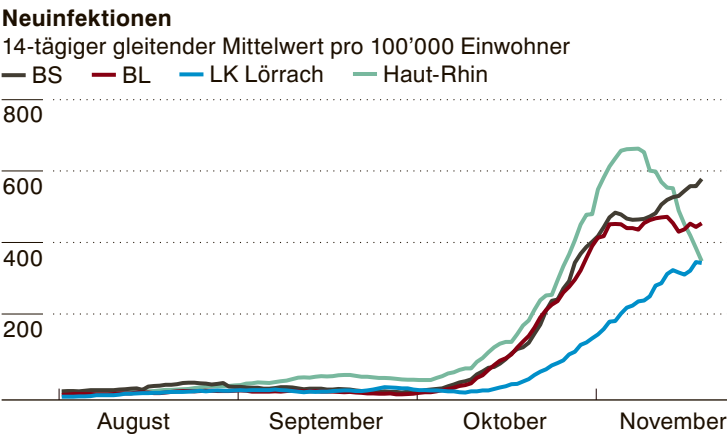
Aber gelingt dies mit Restaurantschliessungen?

Ich kann verstehen und finde es wichtig, dass solche einschneidenden Massnahmen hinterfragt werden. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass einzelne Betriebe betroffen sind, in denen es kaum je zu problematischen Menschenansammlungen kommt. So wird es immer den Fall des kleinen Kaffees geben, in dem sich nur zwei, drei Kunden zugleich befinden, in dem die Abstandsregeln eingehalten werden und das erst noch gut durchlüftet ist. Kurz: den Fall eines Lokals, das aus epidemiologischer Sicht kein grosses Problem darstellt – und das dennoch schliessen muss.

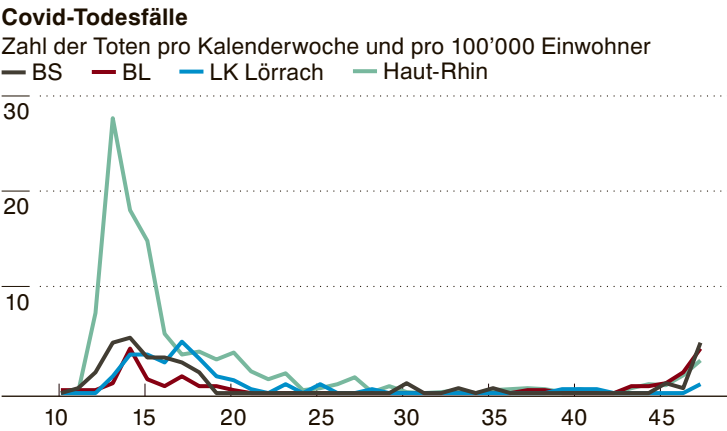
Warum?

Müssten wir jeden Fall einzeln abwägen, so wäre ein Teil-Lockdown, wie wir ihn jetzt haben, in der kurzen Zeit schlicht nicht zu bewerkstelligen. Und jeder Betrieb trägt natürlich zur Mobilität der Bevölkerung bei, die wiederum die Virusverbreitung dynamisiert. Uns bleibt in der Pandemie nichts anderes übrig, als verschiedene Ansätze auszuprobieren. Dabei ist es sicher kein Zufall, dass die Schliessung von Freizeiteinrichtungen – insbesondere von Bars, Nachtlokalen und Restaurants – überall in Europa zu den ersten Massnahmen gehört, die bei stark steigenden Fallzahlen ergriffen werden. Denn Bars und Restaurants sind nun mal dazu prädestiniert, Menschen zusammenzubringen – gerade deshalb mögen wir sie ja. Nun gilt es aber, die Zahl der Kontakte zu reduzieren und ein Überspringen des Virus von einem Personenkreis in einen anderen unbedingt zu vermeiden. Das hat bei der ersten Welle relativ schnell und gut funktioniert, und wird es jetzt hoffentlich auch. Auf diese Weise sollte bald wieder mehr Normalität möglich werden.

Corona-Situation im Dreiländereck



Sandwich-Position: Die Fallzahlen in beiden Basel bewegten sich lange zwischen jenen im südlichen Elsass (Haut-Rhin) und dem Landkreis Lörrach. Inzwischen verzeichnet die Region Basel am meisten Neuansteckungen pro Tag.



Grafik: mt / Quelle: Landratsamt Lörrach, Santé Public France, Gesundheitsdirektionen BL/BS

Im Frühling war das Elsass mit dem Département Haut-Rhin ein Corona-Hotspot mit vielen Todesfällen (13. Kalenderwoche). Während der zweiten Welle zählen die beiden Basel etwas mehr Tote als Haut-Rhin und Lörrach (46. Kalenderwoche).

Ohne Gäste lieber in den Winterschlaf

Auch Basler Hotels hart getroffen Zwei Traditionshäuser haben bereits geschlossen. Viele Gasthäuser dürften spätestens im Dezember nachziehen. Die Probleme sind existenziell.

Sebastian Briellmann

Raphael Wyniger hat in diesen Tagen einen Job gefasst, auf den er wohl lieber verzichtet hätte. Als erfolgreicher Unternehmer hat er auch durchaus erwarten dürfen, dass ihn eine solche Aufgabe nie ereilt – aber was ist schon normal in Zeiten wie diesen? Nun denn, es ist, wie es ist, und der Chef der Wyniger Gruppe ist zu einem Koordinator eines überdimensionierten Sorgen-telefons avanciert.

Wyniger ist eben auch Präsident des Basler Hotelier-Vereins – und die Hotellerie, man kann es nicht anders sagen, ist genauso vom Basler Mini-Lockdown betroffen wie Restaurants, ob schon die Gasthäuser ja offen sein dürften. Wyniger sagt: «Die Hotels würden nicht in dieser Zahl schliessen, wäre kein Mini-Lockdown verhängt worden. Freizeittouristen waren vorher schon wenige da, nun bleiben sie definitiv weg.»

Eine leichte Trotzreaktion

Die Reaktionen erstaunen nicht: Das Les Trois Rois hat bereits die Pforten geschlossen. Tanja Wegmann, General Manager des Luxushotels, bedauert die Schliessung, auch wenn sie die Entscheidung verstehen könne. Da die Hälfte bis zwei Drittel der Kundschaft in den beiden Restaurants lokale Gäste sind, also Gäste, die nicht im Hotel übernachten, blieb ihr nichts anderes übrig: «Nur mit den verbleibenden Hotelgästen lässt sich ein 5-Stern-Hotel nicht rentabel betreiben.» Der Entscheid bezwecke nur eines: Schadensbegrenzung. Dabei, sagt Wegmann, waren gerade die beiden Top-Restaurants in den letzten zwei, drei Monaten überdurchschnittlich gut besucht. Besonders bitter: Im Oktober gab es einen zusätzlichen «Gault Millau»-Punkt für die Brasserie.



Das Les Trois Rois lässt sich ohne lokale Restaurantbesucher nicht rentabel betreiben. Foto: Nicole Pont

Einen Kurz-Winterschlaf bis zum 14. Dezember zieht das Hotel Krafft ein. Franz-Xaver Leonhardt, CEO der gleichnamigen Gruppe, sagt: «Man darf dies durchaus auch als leichte Trotzreaktion gegen die Massnahmen verstehen.» Bereits Anfang Monat hat die Gruppe entschieden, das Hotel Nomad bis Ende Januar zu schliessen.

Man musste sich bereits Anfang November die Frage stellen: Wo verlieren wir weniger Geld? Leonhardt sagt: «Ich erwarte von der Regierung, dass sie auf unsere Forderungen eingeht – und

die betroffenen Betriebe für diese drei Wochen entschädigt.»

Allein: Das wird, nun ja, nur bescheiden helfen. Wyniger, der seine Betriebe geöffnet lässt, sagt: «Die Hilfe leistet einen Beitrag zur Bewältigung und nicht zur Lösung des Problems.»

Das mag nicht überraschen, wäre nun gerade für die zu den Hotels gehörende Restaurants eine attraktive Zeit angebrochen, im Les Trois Rois waren die beiden Lokale bis Anfang Jahr «grösstenteils» ausgebucht. Die Probleme werden überdauern. Und andere Hotels nun nachzie-

hen, davon geht Wyniger aus: «Dass nun Hotels schliessen, ist reine Mathematik. So können wenigstens Bereitschaftskosten gesenkt und eingespart werden. Ohne Gästevolumen gehen einige lieber in den Winterschlaf.»

Ein miserabler Wert

Wyniger sagt, dass die Auslastung im November 20 Prozent betragen habe, im Dezember wirds noch schlechter: «Das ist ein miserabler Wert, machen wir uns nichts vor. Eine Schliessung macht also Sinn: Man meldet lieber 100 Prozent Kurzarbeit an,

sodass nur noch die Kosten für die Infrastruktur anfallen.»

Warum, fragt man sich da, schliessen die Hotels nicht gleich bis zu jenem Zeitpunkt, an dem man die Pandemie im Griff hat? Leonhardt sagt: «Ein Hotel zu schliessen, braucht Überwindung und Mut. Auch wenn das Offenbleiben wirtschaftlich keinen Sinn macht.»

Ein düsterer Ausblick

Wyniger sieht im Gedanken einer längeren Pause nichts Schlechtes. Es gebe gute Gründe, so lange zu schliessen, bis die Reisetätigkeit wieder zunehme: «In einen dauerhaften Winterschlaf zu gehen, ist aber nicht einfach. Habe ich einen variablen Mietvertrag? Kann ich die Kosten genügend runterfahren? Bleibe ich in Erinnerung bei den Gästen? Es ist, kein Zweifel, eine Gratwanderung. Drei, vier Monate ohne Einnahmen sind darüber hinaus nur schwer verkraftbar.»

Klar ist: Die Branche ist in existenziellen Schwierigkeiten, sagt Wyniger: «Wir brauchen weitere Unterstützung – sonst drohen dauerhafte Schliessungen.» Er sieht auch ein weiteres Problem: die erzwungene Untätigkeit der Mitarbeiter: «Das ist eine tragische Auswirkung der Krise. Ich würde sie ja gerne etwas machen lassen, aber ich darf sie nicht arbeiten lassen. Das mögen manche ertragen, für andere hat es negative Auswirkungen – was ich verstehen kann.»

Der Ausblick: Er bleibt düster. Leonhardt sagt deutlich: «So wie es vor Corona war, wird es nicht mehr werden – die nächsten beiden Jahren werden für die Hotellerie enorm schwierig.» In der Branche raunen viele, dass es nicht mehr viel braucht für eine Konkurswelle: Fasnacht, Kongresse, Art Basel. Fällt das alles aus, droht die totale Katastrophe.

Nachrichten

Das Drummeli 2021 ist abgesagt

Basel Das Fasnachts-Comité hat das Drummeli 2021 abgesagt. Man habe mehrere Alternativen geprüft, heisst es in einer Medienmitteilung. «Die aktuelle Situation lässt eine weitere Planung aber als finanziell und organisatorisch unverantwortlich erscheinen.» (red)

Mozarts «Zauberflöte» für 15 Personen

Basel Das Theater Basel hat entschieden, trotz der Besucherobergrenze von 15 Personen den Spielbetrieb nicht ganz einzustellen. Bis zum 13. Dezember werden drei Werke zur Premiere gebracht, darunter Mozarts «Zauberflöte». Die Tickets für die Vorstellungen à 15 Personen werden verlost. (red)

Stiftung baut Oekolampad um

Basel Die Wibrandis Stiftung der Basler Mäzenin Sabine Duschmalé hat die Umbau- und Umnutzungspläne für das ehemalige evangelisch-reformierte Gemeindehaus Oekolampad veröffentlicht. Ab Herbst 2023 soll es als «Begegnungsort für alle Generationen» genutzt werden. Die Stiftung hatte das 1931 eingeweihte Gemeindehaus Anfang November für vier Millionen Franken gekauft. (red)

Baselland verlangt 2021 weniger Verzugszinsen

Liestal Die Baselbieter Regierung hat den Verzugszinssatz von 6 auf 5 Prozent gesenkt. Die Reduktion der Verzugszinsen bei den Staatssteuern für das Jahr 2021 erfolge aufgrund der aktuellen Covid-19-Pandemie und des weiterhin anhaltenden Tiefzinsumfelds, teilte die Regierung des Kantons Basel-Landschaft am Mittwoch mit. Mit der Reduktion um 1 Prozent auf 5 Prozent entspricht der Baselbieter Verzugszins zudem wieder demjenigen im Obligationenrecht. Die Vergütungszinsen bleiben für 2021 unverändert bei 0,2 Prozent. (red)

Im Baselbiet stossen die Restaurants an die Kapazitätsgrenzen

Auswirkungen des Mini-Lockdown Seit in Basel die Restaurants schliessen mussten, strömen die Kunden in den Nachbarkanton.

«Wir haben etwas mehr Gäste aus der Stadt, natürlich, aber vor allem kommen mehr Besucher aus Baselland und dem Solothurnischen», sagt Urs Kohler, Geschäftsführer des Zic Zac. Sein Restaurant liegt in Allschwil, unmittelbar an der Grenze zum Kanton Basel-Stadt. In Basel haben die Gastrobetriebe seit Montag dieser Woche geschlossen. Die Regierung entschied sich wegen der steigenden Fallzahlen im Stadtkanton zu einem Mini-Lockdown während dreier Wochen.

Das Geschäft im Zic Zac laufe nun so gut wie im Vorjahr, sagt Kohler. Bei der Datenerfassung stelle er fest, dass es bei der Kundschaft aus dem Baselbiet und dem Kanton Solothurn eine markante Steigerung gegeben habe. «Das sind wohl Kunden, die normalerweise in die Stadt gegangen wären», sagt Kohler.

Anders sieht die Situation im Restaurant Weiherhof aus: Der Betrieb befindet sich bei Allschwil auch unmittelbar an der Kantonsgrenze, ist aber auf Bas-

ler Boden und musste schliessen. «Für uns ist das ein Schlag ins Gesicht», sagt Geschäftsführer Ruedi Spillmann, «Wir müssen nun zusehen, wie die Kundschaft nach Allschwil rennt.» Es sei nicht verständlich, wie die Regierung entschieden habe. «Die anderen Kantone lachen sich jetzt ins Fäustchen», sagt Spillmann.

Dass die neusten Massnahmen zur Pandemiebekämpfung tatsächlich nützlich sind, wagt Spillmann zu bezweifeln: «Ich kenne niemanden, der sich in einem Restaurant angesteckt hat.» Man habe sich an die Regeln gehalten. Der Mini-Lockdown sei deshalb umso bitterer.

Stammgäste verdrängt

In den Baselbieter Gemeinden sieht man die neuen Kunden allerdings nicht überall gerne. «Aus persönlicher Erfahrung kann ich sagen, dass die Restaurants sehr gut besucht werden», sagt Sabine Denner, Präsidentin des Gewerbevereins Birsfelden. Das sei auf der einen Seite schön,

auf der anderen Seite bleibe so manchmal kein Platz für Stammgäste, die oft nicht reservieren. «Die Kapazität der Plätze in den Restaurants ist wegen der 4er-Regel und der Abstandsregeln eingeschränkt», sagt Denner. Man hoffe natürlich, dass die Kunden, die jetzt ein neues Restaurant «entdecken», dieses auch in Zukunft wieder besuchen und empfehlen. «Es sind aber die Stammgäste, die für Umsatz sorgen, wenn es mal nicht gut läuft.»

Das bestätigt auch Ebru Sen vom Birsfelder Restaurant Hard. «Am Mittag haben wir mehr Kunden als üblich. Das sind vor allem Geschäftsleute, die wieder arbeiten gehen müssen», sagt Sen. Doch werde das Restaurant beim Hardwald vor allem von treuen Stammkunden besucht. Wegen der Regel, dass nur bis zu vier Personen an einem Tisch sitzen dürfen, könne gar nicht zusätzlich gestuhlt werden.

Von Freude darüber, dass die Basler Gastrobetriebe schliessen müssen, mögen die Restaurant-

betreiber nicht reden. «Im Gegenteil, wenn solche Nachrichten kommen, bleiben die Leute wieder mehr zu Hause», sagt Sen. Auch Roland Näf, Präsident des KMU-Verbands Allschwil-Schönenbuch, sagt auf Anfrage: «Im Speckgürtel sollten die gleichen Massnahmen gelten wie in der Stadt. Dass man im Oberbasel-

biet andere Regeln hätte, das würde ich verstehen.»

«Alles hat zwei Seiten»

Die Baselbieter Politiker beäugen die Entscheide der städtischen Regierung ganz genau. Landrat Jan Kirchmayr (SP) kann sich ähnliche Massnahmen über die Kantonsgrenze hinaus vorstellen:



Am Mittwoch war das Zic Zac in Allschwil gut besucht. Foto: Nicole Pont

«Die Ansteckungszahlen sind etwa gleich», sagt er. Kirchmayr stört, dass die beiden Nachbarkantone keinen gemeinsamen Entscheid fällen konnten: «Der Kantonligeist in unserer kleinräumigen Region ist für mich nicht nachvollziehbar.»

Anderer Meinung ist SVP-Landrätin Susanne Strub. Die Oberbaselbieterin findet die unterschiedlichen Strategien richtig. «Alles hat zwei Seiten», sagt sie und betont, dass die Baselbieter Wirtschaft auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Strub appelliert an die Eigenverantwortung, die in Basel-Stadt nicht immer wahrgenommen worden sei: «Wenn ich Bilder aus der Stadt sehe, bin ich mehr als froh um unsere ländlichen Strukturen.» Und sie fügt an: «Ich ziehe einen Waldspaziergang mit meinem Hund und den Einkauf im kleinen Dorflädeli vor.»

Andrea Schuhmacher und **Benjamin Wirth**

Basel Stadt Land Region

«Basel-Stadt ist kein Musterknabe»

Engelberger zu Beizen-Schliessung Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger verteidigt die schärferen Corona-Massnahmen in Basel-Stadt. Der Schritt sei nötig gewesen. Die Kritik aus der Gastroszene hält er nicht für unfair, aber für inhaltlich nicht richtig.

Alessandra Paone
und Alex Müller

Herr Engelberger, die Gastrobranche und teilweise auch Politiker kritisieren die neuesten Corona-Massnahmen scharf. LDP-Grossrat André Auderset kürte Sie vor ein paar Tagen zum Mitarbeiter des Monats von Gastro Baselland. Wie gehen Sie damit um?
Lukas Engelberger: Kritik gehört dazu. Ich wollte schliesslich Gesundheitsdirektor des Kantons Basel-Stadt werden und muss auch in heiklen Situationen Verantwortung übernehmen. Aber ich kann verstehen, dass es für die Betroffenen derzeit besonders schwierig ist und sie deshalb auch Gebrauch von ihren Rechtsmitteln machen.

Finden Sie die Kritik unfair?
Sie ist inhaltlich nicht richtig. Schliesslich stellt das Virus eine grosse Gefährdung für die Gesundheit unserer Einwohnerinnen und Einwohner dar. Es gibt viele Schwerkranke und leider auch täglich Menschen, die versterben. Es gibt noch keine Impfung, und wir können das Virus nicht effizient behandeln. Deshalb müssen wir uns durch vorsichtiges Verhalten schützen. Dennoch würde ich die Kritik nicht als unfair bezeichnen. Die Leute sind tatsächlich betroffen, nicht unbedingt der einzelne Grossrat, aber der Unternehmer, der sein Lokal schliessen muss, oder der Pfarrer, der seinen Adventsgottesdienst nicht im üblichen Rahmen abhalten kann. Es ist nicht unfair, dass diese sich nun wehren und die Dinge aus einer anderen Perspektive sehen.

Ihnen wird vorgeworfen, Ihr Entscheid basiere nicht auf Fakten. Tatsächlich können Sie nicht belegen, dass Ansteckungen vor allem in den Restaurants geschehen.
In zwei Dritteln der Fälle wissen wir nicht, wo die Ansteckungen passieren. Das liegt nicht daran, dass wir über schlechte Daten verfügen oder zu wenig nachfragen. Das Problem ist vielmehr, dass es die Mehrheit der Infizierten nicht weiss. Wir ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass



«Ein Restaurant birgt ein höheres Ansteckungsrisiko als ein Einzelbüro oder eine offene Strasse»: Lukas Engelberger. Foto: Dominik Plüss

sich das Virus stark verbreitet hat. Es ist an vielen Orten, an denen wir uns im Alltag bewegen. Und aufgrund der bekannten Übertragungswege müssen wir davon ausgehen, dass es überall dort ist, wo sich Leute während einer längeren Zeit ohne zuverlässigen Schutz und Abstand in Gruppen aufhalten. Das sind nicht nur Restaurants, sondern auch Sportanlagen, religiöse Begegnungsorte und eine ganze Reihe von Einrichtungen. Wenn wir für Massnahmen jeweils auf ganz harte Beweise warten würden, dann wären wir immer hoffnungslos zu spät. Das können wir nicht verantworten.

Sie werfen den Restaurants indirekt ungenügende Schutzkonzepte vor?
Wir machen bewusst keine Vorwürfe. Aber ein Restaurant birgt ein höheres Ansteckungsrisiko als

ein Einzelbüro oder eine offene Strasse, weil man dort isst – ohne Maske – und den Abstand von einhalb Metern nicht einhält. Das ist tolerierbar, wenn es die Situation zulässt. Aber heute können wir aufgrund der Entwicklungen der letzten Wochen dieses Risiko nicht mehr in Kauf nehmen.

Die Leute gehen jetzt zwar nicht mehr in Basel in den Ausgang, sie feiern stattdessen aber im Baselbiet oder zu Hause – ohne Schutzkonzept.
Man darf die Massnahmen nicht nach den Umgehungsmöglichkeiten beurteilen. Es gibt auch viele Leute, die sich vernünftig und vorsichtig durch ihren Alltag bewegen und nicht das Risiko in Restaurants, Bars oder Fitnesscentern anderer Kantone suchen. Natürlich gibt es immer auch solche, die sich für besonders schlaue halten. Aber ich be-

zweifle, dass es eine grosse Bewegung in Richtung Baselland oder so geben wird. Das fände ich abgesehen davon auch dumm – das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen – und bitte darum, dies zu unterlassen. Von den Behörden im Landkreis Lörrach wissen wir, dass sich viele Deutsche hier bei uns angesteckt haben, weil sie Einrichtungen in Basel besucht haben, die bei ihnen bereits geschlossen waren. Solche Strömungen sind nicht sinnvoll, weil insbesondere Städte weitere Verdichtungen möglichst vermeiden sollten. Zudem konnte man zum Beispiel im Wallis und auch in anderen Westschweizer Kantonen sehen, dass man mit solchen Massnahmen die Ansteckungsdynamik sehr wohl brechen kann. Ob das bei uns auch klappt, können wir erst in ein, zwei Wochen sagen.

«Ich fände eine Bewegung in Richtung Baselland dumm.»

Sie richten sich immer nach Kantonen oder Gebieten mit schärferen Massnahmen. Der Erfolg ist aber nicht immer garantiert, wie man am Beispiel von Österreich sehen kann. Wieso gehen Sie nicht einmal den anderen Weg?
Ich kann die Situation in Österreich nicht abschliessend be-

urteilen. Aber meines Wissens gibt es in Westeuropa kein Land mit weniger strengen Massnahmen als die Schweiz. Nicht einmal Schweden.

Wieso ist es nicht gelungen, die Massnahmen mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen zu koordinieren?
Basel-Stadt pflegt einen intensiven Dialog mit Baselland, dem Aargau und Solothurn. Mit unserem Nachbarkanton ist der Austausch am grössten. Ich habe versucht, zu erreichen, dass Basel-Stadt und Baselland gleichzeitig dieselben Schritte unternehmen. Aber es sind nun mal zwei verschiedene Hoheitsgebiete mit zwei verschiedenen Kollegien. Das ist Teil der Rahmenbedingungen. Ich habe die Verantwortung und die Kompetenz für Basel-Stadt, mein Kollege Thomas Weber für Baselland.

Wie stark hängt Ihr Entscheid von Ihrer Rolle als Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz ab? Nimmt da Basel-Stadt eine Musterrolle ein?
Überhaupt nicht. Basel-Stadt ist kein Musterknabe, sondern ein Kanton, der seine Verantwortung wahrnehmen will. Ich spreche nicht nur für mich, sondern für den gesamten Regierungsrat.

Wie sicher ist es, dass die Restaurantsbetriebe am 13. Dezember wieder öffnen können?
Das ist eine schwierige Frage – im Jahr 2020 ist wenig sicher. Es ist nicht geplant, die Frist zu verlängern. Ich sehe im Moment auch keinen Anlass dazu. Aber ich kann eine Verlängerung auch nicht ausschliessen. Das hängt von den Zahlen ab und der Situation in den Spitälern.

Wäre auch eine frühere Öffnung möglich?
Das halte ich für eher unwahrscheinlich. Aber ich kenne die Beschwerde des Wirtverbandes Basel-Stadt nicht. Vielleicht entscheidet plötzlich ein Gericht, dass die Massnahmen aufgehoben werden müssen. Das glaube ich jedoch eher nicht.

ANZEIGE

Hafen-Abstimmung vom 29. November

MASSIV MEHR GEFAHRGÜTER?

NEIN ZUM HAFENBECKEN! 3

www.hafenbecken3nein.ch

Wirtverband kritisiert «billige» Marketingstrategie von Eat.ch

Hilfe für Basler Gastrobranche Der Onlinekurierdienst will den Restaurants unter die Arme greifen.

Wenige Besucher, fast keine Einnahmen und nun die abermalige Schliessung: Das Basler Gastrogewerbe steckt seit Monaten in einer Krise. Die Resthoffnungen sind mit den neusten Massnahmen der Regierung endgültig gestorben, viele Restaurants und Beizen stehen vor dem Ruin. Neben staatlichen Unterstützungsgeldern, die die Branche vehement fordert, bietet momentan einzig der Onlinelieferservice eine aussichtsreiche Perspektive: Die Gastrobetriebe bringen ihre Ware in die privaten Haushalte, um so wenigstens ein bisschen Profit rauszuschlagen. Um die Restaurants zu unterstützen, lancierte Eat.ch, der führende Onlinekurierdienst des

Landes, ein Hilfspaket: Die Gastromen, die sich neu auf dem Portal anmelden, müssen in den ersten vier Wochen keine Provisionen bezahlen. Auf den ersten Blick ein schöner Deal. Doch die Begeisterung hält sich in Grenzen. **Neukunden anlocken** Für viele ist das nur eine Fassade, hinter der sich ein einfacher Marketing-Move verbirgt. «Wenn Eat.ch das Basler Gastrogewerbe unterstützen möchte, dann sollen sie die Kommissionssätze für alle angeschlossenen Betriebe senken – und nicht nur für solche, die sich neu registrieren», sagt Maurus Ebnetter, Präsident des Wirtverbandes Basel-Stadt. Eat.ch ist das Tochterunternehmen des welt-

weit bekannten Lieferdienstes Just Eat Takeaway.com. Schweizer Lokale können sich via Internet auf der Plattform registrieren. Der Anbieter agiert als Vermittler und übernimmt Bestell- und Lieferdienst, im Gegenzug zahlen die Gastrobetriebe hohe Provisionen. Es sei natürlich legitim, Neukunden anzulocken, sagt Ebnetter, aber das Ganze als Unterstützung der Gastronomie zu verkaufen, sei billig, kritisiert er. Das Hilfspaket tritt dort in Kraft, wo ein kantonaler Lockdown verordnet wurde, wie Eat.ch auf Anfrage mitteilt. Doch, so Ebnetter: «Für die meisten Betriebe bedeutet es gar nichts», sagt Ebnetter. Die Unternehmen, die sich jetzt für diesen Lieferservice

entschieden, könnten vier Wochen lang profitieren, aber danach würden hohe Provisionen fällig. «Jeder Gastronom in Basel muss selber entscheiden, ob Lieferungen für ihn einen Sinn ergeben und welche Anbieter am besten zu ihm passen», so der Präsident des Wirtverbandes. Eat.ch kann die Kritik nicht nachvollziehen: «Wir verstehen nicht, dass das Hilfspaket als Marketingaktivität bezeichnet wird», sagt Sprecherin Séverine Götz. Man verzeichne eine so hohe Anfrage von Restaurants im Kanton Basel-Stadt, die Essen ausliefern wollen, wie noch nie zuvor. Und genau diesen Betrieben schenke man die Kommission. «Wir möchten damit

eigentlich nur einen Beitrag an die Gastrobranche leisten und diese unterstützen», sagt Götz.

Benjamin Wirth

ANZEIGE

14.11. – 23.12.
Freie Strasse 81
www.bsb.ch

POP-UP-STORE

bsb

Kreatives und Praktisches für Ihren Alltag. Sinnvoll hergestellt.

Wissen

«Die Patienten müssen danach das Atmen erst wieder richtig trainieren»

Intensivmedizin Viele Covid-Patienten leiden unter Atemnot und akutem Sauerstoffmangel. Anästhesist Luzius Steiner erklärt, wie sie auf der Intensivstation kontrolliert beatmet werden müssen und warum es danach oft noch einen Luftröhrenschnitt braucht.

Barbara Reye

In Basel ist die Zahl der neu mit Sars-CoV-2 Infizierten Mitte November auf einmal stark gestiegen. Gibt es am Unispital Basel aktuell noch genug Platz und Intensivbetten für Covid-19-Patienten, Herr Steiner?

Im Haus haben wir rund 60 Covid-Patienten, ein Drittel davon auf der Intensivstation. Weil wir unser OP-Programm seit Anfang November deutlich reduzierten, hatten wir dort in den vergangenen Tagen jeweils zwischen drei und sechs freie Betten, von denen aber einige in der Regel für dringende Operationen wie etwa für Herzranke oder Tumorpapienten reserviert sind. In der jetzigen Situation müssen wir alle sehr flexibel sein, obwohl wir am



Luzius Steiner
Leiter der
Anästhesiologie
am Unversitätsspital
Basel

Unispital eigentlich lieber im Voraus planen. Momentan arbeitet etwa jeder Dritte von unserem Anästhesie-Personal auf der Intensivstation, weil sie sich gut mit den Beatmungsgeräten auskennen. Denn unsere Anästhesiemaschinen funktionieren sehr ähnlich, sind aber nicht auf einen Dauerbetrieb von mehreren Tagen oder Wochen eingestellt, wie es bei der Behandlung von Covid-19 oft erforderlich ist.

Wer entscheidet, ob ein Patient künstlich beatmet werden muss?

Es ist eine Kombination von klinischer Beurteilung durch den Intensivmediziner und Laborbefunden. Einige Patienten leiden zum Beispiel unter starker Atemnot. Wenn deren Atemfrequenz pro Minute bei 20 oder mehr liegt, müssen sie möglichst schnell an eine Beatmungsmaschine. Denn nach ein paar Stunden sind sie in diesem Zustand ansonsten völlig erschöpft, da unter anderem auch die Atemmuskulatur ermüdet. Bei allen Patienten überwachen wir auch noch mit einem kleinen Infrarotmessgerät am Finger, wie viel Prozent des Hämoglobins im Blut tatsächlich den lebenswichtigen Sauerstoff gebunden hat. Zudem wird häufig eine Blutgasanalyse gemacht, um den Gehalt an Sauerstoff und Kohlenstoffdioxid im Blut festzustellen.

Reicht oft nicht auch eine simple Atemmaske über Mund und Nase, um hoch dosierten Sauerstoff in die Lungen zu pumpen?

Wenn der Patient noch allein atmen kann, aber nur zu wenig Sauerstoff bekommt, ist auch eine dichte Maske eine gute Möglichkeit. Allerdings ist sie eher unbequem zu tragen und deshalb keine Dauerlösung. Ich habe es selbst schon ein paar Stunden



Ärzte und Pflegepersonal kümmern sich im Kantonsspital Baselland rund um die Uhr um schwer kranke Covid-19-Patienten. Foto: Alex Kühni

ausprobiert. Verschlechtert sich der Zustand des Patienten, muss er intubiert werden. Dazu leiten wir eine Vollnarkose ein und schieben dann den Beatmungsschlauch circa 22 Zentimeter tief über den Mund in die Luftröhre. Ohne eine Anästhesie würde dieser Routineeingriff gar nicht gehen, weil es viel zu schmerzhaft wäre, vergleichbar mit einem tiefen Schnitt in den Bauch. Ist der Patient an das Gerät angeschlossen, übernimmt die Maschine die kontrollierte Beatmung.

Was ist, wenn der Plastikschlauch verrutscht?

Damit dies nicht passiert, wird der Schlauch mit Pflastern im Gesicht fixiert. Der Patient darf deshalb auch nicht plötzlich husten oder versuchen, ihn zu entfernen. Der Schlauch muss unbedingt an der Position bleiben. Aus diesem Grund bekommt der Patient unter anderem Schlaf- und Beruhigungsmittel sowie gelegentlich muskelentspannende Medikamente, sodass die Eigenatmung vollständig ausfällt und nur noch die Maschine arbeitet. Je nachdem, wie hoch die Wirkstoffe dosiert sind, befindet er sich in einem künstlichen Koma.

Ist dies nicht gefährlich?

Eine solche Behandlung ist kein minimalinvasiver Eingriff wie

etwa bei einer Blinddarmoperation. Vielmehr handelt es sich um eine sehr komplexe, intensivmedizinische Massnahme, die deshalb auch mehr Nebenwirkungen hat. Je länger dies dauert, umso grösser ist auch das Risiko von Komplikationen und Langzeitfolgen. Leider gibt es bei den Covid-Patienten immer wie-

«Die Pflege und Behandlung dieser Patienten ist hochkomplex und sehr aufwendig.»

der welche, die wir trotz allen Bemühungen nicht retten können. Doch die meisten an Covid-19 Erkrankten können aus der Intensivstation wieder entlassen werden, müssen danach aber praktisch immer eine längere Zeit in die Rehabilitation.

Verlernt man durch die Maschine das Atmen?

Bereits nach wenigen Tagen wird die ganze Muskulatur und insbesondere auch die Atemmuskulatur mehr und mehr abgebaut.

Die Patienten müssen danach das Atmen erst wieder richtig trainieren. Das ist recht «tricky». Aus diesem Grund kann man die Maschine auch nicht einfach von heute auf morgen abstellen, da der Patient dann ersticken würde. Das Entwöhnen von der Beatmungsmaschine ist ein Prozess, der Tage bis Wochen in Anspruch nehmen kann. Oft wird zur Sicherheit und aus Komfortgründen für den Patienten deshalb auch noch unterhalb des Kehlkopfes ein Luftröhrenschnitt gemacht, wodurch auch eine bessere Mundhygiene wieder möglich wird. Allerdings braucht er auch mit der sogenannten Trachealkanüle weiterhin eine Magensonde für die Ernährung, und er kann auch nur mit einer Sprechhilfe reden.

Warum liegen schwerstkranke Covid-Patienten oft auf dem Bauch?

Der Druck, den die Beatmungsmaschine aufbaut, wird in der Ein- und Ausatmungsphase gezielt eingestellt. Im Verlauf der Erkrankung muss er aber noch an die Bedürfnisse der geschädigten Lunge angepasst werden, um unter anderem zu verhindern, dass die Lungenbläschen in gewissen Lungenabschnitten kollabieren. In der Bauchlage funktioniert das oft besser, wodurch der Gasaustausch

zwischen den Lungenbläschen und dem Blut in den umgebenden Kapillaren günstig beeinflusst wird.

Wird das Blut manchmal auch ausserhalb des Körpers noch mit Sauerstoff angereichert?

Aktuell haben wir in Basel gerade keinen Covid-19-Patienten, den wir an ein zusätzliches Gerät für die extrakorporale Membranoxygenierung (Ecmo) anschliessen müssen. Wie bei jeder Herz-Lungen-Maschine fliesst dabei das Blut durch einen künstlichen Kreislauf, um es mit Sauerstoff zu sättigen und gleichzeitig von CO₂ zu befreien. Aber auch hier hat man neben der klassischen Beatmungsmaschine mit Tubus nochmals ein Risiko, dass aufgrund der weiteren Schläuche irgendwie doch Bakterien in den Körper gelangen können und diese dann eine weitere Infektion auslösen. Jedes einzelne Einstichloch durch Kanülen jeglicher Art birgt eine neue potenzielle Gefahr. Doch oft hat man keine andere Wahl, um die Patienten optimal mit Medikamenten zu versorgen.

Bekommen sie auch Blutverdünner gegen Thrombosen?

Das wird präventiv immer gemacht, damit sich möglichst keine gefährlichen Blutgerinnsel

bilden. Die Behandlung und Pflege von Covid-19-Patienten ist hochkomplex und sehr aufwendig. Wenn jemand an einer Beatmungsmaschine auf der Intensivstation liegt, ist er von Geräten, Monitoren, Kabeln und Schläuchen umgeben. Er hat zum Beispiel einen Katheter in einer Arterie für die Blutdruckmessung und mehrere in den Venen für die Zufuhr von Arzneimitteln sowie einen für den Urin. Er wird künstlich ernährt und hat EKG-Elektroden am Körper. Die Pflegenden sorgen auch dafür, dass der Patient zwischendurch immer mal wieder etwas bewegt und im Bett umgelegt wird, um Druckstellen zu vermeiden.

Geht das trotz dem ganzen Kabel- und Schlauch-Wirrwarr?

Es ist keine leichte Aufgabe, da viele Covid-Patienten übergewichtig sind. Um einen 120 Kilogramm schweren Mann oder auch eine sehr schwere Frau mal in eine andere Position zu drehen, haben wir deshalb beim Pflegepersonal inzwischen eigene Teams. Diese bestehen meist aus jungen, kräftigen und gut trainierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich darauf spezialisiert haben und sich auch mit den diversen Schläuchen und Kabeln gut auskennen.

Video- und Audiobeiträge



Erklärvideo zur SwissCovid App

(Bundesamt für Gesundheit BAG, 25.06.2020, 1:51 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=4dd93a87-056f-45d1-81cd-5ce792b7927a>



«Sommerspezial: Corona»

(Telebasel Diagnose, 07.07.2020, 11:59 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=07b5520b-5f99-407d-917e-67b4c976633e>



Gespräch mit Fabian Fiechter, Intensivpfleger am Unispital und Fotograf

(Telebasel Talk, 11.08.2020, 9:14 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=0bdeec5d-57a9-426b-b4d5-abef6054bf79>



«Strengere Corona-Schutzmassnahmen in Basel-Stadt»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 16.10.2020, 17:25 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=6201fb80-8533-4155-8362-9654330f31ac>



«Basel-Stadt verbietet Grossanlässe mit mehr als 1000 Personen»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 21.10.2020, 10:01 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=0e8718b0-8bc9-43d8-a08d-7a33e00e5cda>



Gespräch mit Dagmar Soeltzer, Leiterin Pflege der Dermatologischen Abteilung des Unispitals Basel

(Telebasel Talk, 28.10.2020, 9:54 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=151cb64f-3342-48c3-ac0b-bec8f1ffd2f2>



«Basler Quartierläden boomen dank Corona»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 04.12.2020, 4:18 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=36b91bf5-6f8b-4f30-8b2d-527f25644d62>



Gespräch mit Katja Christ, Hans-Peter Wessels und Andreas Burckhardt

(Telebasel Sonntagstalk, 11.12.2020, 33:18 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/00369c33-0776-4f75-9640-cf88e090cf01/media=d86494b5-19fb-4627-a61c-95d4a31a7d11>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2020:
Basel in der Corona-Krise (II)

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Dezember 2020
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2020 Leitartikel (S. 2–6): Thilo Mangold
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch